

Die Wirtschaftsordnung
der Stadt Amberg im späten Mittelalter
und in der frühen Neuzeit

von
Dipl.-Volkswirt Herbert Stahl
aus
Amberg

1969



Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41546218_0007

Die Wirtschaftsordnung der Stadt Amberg im späten Mittelalter und in der frühen Neuzeit

Inaugural-Dissertation
zur Erlangung des akademischen Grades
eines Doktors der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften
(Dr. rer. pol.)
an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät
der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg

vorgelegt
von
Dipl.-Volkswirt Herbert Stahl
aus
Amberg



Referent: Privatdozent Dr. W. Frh. Stromer v. Reichenbach

Korreferent: Prof. Dr. J. G. Helm

Tag der mündlichen Prüfung: 23.7.1969

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	III
Ziele und Methoden der Untersuchung	1
Erster Teil: Spätes Mittelalter	3
Vom mercatus zur civitas	4
Handel und Verkehr	10
Bergbau	20
Weinbau und Brauwesen	40
Handwerk	45
Übersicht	55
Zweiter Teil: Frühe Neuzeit	59
Hauptstadt des Fürstentums Obere Pfalz	60
Bergbau	62
Gemeinschaft des Eisenbergwerks	62
Bergbau der Bürger	69
Gemeine Gesellschaft des Bergbaus	74
Städtischer Bergbau	80
Handel	86
Brauwesen	95
Braunbierbrauerei	96
Weißbräugesellschaft	102
Gaststättengewerbe	108
Auswärtige Braurechte	112
Handwerk	119
Zunftrecht	123
Zugang zum Handwerk, Betriebsgrößen	137
Wirtschaftliche Bedeutung des Handwerks	154
Marktverfassung	165
Sicherung des Leistungswettbewerbs	165
Preisbildung	170
Preispolitik	187
Wirtschaftsordnung, Gesellschaft und Herrschaft	193

Anhang	211
Erläuterungen	212
1. Marktrecht (zu S. 6)	212
2. Marktrecht (zu S. 8)	212
3. Bruderschaften (zu S. 54)	213
4. Reiche Bürger (zu S. 57)	214
5. Bergbau (zu S. 79)	215
6. Bergbau (zu S. 82)	216
7. Bergpferde (zu S. 82)	216
8. Erzstatistik (zu S. 84)	217
9. Bierbezeichnungen (zu S. 99)	218
10. Hausbräu (zu S. 100)	219
11. Schustergesellen (zu S. 125)	220
12. Gemeinsame Produktionsstätten (zu S. 135)	221
Erzabsatz in Amberg 1469/1594	222
Amberger Handwerksordnungen	223
Entwicklung der Betriebszahlen des Handwerks	226
Fleischpreise 1556/1615	229
Fischpreise 1520/1616	230
Weißbräugesellschaft: Dividende und Bierausstoß	231
Weißbräugesellschaft: Gesellschafter und Kapital	231
Quellen- und Literaturverzeichnis	232
Lebenslauf des Verfassers	

Vorwort

Bei der Ausarbeitung meiner Diplomarbeit, die die Wirtschaftsgeschichte der Stadt Amberg in der Neuzeit zum Gegenstand hatte, zeigte sich, daß gutes Material für eine Darstellung der Wirtschaftsverfassung und Wirtschaftsordnung der Stadt Amberg in vorindustrieller Zeit vorhanden ist, das für das Brauwesen überhaupt noch nicht, für das Handwerk nur zum geringen Teil und für Handel und Bergbau noch nicht unter dieser Fragestellung ausgewertet war. So entschloß ich mich, unter zeitlicher Eingrenzung auf das späte Mittelalter und die frühe Neuzeit, darüber meine Dissertation anzufertigen.

In Dankbarkeit gedenke ich meines Lehrers, Professor Dr. Götz Freiherr von Pölnitz, der meine Diplomarbeit betreute und mir mit Rat und Hilfe bei der Ausarbeitung meiner Dissertation zur Seite stand. Er verstarb am 9.11.1967.

Für weitere Unterstützung habe ich zu danken dem Referenten, Privatdozent Dr. W. Freiherr Stromer von Reichenbach, dem Korreferenten, Herrn Professor Dr. J. G. Helm, und den Damen und Herren der besuchten Archive und Bibliotheken, besonders dem Amberger Stadtarchivar, Herrn Dr. R. Regler.

Für die vorliegende Arbeit hat die Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg den Fakultätspreis verliehen.

Ziele und Methoden der Untersuchung

Amberg, das im ausgehenden Mittelalter vielleicht 3000, im 16. Jahrhundert etwa 5000¹ Einwohner hatte, eine Mittelstadt also, war in vorindustrieller Zeit ein bedeutender Wirtschaftsplatz. Neben Handel und Handwerk finden sich ein hochentwickeltes Brauwesen und, bekanntermaßen, ein umfangreicher Bergbau nach Eisenerzen.

Zunächst ist die Wirtschaftsverfassung der Stadt Amberg zu untersuchen, also die damals dort "geltende Summe wirtschaftlich bedeutsamer Rechtsregeln"². Dabei werden die Teilverfassungen der einzelnen Wirtschaftsbereiche (Handel, Bergbau, Brauwesen, Handwerk), und zwar jeweils für das späte Mittelalter und die frühe Neuzeit, dargestellt. Für den zweiten Zeitabschnitt reichen die Quellen aus, um auch die Marktverfassung aufzuzeigen. Im Schlußkapitel für die beiden Perioden wird nach den gemeinsamen Grundzügen der Teilverfassungen, nach "einheitlichen Strukturprinzipien"³ gesucht, um zu den herrschenden Wirtschaftssystemen und schließlich zur Wirtschaftsordnung (im Sinne Ritschls) vorzudringen. Dort wird auch noch auf Bezüge zur Gesellschafts- und Herrschaftsordnung hingewiesen, um der "Interdependenz der Ordnungen"⁴ nachzugehen.

"Fruchtbar ist allein, nach den geschichtlich verwirklichten Wirtschaftsordnungen und Wirtschaftssystemen zu fragen;"⁵ methodisch ist demnach eine historische Strukturanalyse erforderlich. Dabei hat sich gezeigt, daß für das Verständnis der Entwicklung von Wirtschaftsverfassung und Wirtschaftsordnung auch die wirtschaftliche und technische Entwicklung beachtet werden muß, von der häufig die Anstöße für eine Weiterentwicklung oder Änderung der Wirtschaftsverfassung ausgehen. Deswegen werden auch die Grundzüge der wirtschaft-

1) J. Dollacker, Geschichte 62.

2) Ritschl, Wirtschaftsordnung 189.

3) Ritschl, Wirtschaftsordnung 192.

4) Eucken, Wirtschaftspolitik 180 ff.

5) Ritschl, Wirtschaftsordnung 196.

lichen und technischen Entwicklung dargestellt, für die sich andererseits auch manche Aussage von der Wirtschaftsverfassung und Wirtschaftsordnung her ergab.

Man mag fragen, ob an einem räumlich so begrenzten Untersuchungsobjekt der Wirtschaftsordnung mit Erfolg nachgegangen werden kann, die sonst in großer Überschau untersucht wird. Die Berechtigung ergibt sich aus der Kompetenz des Stadtherrn, vorallem des Rates und zum Teil auch der Zünfte für Kernbereiche der Wirtschaftsverfassung, nämlich für Produktion, Distribution und Markt der Stadt, was eine lokale Ausprägung der Wirtschaftsordnung möglich erscheinen läßt.

Erster Teil:

S p ä t e s M i t t e l a l t e r

Vom mercatus zur civitas

Die Anfänge Ambergers - erste urkundliche Erwähnung 1034¹, der Ortsname weist in das 9. Jahrhundert² - als Gewerbeort wurden bis vor kurzem nahezu ausnahmslos mit den Amberger Eisen-
erzvorkommen in Zusammenhang gebracht. G. Rapp hat allerdings schon in seiner 1881 erschienenen Schrift darauf hingewiesen, daß der Bergbau erst durch das bayerische Herzogsurbar von 1270/80 urkundlich nachgewiesen wird, während für die Vorzeit die Handelsprivilegien der Amberger Kaufleute aufschlußreich seien³. Neuerdings hat H. Sturm die älteste Geschichte Ambergers untersucht. Er geht von der Urkunde des Jahres 1034 aus, nach der Kaiser Konrad II. "gewisse, im einzelnen angeführte Rechte in Amberg, nicht Amberg selbst, an den Bischof von Bamberg gegeben"⁴ hat. Diese Rechte sind: districtum (Zwing und Bann), mercatus (Kaufmannschaft, Kaufmannswik), theloneum (Zoll), naulum (Schiffahrt), molae, molendinae (Mühlen aller Art), aquae, aquarumque decursus (Wasser, Wasserläufe), piscationes (Fischerei), venationes (Jagd) et quicquid ad nostrum ius ducisque pertinet (und was sonst zu unserem und des Herzogs Recht gehört). Diese Rechte wurden den Bischöfen von Bamberg verliehen, damit sie Satzungen erließen (leges facere) und auf jede Weise ihre Einkünfte mehrten (omnibus modis in eodem loco utilitates suas augere). Sturm folgert daraus für die Wirtschaftsgeschichte Ambergers: "Das Bergrecht, beziehungsweise der Bergzehent, ist an sich ein so wichtiges Recht, daß es zweifellos in der Aufzählung der Einzelrechte als zur Vereinbarung dazugehörig oder davon ausgenommen hätte erwähnt werden müssen. Ebenso dürfte erwartet werden, daß neben den Mahlmühlen auch die Eisenhämmer genannt würden, wenn sie da gewesen wären. So bleibt nur der naheliegende Schluß übrig, daß zur Zeit der Ausstellung der Kaiserurkunde in Amberg kein Bergbau

1) Mon. Boica 29; 43.

2) Leingärtner, Hist. Atlas 171.

3) Rapp, Geschichtliche Mitteilungen 2 f.

4) Sturm, Älteste Geschichte 36.

betrieben wurde."¹ Die eigentliche Aussage der Urkunde bestehe aber nun darin, daß die aufgeführten Rechte, insbesondere districtum, mercatus, theloneum, naulum, auf ein Kaufmannswik, eine Handelsniederlassung hinweisen. "In Amberg ... hat sich eine, möglicherweise zunächst nur fluktuierende Kaufmannssiedlung entwickelt"², deren Lage "am linksseitigen Vilsufer etwa von der Furt oberhalb der nachmaligen Krambrücke bis zur Schiffgasse"³ zu suchen sein wird.

Durch Sturm wird also auf die Anfänge Ambergs als Kaufmannswik verwiesen, während sonst von der "1000jährigen Eisenstadt" gesprochen wird (vgl. dazu aber S. 20 ff.).

Amberg wird in der Urkunde von 1034 als villa bezeichnet. Eine rein bauerliche Siedlung kann Amberg aber damals nicht mehr gewesen sein, denn Kaiser Konrad II. übertrug den Bischöfen von Bamberg nicht die Grundherrschaft über ein Dorf, sondern seine Regalrechte an einer Kaufmannssiedlung. Trotz des mercatus der Urkunde kann Amberg noch nicht als Markt im Sinne des späteren forum angesehen werden. Nach H. Planitz unterscheidet sich der mercatus vom forum dadurch, daß jener ein kaufmännischer, dieser aber ein kaufmännisch-handwerklicher Markt ist. Im mercatus - "als Markttort wird der Wik damals mit dem Ausdruck mercatus bezeichnet"⁴ - wirkt der Kaufmann, in ihm gilt das jus mercatorum (auch für seine wenigen Handwerker); es gibt nur den genossenschaftlichen Verband der Kaufleute, die Gilde. Im forum sind Kaufleute und Handwerker ansässig, dann gemeinsam als forenses oder cives bezeichnet und eine Gemeinde bildend; es gilt das Marktrecht, das sich später in das Stadtrecht wandelt. Das jüngere Marktrecht ist als das umfassende und lokalisierte Recht der Gemeinde streng vom älteren speziellen und personalen Recht der Kaufleute zu trennen⁵. Im Codex Traditionum des Klosters Ebsdorf wird Amberg 1144 und 1146 als forum und als oppidum

1) Sturm, Älteste Geschichte 36.

2) Sturm, Älteste Geschichte 37.

3) Sturm, Älteste Geschichte 38.

4) Planitz, Stadtgeschichte 82.

5) Planitz, Stadtgeschichte 79 ff. und 100.

forense bezeichnet¹. 1163 privilegierte Kaiser Friedrich I. die negotiatores Ambergenses und 1166 folgte Bischof Rudbert von Passau, er nennt die Amberger cives.

Über die Rechtsverhältnisse im mercatus Amberg ist nur überkommen, daß die Amberger mercatores bischöflich-bambergische Kaufleute waren. Als solche waren sie im Vergleich zu ihren königlichen Kollegen Kaufleute minderen Rechts, solange eine gleichstellende Privilegierung, die von Kaiser Friedrich I. 1163 vollzogen wurde, fehlte. Es ist möglich, daß die damals übliche kaufmännische Gildverfassung auch in Amberg praktiziert wurde. Die Martinskirche, Ambergs Bürgerkirche, die unmittelbar an der Vils und im Zentrum jenes Ortsteiles liegt, wo Sturm den Wik annimmt, kann man vom Patrozinium her zweifach erklären, nämlich als frühe Dorfkirche, entstanden in der Zeit der allgemeinen Verbreitung der Martinskirchen, oder als spätere Kaufmannskirche, denn St. Martin war ein beliebter Schutzheiliger der Kaufleute². Gegen die frühe Dorfkirche spricht, daß dieses Patroziniums in der Oberpfalz nicht gebräuchlich war. Für eine Kaufmannskirche müßte als Träger ein Kaufmannsverband unterstellt werden, was nicht unwahrscheinlich ist, weil später das forum bzw. die civitas folgten³.

Das Marktrecht läßt sich noch rekonstruieren, weil andere Rechte (Stadtrechte von 1294 und 1310, Stadtgesetz aus der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts) darauf Bezug nehmen (s. Erläuterungen 1). Das Amberger Marktrecht hatte zweierlei Gestalt: es war einmal ein Komplex von Rechtsvorschriften (slahte sache, die zu dem marchtrehte gehörnt) und dann eine Abgabe (umme gulte oder umme dehain dinch, daz marchtreht haizit; wer zins ... hat, ez sei mart reht oder nach zinsz).

Zum Marktrecht als Sammelbegriff von Rechtsvorschriften gehörte jede "slahte sache" (slahte, schlecht im Sinne von

1) Sturm, Älteste Geschichte 41.

2) Planitz, Stadtgeschichte 79.

3) Die Martinskirche war eine Benefizienkirche. Die Baulasten trug die Stadt, und der Rat hatte das Präsentationsrecht und die Verwaltung der von ihm und den Bürgern gestifteten Benefizien.

schlicht, einfach¹⁾). Was unter einfachen Rechtssachen hier zu verstehen ist, läßt sich als Rest nach Abzug derjenigen Rechtsgebiete, die in den Stadtrechten eingehender erfaßt sind, ermitteln. Im ersten Artikel des Stadtrechts behielt sich der Herzog die Hochgerichtsbarkeit (Verbrechen, die auf den Tod ziehen) vor. In den nächsten Artikeln wurde die Blutgerichtsbarkeit (lösen, fließende Wunden, pliwat) dem Stadtgericht zugewiesen, das mit einem stadtherrlichen Richter und bürgerlichen Beisitzern (Schöffen, Urteiler) besetzt war. Dieses Gericht war auch für die übrigen Strafsachen (inziht) zuständig. Die verbleibenden Artikel des Stadtrechts enthalten Freiheitsrechte (z. B. Freizügigkeit, Gleichheit der Besteuerung, Entscheidungsfreiheit bei der Eheschließung) oder betreffen die Stadtverfassung (Rat)²⁾. Somit ergibt sich, daß das Zivilrecht³⁾ und das Verwaltungsrecht, wie z. B. Polizeirecht, Baurecht, Wasserrecht, Marktrecht im engeren Sinne (Marktordnung, Preise, Maß, Gewicht), in den Stadtrechten nicht im einzelnen erfaßt wurden. Sie waren eben als slahte sachen Bestandteile des alten Marktrechtes, das, weil schon dem forum zugehörig, der Stadt nicht mehr verliehen werden brauchte. Es genügte daher, in das Stadtrecht die ausschließliche Zuständigkeit des Stadtgerichtes (daz sol man niendert enden, denne under dem gerihte) und das Verbot des Rechtsmittels (man schol auch niendirt furbaz dingen auz dem gerihte) für Marktrechtsachen - also Regelungen der Gerichtsverfassung, nicht des Rechtes selbst - aufzunehmen.

Das Marktrecht als Abgabe lastete auf Häusern, Hofstätten, Stadeln, Grundstücken, Kramen und Fleischbänken in der Stadt und im Burggeding. In einschlägigen Verträgen, die in den frühen Urkunden und in den ersten Kopialbüchern protokolliert sind, findet sich häufig der Passus "mit einem Marktrecht" und dann die zugehörige Abgabe⁴⁾. Das Amberger

1) Brinckmeier, Glossarium, 2. Bd. 519.

2) Rubenbauer, Stadtverfassung 14 ff.

3) Brinckmeier, Glossarium, 2. Bd. 519: "Schlechte Klage, Civilklage; schlechte Busse, Buße in einer Civilsache"

4) Stadtarch. Abg., Urkunden 39, 73, 92, 98, 100; Bände 318 (viele Belegstellen) und 319.

Marktrecht ist also eine allgemeine Realabgabe¹. Als Empfänger werden "kloster und ander"² angegeben (s. Erläuterungen 2). Mit dem Beginn des 15. Jahrhunderts wird diese Abgabe immer seltener erwähnt; die Marktrechte wurden kapitalisiert und abgelöst³ oder unter der allgemeinen Bezeichnung Zins fortgeführt, weil der Rechtsgrund für die spezielle Bezeichnung in Vergessenheit geraten war. Dieser Rechtsgrund bestand für Amberg in der Einräumung des Marktrechtes als Rechtsordnung, die dann später in das Stadtrecht und in die Stadtgesetze einging.

Das älteste überkommene Stadtrecht stammt aus dem Jahre 1294, es geht auf ein älteres nicht mehr vorhandenes zurück, denn in der Einleitung der Urkunde heißt es: "Wir Rudolf von gotis gnadem ... haben in geben deu reht und die gueten gewohnheit, die zu ihr stat gehornt und bestetigit sint, die in unser ... vater vor bestetigit hiete"⁴. "Es ist daher anzunehmen, daß das Grundprivileg der Stadt Amberg ein von Herzog Ludwig dem Strengen gegebener Freiheitsbrief ist, der vielleicht bald nach 1269, dem Jahre der Belehnung Herzog Ludwigs mit Amberg, ausgestellt wurde."⁵ Da auch dieser Freiheitsbrief hergebrachte Rechte bestätigte, werden sich in Amberg bereits in der ersten Hälfte des 13. Jahrhunderts Stadtrechte entwickelt haben, die das ältere Marktrecht aus dem 12. Jahrhundert zur Grundlage hatten. Das Stadtrecht erweiterte die Gerichtsbarkeit des Bürgergerichtes, das zur Zeit des Marktrechtes nur für Zivilsachen und Verwaltungsangelegenheiten zuständig war, um die Strafgerichtsbarkeit, die auch eine Blutgerichtsbarkeit umfaßte. Dem Stadtgericht stand wohl ein stadtherrlicher Beamter vor, dieser beschränkte sich aber auf die Überwachung des Verfahrens, während die bürgerlichen Schöffen das Urteil fällten. Dem Gerichte des Herzogs war nur der Totschlag vorbehalten, in weiterer Auslegung wohl alle "Verbrechen, die auf den Tod ziehen". Ferner erhielt Amberg durch das Stadt-

1) So auch in Sulzbach: "Sultzpach forum soluit de areis pro censu et pro marchreht II lib. dim." (Mon. Boica; 36, 643).

2) Thoma, Stadtrechtbuch 43.

3) Stadtarch. Abg., Bände 319.

4) Rubenbauer, Stadtverfassung, Urkundenanhang 2.

5) Leingärtner, Hist. Atlas 175.

recht eine Ratsverfassung: "die burger schuln auch unter in nemen zehen man oder achte, die des rahts pflegen, und waß dieselben under in trachtent oder achtent, das uns und der stat guet und erleich ist, das sol stete unde feste beleiben, und sol der andern wille sein."¹

Die Bamberger Bischöfe ließen sich in Amberg bald durch Vögte vertreten, wirkten aber weiterhin für den aufstrebenden Ort insbesondere durch Vermittlung von Handelsprivilegien (vgl. S.13). Die ersten Vögte waren die Grafen von Sulzbach (etwa 1060 bis 1188), dann folgten die Staufer (1188 bis längstens 1208), nämlich die Kaisersöhne Friedrich und Otto und vielleicht auch noch König Philipp. Anschließend scheint Amberg als heimgefallenes Lehen zur bischöflichen Kammer eingezogen und unter bischöfliche Verwaltung gestellt worden zu sein, bis die Markgrafen von Hohenburg mit Amberg und seinen Zugehörungen belehnt wurden (1230 bis 1256). Im Jahre 1269 übertrug der Bischof von Bamberg dem Bayernherzog Ludwig dem Strengen Amberg, das nun mit wenigen und kurzen Unterbrechungen im Besitze der Wittelsbacher blieb und durch den Teilungsvertrag von Pavia im Jahre 1329 an die rheinpfälzische Linie kam². 1368 wurde das Kurpräzipuum (fest mit der Kur verbundener Landesteil) geschaffen, dem 1395 in der Oberpfalz die Stadt Amberg (und die Städte Kemnath, Nabburg, Neunburg, dann die Burgen Murach und Waldeck) zugewiesen wurde³. Die Wittelsbacher bauten Amberg zu einem Mittelpunkt ihrer Landesherrschaft aus und lösten es faktisch von den Bischöfen von Bamberg.

1) Löwenthal, Urkundenbuch 3.

2) Leingärtner, Hist. Atlas 11 ff.

3) Bosl, Oberpfalz 14.

Handel und Verkehr

Die Verkehrslage Ambergs war durch zwei Fernstraßen bestimmt. Nach Süden zu wurde Amberg durch eine Wasserstraße, gebildet von Vils und Naab, an die Donauschifffahrt angeschlossen. Diese Wasserstraße wurde von Amberg aus durch eine Landstraße nach Norden, die durch das bambergische Lehensgebiet nach Bayreuth und mit einer Seitenlinie nach Bamberg führte, zur Süd-Nord-Route des Nordgaus erweitert, die in Amberg von einer west-östlich verlaufenden Fernstraße gekreuzt wurde, welche Franken und Böhmen verband.

Die größere Bedeutung kommt der Süd-Nord-Route zu, insbesondere ihrem schiffbaren Teil, denn mit ihm erreichte das Wasserstraßennetz der Donau und ihrer Nebenflüsse in Amberg seinen nördlichsten Punkt. Die erste urkundliche Nachricht über die Vils als Wasserstraße stammt von 1010/20 die "Ladestat bei Smidinmulni an der Vilisia" wurde dem Kloster St. Emmeram zu Regensburg gestiftet¹ und später erheben die Bayernherzöge von der "Lahstat" zu Schmidmühlen (20 km südlich von Amberg) Abgaben². Für Amberg ist die Schifffahrt (naulum) in der Urkunde von 1034 bezeugt und nach den bayerischen Herzogsurbaren von 1270/80 und 1326 waren von jedem Schiff, das von Amberg nach Regensburg fuhr, pro Woche (solange dauerte eine Schifffahrt) 36 den. zu zahlen³. Da urkundliche Zeugnisse bereits aus den ersten Jahrzehnten des 11. Jahrhunderts vorliegen, wird man den Beginn der Schifffahrt auf Vils und Naab in das vorhergehende Jahrhundert verlegen können.

Wurde anfangs bei sonst schlechten Verkehrsverhältnissen durch diese Wasserstraße der Anschluß des Nordgaus an den Donauhandel überhaupt erst ermöglicht, so konnte die spätere Konkurrenz mit dem Landverkehr durch niedrige Frachtkosten bestanden werden. Die Schifffahrt wurde vom Transport der Massengüter Erz und Eisenwaren (talwärts) und Salz (bergwärts) getragen, wobei sich die Frachtkosten per

1) Knauer, Kallmünz 112.

2) Mon. Boica 36; 389 und 559.

3) Mon. Boica 36; 404 und 618.

Schiff zu Zeiten optimaler Nutzung der Frachtkapazität auf etwa die Hälfte der Frachtkosten per Achse stellten¹. Billiger Transport von Erz zu den Eisenhämmern an der Vils und von Eisen nach Regensburg und Ulm sind die offenliegenden Vorteile der Schifffahrt. Daneben aber wurde durch sie Amberg als Umschlagplatz für den Warenhandel zwischen dem Donaubereich einerseits und dem Nordgau und Franken andererseits beträchtlich gefördert. In Amberg, das etwa 70 km von Regensburg entfernt ist, brauchten für Waren ab und nach Regensburg nur 70 Wasser-, also 35 Land-km verrechnet werden. Somit war z. B. der Salzbezug aus Amberg nicht nur interessant bei kürzerer Entfernung als nach Regensburg, sondern bis zu einem Mehrweg von 35 km, da eben um diese Wegstrecke in Amberg die Frachtkosten niedriger waren. Durch die Wasserstraße wurde also die Süd-Nord-Route Regensburg-Amberg-Bayreuth, auf deren Einzugsbereich sich dieser Warenverkehr bei Fehlen des Kostenvorteils der Wasserstraße beschränkt hätte, von Amberg aus beträchtlich aufgefächert, und zwar entsprechend der Neigung der Achse Regensburg/Amberg mehr nach Westen als nach Osten.

Im Urbar von 1326 ist die Amberger "societas nauium" verzeichnet, die dem Herzog jährlich ein Pfund Pfeffer, die typische Abgabe der Kaufleute, zu liefern hat. Mangels weiterer Nachrichten kann über das Wesen dieser Gesellschaft - ob Handelsgesellschaft oder Schifffahrtsgesellschaft, ob Verband der Schifffahrt treibenden Handelsleute oder nur der Schiffer - nichts gesagt werden. An der Wende vom 14. zum 15. Jahrhundert wurde die Schifffahrt von privater Hand betrieben, und zwar von Einzelpersonen und von Personengesellschaften; so ist im Jahre 1387 die Bürgerin Anna Vederle als Schiffsbesitzerin aufgeführt² und 1403 wird von einem Bürger ein halbes neues Schiff mit Geschirr als

1) Als mit dem 30jährigen Krieg Bergbau und Eisenwirtschaft verfielen, die Hauptfracht vilsabwärts also fehlte, stellten sich die Frachtkosten für das vilsaufwärts transportierte Salz fast ebenso hoch wie die Frachtkosten per Achse. Die Kosten konnten vorher bei nur unwesentlicher Erhöhung auf zwei Träger abgewälzt, also halbiert werden (zu den Frachtkosten nach dem 30jährigen Krieg: Stadtarch. Abg., Rechnungen XIII).

2) Stadtarch. Abg., Bände 318.

Pfand gegeben¹. Schiffsfahrtsberechtigt auf der Vils waren nach den behandelten Quellen nur Amberg und Schmidmühlen. Amberg konnte dieses Monopol (Schmidmühlen beteiligte sich mit nur einem Schiff am Amberger Schiffszug) durch Jahrhunderte hindurch erfolgreich verteidigen und zu einem Instrument seiner Erz- und Eisenhandelspolitik ausbauen, indem es nur den Transport von Amberger Erzen und von Eisen Amberger Kaufleute zuließ².

Der über Amberg führende Landweg nach Osten, der Böhmen mit dem Westen verband, wird durch die Chronik des Prager Domherrn Cosmas angezeigt. Cosmas berichtet, daß die Bischöfe von Prag und Olmütz und er im Jahre 1094 auf der Rückkehr von Meinz in ein "villam nomine Amberk" kamen, in dem die Pest herrschte, weshalb sie weiterzogen und nicht weit vom Ort auf freiem Feld übernachteten³. Sturm folgert daraus: "Aus der Zufälligkeit der Wiedergabe dieses Erlebnisses ergibt sich ... die unbezweifelbare Tatsache, daß damals ein offenbar üblicher Fernweg von Westen nach Prag über Amberg führte."⁴ Wann diese Verbindung ihre nur wenig nördlich gelegene Konkurrenz (Vilsübergang Hahnbach, 10 km nördlich von Amberg) erhielt, die ihr schließlich den Rang ablief, ist ungewiß. Vielleicht haben schon die Grafen von Sulzbach, in deren Besitz sich Hahnbach und wahrscheinlich auch Schnaittenbach im 12. Jahrhundert befanden⁵, die Verbindung Sulzbach, Hahnbach, Hirschau, Schnaittenbach, Wernberg gefördert, die schließlich infolge des ebenen Geländes bevorzugt wurde. Nach dem Brügger Itinerar, in dem um 1380 die europäischen Handelsstraßen beschrieben sind, berührt die Straße Nürnberg-Prag Amberg nicht; es wird folgender Verlauf angegeben: Nürnberg, Lauf, Hersbruck, Sulzbach, Hirschau, Kladrau, Pilsen, Zerhowitz, Beraun, Prag⁶. Es gab aber auch noch in dieser Zeit und später eine südliche Strecke über Amberg, Schwarzenfeld, Waldmünchen, Taus, Pilsen,

1) Stadtarch. Abg., Bände 319.

2) Stadtarch. Abg., Bände 241.

3) Sturm, Älteste Geschichte 38 f.

4) Sturm, Älteste Geschichte 39.

5) Leingärtner, Hist. Atlas 207 und 209.

6) Krüger, Meilenscheiben 191.

jedoch war die nördliche Linie weit bedeutender¹.

Die Fernhandelsziele der Amberger Kaufleute lassen sich aus ihren Zollprivilegien erkennen. Auf Fürsprache Bischof Eberhards von Bamberg gewährte Kaiser Friedrich I. im Jahre 1163 den Amberger Kaufleuten Zollfreiheit und Geleitschutz im ganzen Reich nach Nürnberger Recht². Die Amberger waren damit zollfrei an allen Zollstätten des Reiches, wobei die Zollfreiheit in den Reichsstädten als wichtigen Handelsplätzen von besonderer Bedeutung war. Der Stand der Nürnberger und damit auch der Amberger Zollfreiheit im 14. Jahrhundert kommt in einer Bestätigung der Nürnberger Zollfreiheiten durch Kaiser Ludwig vom Jahre 1332 zum Ausdruck: in 70 Orten des deutschen Reiches, darunter alle bedeutenden Handelsplätze, war den Händlern beider Städte Zollfreiheit eingeräumt³. Die Amberger ließen sich dieses Privileg von den späteren Königen und Kaisern bestätigen, so von Karl IV. (1355), Wenzel (1379), Ruprecht (1400), Sigismund (1414) und den Habsburgern⁴. Im Jahre 1361 mahnte Kaiser Karl IV. Frankfurt an, die Zollfreiheit der Amberger nicht zu beeinträchtigen⁵. 1414 verfuhr Kurfürst Ludwig III. von der Pfalz gegenüber den Städten Straßburg und Frankfurt gleichermaßen⁶. Im Jahre 1166 erwirkte Bischof Eberhard vom Passauer Bischof Rudbert die Gleichstellung der Amberger Kaufleute mit den Regensburger Kaufleuten im bischöflichen Passau. Den Ambergern wurde für ihr eigenes Kaufmannsgut das "ius Ratisponensium" eingeräumt, wenn sie zu den Jahrmärkten und zu anderen Zeiten nach Passau kamen oder zu Schiff vorbeifuhren⁷. Bei den landesherrlichen Zollstätten in Bayern waren die Amberger seit 1328 vom Zoll und Geleit befreit. Kaiser Ludwig, von dem dieses Privileg ausging, bestätigte noch von Pavia aus, daß die Befreiung der Amberger vom Zoll und Geleit in Bayern auch nach der

1) Müller, Haupttrouten 27 f.

2) Sturm, Handelsprivilegien 31 ff.

3) Rapp, Geschichtliche Mitteilungen 4 f.

4) Sturm, Handelsprivilegien, 41.

5) Löwenthal, Urkundenbuch 29.

6) Löwenthal, Urkundenbuch 45.

7) Sturm, Handelsprivilegien 34 ff.

Teilung des Landes fortbestehe¹. Die damit verbundene Zollfreiheit bei den bayerischen Zollstätten an der Donau (Ingolstadt, Stadtamhof, Straubing) war für den Amberger Eisen- und Salzhandel besonders förderlich. Auch dieses Privileg bewahrte Amberg mit Hilfe der bayerischen Landesherren, die 1329 dem Tundorfer, als dem Pächter der Zollstätte in der Vorstadt zu Regensburg², und 1447 den Mautnern zu Straubing und Bogen³ die Anweisung erteilten, die Amberger zollfrei passieren zu lassen. Das letzte Zollprivileg für die Amberger Handelsleute stammt aus dem Jahre 1369 und wurde von König Ludwig von Ungarn erteilt⁴. Die Amberger kamen in den Genuß dieses Privilegs durch die Handelspolitik der ungarischen Könige Karl und Ludwig, die den Handelsverkehr zwischen ihrem Königreich und den angrenzenden Ländern, der durch übermäßige Zollforderungen fast zum Erliegen gekommen war, beleben wollten. Den Amberger Kaufleuten, Bürgern und Inwohnern wurden die Rechte der Städte Wien, Regensburg und Nürnberg eingeräumt, die kurz vorher privilegiert worden waren. Da sich die Amberger Zollfreiheiten an den entsprechenden Rechten so bedeutender Handelsstädte wie Nürnberg und Regensburg orientierten, kann man sagen, daß dem Handel Ambergs die "Meistbegünstigungsklausel" zugestanden wurde.

Hinsichtlich der Waren, die über Amberg gehandelt wurden, findet sich ein erster Hinweis in den Urkunden des Klosters Ens Dorf. Im Jahre 1169 schenkte Heinrich Salzmesser dem Kloster ein Gut zu Ebermannsdorf, das wenige Kilometer südlich von Amberg liegt⁵. Die Ortsnähe wird es erlauben, diesen Salzmesser in Amberg zu suchen. Danach gab es also in Amberg bereits zur Mitte des 12. Jahrhunderts das Amt des Salzmessers, dessen Aufgabe darin bestand, durch rechtes Maß den Handel zu fördern. Dieser Salzmesser weist Amberg als frühen und bedeutenden Umschlagplatz für den Fernhandel mit Salz aus, denn für

1) Sturm, Handelsprivilegien 36 ff.

2) Löwenthal, Urkundenbuch 12.

3) Löwenthal, Urkundenbuch 47.

4) Sturm, Handelsprivilegien 41 f.

5) Zitzelsberger, Ens Dorf 79.

einen nur lokalen Markt hätte dieses Spezialamt nicht errichtet werden müssen. Im bayerischen Herzogsurbar von 1270/80, das den Tarif der herzoglichen Zollstätte bei Regensburg enthält, ist der Zoll für das Salz angeführt, das mit Schiffen nach Amberg gebracht wird (Item de qualibet cupa salis ducta in nauibus uersus Aemberch datur I den.)¹. Der Salzhandel muß bald in die Hände der Stadt übergegangen sein. Die Amberger Urkunden und Gerichtsbücher schweigen sich über den Salzhandel aus, während sich der Handel mit anderen wichtigen Waren (Eisen, Wein, Häute und Leder) in ihnen deutlich zeigt. Das Fehlen obrigkeitlicher Ordnungen, privater Verträge und Rechtsstreite im Zusammenhang mit dem Salzhandel dürfte nur durch frühen städtischen Betrieb zu erklären sein. Der Grund für den Übergang in städtische Regie wird in den Unterhaltskosten des Schiffahrtsweges Vils/Naab, auf dem das Salz antransportiert wurde, zu suchen sein, zu deren Finanzierung die Stadt durch die Überschüsse des Salzhandels befähigt werden sollte; der Vorgang dürfte also fiskalischer Natur gewesen sein. 1410 wird das Salzhaus am Markt erstmals erwähnt², städtische Salzmeister finden sich für 1415³, 1435⁴ usw. Den Beginn des städtischen Salzhandels wird man in das 14. Jahrhundert verlegen können, in dem die Eisenhämmer entstanden, also der Erztransport und damit der Ausbau der Schiffahrt aktuell wurden. Da der städtische Salzhandel erwerbswirtschaftlich orientiert war, kann er, trotzdem er als öffentliche Unternehmung betrieben wurde, nicht der Gemeinwirtschaft zugeordnet werden, in der das Kostendeckungsprinzip gilt⁵. Das Salz war sicher hervorragendes Handelsgut des mercatus Amberg, vielleicht allein, vielleicht schon zusammen mit Eisen und Eisenwaren.

Nach dem Tarif der herzoglichen Zollstätte bei Regensburg im Urbar von 1270/80 wurden von Amberg aus nach Regensburg und wohl auch weiter donauabwärts zu Schiff oder per Achse folgende Eisenwaren geführt: Pflugscharen (wagensun, je 100 Stck.

1) Mon. Boica 36; 366.

2) Stadtarch. Abg., Urkunden 300.

3) Stadtarch. Abg., Bände 319.

4) Stadtarch. Abg., Bände 320.

5) Vgl. Ritschl, Gemeinwirtschaft 331 ff.

28 den. Zoll), Pflugmesser (sech, je 100 20 den.), Schieneisen (schiene, je talentum 8 den.), Stabeisen (steibe, je talentum 8 den.), anlage (unbekanntes Eisen-erzeugnis, je 100 20 den.) und Eisenstücke (stuche, je 100 3 den.)¹. In dieser Zeit werden die Amberger Kaufleute ihren Zollprivilegien nach wohl auch noch weiter donauabwärts mit Eisenwaren gehandelt haben. Nach den Passauer Mautbüchern von 1400 - 1402 aber erreichten nur noch geringe Eisenmengen aus der Oberpfalz die Stadt Passau, nämlich 3360 Stck. Schieneisen. Das Eisen, das in Passau verarbeitet wurde, wurde geliefert von Kaufleuten oder Schiffern aus Regensburg (1440 Stck. Schieneisen), Straubing (960), Deggendorf (480), Amberg² (360), Landshag (120). Steirisches Eisen erreichte in folgenden Mengen Passau: 14064 Stck. Kloben, 11305 Stck. Zain, 1950 Stck. gemeines Eisen. Das steirische Eisen wurde zum geringeren Teil donauaufwärts weitergeführt, und zwar von Kaufleuten oder Schiffern aus Passau und benachbarten Orten (16 Frachten), aus Nürnberg (2), Regensburg (2), Deggendorf (1), Ulm (1), Vilshofen (1)³. Wenngleich steirisches Eisen in bedeutend größerem Umfang antransportiert wurde als oberpfälzisches Eisen, muß man seine Menge gering einschätzen, denn für steirisches Eisen begann ja in Passau erst der bayerische Markt, während er für die Oberpfalz dort endete. "Der Handel mit Metallen und Metallwaren war zur Zeit der Aufzeichnung der Mautbücher noch wenig entwickelt", folgert Th. Mayer, der Bearbeiter der Passauer Mautbücher⁴. Man wird aber wohl in Passau die Konkurrenzgrenze zwischen oberpfälzischem und steirischem Eisen ansetzen müssen, die naturgemäß von wenigen Waren passiert wurde. Interessant aber ist, daß schon um 1400 steirisches Eisen, wenn auch in ganz geringer Menge, nach Nürnberg und

1) Mon. Boica 36; 365 f. Zur Bedeutung von wagensun usw. vgl. Heimpel, Regensburg 121 f.

2) Mayer läßt offen, ob es sich um Amberg in der Oberpfalz oder um Amberg im Landkreis Deggendorf handelt; der Ware nach (Schieneisen) wird man aber doch von Amberg in der Oberpfalz ausgehen können.

3) Vgl. dazu Mayer, Passauer Mautbücher.

4) Mayer, Passauer Mautbücher 134.

Ulm ging, den Hauptabsatzplätzen für oberpfälzisches Eisen neben Regensburg.

Im Regensburger Zollltarif finden sich folgende weitere Ausfuhrwaren Ambergs: Wein (je Eimer 4 den.) und Honig (je Eimer 4 den.). Nach Amberg eingeführt wurden neben Salz Weizen, Winterweizen, Hafer (je Schaff 1 obul.) und verschiedene Waren (thelonea minuta, que debent inquiri).

Der Honig wird aus der Gegend von Vilseck gekommen sein, wo es viele Zeidelweiden gab, aber auch aus der näheren Umgebung Ambergs, so z. B. aus Aschach, in dessen Nachbarschaft sich ein "silva videlicet zidelweide"¹ befand. Die Weinausfuhr wird sich wohl kaum auf den in Amberg selbst gebauten Wein erstreckt haben, sondern auf Weine, die aus Franken und dem Elsaß als Gegenfracht der Eisen- und Salzausfuhr zugeführt wurden. Der Regensburger Zollltarif verweist also auch auf den Warenverkehr nach Norden und Westen: der Eisen- und Salzausfuhr stand als hauptsächliches Einfuhrgut der Wein, die dritte Haupthandelsware Ambergs, gegenüber, der dann in Richtung Regensburg weitergehandelt wurde. Nach der Umgeldordnung vom Jahre 1392² handelte man in Amberg mit folgenden Weinen: Elsässer Wein, Osterwein, Frankenwein, Bayerischer Wein, Romania, Malvasier, Rainfal und welscher Wein. Die südländischen Weine verweisen darauf, daß Wein auch vilsaufwärts transportiert wurde. Den Amberger Eichern und Schrötern (Bindern) standen von einem "Osterfaß", das sie vom Schiff auf einen Wagen abzogen, acht Groschen zu. Daß ausländische Weine von Amberg aus weitergehandelt wurden, ergibt sich ebenfalls aus den Eicher- und Schrötertarifen³: legten sie ein Faß von einem Wagen auf den anderen, so bekamen sie für Franken- und Elsässer Wein einen Pfennig je Eimer; zogen sie ein Faß vom Keller auf den Wagen, so gab es dafür acht Groschen,

1) Mon.Boica 36; 404.

2) Stadtarch. Abg., Bände 241, 1. Teil, fol. 11. Das Umgeld stellte sich für ein Fuder Wein (ca. 12 Eimer) auf: Elsässer Wein und Osterwein 1 Gulden, Frankenwein 3 Ort eines Gulden, Bairischwein 1/2 Gulden; alle übrigen Weine waren umgeldfrei, wohl auch der Amberger Wein, wenn er nicht dem Bairischwein zugerechnet wurde.

3) Stadtarch. Abg., Bände 241, 1. Teil, fol. 13 ff.

von der Tenne auf den Wagen sechs. Die Einfuhr von Weizen und Hafer zeigt, daß der Bedarf Ambergs nach diesen Getreidesorten aus dem Umland nicht mehr voll gedeckt werden konnte. Für den Weizen werden geeignete Anbauböden nicht in genügendem Umfang vorhanden gewesen sein, während beim Hafer ein außergewöhnlicher Bedarf, hervorgerufen durch die Erz-, Eisen- und Salztransporte mit Pferdefuhrwerken, die Zufuhr erfordert haben dürfte.

Der Anschluß an die Donauschifffahrt, die Zollprivilegien, die Lage der Bergstadt Amberg inmitten des oberpfälzischen Eisenreviers dürfen aber für die Einschätzung der Bedeutung des Handels Ambergs nicht vergessen lassen, daß vor den Toren Ambergs zwei der bedeutendsten Handelsplätze der damaligen Zeit lagen: Regensburg im Mittelalter und Nürnberg im späten Mittelalter und in der beginnenden Neuzeit. Von hier aus versteht es sich von selbst, daß der Handel Ambergs nicht überschätzt werden darf. Der Salzhandel hatte aber wenigstens regionale Bedeutung (Versorgung des Nordgaus, z. T. auch Frankens). Im Eisenhandel konnten sich die Amberger Kaufleute gut behaupten, soweit das Eisen mit Schiffen transportiert werden konnte, also nach Regensburg und Ulm. Der Eisenverkauf per Achse wird häufig unmittelbar über Nürnberg und Regensburg gelaufen sein. Der übrige ausführende Fernhandel war ein Nebenergebnis des Handels mit Salz und Eisen, der einführende Fernhandel diente wohl hauptsächlich der Versorgung der Bevölkerung Ambergs und seiner Umgebung.

Der Handel der Bürger Ambergs war, soweit die Quellen zurückreichen, zu keiner Zeit durch besondere Ordnungen obrigkeitlich geregelt. Der Fernhandel entzog sich schon aus Gründen unterschiedlicher räumlicher Zuständigkeiten einer Ordnung. Jeder Bürger Ambergs konnte Fern- und Ortshandel, Groß- und Einzelhandel betreiben. Nicht einmal der Kleinhandel, der andernorts häufig handwerksähnlich geordnet

war¹, unterlag beschränkenden Vorschriften, von einwirkenden Rechten anderer Gewerbe (z.B. Verbot des Handels mit Waren, die das örtliche Handwerk produzierte) abgesehen. Nur der Handel mit Salz war der Stadt vorbehalten, ausgenommen der Verkauf von Salz zum Pfennwert, der den Frägern erlaubt war². Es ist für Amberg auch keine Kaufmannsgilde nachweisbar, wenngleich man sie für die Frühzeit vermuten möchte, noch gab es je eine Krämerzunft. Da der Handel ein allgemeines Bürgerrecht war, bedurfte er auch keiner besonderen organisatorischen Ausformung; für ihn war der Rat als allgemeine bürgerliche Obrigkeit kompetent.

-
- 1) In Regensburg gab es eine Krämerzunft (Staudinger, Krämerinnung). In Ulm war der Eisenhandel mit Umsätzen unter fünf Schilling Heller (Kleinhandel) nur den Mitgliedern der Krämerzunft erlaubt, größere Eisengeschäfte waren allen Bürgern gestattet (Nübling, Ulms Handel 22). Vgl. dazu auch Kulischer, Wirtschaftsgeschichte, 1. Bd. 269.
 - 2) Stadtarch. Abg., Bände 241.

Bergbau

Der Feststellung Sturms, der Bergbau und die Hammerwerke mußten in der Urkunde von 1034 angeführt sein, wenn sie zum damaligen Zeitpunkt bereits betrieben worden wären, kann in ihrer Bestimmtheit nicht beigetreten werden.

Mit der Urkunde von 1034 werden nur königliche Regalien und herzogliche Rechte in Amberg den Bischöfen von Bamberg verliehen. Für die fragliche Zeit gilt es aber als zweifelhaft, ob der Bergbau nach unedlen Erzen, wozu das Eisenerz gehört, zu den Regalien gerechnet wurde; jedenfalls wurde praktisch nur wenig davon Gebrauch gemacht. Das Recht an den Eisenerzen stand damals in der Regel dem Grundeigentümer zu¹. Der Herzog von Steiermark verfügte über den steierischen Erzberg bei Leoben, weil der Berg zu seinem Kammergut gehörte². Über die Besitzverhältnisse am Amberger Erzberg ist aus dieser Zeit nichts bekannt.

Die Hammerwerke kamen erst im 13. Jahrhundert auf. Am steierischen Erzberg wurde bis ins 13. Jahrhundert hinein das Erz am Fundort in kleinen gemauerten Gruben mit Hilfe von handgetriebenen Blasbälgen geschmolzen. Das Eisen wurde mit dem Handhammer ausgehämmt und zum Verkauf hergerichtet. Erst später ging man zu größeren Schmelzöfen über, die mit von Wasserkraft betriebenen Blasbälgen ausgestattet waren. Diese Schmelzöfen waren mit Hämmern, die ebenfalls durch Wasserkraft angetrieben wurden, vereinigt. Man nannte diese Kombination, die in der Steiermark später wieder abkam, vermutlich nach den oberpfälzischen Hämmern Deutschhämmer³. Auch für die Oberpfalz läßt sich diese technische Entwicklung noch verfolgen, dem möglichen Untersuchungszeitraum nach (1270/1326) als Parallelverlauf von alt und neu. Nach dem Herzogsurbar von 1270/80 stand dem Herzog der "tercia pars lucri" von den "ignibus dictis fiwer"

1) Zycha, Deutscher Bergbau 58 f.

2) Bittner, Innerberg-Eisenerz 12 f.

3) Bittner, Innerberg-Eisenerz 35 und 53. Zur mittelalterlichen Eisengewinnung vgl. Johannsen, Geschichte des Eisens 28 ff.

bei Auerbach und Plech (ca. 30 km nordwestlich von Amberg) zu¹. Nach dem Herzogsurbar von 1326 gab zu Amberg ein "operarius in Artzperg et in fabricis" dem Herzog drei Pfennige². Unter fabricae hat man hier wohl die kleinen Schmelzöfen mit Handschmieden zu verstehen. Nach dem gleichen Urbar befanden sich in Petzenstain, Ekkenriut und Plech im Amt Auerbach "fabricae pedales", für die, wenn gearbeitet wird, feste Wochenabgaben zu leisten sind³. Hier wird es sich schon um größere Schmelzöfen handeln, die mit einem Blasbalg, der von Fuß (pedales, Trethütten) betrieben wurde, arbeiteten. In dieser Zeit tauchen aber bereits die Hammerwerke auf, die den steierischen Deutschhämmern entsprechen, und verbreiten sich rasch⁴. Die Urkunde von 1034 schließt also nicht aus, daß es bereits damals fiwer und fabricae in Amberg gab, selbst noch 1326 erfährt man nur deswegen von den Amberger fabricae, weil deren Arbeitnehmer abgabepflichtig sind, sie selbst sind abgabefrei, sind also für sich noch immer kein Anlaß zur urkundlichen Erwähnung. Eisenhämmer aber, die wie die Mühlen an den zur Regalität bzw. zu den Herzogrechten zählenden Bach- und Flußläufen (aquarumque decursus) liegen, gab es zur Zeit der Urkunde von 1034 noch nicht⁵.

Daß dem Herzog nach seinem Urbar von 1270/80 in Amberg "de fodicina ferri decimam partem"⁶ zusteht, ist auf die mittlerweile veränderten Rechtsverhältnisse zurückzuführen. "In den Platz der reichsrechtlichen Regalität rückte das territoriale Bergregal ein."⁷ Die bayerischen Herzöge

1) Mon. Boica 36; 410.

2) Mon. Boica 36; 618.

3) Mon. Boica 36; 625.

4) Vgl. Reß, Oberpfälzische Eisenindustrie 17 ff.

5) Der Ortsname Smidinmulni (Schmidmühlen, 20 km südlich von Amberg), 1010/20 urkundlich erwähnt (Knauer, Kallmünz 112), scheint auf ein früheres Hammerwerk, eine Schmiede, die wie eine Mühle angetrieben wurde, hinzuweisen. Das kann aber dem damaligen technischen Stande nach nicht zutreffen. Im Urbar von 1270/80 sind für Schmidmühlen zwei Mahlmühlen verzeichnet; erst im Urbar von 1326 ist neben den beiden Mahlmühlen ein Hammerwerk aufgeführt (Mon. Boica 36; 389 und 559 f.).

6) Mon. Boica 36; 404.

7) Zycha, Deutscher Bergbau 157.

erhielten im Jahre 1219 das Bergregal für ihr ganzes Territorium¹. Im Jahre 1269 wurde der Bayernherzog Ludwig der Strenge mit Amberg belehnt², so daß er zum frühest möglichen Zeitpunkt (1270/80) sein Regalrecht in Amberg realisierte.

Die Urkunde von 1034 trägt also nichts zur Lösung der Frage nach dem Alter des Bergbaus und der Eisengewinnung in Amberg bei. Andererseits ist aber Sturms Einstufung der bisherigen Darlegungen über das Alter des Amberger Bergbaus als "hypothetisch" und als "Kombinationen und Phantasien" zutreffend³. Sein urkundliches Alter wird vom Herzogsurbar 1270/80 bestimmt. Die annähernde Bestimmung seines tatsächlichen Alters bleibt der weiteren Forschung vorbehalten.

Der frühe Bergbau Ambergs hielt sich in bescheidenen Grenzen. Im Urbar von 1270/80 ist zwar der Erlös des Erzzehent nicht eigens aufgeführt, es ist aber vermerkt, daß der Bergzehent zu den Gefällen des Richters gehört ("que tamen pars pertinet ad ius iudicis"⁴). Die Abgabe des Richters an den Herzog belief sich aber insgesamt nur auf sieben Pfund Regensburger Pfennige ("Item de iudicio ciuitatis VII lib."⁵). Auch wenn es sich dabei um einen Nettobetrag handeln sollte, kann kein hoher Brutto-Erzzehent dahinterstehen. Im Urbar von 1326 ist der Erzzehent zunächst mit fünf Regensburger Pfund ausgewiesen, in der gleichen Quelle aber wird mitgeteilt, daß er sich auf 13 Pfund erhöht habe ("Item decima pars fodicinii estimatur ad V Rat. lib. ... De fodicio in monte extendit se videlicet decima pars ad XIII lib. rat. in summa non sunt posite, nisi V lib."⁶). Das jährlich gewonnene Erz hatte also im fraglichen Zeitraum den Wert von 50 bis 130 Pfund Pfennigen. Im Jahre 1408 hingegen betrug die Zehenteinnahme des Herzogs nahezu 700 Gulden, der Wert

1) Zycha, Deutscher Bergbau 158.

2) Leingärtner, Hist. Atlas 19.

3) Sturm, Älteste Geschichte 33 f.

4) Mon. Boica 36; 404.

5) Mon. Boica 36; 403.

6) Mon. Boica 36; 618 f.

des geförderten Erzes also rund 7000 Gulden¹. Da in dieser Zeit nur mehr etwa alle vier Jahre ein Wörken stattfand, sind die vergleichbaren Jahresziffern: Zehent 175 Gulden, Erzabsatz 1750 Gulden. Die Entwicklung der Erzförderung wird nun nicht ganz der Vergrößerung der Geldbeträge entsprechen, da im 14. Jahrhundert wohl die Erzpreise ebenso anzogen, wie das dann für die folgenden Jahrhunderte nachgewiesen werden kann².

Zu dieser geringen Erzförderung der Frühzeit scheint nun in Widerspruch zu stehen, daß nach dem Urbar von 1326 sich knapp 50 operarii auf dem Erzberg und in den fabricae errechnen ("Dominica Reminiscere quilibet operarius in artzperg et in fabricis dat III den. et obul. Erunt V sol."³), eine für damalige Verhältnisse zweifellos bedeutende Zahl von Arbeitern. Aber diese operarii waren ja nicht nur während der Wirkzeit auf dem Erzberg tätig, sondern auch in den Schmelzhütten und Handschmieden (fabricae), die infolge reiner Handarbeit wesentlich arbeitsintensiver waren als die späteren mit Wasserkraft betriebenen Hammerwerke. Außerdem zeigen die im Regensburger Zolltarif⁴ aufgeführten Eisenwaren, daß in der Frühzeit vom oberpfälzischen Eisengewerbe nicht nur Roh- und Halbfertigerzeugnisse (z. B. Schieneisen), sondern auch Fertigwaren (z. B. Pflugmesser) in bedeutendem Umfang hergestellt wurden, was später bis auf Reste aufgegeben wurde. Die Amberger fabricae werden als Eisenschmelzen wohl auf dem Erzberg selbst oder doch in dessen Nähe sich befunden

1) Aus der von Reß (Oberpfälzische Eisenindustrie 59) angeführten Quelle ist zu entnehmen, daß das 14-07/08 stattgefundene Wörken 177 Pfund Bergfuder erbrachte. Das Zehenterz machte nicht ganz 18 Pfund Bergfuder aus. Der Herzog ließ es zusammen mit einigem alten Zehenterz verkaufen und erlöste rund 1000 Gulden bei einem Preis von 36 bis 40 Gulden je Pfund Fuder. Der Wert der gesamten Erzförderung (177 Pfund Fuder) errechnet sich damit bei einem Mittelpreis von 38 Gulden auf nicht ganz 7000 Gulden, der Wert des neuen Zehenterzes auf rund 700 Gulden. (Reß kam zu einer Erzförderung von 260 Pfund Fuder, weil er den übernommenen Erzvorrat vom vorhergegangenen Wörken nicht abzog).

2) Reß, Oberpfälzische Eisenindustrie 181.

3) Mon. Boica 36; 618.

4) Mon. Boica 36; 365 f.

haben. Als Handschmieden könnte man sie im Eichenforst suchen (Stadtteil Ambergs zwischen Vils und Regierungsstraße), wo nach alter Überlieferung in der Frühzeit Eisenhämmer betrieben worden sein sollen. A. Dollacker¹ lokalisierte die Hämmer daselbst, also abseits der Vils, und nahm an, weil er die späteren Hammerwerke unterstellt, daß sie über einen von der Vils abgeleiteten Kanal angetrieben wurden. Es ist aber für diese Zeit nur an Handschmieden zu denken, die keinen Wasseranschluß benötigten. Diese Überlieferung wird gestützt durch den Zunder, der sich im Eichenforst in größeren Mengen unter dem Pflaster findet. Der Zunder ist ein Abfallprodukt, das bei der Bearbeitung glühenden Eisens entsteht.

Bei der Bestimmung der Bedeutung dieses Wirtschaftszweiges für Amberg gilt es also zu berücksichtigen, daß in der Frühzeit eine geringe Erzförderung durch eine arbeitsintensive Eisenerzeugung bis zum Endprodukt ergänzt wurde, während man sich später in Amberg auf die stark ausgeweitete Erzförderung konzentrierte. So kommt man zu dem Ergebnis, daß schon an der Wende vom 13. zum 14. Jahrhundert der Bergbau und die Eisengewerbe für Amberg vor allem im Hinblick auf ihr Beschäftigungsvolumen von erheblicher Bedeutung waren.

Im Jahre 1310 verfügte Herzog Ludwig, den Bürgern der Stadt "zu fürderung", daß innerhalb eines Meilenkreises um Amberg (nach den angegebenen Grenzorten Radius 8 - 10 km) "niemand, wie er genandt seye, kein holz zu Kollen oder zu Lesch verkauffen oder abgeben mag"². Die Erklärung dafür lautet meist, daß das Grubenholz für den Amberger Bergbau sichergestellt werden sollte, indem man die Nutzung der umliegenden Wälder zur Herstellung von Holzkohle und Lesch für die neuen Hammerwerke untersagte. Der Holzbedarf des in dieser Zeit noch bescheidenen Amberger Bergbaus war aber viel zu gering, als daß ein derart umfangreiches Waldreservoir nötig gewesen wäre. Der Holzbedarf

1) A. Dollacker, Vor- und Frühgeschichte 9.

2) Löwenthal, Urkundenbuch 4 f. Im Jahre 1564 wurde das Holzprivileg erneuert (Löwenthal, Urkundenbuch 76 f.).

der Stadt (Bau-, Brennholz etc.) und ihrer Eisengewerbe (Holzkohle) war zweifellos wesentlich bedeutender. Besonders interessant ist aber die Erlaßzeit des Verbotes. Der in seiner Frühzeit geringe Bergbau ist im Jahre 1310 urkundlich gesehen erst 40 - 50 Jahre alt, und das Amberger Eisengewerbe und die benachbarten Hämmer werden quellenmäßig erst 16 Jahre nach dem Holzerlaß faßbar. Der allgemeine Holzbedarf Ambergs reicht aber allein zur Erklärung des Holzprivilegs nicht aus, denn dann müßten sich solche Regelungen auch für andere Städte finden. So bleibt nur eine wesentliche Heraufsetzung des Alters des Bergbaus und der Eisengewerbe, um diese frühe Holzbewirtschaftung zu verstehen.

Die operarii auf dem Erzberg, die das Urbar für 1326 ausweist, zeigen nun auch, daß bereits zu dieser Zeit in Amberg, von möglichen Ausnahmen abgesehen, das Erz von Lohnarbeitern gefördert wurde, während sich die in Amberg sitzenden Gewerken auf die Finanzierung des Bergbaus und den Erzhandel beschränkten. Die Vorstufe, der Eigenbetrieb des Bergmanns mit einigen Hilfskräften oder die bergmännische Genossenschaft, ist für Amberg nicht mehr greifbar; sie endet auch in anderen Bergwerken im 13. und 14. Jahrhundert¹. Das Recht der operarii, für das sie die Abgabe leisteten, wird aus einer Erläuterung zum Bergrecht durch Pfalzgraf Friedrich I. von 1457 deutlich. Die Bergknechte zahlen noch immer 3 Pfennige, nun an den Hofkastner, für die "Freiheit von uns und unseren Erben, daß ihnen niemand ihren Wochenlohn daselbst verbieten mag" weder die Bergherren noch die Bürgermeister von keiner Ursache wegen². Der Landesherr schützte also die Bergarbeiter vor Lohnpfändungen durch ihre Arbeitgeber und deren Obrigkeit.

In Amberg selbst finden sich kaum Bergarbeiter, wenn auch Tagelöhner und Handwerker (Zimmerer) aus Amberg als Hilfskräfte beim Bergbau mitwirkten. Die Stammarbeiter des Bergbaus müssen daher in den Dörfern um den Erzberg

1) Zur Entwicklung der Betriebsformen des Bergbaus vgl. Zycha, Deutscher Bergbau 79 f.

2) Stadtarch. Abg., Bände 406.

ansässig gewesen sein, also in Elbersdorf, Eglsee, Neuricht, Witzlhof, Traßberg, Schäflohe, Poppenricht, Fuchsstein und Karmansölden. Die Besitzer des Anwesens Rutzenried in der Ortsflur Eglsee werden zunächst bergbauende Bauern gewesen sein, die dann als Berggewerken nach Amberg zogen (vgl. S.33). Ebenso kann es sich mit Wolfhart Fuchssteiner verhalten haben, der als Amberger Bürger 1/5 Erzgrube besaß, die 1380 im Besitz des Hans Frey war, der sie weiterverkaufte¹. Bei Fuchsstein wurde wiederholt nach Erz gesucht. In Siebemeichen, einem Dorf zwischen den Bergbaugebieten von Amberg und Sulzbach, war die Kirche der Heiligen Barbara, der Patronin der Bergleute, geweiht. 1385 verkaufte der Purgerhansl dem Herrn Ulrich, Kirchenherrn zu Ammerthal, für das St. Barbara Gotteshaus bei den sieben Eichen 6 Viertel Korn, 6 Viertel Haber, 1 Käs und 1 Fasnachthenne von einem Gut zu Götzenhof². 1390 stiftete Pfarrer Ulrich eine Messe in der Barbarakirche, die 1815 abgebrochen wurde³. Eine vollständige Aussage über die Herkunft der leitenden Bergleute läßt sich leider erst für eine viel spätere Zeit machen. Beim Würken 1584/56 kamen die Meister aus Karmansölden (Caspar, Georg, Hans und Jorg Dirner) und aus Witzlhof (Hans Schlosser). Die Ankriener stammten von Fuchsstein (Georg Perg), Poppenricht (Contz Schmirber, Jorg Steffl), Rosenberg (Georg Meier, Hans Mendel), Schäflohe (Georg Fuchs) und Traßberg (Hans Schlaffer). Bei drei Bergmeistern (Hans Bering, Endres Harniges, Stefan Österlein) und einem Ankriener (Bartl Knier) ist kein Herkunftsort angegeben. Der Ankriener Michael Krafft war von "allhier".⁴ Die Annahme, daß in der Frühzeit des Bergbaus die Verhältnisse ähnlich waren, wird gestützt vom Fehlen eines

1) Stadtarch. Abg., Bände 318.

2) Stadtarch. Abg., Bände 318.

3) Kunstdenkmäler-Sulzbach.

4) Stadtarch. Abg., Rechnungen XIV, 81 a.

bergmännischen Brauchtums in Amberg. Die späteren Gewerken hätten es wohl überliefert, wenn es begründet worden wäre.

Vielleicht sind die Anfänge des Bergbaus auf dem Erzberg überhaupt nicht in Amberg zu suchen, sondern in diesen Dörfern. Amberg könnte dann als früher Hauptort der Eisenerzeugung und Eisenverarbeitung, überdies vermögend durch den Salzhandel, die Finanzierung der bergbauenden Bauern übernommen haben, etwa als diese vom Tagbau (steinbruchartiger Abbau) zur kostspieligeren ersten Stufe des Untertagebaus (Förderung von Obererz; dritte Stufe: Förderung von Untererz in wasserführenden Tiefen) übergehen mußten¹. Es ist noch auf die wurmartige Ausformung des Burggedings beim Erzberg hinzuweisen, die nur den Erzberg und Rutzenried umfaßt, was vermuten läßt, daß die Flur des Erzberges ursprünglich gar nicht zu Amberg gehörte, sondern zu den umliegenden Dörfern².

Erste bergrechtliche Bestimmungen für Amberg finden sich in den Urbaren; sie betreffen allerdings nur die Position der Herzogs. Die erste Bergordnung für den Erzberg ist im ältesten Stadtrechtsbuch, das zwischen 1347 und 1429 verfaßt wurde, in zwei Fassungen enthalten, die beide nicht datiert sind. Da in diesen Bergordnungen bereits die neue Abgabe an den Herzog, nämlich das 17. Bergfuder, aufgeführt ist, im Jahre 1408 aber noch die alte, das 10. Bergfuder zu leisten war³, wurden die Bergordnungen zwischen 1408 und 1429 niedergeschrieben. Daraus darf aber nicht auf ihr eigentliches Alter geschlossen werden, weil sicher ist, daß schon lange vorher ein Amberger Bergrecht bestand. Als Pfalzgraf Rupert I. im Jahre 1351 den Ambergern gestattete, in seinem ganzen Land nach Erz zu graben, räumte er ihnen dafür ein, "die Recht, Freyheit und Gewohnheit ... als sie auf dem Aertzberg ze Amberg haben"⁴. Überdies ist das älteste Amberger Stadtrechtsbuch in vielen Teilen eine nachträgliche

- 1) Zu den verschiedenen Stufen des Bergbaus vgl. Zycha, Deutscher Bergbau 79 ff. - Das Erzgraben und Eisenschmelzen von Bauern auf ihren Lehensgütern ist für die erste Stufe des Bergbaus andernorts mehrfach bezeugt (Zycha, Deutscher Bergbau 83 f.).
- 2) Vgl. die Karte bei Leingärtner, Wüstungen.
- 3) Reß, Oberpfälzische Eisenindustrie 59.
- 4) Löwenthal, Urkundenbuch 15 und 19 f.

Fixierung älterer, mündlich überkommener Rechte¹, also ein Weistum.

Die Bergordnung wird vom Stadtherrn ursprünglich ausgegangen sein, dessen Beamte zunächst auch die Aufsicht und die Gerichtsbarkeit über den Bergbau gehabt haben müssen. Darauf weisen Funktionen des Zöllners beim Bergbau hin. Er mußte die Arbeitszeiten auf dem Erzberg an- und ausläuten², eine Tätigkeit, die im Hinblick auf die Bedeutung seines Amtes³, symbolisch zu werten ist; das Läuten wies ihn als Aufsichtsorgan aus. Der Zöllner war bis 1363 stadtherrlicher, dann städtischer Beamter. Er hatte unter beiden Obrigkeiten auch im Handwerk gewerberechtliche Befugnisse (vgl. S. 45).

Die beiden Fassungen der Bergordnung⁴ sind weithin gleichlautend, die eine ist aber etwas ausführlicher und klarer gehalten, sie steht jedoch in keinem Punkt im Widerspruch zur anderen und bringt auch keine zusätzlichen Vorschriften. Daher genügt es, die ausführlichere Fassung zu verwenden. Die Bergordnung (A) und die bergrechtlichen Bestimmungen der Urbare von 1270/80⁵ (U1) und 1326⁶ (U2) sind zu nachfolgender systematischer Übersicht des Amberger Bergrechts zusammengefaßt.

Das Recht der Fänge

(1A) Die Anlage von Neufängen ist nur Bürgern der Stadt Amberg und älteren Bürgersöhnen, die noch zu den Haushalten ihrer Väter gehören, gestattet. Dieses Bürgerrecht ist nicht übertragbar. ("wer veng vahan wil auf dem artztperg zu

- 1) Der Hauptteil des Stadtrechtsbuchs mit dem Titel "stat-recht oder gesetz" hat überwiegend den Charakter eines Weistums, ausgenommen einzelne Vorschriften, die dann meist durch Datierung als neues Recht ausgewiesen sind.
- 2) Thoma, Stadtrechtsbuch 61.
- 3) Der Zöllner war nach dem Stadtrichter der bedeutendste Beamte Ambergs. Er war insbesondere auf dem Gebiet der Finanzverwaltung tätig. Seine Abrechnung vom Jahr 1367 schließt mit einem Saldo von 224 lb. hlr. zugunsten der Stadt ab, diejenige von 1370 mit 311 lb. hlr. (Thoma, Stadtrechtsbuch 61 f.).
- 4) Die hier verwendete Bergordnung trägt den Titel "Artztperg", die andere ist überschrieben "Daz sint die reht auf dem perg" (Stadtarch. Abg. Bände 240; eine Abschrift der hier verwendeten Ordnung findet sich bei Thoma, Stadtrechtsbuch 57 f.).
- 5) Mon. Boica 36; 403 f.
- 6) Mon. Boica 36; 617 ff.

Amberg, das sol ain burger von Amberg selber tun oder sein son, der zu seinen jahren komen ist vnd in seinen prot ist, vnd nyman anders von iren wegen").

(2A) Eine Person darf bis zu drei Neufänge betreiben oder Anteile an drei Neufängen haben ("niht mer veng varen noch haben, dann drey veng oder teil an dreyn vengen"), entschadet seiner Erzgruben ("vnd mag sein werchgruben dennoch wol wurkchen").

(3A) Wer eine neue Erzgrube fangt auf dem Berg, gibt vier den. für Wein für sich und den Richter. ("quicumque eciam fossam novam fodiciui caput in monte, dat illi den. pro vino sibi et iudici.")

(3A) Von jedem Neufang sind dem Richter sechs Heller zu geben ("wer veng varen wil auf dem artzberg zu Amberg, der sol dem richter von yedem veng geben sechs hell").

(4A) Arbeiten am Neufang im ersten Jahr a), innerhalb sechs Wochen: es sind acht Studeln (Pfosten), zu setzen, vier für die Werkgrube, vier für die Nebengrube; diese Pfosten haben zwölf Stadtschuh zu messen (ein Stadtschuh ca. 30 cm), sechs Stadtschuh oberhalb und sechs Stadtschuh unterhalb der Erde "hat auch yeder vankch drey vierzehn tag recht, vnd in den selb dreyn viertzenen tagen sol man die egenanten veng studeln, mit acht studeln, zu der werchgruben vier und zu der nebengrub vier ... es sullen auch die studel ob der erden sechs stadschuch lankch sein vnd in der erden auch secksen"); und b), anschließend innerhalb weiterer sechs Wochen: unter die Studeln ist ein Gespirr zu setzen sieben Stadtschuh lang ("die selben studel haben aber drey viertzenen tag recht, vnd in der selben dreyn viertzenen tagen sol man vnder yede studel ain gespirre setzen ... das gespirr dar vnder sol sieben stadschuch lankch sein"). Dennoch bleibt das Recht am Neufang ein Jahr bestehen ("dar nach hat yeder vankch jar und tag recht").

(5A) Arbeiten im zweiten Jahr: Der Fang ist zwölf Klafter (ein Klafter = sieben Stadtschuh) unter das Gespirr weiterzutreiben ("ez sol auch yeder man sein veng anheben zu treiben vnd zu arbeiten das ander jar zwelf klafter under die egenanten gespirr ... yede klafter sieben stadschuch lankch").

(6A) Arbeiten im dritten Jahr: Der Fang ist abermals zwölf Klafter weiter zu treiben, er erreicht damit eine Tiefe von 52,20 m ("daz drytt jar aber zwelf klafter vnder die vorgeantanten arbeit").

(7A) Arbeiten im vierten Jahr: Der Fang ist zu treiben bis man auf Erz stößt ("daz vierd iar sol man dann treyben und arbeiten vntz auf daz artzt").

(8A) Verstöße gegen die Vorschriften 4 mit 7, insbesondere Nichteinhalten der Fristen, führen zum Verlust aller Rechte am Fang und bewirken das Verbot der Anlage anderer Neufänge innerhalb von 72 Stadtschuh (21,60 m), vom vernachlässigten Neufang aus gemessen ("gescheh aber, daz yemant versawmt, daz er mit den vengen zu studeln vnd zu treiben niht gefür zu yeder zeit vnd in yeglichem jar, als vorgeschriben ist, der selb hat fürbaz, zu welcher zeit er daz als versawmt hat, nymer mer reht zu den selb vengen vnd sol auch fürbaz inerthalben zwayr vnd sibentzik stat-schuhen dhainen vankch niht vahan noch tail an vengen haben").

(9A) Für durch Steine oder Wasser beeinträchtigte Fänge sind Sonderregelungen vorgesehen (ez wer dann, daz yemant irret in den dreyn iaren, stain oder wasser").

(10U2) Von jeder neuen Grube, die fündig wird, gibt man drei sol. (De vna quaque fouea, que veniet ad lucrum fodicinii, dat III sol.")

(10A) Sobald Erz im Fang gefunden wird, sind von der neuen Erzgrube als einmalige Abgabe neun Schilling Heller an den Herzog abzuführen ("wenn auch die veng und gruben also getriben werdent, alz vorgeschriben ist, vntz auf das artzt, so sol man vnszm genedigen herren, dem hertzogen, geben von der selben gruben newen schilling haller der langen ainez malz").

Das Recht der Erzgruben

(11A) Die Mindestentfernung zweier Erzgruben mit verschiedenen Besitzern beträgt 72 Stadtschuhe (21,60 m); Erzgruben des gleichen Besitzers können näher aneinander liegen ("ez sol auch ye ain grub von der andern stien zwenundsibentzik statschuhch und ez mag ainer auf sich selber wol neher sitzen, also daz er zu den fremden vengen vnd gruben

zwenvndsibentzig statschuch hab").

(12A) Das Recht an einer intakten Erzgrube hat vom letzten Wörken an vier Jahre Bestand, die Frist wird mit jedem Wörken neu in Gang gesetzt ("ain grub dar aws man vor hat artzt gewohrt, vnd die niht zu samme gangen ist, aus der selben grub gewer sol man vnuertriben sein vier jar nacheinander").

(13A) Das Recht an einer verschütteten Grube bleibt bestehen, wenn gegen Tag noch zwölf Gespirre unverschüttet sind und wenn die Grube spätestens im nächsten Jahr ausgeäumt wird ("get ain grub vnten zu samen, daz zi dannoch gein dem tag zwelf gespirr offen stet, die selb grub sol man zehant nach jares vrist arbeiten vnd ausrawmen oder ee on geuerd, gescheh dez nicht, wer dann dar zu veng als pergs reht ist, der het reht dar zu vnd dyser an der grub nymer").

(14A) Ansprüche auf verwirkte Gruben sind ordnungsgemäß geltend zu machen ("man sol auch nymant auz seiner gewer treyben on recht, ... spricht man aber yemant an, der vor geuer geseztes ist, mag der bewerten als reht ist").

(15A) Die Zeitdauer eines Wörkens wird vom Rat der Stadt Amberg bestimmt ("wöhrt aber ainer lenger, dann vorgeschriben ist ... dhain artzt niht fürhawen, noch geng gien vor sand Michels tag").

(16A) In Erzgruben, die aufgelassen werden, darf sechs Wochen über die Wörkzeit hinaus Erz gefördert werden. Der Besitzer der aufgelassenen Erzgrube darf innerhalb 72 Stadtschuhen keinen Neufang anlegen ("wer ain grub für verlust arbeit, nach dem vnd man nymer werkchat würcchet, der mag sie würcchen drey viertzehen tag und niht lenger, vnd sol auch für baz innerthalben zwair und sibentzik statschuhen dar zu niht vahen").

(17A) In der Wörkzeit dürfen je Erzgrube und je Arbeitstag bis zu 17 Bergfuder Erz gefördert werden, zwei für jeden 1/8 Anteil an der Erzgrube (= 16) und das 17. Bergfuder für den Herzog ("vnszm egenanten genedigen herren von yeder grub daz sibenzehend perkfuder ... von yedem athail zway perkfuder").

(18A) Das Erz, das in Verstoß gegen die Vorschriften 15 mit

17 gefördert wird, verfällt dem Stadtbau ("wöhrt aber ainer lenger, dann vorgeschriben ist, waz der selb dann artzt her aws wurkcht, daz ist allez verfallen an der stat paw ... ez sol auch niemant auz ainer grub mer würken ayns tags, dann die obgeschriben werung").

(19U1) Der Herzog hat vom Eisenerz den zehnten Teil, der zum Recht des Richters gehört ("Item dominus dux habet de fodicina ferri decimam partem, que tamen pertinet ad ius iudicis ...").

(19U2) Es wird gegeben der zehnte Teil vom Erz ("Item decima pars fodicinii ...")

(19A) Der Herzog erhält das 17. Bergfuder (siehe Vorschrift 17A).

(20A) Die Heiligen (Gotteshäuser) bekommen von einer Förderung von 17 Bergfudern 2 Körbe Erz (12 Körbe = 1 Bergfuder; "wenn man werkaht würkchet, so sol man den heiligen geben all tag zwo Kürben ... perkfuder, dez sint zwelf kürben").

Das landesherrliche Bergregal führte zu den Abgaben bei der Anlage von Neufängen (3U, 3A), die an den stadtherrlichen Richter zu zahlen waren, und beim Fündigwerden der Fänge (10U2, 10A), die dem Herzog unmittelbar zustanden, der außerdem zunächst den 10. und dann den 17. Teil der Erzförderung erhielt (10U1, 19U2, 19A). Aus der landesherrlichen Erläuterung des Bergrechts von 1457 werden die Aufgaben des Richters ersichtlich; der Landrichter erhielt nun von jedem Fänger drei Pfennige in Amberger Währung, wofür der Landschreiber (wenn nicht anwesend der Stadtschreiber) den neuen Fang in des Landrichters Buch eintrug¹. Jeder Neufang wurde also gerichtlich protokolliert, wodurch die Rechte am Neufang begründet wurden. Der Regalherr könnte zur Senkung der Abgaben vom 10. auf den 17. Teil, die zwischen 1408 und 1429 erfolgte, beim Übergang zur Förderung von Untererz in wasserführenden Tiefen veranlaßt worden sein, weil für das Wasserheben erhebliche Investitionen

1) Stadtarch. Abg., Bände 406

erforderlich waren und höhere laufende Kosten anfielen.

Die Grundherren, denen an sich entschädigende Abgaben zustanden¹, sind nur für ein Randgebiet des Erzberges bekannt. Die südliche Ausbuchtung des Burggedings beim Erzberg auf Eglsee zu war die Flur des verödeten Anwesens Rutzenried. G. Leingärtner hat dazu ermittelt: "In R. war nur ein Anwesen. R. war von Bischof Otto von Bamberg dem Kloster Prüfening geschenkt worden. Durch ihre Lage am Abhang des Erzberges gewann die Flur alsbald Bedeutung für den Bergbau. Bereits um 1300 hatten Amberger Bürger 'curiam in Ruzinesreut' im Besitz, um den wertvoll gewordenen Grund für die Erzschrufung auszunutzen. Wahrscheinlich entstand hier die in den Kopialbüchern der Stadt erscheinende Erzgrube 'die Rutzin'. 1327 bereits war die Stadt vom Kloster Prüfening mit dem 'Gut ze Rwtzenrewt' belehnt. Noch öfter empfieng die Stadt R. zu Lehen, 1490 z. B. das 'Gut und Ödland Rutzenried'."² Die Besitzer von Rutzenried hatten offenbar ihr Gut an die Stadt verkauft, die damit auch die grundherrlichen Lasten übernahm und ihren Bürgern die Flur zum Bergbau zur Verfügung stellte. Die Familie Rütz findet sich dann in Amberg, im Bergbau und in der Eisenwirtschaft tätig. Leonhard Rütz war 1376 Bürger zu Amberg und Hammermeister zu Kröblitz³. Stephan Rütz war 1379 Bürger zu Amberg und Besitzer einer Erzgrube; die Erzgrube des Peter Rütz (1381) war "in dem See" gelegen⁴. 1415 gehörte die Erzgrube, nach ihrem Fänger Rützin genannt, dem Berggewerken Sarwurtel⁵. 1384 kaufte der Stadtschreiber Eberhard Grewl eine Grube am Erzberg "zu dem Zistelhof"⁶. Dieses Anwesen könnte das Schicksal von Rutzenried geteilt haben. Der Amberger Berggewerke und Eisenhändler Gottfried Steinhauser besaß 1381 einen Acker auf dem Erzberg⁷. In ähnlicher Weise werden Stadt und Bürger auch andere Grundherren und Lehensinhaber auf dem Erzberg befriedigt haben. Ein solcher

- 1) Zu den Abgaben des Bergbaus an die Grundherren vgl. Zycha, Deutscher Bergbau 36 ff.
- 2) Leingärtner, Wüstungen 32.
- 3) Reß, Oberpfälzische Eisenindustrie 177 f.
- 4) Stadtarch. Abg., Bände 318.
- 5) Stadtarch. Abg., Bände 319.
- 6) Stadtarch. Abg. Bände 318.
- 7) Stadtarch. Abg., Bände 318.

Vorgang könnte auch der Abgabe "an die Heiligen" zugrunde liegen, die sich auf 1/96 der Erzförderung belief (20A); sie kann aber auch freiwillig entrichtet worden sein.

Jeder Bürger Ambergs (und die erwachsenen, noch dem väterlichen Haushalt angehörenden Söhne) besaß das Recht des Bergbaus auf dem Erzberg (1A). Besteht zwischen diesem Bürgerrecht und der "Bergbaufreiheit" ein Zusammenhang? Unter Bergbaufreiheit versteht man "das von dem Bergregalherrn infolge seines Regals für jedermann erklärte Recht, auch unter fremdem Grund und Boden unter Beachtung der von dem Regalherrn vorgeschriebenen Bedingungen Bergbau zu treiben"¹. Das Amberger Erfordernis des Bürgerrechts stünde an sich nicht entgegen, weil sein Erwerb jedermann ohne besondere Erschwernis (vgl. S. 55) offen stand. Nun ist aber der Ursprung der Bergbaufreiheit noch zu beachten. Die Bergbaufreiheit wurde vom Regalherrn, der nach höheren Abgaben strebte, ausgebildet, um Bergleute anzuziehen, die den Bergbau in Gang bringen oder ausweiten sollten². Dieses Problem stellte sich in Amberg nicht, so daß das Bürgerrecht auf Bergbau auch kaum mit dem Lösungsversuch, der Bergbaufreiheit, in Verbindung gebracht werden kann. Zur Bergbaufreiheit steht überdies in Widerspruch die noch zu behandelnde Beschränkung des Umfangs des Bergbaurechts in Amberg, die den Beruf des Berggewerken zum Teilberuf machte, der für sich allein keine Zuwanderer bringen konnte. Und schließlich ist noch zu vermuten, daß Amberg das Bergbaurecht auf dem Erzberg bereits in der bergregalfreien Zeit in Auseinandersetzung mit den Grundherren, Grundbesitzern und ländlichen Bergleuten an sich brachte und es dann nach eigenen Grundsätzen ausformte. Jedenfalls ist das Amberger Bürgerrecht auf Bergbau dem bereits besprochenen Recht auf Handel und dem noch darzustellenden Recht auf Bierbrauen verwandt; es ist also Teil der Wirtschaftsverfassung der Stadt Amberg. Der territorialen Bergbaufreiheit steht es fremd gegenüber.

Anders dagegen verhält es sich mit den Rechten der

1) Arndt, Bergregal 59.

2) Zycha, Deutscher Bergbau 159.

Amberger auf auswärtigen Bergbau. Pfalzgraf Ruprecht I. gewährte 1350 den Ambergern die Freiheit, "daß sie Eisen Erzt suchen mögen allenthalben in allen unsern Land und in aller unser Herrschaft und Gebieth, wo sie wollen, oder es ihnen fugsam ist"¹. Ein Jahr später wurde von Herzog Ruprecht dieses Bergbaurecht der Amberger auf alle Erze ausgedehnt und, vielleicht weil es mit den Grundherren und Grundbesitzern Schwierigkeiten gegeben hatte, exakter gefaßt. Es wird bestätigt, "daß wir unsern lieben getreuen den Bürgern vom Rath und der Stadt gemeiniglich ze Amberg die Genad und Freyheit thann haben und thun mit diesem gegenwärtigen Briefe, wo sie sich Arztes versehen, und welcherley Erzt das sey, es sey auf unsern, Edlen, Burger Mann, arme und Reichen Leuthen Eigen oder Erde gelegen, wie das genant sey, das mögen sie suchen, und einschlagen ... Und wer sie dawider hindern oder irren wollte; so sollen wir sie darzu oder wer unser oberster Amtmann jezund ist, oder für baß wird, schützen und schirmen, daß ihnen wider die ehegenannte unser Genade kein Krank und Breche nicht geschehe"². Der Regalherr wünschte also die Ausdehnung des Bergbaus in der Oberpfalz. Er stattete dazu die interessierten Amberger Gewerken mit der Bergbaufreiheit in seinem Herrschaftsgebiet aus, die von den Grundherren und ihren Lehensleuten nicht beeinträchtigt werden durfte. Dieses Bergbaurecht wurzelt also eindeutig im Rechtssatz von der Bergbaufreiheit. Daß die Amberger auch für ihren auswärtigen Bergbau "die Recht, Freyheit und Wohnheit haben, als sie auf dem Aertzberg ze Amberg haben"³, stört nicht, denn es ist nur die Begründung des Bergbaurechtes, nicht aber seine Ausformung von Bedeutung.

Das Amberger Bergbaurecht nutzten die Bürger als Einzelgewerken und mit Gesellschaften. Die normale gesellschaftliche Grubenteilung bestand in Achtern (17A). Davon kommt der Amberger Personennamen "Ahteiler". Es finden sich aber auch andere Grubenanteile ($\frac{3}{4}$, $\frac{1}{2}$, $\frac{1}{3}$, $\frac{1}{4}$, $\frac{1}{5}$ usw.)⁴.

1) Löwenthal, Urkundenbuch 15.

2) Löwenthal, Urkundenbuch 19 f.

3) Löwenthal, Urkundenbuch 19 f.

4) Stadtarch. Abg., Bände 318 und 319.

Waren diese Gesellschaften Berggewerkschaften? Bei Berggewerkschaften sind die Anteile am Bergwerk keine Realanteile (konkrete Grubenteile), sondern Idealanteile (Anteil an der ganzen Grube). Eine Berggewerkschaft hat kein festes Kapital, sie fordert das Anlage- und Umlaufkapital bei Bedarf von den Gewerken an und zahlt nicht mehr benötigtes zurück. Die Bergwerken mußten sich also nach Maßgabe ihrer Bergteile an den Kosten eines Wirkens beteiligen und erhielten schließlich eine entsprechende Ertragsquote (zuerst in Erz, dann in Geld). Fest steht, daß die Amberger Bergteile Idealteile waren, weil die bei Realteilen notwendige Lagebeschreibung fehlt. Diese "Idealteilung, welche man das Kuxensystem zu nennen sich gewöhnt hat"¹, weist darauf hin, daß für die Amberger Bergbaugesellschaft das Gewerkschaftsrecht galt. Auch die laufende Finanzierung und Ertragsteilung kann man sich bei vierjährigem Wirkabstand nur nach Gewerkschaftsart vorstellen. Die Anteile waren innerhalb der Amberger Bürgerschaft frei übertragbar. An der Feststellung, daß die Amberger Bergbaugesellschaften Gewerkschaften waren, ändert natürlich nichts das Fehlen entsprechender Benennungen (Gewerkschaften, Kuxen etc.) und einiger nebensächlicher Kennzeichen (z. B. Anteil, Kuxe meist 1/128).

Der Umfang des bürgerlichen Bergbaurechts war beschränkt: a) durch die Festsetzung einer Höchstzahl von Fängen (drei Fänge oder Teil an drei Fängen je Bergbauberechtigtem; 2A), b) durch die Bestimmung von Wirkterminen und Wirkdauer durch den Rat (in der Regel alle vier Jahre in den Wintermonaten; 15A) und c) durch die Festlegung einer Höchstförderung von 17 Bergfuder je Erzgrube und Wirktag (zwei Fuder je 1/8 Anteil, dazu das 17. Fuder für den Regalherrn; 17A). Erz, das im Verstoß gegen diese Vorschriften gefördert wurde, verfiel dem Stadtbau (Stadtbefestigung und öffentliche Gebäude; 18A).

Mit der Beschränkung auf drei Fänge je Bergbauberechtigtem kommt im Bergbau ein Prinzip der Wirtschaftsverfassung der Stadt Amberg erstmals zum Ausdruck, das sich später weithin

1) Zycha, Deutscher Bergbau 242.

durchsetzte: Ein frei zugängliches Gewerbe bedarf der Beschränkung im Umfang der Ausübung, damit sich keine Großbetriebe bilden können, die die Gewerbefreiheit faktisch beseitigen würden. Es ist aber darauf zu achten, daß nur die Anzahl der Fänge und die Größe der Betriebe (17 Fuder pro Grube und Tag) begrenzt waren, nicht aber die Anzahl der Gruben eines Bürgers.

Einen anderen Grund hatte die Festlegung der Wirkdauer durch den Rat. Der Rat bestimmte damit das Erzangebot, so daß man den Bergbau Ambergs als ein vom Rat gelenktes Quotenkartell bezeichnen kann. Ein besonders auffälliges Ergebnis dieses Kartells ist der Vierjahresabstand der Wirkzeiten, der sich in anderen Bergrechten, soweit zu sehen, nicht findet. Die Wirkabstände sind eindeutig vom Interesse der Gewerken bestimmt, die ein Überangebot vermeiden wollten; sie richteten sich gegen das Interesse des Regalherrn, der nach hohen Abgaben, also nach einer großen Erzförderung strebte. Hinweise auf Preisfestsetzungen durch den Rat¹ lassen auch an ein vom Rat gelenktes Preiskartell denken. Erzanbieter (Berggewerken) und Erznachfrager (Hammermeister) waren jedoch oft ein und dieselbe Person, fast immer aber, wenigstens in dieser Zeit, Besitzer des Amberger Bürgerrechts, so daß Angebot und Nachfrage im Rat vertreten waren. Die für das Erz gegebene Marktform läßt sich hier kaum bestimmen, da dabei auch der benachbarte Sulzbacher Erzmarkt berücksichtigt werden müßte. Doch wird aus den Amberger Verhältnissen allein schon erkennbar, daß man nach einer monopolartigen Angebotsform für das Erz strebte.

Im ersten Jahr wurden für die Neufänge Werkgruben und Nebengruben eingestudelt und Gesperre Jarunter gesetzt. Dies hatte innerhalb von zwölf Wochen zu geschehen (4A). Mit dieser Fristsetzung erzwang man die Anlage eines sachgemäßen Neufangs und unterbaud ungeordnetes Erzsuchen. Im zweiten und dritten Jahr war der Fang zu beliebiger Zeit jeweils um zwölf Klafter weiterzutreiben, so daß im dritten Jahr eine Grubentiefe von 52,20 m erreicht wurde (5A, 6A). Im vierten Jahr wurde der Fang bis zum Erz weitergeführt (7A). Verstöße dagegen führten zum Verlust aller Rechte am Neufang und bewirkten ein Verbot der Anlage

1) Stadtarch. Abg., Bände 240.

anderer Neufänge innerhalb von 72 Stadtschuhen (21,60 m; 8A). Die Berggewerke wurden also gezwungen, einen einmal begonnenen Fang fertigzustellen oder ihn und das zugehörige Grubenfeld wieder aufzugeben. Auch diese Strafvorschriften zielen auf ordnungsgemäßen Bergbau und Abstellung zögernden und unsachgemäßen Erzsuchens.

Das rationierte Treiben der Fänge in vier Jahren erklärt sich aus dem Vierjahresabstand der Wirkzeitem. Außerdem ermöglichte diese Regelung für das bergmännische Stammpersonal eine Teilbeschäftigung im Bergbau auch in den wirkfreien Jahren. Diese Arbeitsorganisation verweist wieder auf bergbauende Bauern oder, wenn man so will, auf Bergleute mit landwirtschaftlichem Nebenerwerb. Eine Vollbeschäftigung im Bergbau wurde nicht geboten, auch wenn man die wohl zutreffende Annahme macht, daß die ländlichen Bergleute wechselweise in den Bergrevieren von Amberg und Sulzbach arbeiteten (Lage der Herkunftsorte der Bergleute zwischen Amberg und Sulzbach!).

Das zu einem Fang oder einer Grube gehörende Gebiet (Grubenfeld) hatte Kreisform mit einem Durchmesser von 21,60 m, denn die Mindestentfernung zweier Erzgruben betrug 72 Stadtschuhe; nur Erzgruben des gleichen Besitzers konnten näher aneinander liegen (11A). Das Grubenfeld findet sich auch in anderen Bergrechten¹.

Nach den Regeln des allgemeinen Bergrechts blieb das Recht an einer Grube grundsätzlich nur solange bestehen, als sie betrieben wurde (Grundsatz der Bauhafthaltung)². Dieser Rechtsatz fand auch in das Amberger Bergrecht in angepaßter Form Eingang. Das Recht an einer intakten Erzgrube hatte vom letzten Wirken an vier Jahre Bestand bis zum neuen Wirken. Beteiligte sich also ein Berggewerke an einem Wirken nicht, so ging er seiner Rechte verlustig (12A). Das Recht an einer verschütteten Grube blieb nur dann bestehen, wenn gegen Tag noch 12 Gesperre unverschüttet waren und wenn die Grube spätestens im nächsten Jahr ausgeräumt wurde (13A). Ansprüche anderer auf verwirkte Gruben mußten ordnungsgemäß geltend

1) Zycha, Böhmisches Bergrecht, 1. Bd. 209 ff.

2) Zycha, Böhmisches Bergrecht, 1. Bd. 312 ff.

gemacht werden. Für entsprechende Rechtsstreite war das Amberger Stadtgericht zuständig. Im Jahre 1392 verklagte Christoph Holder den Ludel von Sulzbach, der von dem Amberger Gewerken Stephan Rechtzer gedingt war, daß er ihn getrieben habe "aus seiner gewer" auf dem Erzberg wider Bergrecht, wodurch ihm ein Schaden von 100 Pfund entstanden sei¹.

Das Amberger Bergrecht gehört also in seinen grundlegenden Teilen (Zugang aller Bürger zum Bergbau, Beschränkung des Umfangs des Bergbaus) der Wirtschaftsverfassung der Stadt Amberg an, während in anderen, von der Eigenart des Gewerbes bedingten Teilen (Grubenfeld, Bauhafthaltung) Anleihen aus dem allgemeinen Bergrecht gemacht wurden. Es gab in Amberg weder eine besondere Gewerkenvereinigung noch ein eigenes Berggericht. Da der Bergbau ein allgemeines Bürgerrecht war, war die zuständige Obrigkeit der Rat und das zuständige Gericht das Stadtgericht. (Die manchmal genannten "Richter auf dem Berg", "Ausrichter" usw. hatten nur untergeordnete fachliche Funktionen, z. B. Schätzen des Bergvermögens beim Zusammenlegen oder Teilen von Gruben, Beaufsichtigen des Wasserhebens. Sie waren also mehr Sachverständige als Richter. Ihre Entscheidungen konnten wohl vor dem Rat oder Stadtgericht angefochten werden.)²

1) Stadtarch. Abg., Bände 286.

2) Vgl. S. 63 ff.

Weinbau und Brauwesen

Im Mittelalter tranken die Bayern vornehmlich Wein. Sie konnten natürlich das Bier bereits, brauten es auch schon in erheblichen Mengen, zum Range ihres Volksgetränkes war es jedoch noch nicht aufgestiegen. In Norddeutschland hingegen gab es schon im Spätmittelalter eine Reihe berühmter Bierstädte wie Bremen, Einbeck, Hamburg, Hameln, Hannover, Minden, Paderborn, Wismar¹. Mit Hilfe der Hanse entwickelten die Bürger dieser Städte einen regen Bierexport in die Anliegerstaaten der Nord- und Ostsee.

Die wichtigste Voraussetzung für den Weinbau, ein mildes Klima, war für weite Gebiete Deutschlands von der Jahrtausendwende an erfüllt. Besonders zur Zeit der Wende vom 12. zum 13. Jahrhundert häuften sich ungewöhnlich warme Sommer und außerordentlich milde Winter. In dieser "mittelalterlichen Periode hoher Klimagunst"² konnte der Weinbau bis nach Ostpreußen und in Schlesien betrieben werden. Dann setzte eine Verschlechterung des Klimas ein, von der naturgemäß der Norden Deutschlands früher und stärker betroffen war. Nicht zuletzt darauf wird es zurückzuführen sein, daß dort schon frühzeitig mit dem Ausbau der Brauwirtschaft begonnen wurde.

Auf einen frühen Weinbau um Amberg weist der Wingershof (Wingertshof; ein Hof, von dem aus Weingärten bewirtschaftet wurden) hin, der bereits 1144 erwähnt wird. Im ältesten Stadtrechtsbuch Ambergs aus der Mitte des 14. Jahrhunderts sind mehrere Zinse der vinea registriert³. Im ersten Kopialbuch (1379 - 1389) sind etliche Verträge über Weingärten auf dem Amberg (Maria-Hilf-Berg) verzeichnet⁴. Dies gilt in vermehrtem Umfang von den folgenden Kopialbüchern des 15. Jahrhunderts⁵; doch kommen in dieser Zeit zu den Weingärten am Amberg solche bei Elbersdorf, am Galgenberg, am Weg vom Vilstor nach Elbersdorf und am Meusberg (Bisberg). Zur Lagebestimmung der Weingärten werden die benachbarten Grundstücke aufgeführt, die in der Regel ebenfalls Weingärten waren. Ein Bürger namens Weinziarl besaß auf dem Amberg einen Weingarten und eine

1) Lütge, Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 234.

2) Flehn, Klima 118.

3) Stadtarch. Abg., Bände 240, fol. 16 ff.

4) Stadtarch. Abg., Bände 318, fol. 67, 113, 209, 213 und 214.

5) Stadtarch. Abg., Bände 319, fol. 13, 26, 49, 50, 74, 85, 91, 104 und 253; Bände 320, fol. 31 und 32.

Weinpresse, wofür er im Jahre 1408 an das Spital zinst¹. Die weinbauenden Bürger Ambergs hatten sich zu einer Zunft und Bruderschaft der Weinzierler zusammengeschlossen, die sie mehrfach in ihren Testamenten bedachten; so z.B. allein im Jahre 1494: drei Geldstiftungen von zusammen 14 Gulden, eine Kerze und einen Bergwerksanteil². Das Zunftwappen dieser Bruderschaft befindet sich noch heute in der Martinskirche. Im Landkreis Amberg versuchte man in Kalbling (eingegangene Ortschaft östlich Ensdorf; der Berg hinter dem Kloster heißt noch heute Weinberg) und in Wingersricht (eingegangene Ortschaft bei Mimbach) den Weinbau³. M. Schwaiger berichtet vom Amberger Weinbau des 16. Jahrhunderts: "Dieweil aber die Weine, wenn kühle Sommer sind, selten zeitigen, sind die Weingärten sehr in Abgang gewesen, aber jetzt in dem zwanzigsten Jahr her ihrer viel wieder zugerichtet und gebauet worden."⁴ Über die Qualität des Amberger Weines meldet der gleiche Zeuge: "Der Wein wird fast dem Fürstenberger, wie er um Regensburg und Kehlheim wächst, gleich."⁵ Später werden die Weingärten allmählich von Hopfengärten abgelöst⁶, die noch im 18. Jahrhundert nahezu den gesamten Hopfenbedarf der Amberger Brauwirtschaft deckten⁷.

Die Weinzierler waren also handwerksähnlich organisiert. Dabei lag aber das Schwergewicht im sozialen und religiösen Bereich, während andere Ordnungsgebiete des Handwerks (z.B. Berufsausbildung, Prüfungswesen, Betriebsgrößen) wegen der bäuerlichen Struktur des Weinbaus entfielen.

In den mittelalterlichen Freiheitsbriefen der Stadt Amberg finden sich keine Bestimmungen über das Braurecht. Im Nabburger Freiheitsbrief von 1296, für den die Freiheiten, die Amberg wenige Jahre vorher erhielt, Vorbild waren, ist das Brauprivileg aufgeführt: Die Nabburger dürfen in Nabburg selbst und eine Meile um

1) Stadtarch. Abg., Bände 319, fol. 74.

2) Stadtarch. Abg., Bände 354 1/2, fol. 80, 93, 94, 97 und 103.

3) Leingärtner, Wüstungen 24 und 87.

4) Schwaiger, Chronik 5.

5) Schwaiger, Chronik 5.

6) Frühe Nachrichten über Amberger Hopfengärten: 1384 Hopfengärten zu Gerbershof; 1402 vor dem Nabburger Tor; 1432 beim Wingershof; 1470 am Galgenberg (Stadtarch. Abg., Bände 318, fol. 118; Bände 319, fol. 4 und 270; Bände 322, fol. 102).

7) Wiltmaister, Chronik 582.

Nabburg herum mulzen, brauen und schenken, und dazu noch die Etafern auf den Hofmarken¹. Die Lücke im Amberger Stadtrecht erklärt sich wohl daraus, daß das Amberger Braurecht bereits im Amberger Marktrecht geregelt worden war. Dem Nabburger Stadtrecht ging kein Marktrecht voraus (die Stadt Nabburg entwickelte sich aus einer Burgsiedlung), sodaß das Braurecht wohl erst mit dem Stadtrecht verliehen werden mußte. (Ebenso wird es sich mit dem Recht auf Veranstaltung von Jahrmärkten verhalten haben, das sich im Nabburger Stadtrecht findet, im Amberger aber nicht. Vgl.S.191) Nach dem Urbar von 1326 hatten die Amberger pro metpfenning et pierpfenn. 6o den. zu geben². Im Urbar von 1270/80 ist diese Abgabe nicht eigens ausgewiesen, sie wird in der summarischen Abgabe de iudicio civitatis VII lib. enthalten sein³. Das Recht auf gewerbsmäßiges Brauen und Schenken von Bier hatten alle Bürger, zeitweise sogar alle Inwohner Amberg's. Dies muß, trotzdem der Nachweis erst für den Ausgang dieser Periode (1434⁴) zu führen ist, auch für die Frühzeit gelten, weil die Kommunbrauerei, wenn überhaupt eingeführt, in der Regel die erste Ordnungsform war. Es kommt normaler Weise nur die Entwicklung vom Kommunbrauen zum Einzelbrauen in Betracht (die in Amberg erst zum Ende der Neuzeit vollzogen wurde), nicht aber die umgekehrte Folge.

In der Frühzeit mögen die Amberger in ihren Häusern mit kleinen eigenen Einrichtungen Bier gesotten haben. Im ausgehenden Mittelalter übten sie ihr Kommunbraurecht in Lohnbrauereien aus⁵, deren Besitzer in ihrer persönlichen Braumenge ebenso beschränkt waren wie alle übrigen Bürger, um das Kommunbraurecht nicht zu gefährden (vgl. S. 97).

Wahrscheinlich wurde im Mittelalter und noch weit in die Neuzeit hinein in den norddeutschen Bierstädten nur obergärig gebraut. Jedenfalls schenkte man der Untergärung keine besondere

1) Scherl, Nabburg 93 f.

2) Mon. Boica 36; 618.

3) Mon. Boica 36; 403.

4) Knöpfler, Beiträge, Auszugnummer 24.

5) Älteste Amberger Brauhäuser: 1366 Verkauf eines Hauses mit Brauhaus, Mulzstadel und Hofstatt, beim Friedhof gelegen, an die Kirchenverwaltung St. Martin (Stadtarch. Abg., Urkunden 129); 1383 Brauhaus an der Vils bei der Stadtmühle (Stadtarch. Abg., Bände 318); 1409 Brauhaus mit Kühlhaus (Stadtarch. Abg., Bände 319); 1411 Brauhaus am Roßmarkt (Stadtarch. Abg., Bände 319); 1412 Kuchmitzleins Brauhaus (Stadtarch. Abg., Bände 319).

Aufmerksamkeit. Der Ruhm des bayerischen Bieres aber gründet sich auf dem untergärigen Bier und dem Reinheitsgebot. Zu den Braumethoden aus einem älteren Lehrbuch: "Die Obergärung unterscheidet sich hauptsächlich dadurch, daß bei derselben eine bedeutend höhere Temperatur angewendet werden muß als bei der Untergärung ... die Menge der Kohlensäure, welche sich in einer gewissen Zeit entwickelt, ist beträchtlicher als bei der Untergärung, die entweichenden Bläschen der Kohlensäure sind deshalb und in der Folge der erhöhten Temperatur größer und reißen, indem sie sich an die ausgeschiedenen Hefeteile hängen, diese an die Oberfläche der gärenden Würze, woher der Name Obergärung kommt ... Die Untergärung dagegen, welche zu Lagerbieren am geeignetsten ist, wird bei ganz niedriger Temperatur vorgenommen, wodurch sie zwar langsamer, aber auch vollkommener vor sich geht. Die Bläschen der Kohlensäure sind kleiner und entwickeln sich nicht so rasch, daß sie das Ferment an die Oberfläche zu führen imstande sind, weshalb dieses zu Boden sinkt; daher die Bezeichnung Untergärung."¹ Die ältesten Nachrichten, die bislang über das untergärige Brauen aufgefunden wurden, stammen aus der Oberpfalz. In Nabburg ging man 1474, in Auerbach zwischen 1480 und 1490 zur unteren Gärung über². So kommt A. Jehle in seiner Geschichte des bayerischen Bieres zu dem Ergebnis: "Als Wahrscheinlichkeit kann man anmerken, daß dieser Wechsel in der Brauweise im 15. Jahrhundert von dem nördlichsten Teile des altbayerischen Stammesgebietes, von der Oberpfalz aus angebahnt wurde."³ Für Amberg ist in diesem Zusammenhang zu ergänzen, daß bereits im Jahr 1409 ein Brauhaus mit einem "Kühlhaus" verbunden war⁴. Dabei hat es sich natürlich nicht um ein Lagerhaus gehandelt. Das Kühlhaus muß vielmehr eine Einrichtung zur Abkühlung des Sudes (evt. Röhrensystem in kaltem Wasser) enthalten haben. Ein solches Kühlhaus wäre bei obergäriger Brauweise nicht nötig gewesen. In Amberg wurde also schon zu Beginn des 15. Jahrhunderts untergärig gebraut. (Für die späteren Brauhäuser

1) HeiB, Bierbrauerei 184 f.

2) Kreutzer, Nabburg 31; Poll, Untergäriges Brauen 51.

3) Jehle, Bier in Bayern 76.

4) Niklas Wolintzhofer verkauft dem Poltz Hans sein Brauhaus und Kühlhaus mit der Hofstatt und dem Bräugeschirr im Jahre 1409 (Stadtarch. Abg., Bände 319).

finden sich keine Kühlhäuser mehr, weil man mittlerweile ausschließlich im Winter braute, also die Natur die Aufgabe der Kühlhäuser übernahm.)

Bei Geltung des Kommunbraurechts war diese technische Entwicklung nur möglich durch die Einführung von Lohnbrauereien. Für einzelbrauende Kommunbrauer wäre eine solche Einrichtung räumlich wie finanziell zu aufwendig gewesen. In Norddeutschland, wo ebenfalls das Kommunbraurecht galt, braute man in der Regel in den Häusern der Bürger und mußte daher beim obergärigen Bier bleiben (vgl. S.116). Bei Aufrechterhaltung der Wirtschaftsverfassung (offenes Kommunbraurecht) ermöglichte man in Amberg die Teilnahme am Fortschritt (untergäriges Bier), bewirkte diesen vielleicht sogar, indem man die erforderlichen organisatorischen und technischen Maßnahmen (Lohnbrauereien) traf. Das Streben nach Aufrechterhaltung der Ordnungsstruktur und nach Anpassung an neue Entwicklungen, das sich hier erstmals zeigt, wird sich als erfolgreicher Grundsatz der Ordnungspolitik der Stadt Amberg erweisen.

Eine Brauerzunft konnte es bei offenem Kommunbraurecht nicht geben. Das Amberger Braurecht war wie das Bergbaurecht und das Handelsrecht ein allgemeines Bürgerrecht, so daß auch für das Brauen die zuständige Obrigkeit der Rat war.

Handwerk

Die ersten Nachrichten über das Handwerk in Amberg finden sich im bayerischen Herzogsurbar von 1326 und im ältesten Amberger Stadtrechtsbuch aus der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts. Ein Vergleich dieser Quellen zeigt, daß sich fast alle Handwerksabgaben des Urbars im Stadtrechtsbuch wiederfinden, daß sie also zwischenzeitlich in den Besitz der Stadt übergegangen sind. Die Überleitungsurkunde ist noch vorhanden. Im Jahre 1363 verfügte Pfalzgraf Ruprecht der Ältere, "daß sie (die Stadt) unsern (des Herzogs) Zohl zu Amberg in unser Stadt und auch auf dem Artzberge mit allen Nutzen, Gefellen und Rechten, wie die genant seynd, zu den Bau unser Stadt zu Amberg ewiglichen haben, aufheben und einnehmen sollent"¹. Man hat hier unter Zoll nicht nur den Zoll im engeren Sinne als Abgabe für eine Ware beim Passieren einer Zollgrenze zu verstehen, sondern alle Abgaben, die der Zöllner als Gefälle seines Amtes einhob. Auch der Zoll des Erzberges war kein Zoll im strengen Sinn, sondern eine Abgabe, mit der Amtsobliegenheiten des Zöllners auf dem Erzberge verknüpft waren (vgl. S.26). Ebenso verhielt es sich mit den Handwerksabgaben; der Zöllner hob sie ein und er hatte Amtsbefugnisse im Handwerk. Im Jahre 1363 wurde also das stadtherrliche Zollamt städtisch, wobei die Stadt die alten handwerksrechtlichen Befugnisse des Zöllners zunächst unangetastet ließ. Die Funktionen des nunmehr städtischen Zöllners waren also stadtherrlichen Ursprungs.

Gemäß dem Zweck eines Urbars beschränken sich seine Vermerke im wesentlichen auf Abgabenhöhe und Leistungspflichtige. Demgegenüber sind die entsprechenden Vorschriften des Stadtrechtsbuches etwas ausführlicher gehalten, so daß sich daraus und durch Vergleiche mit den Gewerberechtigten anderer Städte das Amberger Handwerksrecht des Mittelalters in seinen Grundzügen erkennen läßt. Dieses Handwerksrecht wird wenigstens auch schon für die Zeit des Urbars von 1326 geltend haben, da die Bestimmungen des Stadtrechtsbuches

1) Löwenthal, Urkundenbuch 31.

ganz offenbar keine Neuschöpfungen waren, sondern auf "hündert jarn" alten Rechten und auf "gewonhait und her kúmen" beruhten. Die Entstehungszeit der stadtherrlichen Handwerksabgaben ist nicht mehr festzustellen. Das Urbar von 1270/80, in dem sie nicht ausgewiesen werden, setzt keine untere Grenze, weil in ihm die Abgaben nicht spezifiziert, sondern gesammelt als Erlös des städtischen Offiziums ("de officio ciuitatis soluuntur XXVIII lib."¹⁾) aufgeführt sind.

In der nachfolgenden Zusammenstellung des Amberger Handwerksrechtes sind die Vorschriften des bayerischen Herzogsurbars von 1326² (U) den Vorschriften des ältesten Amberger Stadtrechtsbuches³ (A) gegenübergestellt. Für die Reihenfolge ist das Urbar maßgebend.

(1U) A die beati Johannis Babbiste per dies XIII de ehaftdinge quilibet vir, qui habet domum propriam, dat VI den., qui vero domum non habet, dat V den., exceptis pistoibus, carnificibus, sutoribus⁴ et cerdonibus, non dant. Erunt in summa XX sol. rat.

(1A) Item ez ist reht in der stat, daz der zolner ze sünvenden wazzer pfennigen sammen sol, vnd der ain aygen haws hat, der gibt sehs pfennige, der aber ain haws bestanden hat, der gibt fünf pfennig und derselben pfennig gibt dhainer niht, der an den rat get vnd auch tayl auf dem artz perg hat vnd gibt auch chein schepf niht vnd gibt auch dhein peck noch dhein schuster noch dhein flaischman niht noch dhein witib, sie sey arm oder reich, gibt niht.

(2U) Item iterato per dies XIII pistores, carnifices, sutores et cerdones quilibet istorum dat IIII den. Summa I lib. X den.

(2A) Item so ist daz meiner herren reht, daz ye der peck vnd schuster vnd flayschman gibt ze sünvenden vier dn.

(3U) In die beati Jacobi pistores dant II lib. plus vel minus. (vgl. 6U).

1) Mon. Boica 36; 403.

2) Mon. Boica 36; 617 f.

3) Stadtarch Abg., Bände 240; Abschrift bei Thoma, Stadtrechtsbuch 58 ff.

4) Druckfehler in Mon. Boica 36; 618: dort sartoribus (Schneider) statt sutoribus (Schuster); vgl. Hauptstaatsarch. München, Staatsverwaltung 1072.

(3A) Item dez nehsten suntags nach sant Jakobs tag sol der rihter allen peckken pieten hintz welhem wein er wil. Vnd da sullen si zu im küssen vnd sol der rihtter chauffen präten umb 36 hlr. vnd sullen die peckken wein vnd semel selb gelten vnd sullen danne den rihter piten, daz er si bei rehtem lazze beleiben, da si bey hündert jarn sint bey beliben. Vnd sol dann der zolner nemen swelch zwen pecken er wil, die sullen im gehaizzen meinen herren für 12 schilling pfennigen vnd die sullen gevallen in 14 tagen. (Vgl. 6A!)

(4U) In festo beati Michahelis quilibet sutor et cerdo dat VIII den. Erunt V sol. minus X¹ den.

(4A) Item ez gibt ye der schüster meinen herren dez nehsten montags nach sant Michels tag 8 dn.

(5U) Quinta feria post Michahelis quilibet carnifex dat III den. Erunt III sol. plus vel minus.

(5A1) Item so ist daz meiner herren reht, daz die flayschlüt dez nehsten pfintztags nach sant Michels tag sullen zu dem zolner hintz dem wein gen vnd sol in der zolner prot vnd semel vnd ainen proten chauffen vmb sechtzehen pfennig vnd sol ye der man ainen den. vertragen. Vnd swelher da niht en ist, dar mus ez als wol gelten, als der da ist, vnd mus der zolner vnd der pütel dem wirt da für sprechen, vnd sol ye der flayschman geben dem zolner von meines herren wegen drey pfennigen.

(5A2) Anno 1413 feria quarta in die Francisci cum toto consilio: Ez ist der flaischlewt gewonhait vnd her küssen, das sie des nehsten pfintztags nach sant Michels tag zu dem zolner zum Wein küssen sullen vnd sol ir yeder dem zolner geben 9 dn., er sey da oder nit, vnd sol auch ye der flaischman allweg uber drei sampstag 1 dn. geben, wen der zolner mit offner penk er greifft. Vnd dar vmb sol in der zolner geben zu essen vnd etweul weins als uor her kumen ist.

(6U) Ipso tempore (in purificatione beate Virgnis Marie) conueniunt pistorum cum iudice, dabunt XII sol. (Vgl. 3U!)

(6A) Item an dem nehsten suntag nach vnser Frawen tag ze Lyhtmezze ist daz selb reht vmd die pecken. (Vgl. 3A!)

1) Druckfehler in Mon. Boica 36; 618: dort V den. statt X den; vgl. Hauptstaatsarch. München, Staatsverzeichn. 1672.

(7U) Item omni secunda feria quilibet pistor pistaria panem triticeum dat oblatam.

(8A) Item ez gibt ye der peck vnd schuster vnd flayschman meinem herren 8 dn. aht tag vor sant Merteins tag oder aht tag hin nach.

(9A) Item ze sünvenden ist ze reht ehaft dinch. So gibt man ye dem schepffen von dem selben gelt (8A!) 3 dn. vnd swelher schepff da niht en ist, so gibt man dem rihter das vberig. Vnd der sol ez dannenach dem rehten mit dem schepffen vertrinch. Das ist reht der stat von alter her. - Item ze sant Michels tag so ist aber ein ehaftz dinch aht tag vor oder aht tag nach, daz hat die voderen reht. - Item aht tage vor Lyhtmezze oder aht tag hin nach aber ein ehaftz dinch, daz hat aber die vorgeschriben reht. - Vnd sol man dem pütel alle zeyt 1 dn. geben.

(10A) Item so hat der pütel daz reht, daz ym ye daz hantwerch vnter den schustern, vnter den flayschlüten vnd vnter den peckken re reht sol geben vier dn. drey stünde in dem jar, an swelhen er ez vadert aus dem hantwerch vnd die andern gebent niht. Vnd dar umb müs im der pütel für pieten, als oft er sein bedorf, vnd verpieten, swen er haizzet verpieten.

Es werden nur die drei Handwerke der Bäcker (pistores), Fleischer (carnifices) und Schuster und Gerber (sutores et cerdones) erfaßt, wobei die Schuster und Gerber als ein Handwerk anzusehen sind, weil ursprünglich das Gerben von den Schustern betrieben wurde. Daß im Stadtrechtsbuch nur mehr von den Schustern die Rede ist, entspricht der Entwicklung, also der Ausbildung eines besonderen Gerberhandwerks. Die Beschränkung der ersten schriftlichen handwerksrechtlichen Bestimmungen auf diese drei Handwerke stellt keine Besonderheit dar, denn viele frühe Handwerksrechte erfassen nur die Grundhandwerke der Stadt, zu denen häufig noch die Tuchmacher zählten.

Das Handwerksrecht der übrigen Handwerke Ambergs kann mangels Quellen nicht ermittelt werden. Es läßt sich nur soviel sagen, daß diese Handwerke im Jahre 1326 in keiner Beziehung zum Stadtherrn standen, also schon damals dem

Rat gewerberechtlich unterstellt gewesen sein mußten. Für die meisten dieser Handwerke kam im fraglichen Zeitraum eine Sonderstellung nicht in Betracht, weil sie mit nur wenigen Handwerkern besetzt waren. Die Zahl der Bäcker, Fleischer und Schuster läßt sich aus dem Urbar von 1326 ermitteln. Aus den Abgaben errechnen sich 15 Bäcker, 30 Fleischer und 18 Schuster.

Diese drei Handwerke waren von den allgemeinen Abgaben, den Wasserpfeffnigen (1U, 1A), befreit und hatten Sonderabgaben zu leisten. Der Erlaß der Wasserpfeffnige für Ratsmitglieder, Schöffen, bergbauende Bürger und Witwen war wohl eine Neuerung des Rates. Die Wasserpfeffnige, die sich aus dem Regal- bzw. Herzogsrecht der Urkunde von 1034, aquae, aquarumque decursus genannt, herleiten dürften, waren ursprünglich nicht die einzige allgemeine Abgabe. Es kamen noch hinzu die "atzunga"¹ und die "dinchpfenning"².

"Post Michahelis per dies XIIII quilibet homo dat de atzunga XV den., qui domum habet propriam, qui non habet propriam domum, dat XIIII den. Erunt in summa VII lib. minus XL den."³ Ermittelt man die Zahl der Abgabepflichtigen der Wasserpfeffnige und atzunga, so kommt man zu einem annähernd gleichen Ergebnis (rund 110 Personen); somit waren die drei Handwerke auch von der atzunga befreit; den Vermerk im Urbar sparte man sich wohl infolge der Auflassung der Abgabe. König Ludwig der Bayer bestimmte nämlich 1318, daß die Bürger Ambergs von dieser Abgabe, "die sie uns (dem Herzog) aller jährlichen von alter Gewohnheit von der Azung gaben und schuldig waren ze geben, ledig und frey" sind.⁴ Darum stent im Urbar im Anschluß an diese Abgabe: "Dominus rex remisit." Zum dinchpfenning: "Ab epiphania domini per dies XIIII quilibet homo dat vnum denarium, qui

- 1) In eine Geldabgabe umgewandelte Sachleistung: "Heu, Stroh und Hafer erscheinen als Verabreichung auf Reise und Lager, als Ätzung, wenn der Herr mit seinem Gefolge durchzieht und einlegt." (Brinckmeier, Glossarium 185)
- 2) dinch, ding = Gericht, also Gerichtsgebühr
- 3) Mon. Boica 36; 618.
- 4) Löwenthal, Urkundenbuch 8.

dicitur dinchpfenning, videlicet LXX den."¹ Da sich nur 70 abgabepflichtige homines errechnen, ist anzunehmen, daß es sich um eine alte, auf früherem Stand eingefrorene Gerichtsgebühr handelt. Ob die drei Handwerke auch von dieser dritten allgemeinen Abgabe befreit waren, kann nicht mehr festgestellt werden.

Es wird angenommen, daß der Grund für diese Sonderstellung des Handwerks im Abgabewesen der Märkte und Städte in den Verhältnissen zur Zeit der naturalen Entrichtung der Abgaben zu suchen ist². Auch in Amberg gab es diese Vorstufe, wie die Benennung der einen allgemeinen Abgabe mit atzunga und die 1326 noch bestehende Sachleistung der Bäcker (7U) zeigen. Dabei war es nun für den Empfänger wie für den Pflichtigen günstiger, wenn z. B. der Bäcker bei der Einlage des Herrn statt Heu und Stroh (atzunga) im entsprechenden Wert Brot lieferte. Demnach hätten allgemeine Abgaben und Handwerksabgaben ursprünglich nur eine unterschiedliche Gestalt, aber den gleichen Wert und Rechtsgrund. Dies muß sich, jedenfalls in Amberg, in der Folgezeit geändert haben, wie der hier erfaßte Stand der Handwerksabgaben in seiner rechtlichen Form und in seiner Höhe zeigt. Die jährlichen Abgaben an die Stadtkasse beliefen sich auf etwa 70 Pfennige je Bäcker, 20 je Schuster und 15 je Fleischer, während sonst je Bürger 5 bis 6 Pfennige geleistet wurden. Das Gesamtaufkommen dieser Handwerksabgaben stellte sich daher auf das Dreifache des Erlöses aller allgemeinen Abgaben.

Die Bäcker (3U, 3A, 6U, 6A, 7U) begaben sich am Sonntag nach Jakobi zum Stadtrichter zum Mahl und Umtrunk. Der Richter ließ ihnen einen Braten im Werte von 36 Heller vorsezen, den Wein und das Brot mußten die Bäcker selbst bezahlen. Die Bäcker baten dabei den Richter, daß er sie bei ihren hundert Jahre alten Rechten belasse. Der Zöllner wählte dann zwei Bäcker, die ihn, stellvertretend für das ganze Handwerk, ihren Herrn hießen. Die Bäcker hatten dem

1) Mon. Boica 36; 618

2) Keutgen, Ämter und Zünfte 77 ff.

Zöllner innerhalb von 14 Tagen zwölf Schilling Pfennige zu zahlen. Dieser Vorgang wiederholte sich an Mariä Reinigung. Für die Bäcker ist schließlich noch die einzige Naturalabgabe überliefert. Nach dem Urbar gab jeder Bäcker jeden Montag ein Weizenbrot als Opfergabe. Im Stadtrechtsbuch fehlt diese Abgabe.

Das Verhältnis der Amberger Bäcker zum Stadtrichter und Zöllner verdeutlichen ausführlichere Vorschriften der Nachbarstädte Nürnberg¹ und Regensburg². In beiden Städten gab es im fraglichen Zeitraum Bäckergerichte, denen in Nürnberg der Schultheiß und in Regensburg der herzogliche Zollrichter vorstanden, also Vertreter der Stadtherren, nicht aber der Räte. In Nürnberg schloß sich an das Bäckergericht das Bäckermahl an, mit dem zum Ausdruck kam, "daß die Bäcker eine privilegierte Gerichtsgemeinde und Genossenschaft bildeten."³ In den Bäckergerichten wurden die Gewerbestrafsachen der Bäcker abgehandelt und die Gewerbekonzessionen erteilt. Die für Amberg überkommenen Nachrichten reichen aus, um ähnliche Verhältnisse zu unterstellen. Der Zöllner, der Herr der Bäcker, wird als Gewerbeaufsichtsbeamter eingesetzt gewesen sein, dem die Preis-, Gewichts- und Qualitätskontrolle, die Überwachung der Angebotsvorschriften für Brot und die Bestrafung von Ordnungswidrigkeiten oblag, während schwerwiegende Gewerbestrafsachen im Bäckergericht vom Stadtrichter geahndet worden sein dürften, der wohl auch die Brotpreise festsetzte und die Gewerbezulassungen aussprach. Die Honorierung des Zöllners war geregelt; der Stadtrichter wird sich an die Strafgeldern gehalten haben. Wahrscheinlich waren auch Vertreter des Bäckerhandwerks eingeschaltet, sei es als Beschaumeister oder als Kontrahenten bei der Brotpreisfestsetzung, vielleicht aber auch als Mitwirkende beim Bäckergericht. Von hier aus versteht sich das Interesse des Bäckerhandwerks an seinen alten Rechten, das aber auch schon allein in der Zuordnung zum Stadtrichter begründet gewesen sein kann, von dem die Bäcker die für die

1) Vgl. Lentze, Nürnbergs Gewerbeverfassung.

2) Vgl. Heimpel, Regensburg.

3) Lentze, Nürnbergs Gewerbeverfassung 213.

Preisbildung und Rechtsprechung erforderliche Objektivität eher erwartet haben mögen als von ihresgleichen¹.

Die Fleischer (5U, 5A1, 5A2) trafen sich am Donnerstag nach Michaeli mit dem Zöllner bei einem Wirt zum Mahl und Umtrunk. Der Zöllner bot ihnen einen Braten, Brot und Semmeln für 16 Pfennige, jedermann sollte einen Pfennig vertrinken. Auch der Büttel nahm an dieser Gesellschaft teil. Jeder Fleischer gab dem Zöllner drei, später neun Pfennige. Wenn der Zöllner einen Fleischer mit offener (nicht mit Ware bedeckter) Fleischbank antraf, wurde eine Strafgebühr von je drei Pfennigen über drei Samstage fällig. Bei den Fleischleuten fehlte also die Bindung an den Stadtrichter, sie waren dem Zöllner als Gewerberichter und dem Büttel als Vollzugsbeamten unterstellt. Für Nürnberg wird zwar eine Gleichstellung von Bäckern und Fleischern angenommen, sie kann aber nicht bewiesen werden². Für Regensburg ist in dieser Hinsicht nichts bekannt. Der Angebotszwang (Bestrafung der offenen Bank), dem die Amberger Fleischer unterliegen, erhellt den Grund der Bindung der Nahrungsmittelgewerbe an Beamte des Stadtherrn; es ging um die Sicherstellung der Versorgung der Stadt mit den Grundnahrungsmitteln.

Für die Schuster (4U, 4A) ist das stadtherrliche Amt, das die Abgabe ursprünglich zu seinen Gefällen zählte, nicht überkommen, so daß deren Verhältnis zum Stadtherrn nicht mehr näher bestimmt werden kann. Nach dem Stadtrechtsbuch zahlten sie die Abgabe bereits an den Rat.

Bäcker, Metzger und Schuster entrichteten noch zwei gemeinsame Abgaben. Die eine (2U, 2A) stand ursprünglich dem Stadtherrn zu, dem dann der Rat folgte. Die andere Abgabe (8A), die nur im Stadtrechtsbuch verzeichnet ist und wohl erst später eingeführt wurde, kassierte der Rat, der damit die Schöffen und den Büttel für ihr Mitwirken bei den drei Ehaftgerichten honorierte (9A).

Der Büttel (10A) "vadert" die Handwerke der Schuster,

- 1) Ähnliche Bestrebungen der Bürger hinsichtlich der Besetzung des Landgerichts: "Die Stadt scheint darauf bedacht gewesen zu sein, daß ein Adeliger und nicht ein ihnen sozial gleichgestellter Bürgerlicher die wichtige Richterstelle einnehme." (Leingärtner, Hist. Atlas 32)
- 2) Lentze, Nürnbergs Gewerbeverfassung 213.

Fleischer und Bäcker an drei Stunden im Jahr, d. h. er lädt die Handwerke an drei Terminen zu ihren Versammlungen. F. Keutgen ermittelte für das Handwerk allgemein: "Mit dem ihm untergegebenen Handwerken hielt der marktherrliche Gewerbebeamte in Ausübung seiner Funktionen Versammlungen ab, regelmäßig dreimal im Jahr: sie sind das ungebotene Ding in Gewerbeangelegenheiten."¹ Auch in Nürnberg tagte das Bäckergericht dreimal im Jahr. Für diese ordentlichen Sitzungen zahlten in Amberg die drei Handwerke dem Büttel jeweils vier Pfennige "vnd die andern gebent niht", d. h. für die außerordentlichen, die eigens gebotenen Sitzungen wird nichts bezahlt. Der Büttel muß "im ... für pieten", sooft "er" dessen bedarf und "verpieten", wenn "er" es anordnet. Die den Büttel anweisende Person wird der dem Handwerk vorstehende Meister gewesen sein, da ein stadtherrlicher oder städtischer Beauftragter wohl mit seiner Amtsbezeichnung angeführt wäre. Auch das Regensburger Bäckerding berief der Meister der Bäcker durch seinen Büttel². Es ist also zu erkennen, daß in Amberg die Handwerksorganisationen der Bäcker, Fleischer und Schuster wenigstens schon im 14. Jahrhundert von Handwerkern besetzte Organe hatten: die Mitgliederversammlung und zum Teil wohl auch schon vorstehende Meister. Die Handwerker wurden also nicht mehr rein obrigkeitlich geführt; es zeigen sich die ersten Züge einer handwerklichen Selbstverwaltung.

F. Keutgen unterscheidet folgende Stufen der Handwerksorganisation bis zur Ausbildung der Zunft:

Die Marktkontrolle (Maß und Gewicht; Preis; Qualität, Normen und Beschau) veranlaßt die Obrigkeit die Handwerker in fachliche Gruppen einzuteilen; in der gleichen Richtung wirken die Handwerksabgaben. Die Handwerkergruppen sind zunächst einem Beamten des Markt- bzw. Stadtherrn (Stadtrichter, Schultheiß, Kämmerer, Zöllner etc.), später dem Rat unterstellt. Die Handwerker haben anfangs kein oder nur ein unbedeutendes Mitspracherecht. Diese Handwerkergruppen werden in den Urkunden häufig als Ämter bezeichnet, daher spricht man

1) Keutgen, Ämter und Zünfte 155.

2) Heimpel, Regensburg 72.

von der Ämterverfassung des Handwerks (Zeit 12./13. Jahrhundert)¹.

"Die Bildung der Handwerksämter findet ihren Abschluß mit der Einsetzung von Amtsmeistern"² aus den Reihen des Handwerks. Die vorgesetzten Behörden ernennen den Amtsmeister und beschränken sich auf die Funktion übergeordneter Instanzen; ihr Hauptinteresse gilt den Abgaben (Zeit 13./14. Jahrhundert)².

Auch die ersten geschriebenen Handwerksordnungen (Schneider 1446, Schuster 1450) bestätigen, daß die Auffassung von Keutgen über die Entstehung der Handwerksorganisation für Amberg zutreffend ist. Die Schneiderordnung enthält fast ausschließlich Regelungen der Warenbeschau, sie weist also marktpolizeiliche Aufgaben dem Handwerk zu; auch in der Schusterordnung wird die Warenbeschau ausführlich behandelt. Diese stellt aber noch eine weitere Verbindung zum mittelalterlichen Handwerksrecht her: die Viermeister der Schuster werden noch vom Rat eingesetzt, während die Schneider ihren Vorstand bereits selbst wählen (vgl. S. 125).

Somit ergibt sich für Amberg, daß die Handwerke der Bäcker, Fleischer und Schuster im 14. Jahrhundert die zweite Stufe der Ämterverfassung, das Handwerksamt mit obrigkeitlich eingesetzten handwerklichen Amtsmeistern, erreicht hatten, die zugleich die letzte Stufe vor der Ausbildung der Zunft ist.

Das mittelalterliche Handwerksrecht Ambergs ist also abgetretenes stadtherrliches Recht. Handwerkseigene Wurzeln, wie Bruderschaften und freie Einungen in Schwurgenossenschaften⁴, sind für Amberg nicht zu erkennen. Zwar finden sich für die 2. Hälfte des 15. Jahrhunderts, also nach Abschluß der Bildung der Handwerksämter und nachdem bereits seit einiger Zeit die Handwerke Zünfte genannt werden⁵, einige handwerkliche Bruderschaften in Amberg (s. Erläuterungen 3). Doch diese Bruderschaften waren keine selbständigen Einrichtungen. Sie bestanden innerhalb der Zunft ("Zunft und Bruderschaft") und ihre Aufgaben lagen vor allem im religiösen Bereich. Wenn die Zunft für die Kirche tätig wurde, nannte sie sich Bruderschaft. Der Neubau der Martinskirche, an deren Ausstattung das Handwerk sich beteiligte, dürfte dazu beigetragen haben.

1) Keutgen, Ämter und Zünfte 107 ff.

2) Keutgen, Ämter und Zünfte 151.

3) Keutgen, Ämter und Zünfte 151 ff.

4) Zorn, Zünfte 485.

5) Der Rat spricht 1438 von Zünften (Knöpfler, Beiträge, Auszugnummer 74).

Übersicht

Für das Spätmittelalter zeigen sich folgende Grundzüge der Wirtschaftsverfassung und Wirtschaftsordnung der Stadt Amberg:

Handel, Bergbau, Bierbrauen und Bierschenken waren allgemeine Bürgerrechte. Der Zugang zu diesen Gewerben setzte, rechtlich gesehen, nur den Besitz des Bürgerrechts voraus. Nach dem ersten Stadtgesetzbuch (um 1460) konnte das Bürgerrecht in folgender Weise erworben werden: a) von Bürgersöhnen und Fremden, die Bürgerwitwen oder Bürgertöchter heirateten, kostenlos durch Beschwörung des Bürgerrechts innerhalb eines Monats nach Verehelichung und häuslicher Niederlassung; b) in allen übrigen Fällen durch Kauf¹. Die Bürgerrechtsgebühr war nicht generell festgesetzt, sie wurde vom Rat von Fall zu Fall bestimmt; im allgemeinen war sie nicht hoch².

Handel, Bierbrauen und Bierschenken waren unbeschränkte Bürgerrechte. Der Bergbau war aber im Umfang der Ausübung bereits beschränkt (höchstens drei Fänge je Bergbauberechtigtem, Bestimmung von Wirkterminen und Wirkdauer durch den Rat, Höchstförderung von 17 Bergfuder je Erzgrube und Wirktag). Hier wird ein ordnungspolitischer Grundsatz sichtbar: Die allgemeinen bürgerlichen Gewerberechte müssen allgemein nutzbar sein; dazu kann der Umfang der Ausübung begrenzt werden.

Beim Bierbrauen verstand man es, unter Beibehaltung des Kommunbraurechts am technischen Fortschritt (untergariges Bier) teilzunehmen, diesen vielleicht sogar herbeizuführen, indem man vom Einzelbrauen zur Lohnbrauerei überging. Hier zeigt sich der zweite ordnungspolitische Grundsatz: Das Ordnungsrecht muß in seiner Substanz bewahrt werden; in seiner Form ist es neuen technischen und wirtschaftlichen Entwick-

1) Stadtarch. Abg., Bände 241.

2) Der Kaufpreis des Bürgerrechts amortisierte sich z. T. schon durch das damit erworbene Recht auf jährlich zwei Fuder Holz aus dem Wagrein (Stadtarch. Abg., Bände 241); im 16. Jahrhundert lag der Kaufpreis für das Bürgerrecht in der Regel unter fünf Gulden.

lungen anzupassen.

Für Handel, Bergbau, Bierbrauen und Bierschenken als allgemeinen Bürgerrechten war der Rat die kompetente Obrigkeit. Gilden und Zünfte konnten deshalb in diesen Bereichen nicht entstehen bzw. nicht fort dauern. Der Rat schaltete sich in zwei Bereichen besonders intensiv in die Wirtschaft ein, im Salzhandel, den er in eigene Regie nahm, und im Bergbau, für den er ein Produktionskartell und wahrscheinlich ein Preiskartell errichtete. Der städtische Salzhandel ist vor seinem speziellen Grund zu sehen, der in der Finanzierung der Wasserstraße Vils/Naab durch die Stadt zu suchen ist. Aus der Einschaltung des Rates in den Bergbau darf nicht auf eine obrigkeitlich gelenkte Wirtschaft geschlossen werden, denn hier handelte der Rat nicht als Obrigkeit, sondern als Interessensvereinigung der bergbauenden Bürger (Gewerkschaft). Der Rat hatte in dieser Zeit öffentliche und private Funktionen.

Die Handwerker hatten zwar als Bürger formell teil an diesen Rechten, konnten sie aber, da sie ihr eigenes Gewerbe meist voll beanspruchte, nur selten nutzen. Als Handwerker bildeten sie innerhalb der Bürgerschaft eine besondere Gruppe mit besonderen Rechten. Zum Abschluß dieses Zeitraumes standen die Handwerke der Bäcker, Metzger und Schuhmacher organisatorisch auf der letzten Stufe vor der Ausbildung der Zunft; sie hatten Handwerksämter mit handwerklichen Amtsmeistern. Für eine Schließung der Handwerke gibt es keine Anzeichen.

Auswärtiges Recht wurde nach Amberg nur übernommen, soweit es gewerbebedingt war (z. B. Gewerkschaftsverfassung der Bergbaugesellschaften), nicht aber als eigentliches Ordnungsrecht.

Damit war in allen Teilverfassungen der Wirtschaft Ambergs die Ausgangsposition bezogen, und es zeichnet sich eine freiheitliche, aber dem Großbetrieb oder, wenn man so will, dem Kapitalismus ablehnend gegenüber stehende Wirtschaftsordnung ab.

K. Bosl hat die städtische Gesellschaft des Spätmittelalters am Beispiele Regensburgs beschrieben: Sie bestand aus

zwei Schichten, der ratsfähigen, herrschaftsausübenden Schicht (potentes, nobiles, Reiche) und der nicht an der Herrschaft beteiligten Schicht (impotentes, pauperes, Arme)¹.

In Amberg läßt sich für das 14. Jahrhundert eine verhältnismäßig beträchtliche Zahl von "reichen" oder "reichen" Bürgern nachweisen. Sie hatten Landbesitz, betrieben Erzgruben und handelten mit Eisen, gehörten zu den Urteilern des Stadtgerichts, bezeugten Verträge und waren Ausrichter von Stiftungen (s. Erläuterungen 4). Die Familie der Brüder Gottfried und Hermann Reich war von Amberg nach Regensburg gezogen, wo Gottfried und Hermann und die vier Söhne des Hermann flandrische Tuche importierten und dadurch ihren Reichtum derart mehrten, daß sie zu bedeutenden Geldgebern der Bayernherzöge werden konnten. "Gottfried und die Gesellen wurden durch ihre Kapitalanleihen an die bayerischen Herzöge zu den 'Fuggern' ihrer Zeit"². Das Reiche Almosen, eine Amberger Sozialstiftung, wird seine Bezeichnung von Dotierungen aus diesen Kreisen bezogen haben. "Reich" hatte also zwei verschiedene, aber voneinander abhängige Bedeutungen: Der wirtschaftliche Reichtum bewirkte eine besondere Stellung im Herrschaftsgefüge der Stadt.

Diese Stellung nahmen auch die reichen Bürger Ambergs ein. Ob sich aber ihr wirtschaftlicher Reichtum mit dem ihrer Kollegen in Regensburg messen konnte, wird man zu bezweifeln haben, obwohl man wegen der verhältnismäßig vielen reichen Bürger Ambergs und wegen der noch vereinzelt bestehenden Beschränkungen des Umfangs der Gewerbeausübung im Amberg des Spätmittelalters eine stärkere Vermögenskonzentration in den Händen der Kaufleute annehmen möchte, die dann von einer Nivellierung der Vermögen in der Neuzeit abgelöst wurde. Diese Bürger waren als Kaufleute meist in mehreren Gewerben tätig. Marquart Stoterwagen z. B. verpfandete 1382 sein Brauhaus am Rotmarkt eines Eisengeschäftes wegen. Stoterwagen war also Inhaber einer Lohnbrauerei, als solcher wird er auch sein Braurecht wahrgenommen und mit Bier gehandelt

1) Bosl, Regensburg 70.

2) Bosl, Regensburg 47.

haben, und schließlich machte er noch Eisengeschäfte. Die meisten Berggewerken waren gleichzeitig Eisenhändler und oft noch Hammermeister.

Doch die innerstädtische Herrschaft wurde bereits im ausgehenden Mittelalter auf eine breitere Grundlage gestellt. Nachdem 1294 die Ratsverfassung stadtherrlich sanktioniert wurde (vgl. S. 9), kannte man zunächst nur ein Ratsorgan ("zehen man oder achte, die des rahts pflegen"¹), den späteren Inneren Rat. Schon im Stadtrechtsbuch, zwischen 1347 und 1429 verfaßt, findet sich aber auch der Äußere Rat: "Item pey welhem chauff zwen vom rat oder der 24 zwen sint, oder die zwen gesworen vunderchäuffel oder ain vnderchäuffel vnd ain vom rat oder der 24 ainer, da gehört dhein laugen für."² Der Zahl (24) nach kann es sich dabei nur um das zweite Ratsorgan handeln, das später Äußerer Rat (24 Mitglieder) genannt wurde (vgl. S. 208 ff.).

Es gab also in Amberg in dieser Periode zwei große Bürgergruppen: einmal diejenigen Bürger, die sich aus den bürgerrechtlichen Gewerben (Handel, Bergbau, Bierbrauerei) nährten; sie waren ratsfähig; und dann die Handwerker, die zwar nicht ratsfähig waren, die sich aber durch ihre Handwerksämter eine Selbstverwaltung in handwerklichen Angelegenheiten, also einen eigenen Herrschaftsbereich, den sie vom Stadtherrn und Rat lösten, ausbauten. Die Entwicklungsrichtung in Wirtschaft, Gesellschaft und Herrschaft für die Folgezeit zeichnet sich bereits deutlich ab.

1) Löwenthal, Urkundenbuch 3.

2) Thoma, Stadtrechtsbuch 47.

Zweiter Teil:

F r ü h e N e u z e i t

Hauptstadt des Fürstentums Obere Pfalz

War die Oberpfalz im 14. Jahrhundert nur ein Landesteil der Kurpfalz, so erhielt sie im 15. und 16. Jahrhundert eine Eigenständigkeit von zwar nicht reichsrechtlicher, so doch landesrechtlicher Art (Nebenland). Die Oberpfalz wurde innerhalb des kurpfälzischen Herrschaftsverbandes ein eigenes Fürstentum, zunächst "Die Pfalz in Baiern", "Unser Pfalz gein Amberg", "Der Pfalz Land zu Baiern" genannt, dann Obere Pfalz (erstmal 1513; die Rheinpfalz erhielt dann die Bezeichnung "Untere Pfalz")¹. Die Oberpfalz "wurde vielmehr und blieb ein selbstexistierender Staat, der seine ganz eigene Verfassung, seine eigene Gesetzgebung, nicht selten eigene Regenten, und, was die Sache vollends beschließt, sogar eine eigene Regierungsform hatte."²

Im Gegensatz zur Rheinpfalz, wo die Stände keinen größeren Einfluß entfalten konnten, wirkte in der Oberpfalz, durch die räumliche Trennung von der Pfalz und durch wirtschaftliche Kraft begünstigt, eine selbstbewußte Landschaft, die aus den Prälaten, dem landsässigen Adel, den Städten, die auch die Bauern vertraten, und einem Teil der Märkte bestand. Die Landschaft forderte wiederholt, daß ein Fürst in der Hauptstadt Amberg ständig seine Residenz nehme. Der erste Landtag fand 1488 statt. Die hauptsächlichsten Aufgaben des Landtages waren: Steuerbewilligung und Steuereinhebung, Teilnahme an der Gesetzgebung (z.B. die Landes- und Polizeiordnungen, die ab 1521 beraten wurden; endgültige Fassungen 1534 und 1598) und Wirtschaftspolitik (z.B. Wirtschaftsförderungsplan 1527 bis 1530; vgl. S. 86).

Die Reformation wurde in Amberg ab 1538 durchgeführt: "So hat ein ehrbarer Rath anno 1538 das heilmachende Evangelium mit Zulassung Churfürstlicher Durchleuchtigkeit anfangen lassen zu predigen durch Magister Andrean Hugel"³. Hugel war von Luther und Melanchthon, die die Stadt um Entsendung eines reformierten Priesters gebeten hatte, geschickt worden.⁴

1) Bosl, Oberpfalz 5 f.; Sturm, Nordgau 10.

2) Feßmaier, Staatsgeschichte, 1. Bd. 141 f.

3) Schwaiger, Chronik 17.

4) Wiltmaister, Chronik 161.

Nachdem Kurfürst Friedrich V. von der Pfalz die Wahl zum böhmischen König angenommen hatte, reiste er im Oktober 1619 zunächst von Heidelberg in seine Geburtsstadt Amberg und dann nach Prag. Im November 1620 verlor Friedrich die Schlacht am Weißen Berge, und zu Beginn des Jahres 1621 wurde über Friedrich die Reichsacht verhängt, mit deren Durchführung in der Oberpfalz Herzog Maximilian von Bayern vom Kaiser beauftragt wurde. Im September und Oktober 1621 besetzten bayerische Truppen die Oberpfalz; Amberg wurde am 8. Oktober kampflos übergeben. Maximilian, dem 1623 auf dem Fürstentag zu Regensburg die pfälzische Kurwürde zugesprochen wurde, war zunächst kaiserlicher Statthalter in der Oberpfalz. 1628 ging dann die Oberpfalz als Entschädigung für 13 Millionen Gulden bayerischen Kriegsaufwand in den Besitz der bayerischen Wittelsbacher über; die Herrschaft der kurpfälzischen Wittelsbacher in der Oberpfalz war damit beendet¹.

1) Vgl. J. Dollacker, Ende der kurpfälzischen Herrschaft.

Bergbau

Schon für das ausgehende Mittelalter hat sich gezeigt, daß der Bergbau häufig durch Gesellschaften betrieben wurde. Die erste Bergordnung sieht diese Unternehmungsform ausdrücklich vor; die Existenz solcher Gesellschaften wurde belegt. Als kleine Berggewerkschaften waren sie im Hinblick auf die Wirtschaftsverfassung ohne besondere Problematik. In der Folgezeit kommt es aber zur Ausbildung neuartiger Gesellschaften und anderer Unternehmungsformen, die hier eingehend zu behandeln sind, weil ihr Recht für die Wirtschaftsverfassung und Wirtschaftsordnung der Stadt Amberg sehr aufschlußreich ist.

Gemeinschaft des Eisenbergwerks (1455 - 1465)

Es scheint schon einige Zeit eine "Gemeinschaft der Bergwerken" gegeben zu haben, denn bereits 1452 beschließen Innerer und Äußerer Rat, Urteiler und "die mehreren Teile der Bergwerken in der Gemeinschaft und sonst", am Rotenberg erst im folgenden Jahr wieder Erz zu würken, da das "Eisenwerk in großem Verwinden", auch viel Erz noch vorrätig sei und die Hammermeister "merklich Gelten der Gemeinschaft schuldig sind"¹. Diese Gemeinschaft war aber eine Gewerkschaft unter anderen Gewerkschaften und Einzelgewerken ("und sonst"); ihr scheint nur der Rotenberg gehört zu haben. Die Gemeinschaft, die dann 1455 gegründet wurde, sollte alle Bergwerken umfassen.

Die Stadt Amberg und ihre Bürger sind durch Bergwerke "lange Zeit in Aufkommen und gutem Wesen gewest", doch infolge Uneinigkeit haben die Bergwerke "etliche Jahre niedergelegen und nicht gearbeitet", so leitete Pfalzgraf Friedrich seinen Erlaß vom Jahre 1455 über die Gründung einer Gemeinschaft des Eisenbergwerks² ein, der vorher mit den landesherrlichen Räten und dem Rat der Stadt (bei letzterem lag die Initiative) abgesprochen worden war. Sein wesentlicher Inhalt lautet, soweit er die Gründung der Gemeinschaft betrifft:

(1) Alles jetzt vorhandene Eisenwerk (Gruben, Fänge.

1) Stadtarch. Abg., Bände 2.

2) Stadtarch. Abg., Bände 406.

unverkauftes Eisenerz) innerhalb einer 2-Meilen-Zone um Amberg soll in die "Gemein" gegeben werden.

(2) Neue Fänge und Gruben in diesem Gebiet können die Bürger nach dem bisherigen Recht anlegen. Neue Gruben können von den Bürgern zwei Jahre ausgebeutet werden, dann sollen sie in die Gemeinschaft gegeben werden.

(3) Der Rat der Stadt bestimmt "ehrbare Männer", die alle in die Gemeinschaft eingebrachten Sachen in Geld bewerten und so die Anteile der "Gemeiner" bestimmen.

(4) Die Stadt soll einen Geldbetrag als ihren Anteil in die Gemeinschaft geben.

(5) Die Verordneten (auch Ausrichter, Richter und nach ihrer Zahl Achter genannt), stehen der Gesellschaft vor. Diese, der Rat und die Gemeiner sollen die Macht haben, alles zu tun zum Nutzen und Frommen der Gemeinschaft.

Zur Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung der Gemeinschaft bestimmte der Landesherr weiter:

(6) Alle Hammermeister "in unserem Land zu Baiern" sind verpflichtet, ihren gesamten Erzbedarf bei der Gesellschaft zu decken.

(7) Alle Hammermeister, die der Gemeinschaft Geld für Erz schulden, sollen bis zur Bezahlung von der Erzbelieferung ausgeschlossen werden. Beziehen solche Schuldner das Erz anderweitig, so haben die Gemeiner das Recht, sich an "derselben Hammermeister Leib, Hab und Gut" zu halten, wobei sie durch die landesherrlichen Amtleute unterstützt werden.

(8) Auf der Vils darf nur Erz der Gemeinschaft und Eisen, das aus dem Erz der Gemeinschaft geschmiedet ist oder sich im Eigentum eines Amberger Bürgers befindet, verschifft werden.

Ferner veranlaßte der Rat folgende Verpflichtung der Gemeiner, die in den Stadtbüchern¹ protokolliert wurde:

(9) Falls ein Gemeiner oder seine Erben das Amberger Bürgerrecht aufgeben, müssen sie innerhalb Jahresfrist ihre Anteile an die Gemeinschaft oder an Amberger Bürger

1) Stadtarch. Abg., Bände 323

verkaufen. Die gleiche Verkaufsaufgabe gilt für auswärtige geistliche oder weltliche Stiftungen u. dgl., die Anteile an der Gemeinschaft erben oder sonstwie übertragen erhalten.

Aus der Zusammenstellung der Gemeiner und ihrer Anteile und aus einer Erläuterung des Rates¹ lassen sich noch weitere Vorschriften der Gemeinschaft ablesen:

(10) Für den Anteil eines Gemeiners (ausgenommen Stadt Amberg) ist als Höchstgrenze 500 Gulden festgesetzt. Einen Anteil dürfen zeichnen: a) Eheleute gemeinsam, b) Verwitwete, c) unmündige, in Gütertrennung von den Eltern lebende Kinder gemeinsam.

Ein Vergleich der Gemeiner und ihrer Anteile der Jahre 1455 und 1465 zeigt schließlich, daß die Anteile verkauft werden konnten, wobei aber sicher der Käuferkreis auf die Gemeinschaft und auf Amberger Bürger beschränkt war. Letzteres ergibt sich aus dem Amberger Bergrecht, das den Bergbau den Amberger Bürgern vorbehielt (vgl. auch Punkt 8 des Rechtes der Gemeinschaft). Somit gilt:

(11) Die Anteile können an die Gemeinschaft und an Amberger Bürger verkauft werden.

Irgendwelche Schwierigkeiten (diese werden später besprochen) ließen es also zweckmäßig erscheinen, vom Bergbau durch Einzelunternehmungen und kleinere Gewerkschaften abzugehen und ihn gemeinschaftlich zu betreiben. Für den Amberger Bürger trat damit an die Stelle des Rechts auf eigenen Bergbaubetrieb das Recht auf Mitgliedschaft in der Gemeinschaft (Punkt 1 des Rechtes der Gemeinschaft). Sein Anteil an der Gemeinschaft (und damit auch sein Anteil am Gewinn der Gemeinschaft) bemaß sich nach dem Wert seines bisherigen "Eisenwerks" (3). Die obere Begrenzung des Anteils auf 500 Gulden hat ihre Herkunft aus der Begrenzung des Umfanges des eigenen Bergbaus (nur drei Fänge, begrenzte Wirkzeiten usw.). Die Gemeinschaft war nicht geschlossen, der Kreis der Gemeiner also nicht auf die zur Gründungszeit der Gemeinschaft bergbautreibenden Bürger

1) Strieder, Organisationsformen 147.

Die Gemeiner und ihre Anteile

Gemeiner Familienname, Vorname; Erbe	Anteile in Gulden			
	1455	1465	Mehrung	Minder.
Stadt Amberg	1000	1100	100	
St. Martin	70	100	30	
Alhart, Leonhard; Georg	180	55		125
Altmeister, Engelhard; Sohn	500	356		144
Amberger, Hans	200			200
Bachmann, Hans; Niklas	400	347		53
Badel, Konrad	70	70		
Berger, Hans	446			446
Eckel, Ulrich		50	50	
Eckhart, Ulman	50			50
Friedrich von Riechen; Jörg	100	100		
Frayslich, Hans; Felix und die Alt	434	663	229	
Fuchs, Marquart; Fuchsin	70	90	20	
Groppen, Niklas	24			24
Haiden, Heinrich; Tochter	500	340		160
Haiden, Konrad	23	23		
Hauptell, Albrecht		100	100	
Hecker, Michael	500	470		30
Hübner, Hans	500	400		100
Hufnagel, Hans		90	90	
Kastner, Leonhard		54	54	
Kerglen, Wilhelm	315			315
Klopfer, Hans	500			500
Maler, Seyfried	200	250	50	
Meinhart, Jörg		252	252	
Meister, Michael		91	91	
Mendl, Martin		30	30	
Modler, Lorenz	300	400	100	
Mullner, Konrad	133			133
Ochselmaier, Hermann	70	70		
Orttenberger, Michael		270	270	
Päuml, Markat		100	100	
Pecherer, Hans		50	50	
Praitenloer, Hans		400	400	
Püchler, Otto		208	208	
Rurer, Leonhard	500	400		100
Sailer, Dietrich	23	223	200	
Schonl, Jörg		70	70	
Strewel, Hans	300	208		92
Totzler, Michael; Hans	140	127		13
Urspringer, Friedrich	500	355		145
Urspringer, Kuntz		113	113	
Volkman, Hans	70	70		
Vorsterin		25	25	
Wechsler, Hans	70			70
Weiß, Hans	315	240		75
Wintzer, Hans	500	463		37
Witter, Hans	500	300		200
Witter, Heinz	497			497
Summen	10000	9127	2632	3509

Quelle: Stadtarch. Abg., Bände 323, 406.

beschränkt. Das hätte auch gegen das Amberger Bergrecht verstoßen, das jedem Bürger das Recht zum Bergbau einräumte. Deswegen konnten die Amberger Bürger entweder durch den Kauf von Anteilen (11) oder durch die Anlage von Fängen und Gruben (2) Gemeiner werden. Die Mitgliedschaft bei der Gemeinschaft war den Bürgern vorbehalten (9, 11) entsprechend dem Bergrecht, das als Voraussetzung für den Betrieb des Bergbaus das Amberger Bürgerrecht vorschreibt. Die Wirtschaftsverfassung des Amberger Bergbaus ist also in allen wesentlichen Teilen in das Recht der Gemeinschaft eingegangen.

Als Organe der Gemeinschaft zeigen sich ein Vorstand (Verordnete, Ausrichter) und eine Hauptversammlung (Gemeinschaft). Der Rechtsform nach liegt wieder eine Berggewerkschaft vor. Die Ausrichter hatten zu beschwören, daß sie von einem jeglichen Berggewerken in der Gemeinschaft nicht mehr einnehmen noch ausgeben, als sich nach eines jedem Anteil gebührt¹. Die Gemeiner beteiligten sich also nach Maßgabe ihrer Anteile an den Kosten eines Würfens und erhielten dann eine entsprechende Ertragsquote, wahrscheinlich in Geld und nicht mehr in Erz. Bei der Auflösung der Gemeinschaft zeigt sich dann, daß die Anteile als Idealanteile, nicht als Realanteile betrachtet wurden; denn die ausscheidenden Gemeiner erhielten nicht einen bestimmten Grubenteil zurück, sondern es wurden neue Bergwerke gebildet, an denen wieder Idealanteile ausgegeben wurden.

Was veranlaßte nun die Bürger Amberg, vom Einzelbetrieb des Bergwerks zum Gemeinschaftsbetrieb überzugehen? Die Ursache der Uneinigkeit, die zum Niedergang der Bergwerke führte, und der durch die Gemeinschaft abgeholfen werden sollte, ist nicht angeführt. Aber man kann sie aus der Bergordnung von 1465 ablesen, die nach der Liquidation der Gemeinschaft erlassen wurde, und deren Aufgabe es war, für den nun wieder eingeführten Einzelbetrieb die Mängel des früheren Einzelbetriebes zu vermeiden. Diese Bergordnung beginnt mit einem ganz neuen Ordnungsgebiet,

1) Stadtarch. Abg., Bände 241.

nämlich mit dem "gemeinen Wasserheben", das samt Finanzierung in zwölf Artikeln geregelt wird. In der ersten Bergordnung (1408/29) werden solche Probleme noch nicht behandelt, die Schwierigkeiten müssen also in den folgenden Jahrzehnten wahrscheinlich wegen zunehmender Würtktiefe aufgetaucht sein. Der Bau gemeinsamer Wasserschächte, der Anschluß der Gruben an diese Schächte, die Ordnung und Finanzierung dieser Einrichtungen, neue technische und organisatorische Probleme waren also die treibenden Kräfte für die Gründung der Gemeinschaft.

Die Gemeinschaft des Eisenbergwerks, die auf dem Erzberg 15 Gruben und 13 Fänge betrieb (über ihre Produktionsergebnisse ist nichts bekannt), konnte nicht alle Bergwerken an sich binden. 1460 kam es zu "Irrungen" zwischen der Gemeinschaft und Konrad Haiden und seiner Gesellschaft, die die Grube "Groppin" betrieb, wegen des Wasserhebens¹. Schon nach 10 Jahren wurde die Gemeinschaft wieder aufgelöst. Etliche Gemeiner klagten, "daß solch Gemeinschaft nit Nutz brächte", worauf Kurfürst Friedrich verlangte, "eine Gemein zu fordern", was der Rat auch tat. Im Beisein des Viztums wurde vorgebracht: "Besser und nutzer wär ... das Bergwerk würde wieder geteilt, dann es in Gemeinschaft wenig Nutzen bringe." Daraufhin befahl der Viztum, die Gemeinschaft aufzulösen. Die Teilung nahm ein Ausschuß aus Ratsfreunden und Bürgern vor. Aus der Gemeinschaft wurden sechs "Teile" gemacht, denen die Erzgruben, die Fänge und die Erzschulden der Hammermeister zugewiesen wurden. Forderungen über 545 Gulden blieben ungeteilt bei der Stadt "für gemeine Notdurft"². Wahrscheinlich wurden die Teilbergwerke intern in kleinere Gesellschaften und Einzelunternehmungen, etwa nach dem Stand von vor 1455, umgewandelt. Zum geringen Nutzen der Gemeinschaft: Vermutlich ist hier weniger an geringere Umsätze, höhere Kosten, niedrigere Gewinne u. dgl. zu denken, sondern vor allem an den Ausfall der Unternehmerlöhne, die sich ja bei der Gemeinschaft in Arbeitnehmerlöhne verwandelten.

1) Stadtarch. Abg., Bände 2.

2) Stadtarch. Abg., Bände 406.

Man kann aber nun nicht folgern, die Gemeinschaft habe keine Ergebnisse gebracht. Einmal wurde die Wasserhaltung erheblich verbessert, wenn nicht überhaupt erst eingerichtet. Und dann verschwand ja die Gemeinschaft nicht restlos, es blieb immerhin das "gemeine Wasserheben" und seine Ordnung und Finanzierung. Ihre technische und organisatorische Aufgabe hat die Gemeinschaft gelöst. Weiter ist festzuhalten, daß über die Gemeinschaft die Stadt als Teilnehmerin in den Bergbau einzog. In fünf Teilbergwerken ist sie mit je 133 Gulden vertreten, in einem mit 435. Der Anteil der Stadt am Bergbau beläuft sich damit immerhin auf ein Neuntel des Bergvermögens. Hier findet sich der erste Ansatz für die spätere Entwicklung zum städtischen Bergbau. Und schließlich wird die Gemeinschaft dann im 16. Jahrhundert zum Vorbild für die Ordnung des Bergbaus.

Das Rechnungswesen der Gemeinschaft erlaubt einen gewissen Einblick in die wirtschaftliche und soziale Struktur des Bergbaus zu Amberg. Die von den Gemeinern 1455 eingebrachten Sachwerte wurden auf 8930 Gulden geschätzt. Diese Sachwerte umfaßten die Gruben und Fänge und ihre Einrichtungen und die noch nicht verkauften Erze. Die übernommenen Erzvorräte dürften von geringer Menge gewesen sein, weil ja vor der Errichtung der Gemeinschaft der Bergbau einige Zeit still lag. Man kann daher den Wert der gesamten Bergbauanlagen auf dem Erzberg in Amberg für die Mitte des 15. Jahrhunderts mit etwa 8000 Gulden annehmen. Dieses Vermögen (nun einschließlich der Erzvorräte) war unter den Bergbau treibenden Bürgern folgendermaßen verteilt: 13 Bürger hatten ein Bergvermögen von 400 - 500 Gulden (Durchschnitt 483), 4 von 300 - 400 (308), 2 von 200 - 300 (200), 4 von 100 - 200 (138) und 9 von 1 - 100 (52). Die 17 Bürger der beiden oberen Vermögensklassen kann man als "Leitgewerken" ansprechen, weil sie sich intensiv mit dem Bergbau beschäftigt haben werden. Die 13 Bürger der beiden unteren Vermögensklassen brachten entweder nur Fänge in die Gemeinschaft ein oder frühere Einlagen bei größeren Gewerken. Zwischen 1455 und 1465 beteiligten sich an der Gemeinschaft

rund 75 Amberger Bürger¹. Damit dürfte die Mehrzahl derjenigen Bürger, die nicht Handwerker waren (Tagelöhner, Dienstboten, die auch das Bürgerrecht haben konnten, können hier außer Betracht bleiben), ihre Bergbaurechte in der Gemeinschaft genutzt haben. Die Handwerker hatten grundsätzlich auch das Bergbaurecht, und es findet sich auch ein Handwerker (Konrad Badel, Bäcker) unter den Gemeinern. Doch hatten die Handwerker im Gegensatz zu den anderen Bürgern einen Vollberuf, der sie an der Ausübung dieses Rechtes hinderte, indem er Vermögen band und die volle Arbeitskraft erforderte.

Bergbau der Bürger (1465 - 1515)

Für den bürgerlichen Bergbau wurde 1465, wie bereits erwähnt, eine neue Bergordnung² erlassen. In ihr ist verfügt, daß weiterhin gilt, was "die alt Bergordnung enthält und in dem langen alten schwarzen Buch geschrieben steht" (heute im Stadtarchiv Amberg, geführt unter Bestand Bände 240). Die Teilung der Gemeinschaft und die Ausarbeitung der neuen Bergordnung führte ein Neuner-Ausschuß durch, der sich zusammensetzte aus den Bürgern (in Klammern ihre Anteile an der Gemeinschaft 1465 in Gulden): Engelhard Altmeister (356), Felix Frayslich (636), Konrad Haiden (23), Hans Hübner (400), Hans Kastner (Leonhard 54), Lorenz Modler (400), Hans Pecherer (50), Otto Püchler (208) und Leonhard Rürer (400). Es waren also Klein-, Mittel- und Großgewerken im Ausschuß vertreten. Der Teilung der Gemeinschaft und der neuen Bergordnung gaben ihre Zustimmung: der Viztum, der Landrichter, der Landschreiber, der Rat der Stadt und alle Gewerken. Im folgenden wird das neue Recht der Bergordnung in seinen Grundzügen dargestellt. (1) Gewerken, die unterhalb 35 Klafter Erz würken, sind verpflichtet, sich an den Kosten des gemeinen Wasserhebens zu beteiligen. Die Beiträge bemessen sich nach dem Umfang

- 1) Der Bestand an Gemeinern belief sich auf etwa 50, 25 kommen durch An- oder Verkauf von Anteilen hinzu (Stadtarch. Abg., Bände 323).
- 2) Stadtarch. Abg., Bände 405.

des Wirkens.

(2) Gewerken, denen das gemeine Wasserheben nicht hilft, so daß sie stets und täglich ihr Wasser selbst heben müssen, geben nur die halben Beiträge.

(3) Gewerken, denen der halbe Beitrag zu schwer ist, können sich an den Ausrichter der Wasserschächte wenden und einen Wasserschacht beantragen. Wird vereinbart, daß die Kosten dieses Schachtes je zur Hälfte zu Lasten des gemeinen Wasserhebens und des Gewerken gehen, dann hat der Gewerke auch nur die halben laufenden Beiträge zu zahlen. Gehen die Kosten aber ganz zu Lasten des gemeinen Wasserhebens, dann hat der Gewerke auch die vollen Beiträge zu zahlen. Wird bei der Anlage des Wasserschachtes Erz gefunden, so gehört es je zur Hälfte dem gemeinen Wasserheben und dem Gewerken. (Es folgen noch einige Sonderregelungen für einzelne Schächte.)

(4) Wird der Bau eines Wasserschachtes vom gemeinen Wasserheben abgelehnt, dann braucht der Gewerke keine Beiträge mehr zu leisten.

(5) Vom Rat wird ein Pfleger des gemeinen Wasserhebens bestellt, dem auch das Rechnungswesen obliegt. (Im weiteren einige Strafen für Verstöße gegen die Vorschriften über das gemeine Wasserheben.)

(6) Die vom Rat bestimmten Löhne für die Arbeitnehmer im Bergbau dürfen von den Gewerken nicht überschritten werden.

(7) Die Bergmeister sollen die Knechte für das ganze Wirken dängen. Während des Wirkens dürfen die Knechte nur mit Zustimmung der Bergmeister das Arbeitsverhältnis lösen. Knechte, die gegen die Vorschrift verstoßen, werden vom Bergzöllner bestraft und dürfen nicht mehr in Amberg beschäftigt werden.

(8) Erz darf nur direkt an Hammermeister oder an Bürger von Amberg (ausgenommen Schiffleute) verkauft werden. Die kleinste Verkaufsmenge beträgt 15 Fuder. Alle Erzverkäufe müssen auf dem Erzberg stattfinden. Gewerken, die selbst Hämmer besitzen, müssen den Eigenverbrauch an Erzen beschwören.

(9) Wird ein Gewerke von einem Kollegen gebeten, einen bei letzterem verschuldeten Hammer nicht zu beliefern, so muß er dieser Bitte entsprechen. Steht ein Hammermeister bei mehreren Gewerken in Schuld, so erhält die erste Zahlung der Gewerke mit der ältesten Forderung.

(10) Sobald ein Gewerke einem Hammermeister oder Bürger von Amberg Erz verkauft hat, "ist es von Stund an dem Käufer, und ein jeder, dem der Hammermeister um Erz schuldig ist, der mag alsdann mit Recht darauf klagen, es sei das Erz vermessen oder nicht".

Das neue Bergrecht ordnet also hauptsächlich drei Gebiete: das gemeine Wasserheben, die Löhne und das Arbeitsrecht, den Verkauf von Erzen und das Eintreiben der daraus entstehenden Forderungen. Von den Beiträgen zum gemeinen Wasserheben sind nur diejenigen Gewerken befreit, die Erz in einer geringeren Tiefe als 35 Klafter würken, die also nur sogenanntes Obererz fördern (1). Gewerken, die das im allgemeinen bessere Untererz abbauen, müssen volle Beiträge bezahlen, wenn ihnen das gemeine Wasserheben förderlich ist (1); wenn es ihnen nichts nützt, dann haben sie halbe Beiträge zu leisten (2). Diese halben Beiträge ohne Gegenleistung sind als Zwangsmittel zu begreifen: Alle Gewerken sollen damit veranlaßt werden, ihre Gruben an das gemeine Wasserheben anzuschließen. Die zweite Vorschrift soll also die dritte Bestimmung realisieren, und nur wenn die vierte Regel zum Zuge kommt (Ablehnung des Baues eines Wasserschachtes), ist Beitragsbefreiung gegeben. Die Bestimmungen über das gemeine Wasserheben zielen also darauf ab, daß sich alle Untererz wirkenden Gewerken, bei deren Gruben es technisch möglich und wirtschaftlich tragbar ist, am gemeinen Wasserheben beteiligen. Bei den Vorschriften über die Löhne und das Arbeitsrecht (6, 7) kommt die Knappheit der Arbeitskräfte zum Ausdruck. Die Bestimmungen über den Erzverkauf (8) wenden sich gegen den Erzverlag, der nur den Bürgern Ambergs gestattet wird. Die Regelungen, die das Eintreiben der Schulden der Hammermeister fördern sollen (9, 10), weisen auf deren schlechte Zahlungsmoral hin, die auch sonst in den Quellen häufig zum

Ausdruck kommt. Über das Bergrecht im engeren Sinne sagen die neuen Bestimmungen der Bergordnung von 1465 nichts, weil hier die alte Bergordnung maßgeblich bleibt, die ja Bestandteil der neuen ist.

In dieser Periode treiben also nur Bürger, meist mittels kleinerer Gewerkschaften, den Bergbau. In den ältesten Stadtkammerrechnungen¹ sind folgende Gesellschaften angeführt: des Päuml Gesellschaft (1469, 1471, 1474), des Rurer und des Plech Gesellschaft (1471), des Praitenloer Gesellschaft (1471, 1474), des Hübners Gesellschaft (1472), des Plech Gesellschaft (1474) und des Augustin Schwaiger Gesellschaft (1478). Die Gesellschaften leisten an die Stadt Zahlungen, die "Gewinnung" oder "der Stadt Teil" genannt werden. Die Stadt erhielt also ihren Gewinnanteil aufgrund ihrer Einlagen in den Gesellschaften. 1469/79 wurden im Jahresdurchschnitt 38,5 Pfund Fuder (9240 Fuder²) Erz vom Amberger Erzberg verkauft. Dieses Ergebnis wurde als nicht befriedigend angesehen. 1478 wurde vom Viztum, Landrichter und Land-schreiber an den Rat gebracht: man sei im Bergwerk widerwärtig und streitig, "ein jeder suche seinen eigenen Nutzen und nicht einen gemeinen Nutzen" zum Schaden von Maut- und Heiligenerz³. Im gleichen Jahre läßt der Rat die Bergwürken, Meister und Ankrümer, und die sonst im Bergwerk von Hand arbeiten, schwören bei Gott und den Heiligen, daß sie außerhalb des Pfalzgrafen Landen keinerlei Eisenerz noch Eisenbergwerk aufbringen noch erheben mit Rat, Hilfe, Förderung, auch nicht mit Lehre anderer⁴. Mangelhafte Zusammenarbeit der Berggewerken und auswärtige Konkurrenz sind demnach die Ursachen des unbefriedigenden Bergbaus in dieser Periode. Im letzten Jahrzehnt des 15. Jahrhunderts verläuft die Entwicklung positiv: durchschnittlicher Erzabsatz im Jahr 70,2 Pfund Fuder (16848 Fuder). Doch in den ersten Jahrzehnten des 16. Jahrhunderts kommt es wieder zu einer starken Schrumpfung: Erzabsatz 1505/15 im Jahresdurchschnitt

1) Stadtarch. Abg., Rechnungen I, 1.

2) 1 Pfund Fuder = 240 Fuder = 134,4 Tonnen (Reß, Oberpfälzische Eisenindustrie 39).

3) Stadtarch. Abg., Bände 3.

4) Stadtarch. Abg., Bände 241.

Der Erzabsatz in Amberg 1469/1515

Zeitraum	Belegte Jahre	Durchschnittlicher Jahresabsatz in		
		Pfund Fuder	Fuder	Tonnen
1469/1479	10	38,5	9240	5174,4
1490/1500	9,5	70,2	16848	9434,9
1505/1515	10	32,1	7704	4314,2

32,1 Pfund Fuder (7704 Fuder). Die Erzproduktion des beginnenden 16. Jahrhunderts liegt also unter der Erzproduktion um 1470.

F. M. Reß gibt als Ursache für diesen Verfall den Landshuter Erbfolgekrieg an¹. In den Quellen aber wird dieser Vorgang, der noch bis 1524 anhält, anders begründet. Im Jahre 1513 befahl der Viztum, Landgraf Johann von Leuchtenberg, dem Rat der Stadt, Vorschläge zu unterbreiten, wie man dem Bergbau wieder aufhelfen könne. Der Rat äußerte sich bei dieser Gelegenheit auch über die Ursachen des Niedergangs: Es wird jetzt "allein ob dem Wasser gebaut", dabei ergebe sich kein gutes Erz, so daß die Hammermeister in Sulzbach einkaufen. Die Ordnung über das Wasserheben wird nicht mehr gehalten. Der Rat schlägt die Gründung einer Gemeinschaft oder Gesellschaft vor². Daß die Argumente der Stadt den Kern der Sache trafen, bestätigt die Stellungnahme ihrer Gegenspieler, der "Plech und ihrer Mitverwandten" (später: Kastner und Plech): Sie erklären sich bereit, den Wasserschacht mit einer eventuellen Gemeinschaft nach der Bergordnung zu betreiben, damit die Klage der Hammermeister wegen des schlechten Erzes abgetan wird³.

Die positive Entwicklung im 15. Jahrhundert läßt vermuten, daß zunächst die neue Bergordnung mit ihren Vorschriften über das gemeine Wasserheben durchgesetzt werden konnte. Im 16. Jahrhundert verliert sie ihre Wirkungskraft; vielleicht weil erhebliche Investitionen für die Wasserhaltung notwendig gewesen wären, oder weil die Plechse

1) Reß, Oberpfälzische Eisenindustrie 60.

2) Stadtarch. Abg., Bände 406.

3) Stadtarch. Abg., Bände 406.

Gesellschaft Übergewicht erhielt und dadurch gemeinsames Handeln störte. Es liegt aber auch im Bereich der Möglichkeit, daß in Sulzbach die Wasserhaltung weniger Schwierigkeiten bereitete, was einen Wettbewerbsvorteil gegenüber Amberg bedeutet hätte.

Gemeine Gesellschaft des Bergbaus (1515-1560/70)

Die Erzproduktion, wegen Vernachlässigung der Wasserhaltung auf die Förderung des geringeren Obererzes beschränkt, war auf 45 % des Standes zur Jahrhundertwende gesunken. Den Hauptanteil am Bergbau hatte die Plechsche Gesellschaft (Gesellschafter 1515: Erhard, Hans und Jörg Plech, Endres Kastner, Jörg Silber). Der Viztum, an der Einnahme aus dem Mauterz interessiert, forderte 1513, wie oben schon mitgeteilt, Vorschläge des Rates an, wie dem Bergbau wieder aufzuhelfen sei. Der Rat schlug die Gründung einer Gemeinschaft oder Gesellschaft vor und meinte, man könne dann die Erzproduktion wieder auf 60 - 70 Pfund Fuder steigern, allerdings unter der Voraussetzung, daß die Plechsche Gesellschaft in die gemeine Gesellschaft eintrete. Der Gründung der gemeinen Gesellschaft mußte daher eine Auseinandersetzung mit der Plechschen Gesellschaft vorausgehen. Die Streitschriften (1513 - 1515) sind noch erhalten¹. Die Plechsche Gesellschaft konnte nicht zum Eintritt in die gemeine Gesellschaft bewegt werden. Im Jahre 1515 akzeptierten schließlich beide Parteien einen Vorschlag des Pfalzgrafen Ludwig, der in der Einleitung seine Einschaltung motivierte: "und wir dann den gemeinen Nutz aus fürstlicher Tugend zu fördern sonderlich begierig". Der "gemeine Nutz", den die Gesellschaft bringe, und im Gegensatz dazu der "eigene Nutz", von dem die Plechsche Gesellschaft erfüllt sei, war das Hauptargument des Rates im Streit um den gesellschaftlichen Bergbau. Der Vergleich von 1515 teilte die Gruben auf dem Erzberg zwischen der Plechschen und der gemeinen Gesellschaft auf und untersagte der Plechschen Gesellschaft für die Zeit des Bestehens der gemeinen Gesellschaft die Anlage neuer

1) Stadtarch. Abg., Bände 406.

Fänge und Gruben auf dem Erzberg. Im selben Jahr wurde die Gründung der gemeinen Gesellschaft vollzogen. Der Gesellschaft sollte auch ein Eisenhandel angegliedert werden; man plante, das Erz nur gegen Eisen zu liefern. Die Ordnung der Gesellschaft, wahrscheinlich vom Rat erlassen, ist überkommen¹.

(1) Der Erzberg zu Amberg, in der Stadt Portung gelegen, wird von einer "gemeinen Gesellschaft" der Bürger und Bürgerinnen Ambergs ("niemand ausgeschlossen") betrieben.

(2) Die Mitgliedschaft wird erworben durch ein Einleggeld in Höhe von 10 Gulden, das innerhalb von 14 Tagen nach dem Gründungstag zu entrichten ist.

(3) Rat und Gesellschaft bestellen Ausrichter, Rechner und Beschreiber, die dem Bergbau und dem Eisenhandel vorstehen.

(4) Nach Verbrauch der ersten Einlegelder beschließt die Gesellschaft die weiteren Einlagen, die von allen Gesellschaftern aufzubringen sind. Wer jedoch mangels Vermögen nicht zu leisten vermag, dem soll seine bisherige Einlage erhalten bleiben.

(5) Bei der Anlage neuer Gruben und Wasserschächte werden neue Mitglieder aufgenommen und können Einlagen nachgeholt werden. Ansonsten bedürfen Personen, die nicht zu den Gründungsmitgliedern zählen, für den Eintritt und Gesellschafter für das Nachholen von Einlagen der Zustimmung der Gesellschaft.

(6) Die Beteiligung mehrerer Personen an einer Einlage ist gestattet.

(7) Die Einlage darf den beschlossenen Betrag nicht überschreiten.

(8) Der Verkauf von Einlagen ("Teil Gelds und Gerechtigkeit") an Amberger Bürger ist erlaubt. Im Todesfall geht die Einlage an die Erben, wenn diese Amberger Bürger sind. Erben, die keine Amberger Bürger sind, müssen innerhalb Jahresfrist entweder das Amberger Bürgerrecht erwerben oder die Einlagen an Amberger Bürger verkaufen. Wird diese Vorschrift nicht befolgt, dann stellt die Gesellschaft die

1) Stadtarch. Abg., Bände 406.

Auszahlung des Gewinnes an die Erben ein.

(9) Der Gewinn der Gesellschaft wird nach Proportion der Einlagen verteilt.

(10) Das Recht auf Änderung dieser Ordnung ("Mehrung, Minderung") liegt bei der gemeinen Gesellschaft.

Ebenso wie bei der früheren Gemeinschaft tritt auch bei der Gesellschaft an die Stelle des Rechts auf eigenen Bergbaubetrieb (das nur die Plechsche Gesellschaft als Außenseiter behält) das Recht auf Mitgliedschaft in der Gesellschaft, das für alle Bürger und Bürgerinnen Ambergs "niemand ausgenommen" gilt (Punkt 1 der Gesellschaftsordnung). Da die eintretenden Bürger im wesentlichen ohne Bergwerksbesitz waren, konnten sie im Gegensatz zur Gemeinschaft keine Sachwerte einbringen; sie machten daher Einlagen in Geld (2). Die Gründungseinlage ist mit 10 Gulden erstaunlich niedrig. Die geringe Höhe hat wohl folgende Gründe: Der Rat wollte offenbar erreichen, daß möglichst viele Bürger in die Gesellschaft eintraten, daß also tatsächlich eine "gemeine" Gesellschaft entstand. Weiter muß man den Verwendungszweck der Einlagen in Betracht ziehen. Man wollte mit dem eingelegten Geld hauptsächlich ein Wörken finanzieren und nur beschränkt investieren (Wasserschacht); die Gruben übernahm man ja von den Plech. Der dritte Grund für die niedrigen Einlagen wird in der Absicht zu sehen sein, das Vertrauen der Bürger nicht zu überfordern, um den Start der Gesellschaft nicht zu gefährden. Die weiteren Einlagen sollen möglichst von allen Gesellschaftern geleistet werden (4). Diese Vorschrift, zusammen mit der Bestimmung, daß keine überhöhten Einlagen entgegen genommen werden (7), zielt auf die Gleichstellung aller Gesellschafter ab, die nach oben zu ausnahmslos gilt (7), und von der nach unten zu für ärmere Bürger Ausnahmen gemacht werden können (4). Auch die Erlaubnis, daß mehrere Bürger sich an einer Einlage beteiligen können (6), erleichterte weniger bemittelten Bürgern den Eintritt. Die Bestimmungen der Gesellschaft über die Einlagenhöhe finden sich, wenn auch in anderen Relationen, bereits für die Gemeinschaft, die eine obere Anteilsgrenze kannte, jedoch keine untere.

Bereits bei der Gemeinschaft wurde darauf hingewiesen, daß der Ursprung dieser Bestimmungen im Bergrecht liegt, das den Umfang des Bergbaus begrenzte. Die Gesellschaft geht aber mit ihrem Grundsatz der Gleichstellung der Gesellschafter einen Schritt weiter als Bergrecht und Gemeinschaft. Die Erfordernis der Zustimmung der Gesellschafter für nachträglichen Eintritt und Nachholen von Einlagen (5) schützt die Erst- und Regeleinleger, belohnt also die Risikofreude. Bürgern, die erst eintreten oder eine Einlage nachholen wollen, wenn der Erfolg eines Würfens bereits abzusehen ist, kann die Zustimmung verweigert werden. Diese Bestimmungen verstoßen nicht gegen das Recht auf Mitgliedschaft in der Gesellschaft, da sie sich nur auf ein Würfen beziehen; denn für jedes Würfen wurde neu eingelegt, wie sich noch zeigen wird. Die Regelungen über den Verkauf der Einlagen und die Behandlung der Einlagen im Erbfalle (8) sind dem Recht der Gemeinschaft entnommen. Sie finden ihre Entsprechung im Bergrecht, das die Bergbauberechtigung auf Amberger Bürger beschränkt (daher Verkauf von Einlagen nur an Amberger Bürger und Verkaufsaufgabe für auswärtige Erben) bei Freiwilligkeit seiner Nutzung (daher das Recht, Einlagen zu verkaufen). Der Gewinn wird nach den Einlagenhöhen verteilt (9). Da das Recht auf Änderung der Gesellschaftsordnung bei der Gesellschaft liegt (10), scheint sie autonom zu sein. Dem widerspricht aber das Mitspracherecht des Rates bei der Bestellung der Ausrichter usw. (3). Man wird annehmen können, daß sich der Rat auch bei Änderung der Gesellschaftsordnung einschaltete, so wie er das auch in anderen Wirtschaftsbereichen tat. Die Gesellschaftsordnung berücksichtigte also die wesentlichen Teile der Wirtschaftsverfassung des Bergbaus. Der Bezug zum Bergrecht kommt auch in der Gesellschaftsordnung direkt zum Ausdruck durch die Bezeichnung der Einlage als "Teil Gelds und Gerechtigkeit", was besagt, daß der Bürger mit der Einlage (Teil Gelds) sein Bergbaurecht (Gerechtigkeit) wahrnimmt.

Die Organe der Gesellschaft sind "die gemeine Gesell-

schaft" als Hauptversammlung und die "Ausrichter" als Vorstand. Die Hauptversammlung ist an der Wahl des Vorstandes und an den Änderungen der Gesellschaftsordnung beteiligt, sie beschließt über die Höhe der Einlagen, Aufnahme von Spätmitgliedern und Nachholung von Einlagen. Die Ausrichter leiten den kaufmännischen Betrieb. Auch die gemeine Gesellschaft war eine Berggewerkschaft (Idealanteile, Beteiligung an den Kosten und am Ertrag, kein festes Kapital).

Der Grundsatz der Gleichstellung der Gesellschafter bei niedrigen Einlagen und die Förderung des Eintritts minderbemittelter Bürger zeigen die Absicht, eine echte "gemeine" Gesellschaft zu bilden.

Die Gesellschaft entwickelte sich zunächst nur zögernd. Im Jahrzehnt 1515/25 erreichte man zusammen mit der Plechschschen Gesellschaft mit einer Erzförderung von 38,4 Pfund Fuder (9216 Fuder) im Jahresdurchschnitt wieder knapp die Produktion von 1469/79 (38,5 Pfund Fuder). Wenn man unterstellt, daß die Plechschsche Gesellschaft annähernd im alten Umfang weiter produzierte (was der spätere Umfang der Plechschschen Erzförderung wahrscheinlich macht), dann kann man die Lage der Gesellschaft in ihrem ersten Dezennium nur als kläglich bezeichnen. Das gleiche wird für ihren Eisenhandel gelten, wenn er überhaupt schon aufgenommen worden war. Im Jahrzehnt 1525/35 verbesserte sich die Lage ganz beträchtlich. Die gesamte Jahresförderung stellte sich nun auf 66,6 Pfund Fuder (15984 Fuder) im Durchschnitt.

Aus dieser Zeit sind Rechnungen des gesellschaftlichen Eisenhandels überkommen (für die Geschäftsjahre 1526/27 und 1527/28). Aus ihnen ergibt sich, daß eine selbständige Gesellschaft des Eisenhandels geführt, der Eisenhandel also nicht, wie ursprünglich geplant, von der Gesellschaft des Bergbaus betrieben wurde. Dies schließt aber nicht aus, daß in den Vorjahren von der Bergbaugesellschaft vereinzelt Eisengeschäfte durchgeführt wurden. Jedoch ab 1526/27 war der Eisenhandel selbständig; die Gesellschaft des Eisenhandels wird daher im Abschnitt über den Handel besprochen.

Im Jahrzehnt 1535/45 verlief die Entwicklung des Amberger

Der Erzabsatz in Amberg 1505/1555

Zeitraum	Belegte Jahre	Durchschnittlicher Jahresabsatz in		
		Pfund Fuder	Fuder	Tonnen
1505/1515	10	32,1	7704	4314,2
1515/1525	10	38,4	9216	5061,0
1525/1535	10	66,6	15984	8951,0
1535/1545	10	73,2	17568	9838,1
1545/1555	7	79,0	18960	10617,6

Bergbaus weiter positiv. Die gesamte Erzförderung stellte sich nunmehr auf 73,2 Pfund Fuder (17568 Fuder) im Jahresdurchschnitt. Für diese Zeit läßt sich der Anteil der Flechschen Gesellschaft an der Gesamtproduktion mit einiger Sicherheit bestimmen. Er wird sich für den Zeitraum 1536/46 im Jahresdurchschnitt auf etwa 38,7 Pfund Fuder belaufen haben, so daß für die gemeine Gesellschaft 34,5 Pfund Fuder verbleiben würden (s. Erläuterungen 5). Vom Jahre 1537/38 ist eine Rechnung der gemeinen Gesellschaft erhalten¹. 60 Bürger brachten in 4 Einlagen zu je 2 Gulden 461 Gulden Betriebskapital auf; dazu kamen noch Einnahmen aus dem Verkauf alten Erzes von 317 Gulden, so daß für das Würken 778 Gulden bereit standen. Die Kosten des Würfens beliefen sich auf 750 Gulden. Damit konnten bei einem Verkaufspreis von 100 Gulden je Pfund Fuder² vielleicht 10 Pfund Fuder gefördert werden. Bei diesem kleinen Würfken wurde Obererz abgebaut. Die Ausrichter waren Jakob Müntzer und Michael Schwaiger. Der geringe Umfang des Würfens scheint im Widerspruch zu den vorher angegebenen Produktionszahlen zu stehen. Doch ist dabei zu beachten, daß die Flechsche Gesellschaft ein Jahr vorher ein großes Würken hielt³, so daß der Markt gesättigt war. Die Flechsche Gesellschaft und die gemeine Gesellschaft dürften ihre großen Würken, bei denen dann wohl auch Untererz gefördert

- 1) Die Rechnung befindet sich im Stadtarchiv Amberg im Bestand Rechnungen des Eisenhandels.
- 2) Reß, Oberpfälzische Eisenindustrie 181.
- 3) Stadtarch. Abg., Bände 406.

wurde, zeitlich abgestimmt haben.

Die Aufwärtsentwicklung des Bergbaus hielt auch 1545/55 an. Die gesamte Erzförderung belief sich im Jahresdurchschnitt auf 79 Pfund Fuder (1896o Fuder).

Im Jahre 1541 wurde der Gesellschaft Kastner und Plech, vormals Plechsche Gesellschaft, folgender Ratsbeschluß mitgeteilt: Früher habe ihnen ein Rat versehentlich, nämlich gegen der gemeinen Stadt Freiheiten, ein Bergwerk genehmigt. Man wolle das büßen und das Bergwerk abkaufen. Erfolge über den Preis keine Einigung, soll der Schiedsspruch der Herrschaft gelten¹. Dieser Wandel vom Versuch der Ausschaltung auf dem Rechtswege zum Kaufangebot scheint, wenn auch durchaus nicht sofort, zum Ziel geführt zu haben. Um 1560/70 löste sich die Gesellschaft Kastner und Plech² wahrscheinlich also durch Kauf der Stadt auf. Zur gleichen Zeit wurde aus dem gemeinen gesellschaftlichen Bergbau der städtische Bergbau Amberg's.

Auch in dieser Periode war stets der Rat die unmittelbare Obrigkeit für den Bergbau; zur Bildung einer besonderen Gewerkenvereinigung kam es nicht.

Städtischer Bergbau (1560/70-1621)

Wie es praktisch zum städtischen Bergbau kam, kann man sich unschwer vorstellen. Die Einlagen der Bürger in die Gesellschaft werden wohl kaum je zur Finanzierung eines großen Wirkens ausgereicht haben, wenngleich sich bis zu 100 Bürger³ an der Gesellschaft beteiligten; die Einlagensätze waren zu niedrig. So mußte wohl schon bei der Gesellschaft sich die Stadt beteiligen, wie dies auch bei der Gemeinschaft geschehen war. Falls der vermutete Kauf der Gesellschaft Kastner und Plech durch die Stadt zutrifft, dann stellte er das endgültige Übergewicht der Stadt her, das aber auch durch die starke Ausweitung des Bergbaus in der Folgezeit allein eingetreten wäre. Es ist aber nicht auszuschließen, daß

1) Stadtarch. Abg., Bände 406.

2) Entstehung der Gesellschaft: 1471 des Rures und des Plech Gesellschaft, 1474 des Plech Gesellschaft (Stadtarch. Abg., Rechnungen I,1); 1513 sagt ein Plech: "Unser Vater und wir haben das Bergwerk 30 Jahre" (Stadtarch. Abg., Bände 406).

3) Stadtarch. Abg., Bände 406.

auch der städtische Bergbau Einlagen der Bürger entgegennahm, doch die Bürger waren dann eigentlich nicht mehr Gesellschafter, sondern Darlehensgeber, wobei Übergänge denkbar sind.

Der Bergbau als bürgerlicher Einzelbetrieb und bürgerliche Gewerkschaft, als gemeinschaftlicher Betrieb und als gesellschaftlicher Betrieb entsprach dem Amberger Bergrecht, das in den Rechten der Gemeinschaft und der Gesellschaft nach neuen technischen und organisatorischen Erfordernissen fortgebildet wurde. Der Bürger tauschte sein Recht auf Bergbau gegen das Recht auf Mitgliedschaft bei der Gemeinschaft und der Gesellschaft. Mit der Wirtschaftsverfassung des Bergbaus wurde nicht gebrochen, sie wurde nur ausgebaut. Der Übergang zum städtischen Bergbau beseitigte das Recht der Bürger auf Bergbau und bot dafür keinen direkten Ersatz. Der Bergbau im städtischen Betrieb bricht daher mit der bisherigen Wirtschaftsverfassung. Doch dieser Bruch war nicht gewollt. Er wurde im Grunde genommen von den Bürgern durch ihre mangelhafte Beteiligung am gesellschaftlichen Bergbau selbst herbeigeführt. Dieser Bruch war schließlich der geringere von zwei möglichen Brüchen. Das alte Bergrecht war nicht mehr funktionsfähig, und es gab nur eine Alternative: privater großbetrieblicher Bergbau (wenn man so will kapitalistischer Bergbau) oder städtischer Bergbau. Der kapitalistische Bergbau bahnte sich mit nicht sehr ermutigenden Ergebnissen durch die Gesellschaft Kastner und Plech an. Er war der bisherigen Wirtschaftsverfassung des Amberger Bergbaus völlig fremd. So blieb nur der Bergbau durch die Stadt.

Der städtische Bergbau hat sich bewährt. Gegenüber dem letzten erfaßten jährlichen Erzabsatz der gemeinen Gesellschaft und der Gesellschaft Kastner und Plech von 79 Pfund Fuder stieg

Der Erzabsatz in Amberg 1545/1590

Zeitraum	Belegte Jahre	Durchschnittlicher Jahresabsatz in		
		Pfund Fuder	Fuder	Tonnen
1545/1555	7	79,0	18960	10617,6
1580/1590	7	126,0	28240	16934,4

der durchschnittliche Jahresabsatz des städtischen Bergbaus 1580/90 um 60% auf 126 Pfund Fuder. In städtischer Regie entwickelte sich der Bergbau zum Großbetrieb, von dem die Bergkammerrechnung 1591/97¹ ein eindruckvolles Bild vermittelt. Zwischen dem 23.10.1592 und dem 16.8.1595 fand ein Würfeln statt, bei dem 899 Pfund Fuder Erz (215760 Fuder, 120825 Tonnen) gefördert wurden. Der Abrechnungszeit der Bergkammer nach (1591/97) deckte dieses Würfeln aber den Erzbedarf von sieben Jahren. Der jährliche Erzabsatz belief sich also auf 128,4 Pfund Fuder (30816 Fuder, 17257 Tonnen), er lag damit nur unwesentlich über dem Erzabsatz von 1580/90. Das Würfeln stand unter der Leitung der Oberfaktoren Hiob Schwaiger und Hans Wolf, der Faktoren Jörg Ering und Dionys Schreier, des Bergkammerers Jobst Sacerianer und des Einkäufers Hans Ering. Technischer Leiter war Jörg Ering, Faktor des städtischen Eisenbergwerks seit 1576. Er erhielt 1591 vom Rat eine Verehrung von 100 Gulden für seine lange Bewährung im Bergbau und damit er auch zukünftig berate. Der Lohnsumme nach fanden für ein Jahr 700 bis 800 Bergleute und Hilfskräfte Beschäftigung auf dem Erzberg zu Amberg (s. Erläuterungen 6). Gefördert wurde in 10 Gruben, das Wasserheben geschah in 5 Wasserschächten. 172 Bergpferde wurden zum Wasserheben und Erzkarren eingesetzt, 49 erwarb man auf dem Michaelsmarkt zu Leipzig, 27 in Buttstädt und 31 in Nürnberg, die übrigen von Bauern und Fuhrleuten aus der Umgebung (s. Erläuterungen 7). Das Würfeln wurde finanziert durch eine Zuweisung des Faktors des Erzverkaufs von 38416 Gulden und durch Darlehen der Stadt über 46796 (Steueramt 35696, Salzamt 6500, Mühlamt 4600) Gulden. Die Stadt (Steueramt) mußte zur Finanzierung des Bergbaus Darlehen aufnehmen. Für 1596 sind folgende Darlehensgeber bekannt: Sigmund Gammersfelder² aus Nürnberg (7000 Gulden zu 7%), die Gräfin Ortenburg (1500 zu 5%), ihr Hofmeister (3000 zu 5%) und das Amberger Spital (2000 zu 5%)³. Im Jahre 1611 beliefen sich die Kosten eines Würfels sogar auf 154000 Gulden⁴. Eine

1) Stadtarch. Abg., Rechnungen XIV, 10 a.

2) Verstorben 1603 in Nürnberg (Kunstdenkmale-Nürnberg 316).

3) Die Quelle für diese Ausführungen ist, soweit nichts anderes angegeben, die Rechnung der Bergkammer 1591/97 (Stadtarch. Abg., Rechnungen XIV, 10 a.).

4) Reß, Oberpfälzische Eisenindustrie 106.

Zusammengefaßte Rechnung der Bergkammer 1591/97

Kostenarten/Finanzierung	Gulden	Gulden
<u>Kosten</u>		
1) Löhne und Gehälter		
Vorbau 23.10.92-26.10.94, 89 Wochen (W)	3322	
5 Wasserschächte 2.11.94-20.12.95, 60 W.	4960	
Hauptbau in 10 Gruben 1.11.94-20.12.95, unterschiedlich nach Gruben 32-59 W.	26981	
Nachbau 24.12.95-27.3.96, 14 W.	373	
Erfolgloser Erzfang	163	
Gehälter	3416	39215
2) Holz und Holzwaren		
Berghölzer, 21820 Stück	6516	
Bretter, 3303 Stück	346	
Latten	22	
Kürben, 25920 Stück	1029	
Schindl, 41218 Stück	115	
Schubkarren und Multer	155	8183
3) Bergpferde, Futter etc.		
Pferde, 172	6898	
Haber, 15762 Viertel	10161	
Heu, 427 Fuder	1765	
Stroh, 266 Schober	511	19335
4) Sonstige direkte Bergausgaben		
Unschlitt, 220 Amberger Zentner	1859	
Schweineschmalz, 199,5 Amberger Zentner	1857	
Schmer, 5,3 Amberger Zentner	46	
Erzabfuhr zum Sammelplatz	1546	5308
5) Handwerker, Handwerksmaterial u.dgl.(vgl. S. 157)		9158
6) Gemeine (sonstige) Ausgaben		3291
Gesamte Kosten		84490
<u>Finanzierung</u>		
1) Vortrag aus der alten Rechnung		1622
2) Steueramt		35696
3) Salzamt		6500
4) Mühlamt		4600
5) Vom Faktor des Erzverkaufes		38416
6) Sonstige Einnahmen		462
7) Bestandsminderungen (bei Haber u.Unschlitt)		1402
Gesamte Finanzierung		88698
Schuld bei der Stadt (Finanzierung ./ . Kosten)		4208

genaue Gewinnermittlung kann zwar nicht durchgeführt werden, aber es läßt sich zeigen, welcher Betrag verblieb a) für die Verzinsung des hohen und lange gebundenen Kapitals¹, b) für das im Bergbau ungewöhnlich hohe Risiko² und c) für einen eventuellen Gewinn.

Erzverkauf (899 Pfund Fuder zu je 132 Gulden)	118669 fl.
Pferdeverkauf (2/3 des Einkaufspreises)	4598 "
Gesamte Einnahmen	123266 fl.
Ausgaben nach der Bergkammerrechnung	84490 fl.
Mauterz (ca. 1/18)	6600 "
Heiligenerz (ca. 1/150)	800 "
Verkaufskosten (geschätzt nach Rechnungen 1581/94)	1750 "
Feststellbare Ausgaben	93640 fl.
Verbleibt für Verzinsung, Risiko und Gewinn	29626 fl.

Das statistische Material über den Absatz des Erzes, das auf dem Amberger Erzberg gefördert wurde, ist hier zusammengestellt und durch Geldwerte ergänzt. Dabei erscheinen die jährlichen Gelderlöse (zuletzt rund 17000 fl.) erstaunlich gering (Wert des Bierausstoßes zur selben Zeit rund 50000 fl.; vgl. S. 101). Doch handelt es sich hier um den Rohstoff, auf dem die außerordentliche Wirtschaftskraft der Oberpfalz beruhte, die dann wieder auf Amberg zurückwirkte (vgl. S. 164).

Aus der Amberger Statistik darf kein Schluß auf die Gesamtentwicklung in der Oberpfalz gezogen werden, denn so wie z. B. die Krise des Amberger Bergbaus 1500/25 von einem Hochstand des Sulzbacher Bergbaus begleitet war, kann es um 1600 umgekehrt gewesen sein. (Zu den Abweichungen von den Zahlen, die F. M. Reß angibt, vgl. Erläuterungen 8; dort auch die Quellen der Statistik.) Ferner sind für die Gesamtentwicklung auch die Bergreviere um Fichtelberg, Erbendorf, Parkstein usw.³ zu beachten, über deren Erzielbarkeit wenig bekannt ist. Ein Jakob Parksteiner, Kastner und Bürger zu Amberg, hat in der Unteren Pfalz vom Jahre 1468 an den

- 1) Rücklauf des Kapitals in 8 Jahren; ständige Forderungen an Hämmer etwa 15000 Gulden (Stadtarch. Abg., Rechnungen XIV).
- 2) 1616 berichtet die Stadt dem Landesherrn: Man habe mit 5000 Gulden Kosten an verschiedenen Orten eingeschlagen, "doch an Erz wenig und nirgends einen rechten Gang oder Bergwerk angetroffen", so daß insgesamt "noch in die 14383 Gulden in Mangel und Verlust stehen" (Stadtarch. Abg., Rechnungen XIV, 28).
- 3) Feßmaier, Staatsgeschichte, 1. Bd. 184 ff. und 292; Reß, Oberpfälzische Eisenindustrie 39 ff.

Erzabsatz in Amberg 1408/1600

Zeitraum	Durchschnittlicher Jahresabsatz			Preis für 1 Pfund Fuder
	Pfund Fuder	Tonnen	Gulden	
1408/1412	43,3	5819,5	1654	38
1469/1479	38,5	5174,4	1925	50
1490/1500	70,2	9434,9	4212	60
1505/1515	32,1	4314,2	2408	75
1515/1525	38,4	5061,0	3072	80
1525/1535	66,6	8951,0	5994	90
1535/1545	73,2	9831,1	7320	100
1545/1555	79,0	10617,6	7900	100
1580/1590	126,0	16934,4	16128	128
1590/1600	128,4	17257,0	16949	132

Grund für das Bergwesen gelegt und es in vielfacher Weise gefördert¹. Unter den Amberger Berggewerken findet er sich nicht; vielleicht hat er seine Kenntnisse im Parksteiner Revier gesammelt. Im Jahre 1510 ernannte Kurfürst Ludwig in Amberg den Schultheiß Gregor Hirsch aus Schneeberg in Sachsen zum Bergmeister und Leihherrn seines Fürstentums am Rhein und zu Bayern. Im selben Jahr übertrug er ihm die Verwaltung des Bergwerks zu Erbdorf, ein Jahr vorher hatte er ihn mit dem Bergwerk zu Schrießheim in der Unteren Pfalz belehnt². (Es zeigt sich also eine Verbindung zwischen dem ober- und unterpfälzischen und dem sächsischen und oberpfälzischen Bergbau.) Im Fichtelberger Gebiet führte ein Bergwerk die Bezeichnung Ering³. Vielleicht hat die Familie jenes Jörg Ering, der der technische Leiter des Bergbaus der Stadt Amberg war, dieses Bergwerk begründet. Wenn dann Jörg Ering den Bergbau auf dem Erzberg zu Amberg auf seinen höchsten vorindustriellen Stand bringen konnte, dann dürfte das Familienbergwerk kein unbedeutendes Unternehmen gewesen sein, wie dies auch für die Bergwerke in Parkstein und Erbdorf nach den dort vielleicht hervorgegangenen bzw. tätigen Bergfachleuten anzunehmen ist.

1) Silberschmidt, Pfälzisches Bergwesen 17 ff.

2) Silberschmidt, Pfälzisches Bergwesen 59 f.

3) Feßmaier, Staatsgeschichte, 1. Bd. 293.

Handel

An der Wirtschaftsverfassung des Handels änderte sich in diesem Zeitraum gegenüber dem Spätmittelalter grundsätzlich nichts. Der Handel war nach wie vor ein allgemeines und unbegrenztes Bürgerrecht (nur das Salz ausgenommen, mit dem die Stadt handelte). Dementsprechend war weiterhin der Rat seine Obrigkeit ohne Zwischenshaltung einer Kaufleuteorganisation.

Der Verfall des Bergbaus, des Leitgewerbes Ambergs und der Oberpfalz, in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts wurde soeben besprochen. Vor diesem Hintergrund sind die handelspolitischen Planspiele und Maßnahmen des Rates und des Landesherrn zu sehen, die nun behandelt werden, weil sie auch Aspekte der Wirtschaftsverfassung bieten.

Im Jahre 1513 schlug der Rat der Stadt dem Landesherrn in Zusammenhang mit dem Aufbau der gemeinen Gesellschaft des Bergbaus folgende Maßnahmen zur Förderung des Handels vor:

- a) Es soll ein gemeiner Eisenhandel aufgerichtet werden, indem den Hammermeistern auferlegt wird, alles Eisen, das sie aus Amberger Erzen gewinnen, an die Gemeinschaft zu liefern.
- b) Die Vilsschiffahrt soll eingestellt werden, damit die Hammermeister das Erz in Amberg holen müssen, was sie veranlassen wird, ihr Eisen als Gegenfracht nach Amberg zu führen.
- c) Der städtische Salzhandel soll abgeschafft werden, damit die Bürger mit Salz handeln können. - Durch diese Maßnahmen kämen Handel und Verkehr in Amberg wieder verstärkt in Gang, denn auswärtige Kaufleute würden Amberg aufsuchen, um Eisen einzukaufen, sie würden Wein und andere Waren mitbringen, dann werde also z.B. auch wieder der Weinmarkt florieren¹.

An die Verwirklichung dieser Pläne ging man nicht.

Unter Führung von Herzog Friedrich II. wurde für den Handel der Stadt Amberg ein weiterer Förderungsplan entworfen und auf mehreren Landtagen in den Jahren 1527 bis 1530 beraten. Im einzelnen sah dieses frühe merkantilistische Projekt vor: In Amberg sollten eine gemeinsame Eisenniederlage, eine Zinnblechhandelsgesellschaft mit

1) Stadtarch. Abg., Bände 406.

entsprechenden Produktionsstätten, eine Gesellschaft für den Woll- und Tuchhandel, eine allgemeine Handelsgesellschaft insbesondere für Handwerkerbedarf und ein großer Weinmarkt errichtet werden. Die Amberger Bürger sollten ihre Söhne in die Welt hinaus schicken, damit sie sich kaufmännische Kenntnisse und fremde Sprachen aneignen könnten. In den großen Handelsstätten, wie Venedig, Lissabon, Lyon, sollten die Amberger Handelsniederlassungen gründen. Den Absatz der Amberger Kaufleute wollte man auch dadurch sichern, daß sich die ganze Oberpfalz verpflichten sollte, statt bisher in Nürnberg nunmehr in Amberg ihren überörtlichen Bedarf an gewerblichen Erzeugnissen und Handelsgütern zu decken und ihre überschüssigen agrarischen Erzeugnisse nur mehr in Amberg zu verkaufen. Sobald die Verwirklichung dieses Planes um einiges fortgeschritten sei, wollte sich der Herzog um die Freiheit der Handelsstraßen für die Amberger Kaufleute in die Niederlande, nach Frankfurt, Leipzig, Österreich, Salzburg, Bayern und nach anderen fernen Orten bemühen. "Das war Herzog Friedrichs Projekt, und ein guter Teil desselben ist trotz heimisch gewordener Gleichgültigkeit der Amberger zur Ausführung gekommen."¹

Die Gesellschaft des Eisenhandels zu Amberg wurde im Jahre 1526 gegründet. Ihr Ausrichter war Georg Malers. Rund 50 Einleger² brachten 1145 Gulden auf und setzten im Geschäftsjahr 1526/27 für 1438 Gulden 44 Pfund (10560 Stück) Eisenschienen um bei einem Gewinn von 90 Gulden³. Auch die Rechnung des folgenden Geschäftsjahres ist überkommen: rund 50 Gesellschafter, Kapital 1425 Gulden, Umsatz 59 Pfund Schienen für 1890 Gulden, dazu drei Faß Rheinwein für 38 Gulden, Gewinn 60 Gulden, Dividende 5 Prozent. Interessant ist, daß man auch in die Untere Pfalz lieferte, nämlich in die Residenzorte Heidelberg und Mosbach, von woher man wohl den Wein als Rückfracht mitbrachte⁴. Weitere Rechnungen fehlen. Bei dem geringen Geschäftsumfang - die Gesellschaft

1) Rapp, Geschichtliche Mitteilungen 6.

2) Reß gibt 112 Gesellschafter an (Reß, Oberpfälzische Eisenindustrie 107). Diese Zahl trifft aber nicht zu, da die gleichen Bürger mehrmals einlegte.

3) Stadtarch. Abg., Rechnungen XIV, 84.

4) Stadtarch. Abg., Rechnungen XIV, 85.

setzte nur die Produktion eines Hammers um¹ - wird man mit der Annahme nicht fehlgehen, daß die Gesellschaft alsbald wieder aufgelöst wurde. Eine Eisenhandelsgesellschaft der "Großen", die F. M. Reß neben dieser "kleinbürgerlichen Gesellschaft" vermutete², hat es nicht gegeben.

Der Zinnblechhandelsgesellschaft war der größte und anhaltendste Erfolg beschieden. Sie bestand von 1534 bis 1631 (erfolglose Nachgründung 1631 bis 1656). Die treibende Kraft bei der Gründung der Gesellschaft war Herzog Friedrich II. Die Grundlage für das Gedeihen der Gesellschaft bestand in dem Verbot Herzog Friedrichs, Schwarzbleche aus der Oberpfalz auszuführen; alle Bleche mußten nach Amberg zum Verzinnen gegeben werden. Dadurch verloren Nürnberg und Wunsiedel, wo bisher das Blechverzinnen betrieben wurde, weitgehend die Rohstoffgrundlage. Bei der Gründung legte Herzog Friedrich 1000 Gulden ein, drei Landesbeamte beteiligten sich mit je 200 Gulden, die Bürger der Stadt Amberg zeichneten durchweg niedrigere Beträge. Nach der Zinnblechhandelsordnung von 1597 waren die Einlagen folgendermaßen begrenzt: kurfürstliche Räte 400, Kanzlei- und Ratsverwandte 300 und Bürger 200 Gulden. Im 16. Jahrhundert hatte die Gesellschaft ihre Blütezeit. Die Zinnbleche wurden von Nürnberg aus, wo die Gesellschaft einen eigenen Verkaufsfaktor hatte (der Einkaufsfaktor saß in Kemnath), im ganzen Reich und darüber hinaus bis nach England und in die Türkei gehandelt. In dieser Zeit zahlte man eine durchschnittliche Jahresdividende von 30 bis 40 Prozent. Doch auch noch zwischen 1611 und 1620, also bereits in der Zeit des Niedergangs der Gesellschaft, belief sich die durchschnittliche Jahresdividende bei einem Gesellschaftskapital von 24000 Gulden auf 18 Prozent. Das Wiedererstarren der Zinnerei in Wunsiedel, das durch den Bau eigener Blechhämmer in der Markgrafschaft ermöglicht wurde, und die Errichtung eigener Zinnpfannen in den bisherigen Importländern (z. B. Burgund und Niederlande) waren die Ursachen für den Niedergang der Amberger Zinnblechhandelsgesellschaft³.

1) Reß, Oberpfälzische Eisenindustrie 108.

2) Reß, Oberpfälzische Eisenindustrie 108.

3) Vgl. Hessel, Zinnblechhandelsgesellschaft.

Im Jahre 1531 bestellte die Regierung Michael Schwaiger¹ zum Faktor der Wollhandelsgesellschaft. Zu diesem Zeitpunkt bestand die Gesellschaft bereits, da Schwaiger einen Vorgänger namens Frösl hatte, der nunmehr zum Neben- und Mitfaktor ernannt wurde. Im Bestallungsschreiben des Michael Schwaiger wurde weiter angeordnet, daß Schwaiger für Einlagen in den Handel sorgen sollte; mehr als 6000 Gulden durfte er jedoch ohne Genehmigung der Regierung nicht aufnehmen. Beim Einkauf der Wolle sollten Faktoreien der Gesellschaft in Auerbach, Eschenbach und Kemnath helfen. Die Wolle war zuerst den Amberger Tuchmeistern anzubieten, dann im übrigen Fürstentum und schließlich im Ausland. Die Gesellschaft konnte Tuche an Zahlungs Statt entgegennehmen, die sie mit höchstem Nutzen weitervertreiben sollte. Die Wollhandelsgesellschaft konnte sich nicht durchsetzen. Ihre Probleme beschäftigten verschiedene Landtage, und im Jahre 1533 scheint man dieses Projekt bereits wieder aufgegeben zu haben².

Dieses Schicksal teilten die allgemeine Handelsgesellschaft und der Weinmarkt. Beide Vorhaben kamen in das Stadium der Verwirklichung, wie Beschwerden der aus der Oberpfalz zum Einkauf kommenden Handwerker und Weinwirte über zu hohe Preise beweisen, hatten jedoch für längere Zeit keinen Bestand³.

Der Förderungsplan Friedrich II. hatte also nur bei der Zinnblechhandelsgesellschaft Erfolg, und zwar solange landesherrliche Zwangsmaßnahmen der Gesellschaft eine dem Monopol angenäherte Stellung vermittelten. Die übrigen Unternehmungen verkümmerten nach kurzer Zeit. Der weltweite Handel der Bürger der Stadt Amberg blieb ein fürstlicher Traum.

Für die Wirtschaftsverfassung und Wirtschaftsordnung ist neben der Aktivität des Landesherrn von besonderer Bedeutung, daß die Unternehmungsform für alle geplanten und

- 1) Es handelt sich wahrscheinlich um den hier oft zitierten ersten Chronisten der Stadt Amberg. Es könnte aber auch dessen Vater gewesen sein, doch war dieser damals Stadtkämmerer.
- 2) Stadtarch. Abg., Gewerbeakten 29.
- 3) Staatsarch. Abg., Bestand Amberg-Stadt 35.

durchgeführten Handelsunternehmungen die allen Bürgern offene Gesellschaft war. Natürlich hat das zunächst einmal seinen Grund darin, daß es in Amberg keine ausreichend vermögenden Bürger für entsprechende Einzelunternehmungen gab. Aber dieses Problem hätte man auch durch gewöhnliche private Handelsgesellschaften lösen können. Die Verfassung der Zinnblechhandelsgesellschaft zeigt aber, daß alle Bürger (dazu infolge des Ausbaus der Staatsverwaltung alle landesherrlichen Beamten) das Recht auf Mitgliedschaft in der Gesellschaft hatten. Bei der Auflösung der Zinnblechhandelsgesellschaft gab es, nachdem es vorher schon zu Austritten gekommen war, noch immer 93 Einleger mit Einlagen zwischen 25 und 450 Gulden¹. Auch die Wollhandelsgesellschaft wandte sich an die gesamte Bevölkerung um Einlagen. Diese Gesellschaften sind demnach aus der Wirtschaftsverfassung der Stadt Amberg zu begreifen.

Das allgemeine und zunächst unbegrenzte Bürgerrecht auf Handel führte zwar für sich allein nicht unmittelbar zu diesen Gesellschaften, aber es förderte diese Entwicklung zusammen mit den beispielgebenden Vorgängen im Bergbau. Aus dem Streben nach gesellschaftlichen Handelsmonopolen aber folgten zwingend die allen Bürgern offenen Gesellschaften, weil die einzelnen Bürger in den Monopolbereichen keinen Handel mehr treiben konnten. Die Wirtschaftsverfassung führte zu der bekannten Erscheinung: Das Recht des Bürgers auf Handel wird abgelöst vom Recht des Bürgers auf Mitgliedschaft in der Gesellschaft.

Um die Gesellschaften tatsächlich für alle Bürger offen zu halten, mußte für die Einzeleinlagen eine Höchstgrenze festgesetzt werden, die sich bei der Zinnblechhandelsgesellschaft ja auch fand. So zeigt sich im Gesellschaftsrecht in entsprechend abgewandelter Form das in Amberg geltende Prinzip der Gewerbefreiheit: Eine frei zugängliche Gesellschaft (ein Gewerbe) bedarf der Beschränkung im Umfange des Anteils (der Ausübung), damit sich keine Großgesellschaften (Großbetriebe) entwickeln können, die die Gesellschaftsfreiheit (Gewerbefreiheit) faktisch beseitigen würden (vgl. S. 37).

Der Landesherr, der sich als früher merkantilistischer Fürst

1) Hessel, Zinnblechhandelsgesellschaft 64.

um den Handel entscheidend bemühte, indem er in seinem Herrschaftsbereich die Monopolstellung der Amberger Handelsgesellschaften durchzusetzen suchte, nahm keinen Einfluß auf das Wesen der Gesellschaften, sondern ließ es im Rahmen der Wirtschaftsverfassung der Stadt Amberg sich entwickeln.

Auch im Handel zeigt sich somit der schon im Mittelalter für die Brauwirtschaft (vgl. S. 44) und in der Neuzeit für den Bergbau (vgl. S. 81) festgestellte Grundsatz der Ordnungspolitik Ambergs: An der Struktur der Wirtschaftsverfassung ist festzuhalten, ihre Form aber ist den Erfordernissen der Entwicklung anzupassen.

Im Eisenhandel kam es ab 1569 als Parallelentwicklung zum Bergbau ebenfalls zum städtischen Betrieb. Auf der Grundlage des erfolgreichen städtischen Bergbaus konnte nun ein städtischer Eisenhandel von größerer Bedeutung aufgebaut werden. Der städtische Bergbau verkaufte an den städtischen Eisenhandel das Erz, das dieser an die Hämmer gegen Eisen lieferte; weiteres Eisen sollte zugekauft werden. Für die Zeit 1569/75 sind die Rechnungen des städtischen Eisenhandels überkommen¹, ausgenommen das Geschäftsjahr 1571/72. Faktor war Christoph Kohlen. Es ergeben sich folgende Jahresdurchschnitte: Eisenumsatz 10343, Erzumsatz 11824, Forderungen an die Hämmer 19413, Forderungen an auswärtige Eisenhändler 4483, Gewinn 384 Gulden. Das Eisen wurde in der Hauptsache nach Nürnberg, Ulm und Regensburg verkauft. Der niedrige Gewinn (3,7 Prozent des Umsatzes) schließt eine marktbeherrschende Position des Eisenhandels der Stadt Amberg aus. Der Vergleich von Eisenumsatz (10343) und Erzumsatz (11824) zeigt, daß es nicht gelang, Eisen über den Wert des Erzes hinaus aufzukaufen und weiterzuhandeln. Nach wie vor mußte daher der Eisenhandel Nürnbergs und vielleicht auch Regensburgs bedeutender gewesen sein als der Ambergs. In der ersten überkommenen Rechnung des städtischen Bergbaus von 1571 (und in allen weiteren Rechnungen) fehlen Hinweise auf eine Zusammenarbeit mit einem städtischen Eisenhandel, vielmehr ergibt sich, daß der städtische Bergbau das Erz bereits wieder selbst verkaufte. Es liegt durchaus im Bereich der Möglichkeit, daß der städtische Eisenhandel schon

1) Stadtarch. Abg., Rechnungen XIV, 85, 86, 87, 88, 90, 91.

Der städtische Eisenhandel

Zeitraum	Erz- umsatz in Gulden	Eisen- umsatz in Gulden	Gewinn in Gulden	Hammerwerke		Schulden Kunden in Gulden
				Anzahl	Schulden in Gulden	
1569/70	17500	815	0	47	10100	75
1570/71	20900	20100	1200	60	20900	9010
1572/73	9584	6700	718	59	26600	4579
1573/74	6800	5400	701 ^a	57	27800	2208
1574/75	4336	18700	703	51	11667	6545

a) Verlust.

wieder eingegangen war. Schon allein von den Standorten her war die Position Ambergs im Eisenhandel schwach. Die hauptsächlichen Fernhandelsströme des Eisens liefen nach Westen, Süden und Südwesten. Nach Westen zu lag für die Hämmer im nördlichen Teil der Oberpfalz Nürnberg, nach Süden zu für die Hämmer im südlichen Teil der Oberpfalz Regensburg günstiger, beides Fernhandelsplätze ersten Ranges, deren Bürger über das Kapital verfügten, um die übliche Vorfinanzierung der Produktion der Hämmer durchführen zu können. Für eine dauerhafte, bedeutende und lukrative Einschaltung Ambergs, von dem aus im 16. Jahrhundert kein Fernhandel mehr betrieben wurde, in den Eisenhandel nach Nürnberg und Regensburg fehlte unter solchen Umständen die ökonomische Grundlage. So blieb nur der Handel nach Südwesten bis Ulm, dessen Kaufleute dann den weiteren Vertrieb des Eisens übernahmen. Hier hatte Amberg durch die Wasserstraße Vils/Naab/Donau einen Standort- und Verkehrsvorteil, den es aber auf der Donau mit Regensburg teilen mußte. Mit diesen Ergebnissen stimmt der kurze Bericht Schwaigers über den Eisenhandel vollständig überein: "Das Eysen ... kauffen mehrentheils die von Nürnberg, Regensburg, Amberg und Sulzbach, doch darf Nyemandt auf der Vils Eysen führen lassen, er sey dann Burger zu Amberg, und auf der Donau hinauf gegen Ulm, dann die Burger zu Regensburg und Amberg ... derohalben ist vor alten Jahren die Statt Amberg zu Ulm die Eysenstatt genennet worden, dieweill vill Eysen von dannen hinauff geschickht wirdt, das wird fürder an den Bodensee und Schweizerlandt verfiehrt."¹

1) Schwaiger, Chronik 47.

Der städtische Salzhandel aber, der von den niedrigen Transportkosten auf dieser Wasserstraße (Salz als Gegenfracht von Erz und Eisen) profitierte, war ein fundiertes, wenn auch nicht sonderlich lukratives Unternehmen. Zwischen 1480 und 1513 wurde im Jahresdurchschnitt ein Gewinn von 538 Gulden erzielt, von dem an die Stadt 470 Gulden abgeführt wurden. Der Salzeinkauf stellte sich im Durchschnitt der Jahre 1500/1513 auf 11967 Scheiben (17957 Zentner), wofür 8538 Gulden erlöst wurden¹. Schwieriger ist es aus den Rechnungen vom Ende des 16. Jahrhunderts und Anfang des 17. Jahrhunderts einen Überblick zu gewinnen, weil sie nur lückenhaft überkommen sind und unterschiedliche Zeiträume erfassen². Es läßt sich aber soviel sagen, daß die realen Einkäufe zur Wende vom 15. zum 16. Jahrhundert sicher gehalten, wahrscheinlich angehoben werden konnten. Beim Gewinn ist die Geldwertminderung

Der städtische Salzhandel

Zeitraum	Rein- gewinn in Gulden	Entnahme der Stadt in Gulden	Salzeinkauf in			Einkaufs- preis für 1 Scheibe in Gulden
			Scheiben	Zentner	Gulden	
1480/1485 ^a	290	191				0,596
1485/1490 ^a	254	278				0,596
1490/1495 ^a	480	571				0,625
1495/1500 ^a	773	328				0,646
1500/1505 ^a	796	746	13628	20442	10507	0,771
1505/1510 ^a	642	491	11973	17960	8237	0,688
1510/1513 ^a	538	795	10300	15450	6870	0,667
1598 ^b	1334		13773	20660	17222	1,250
1599/1600 ^b			9918	14877	16646	1,500
1602/1603 ^c	790		8867	13301	14753	1,667
1619/1620 ^d	3697		19571	29357	39142	2,000
1621/1622 ^d	7271		7426	11139	17014	2,291

a) Jahresdurchschnitte, b) Halbjahre, c) fast ein ganzes Jahr, d) volle Jahre.

1) Stadtarch. Abg., Rechnungen I, 1.

2) Stadtarch. Abg., Rechnungen XIII, 1, 2, 3, 4, 5.

in Betracht zu ziehen, vorallem für 1621/22, den letzten Jahren vor der Münzdevaluation von 1623. M. Schwaiger, der als Absatzgebiet die "umbligente Stätt der Pfalz, Bistum Bamberg, Marggrafschaft (Bayreuth), Niernberg und anderswo"¹ angibt, steckt auch die Preispolitik des Amberger Salzamtes ab: Das Salz wird verkauft "umb einen billichen Pfenning, darumb (man es) von Regensburg, Straubing oder anderen Orthen auf der Aechs nicht bringen kann"². Die potentielle Konkurrenz mit dem "Achssalz" erklärt die relativ niedrigen Gewinne (zwischen 5 und 8 Prozent der Einkaufspreise, ausgenommen die Inflationsjahre).

Die niedrigen Gewinne der städtischen Handelsunternehmungen dürfen nicht zu der Deutung führen, es handle sich um gemeinwirtschaftlich orientierte Betriebe. Die bescheidenen Erträge haben, wie dargestellt, rein ökonomische Gründe. Die städtischen Handelsunternehmungen waren erwerbswirtschaftlich orientiert, wie dies für den Salzhandel bereits für das Mittelalter gezeigt werden konnte (vgl. S. 15). Die Konkurrenz hielt aber den Erwerb in Grenzen, denn sie erlaubte als Preis nur "einen billichen Pfenning".

1) Schwaiger, Chronik 48.

2) Schwaiger, Chronik 48.

Brauwesen

In diesem Zeitabschnitt setzte sich auch in Bayern und in der Oberpfalz das Bier als Volksgetränk endgültig durch. Aventinus läßt in seiner Chronik, die er in den ersten Jahrzehnten des 16. Jahrhunderts verfaßte, den bayerischen Bauern noch beim Weine zechen: "sitzt tag und nacht beim wein, schreit singt tanzt kart spilt"¹. Und S. Riezler meint: "Hätte Aventin nur ein Jahrzehnt später geschrieben, so hätte er den bairischen Bauern wohl nicht mehr beim Wein, sondern beim Bier sitzen lassen"². Die Ansicht Riezlers wird durch die oberpfälzische Landesordnung von 1523 bestätigt. In ihr ist in Vorschriften, die die Verabreichung von Getränken regelten, zunächst nur vom Wein die Rede, nachträglich aber wurde an den betreffenden Stellen "oder Bier" eingefügt. So hatten z. B. die reisigen Knechte Anspruch auf eine halbe Maß Wein als Schlaftrunk, einkorrigiert: oder eine Maß Bier³.

Mit dem Beginn der Neuzeit erhielt das Reinheitsgebot Geltung. Die Bierwürze des Mittelalters, die sogenannte Grut, bestand u. a. aus Ingwer, Anis, Myrte, Wachholder, Kümmele. Selbst bei Verwendung von Hopfen waren weitere Zusätze die Regel. Schon 1450 holte der Rat der Stadt Regensburg bei Doktor Hans von Bayreuth ein Gutachten ein, ob Pilsenkrautsame, Nußlaub, Buchenasche, weißes Pech, Anis, wälsch Korn, Petersilie und andere Harn treibende Wurzeln als Zutaten zum Bier der Gesundheit abträglich seien. Doktor Hans entschied: Zu einem Bier gehören nur Gerste, Hopfen und Wasser; die Fässer sind mit schwarzem Pech zu dichten⁴. Die älteste Fassung eines öffentlichen Reinheitsgebotes stammt aus dem Jahre 1487. Damals verlangte Herzog Albrecht IV. von den Münchner Brauern die eidliche Versicherung, daß sie nur Hopfen, Malz und Wasser zum Biersieden verwenden. Herzog Georg der Reiche folgte 1493 mit einem Reinheitsgebot für Niederbayern. In der

1) Aventinus, Bayerische Chronik, 2. Bd. 42.

2) Riezler, Geschichte Baierns, 6. Bd. 192.

3) Hauptstaatsarch. Mü., Opf. Lit. 86.

4) Janner, Bischöfe von Regensburg, 3. Bd. 489 f.

bayerischen Landesordnung von 1516 erhielt dann das Reinheitsgebot seine klassische Form: man nehme "zu keinem Bier mehrer Stuck, denn allein Gersten, Hopfen und Wasser"¹. In dieser Form ging es auch in die oberpfälzischen Landesordnungen ein, die ab 1521 ausgearbeitet wurden².

Im 16. Jahrhundert braute man in Amberg nahezu ausschließlich untergäriges Bier. Gegen Ende des Jahrhunderts aber kam von Böhmen her in der Oberpfalz ein neues obergäriges Bier in Gebrauch, das seiner hellern Farbe wegen Weißbier genannt wurde, dem das dunkle untergärige Braunbier gegenüber stand. Das Weißbierbrauen wurde in Amberg im Jahre 1617 von einer Gesellschaft aufgenommen.

Braunbierbrauerei

Die erste Ordnung der Braunbierbrauerei ist aus dem Jahre 1456³ überkommen; es folgen die Ordnungen des 16. Jahrhunderts von 1548⁴, 1552⁵ und 1564⁶. Für die ersten Jahrzehnte des 16. Jahrhunderts wurden die einschlägigen Ratsbeschlüsse ausgewertet⁷. Das Statut von 1593⁸ formuliert das Amberger Braurecht abschließend.

Für das Mittelalter hat sich das in Amberg geltende Braurecht als Kommunbraurecht gezeigt (vgl. S. 41 ff.). Die Ordnung von 1456 sagt dazu: "und es mag ein jeglicher, der hier wohnt, er sei Handwerksmann, Bierbrauer oder ein anderer, auf das Jahr allsoviel Bräu tun und bräuen lassen, allsoviel einer vermag". Eine Beschränkung des Braurechts bestand aber nach der gleichen Ordnung darin, daß jeder Bürger jeweils nur einen Bräu in der Herstellung ("auf ein vart" in Mühle und im Brauhaus) haben durfte und erst nach Fertigstellung desselben mit dem nächsten Bräu beginnen konnte. Dies galt auch für die Bierbrauer, unter denen man sich nicht selb-

1) Jehle, Bier in Bayern 89 f.

2) Hauptstaatsarch. Mü., Opf. Lit. 86; Opf. Landesordnung 1598, 364.

3) Stadtarch. Abg., Bände 241, 2. Teil fol. 41 f.

4) Stadtarch. Abg., Admin. Akten 602.

5) Stadtarch. Abg., Admin. Akten 910.

6) Hauptstaatsarch. München, Amberger Gerichtsurkunden 52.

7) Stadtarch. Abg., Bände 4.

8) Stadtarch. Abg., Admin. Akten 602.

ständige handwerkliche Bierbrauer vorstellen darf, denn solche gab es in Amberg nicht, sondern entweder die Eigner der Lohnbrauereien oder Bürger, die ihr Braurecht besonders intensiv wahrnahmen. Ansonsten war die Braumenge wirtschaftlich, nämlich durch die Nachfrage und die Kapazität der Lohnbrauereien begrenzt. Doch auch hier schaltete sich der Rat ein, indem er den Bierausstoß der Lohnbrauereien von Zeit zu Zeit beschränkte, sei es um ein Überangebot zu verhindern oder in schlechten Getreidejahren den Getreidemarkt zu entlasten. So war in der ersten Amberger Bräuordnung bestimmt, daß jeder Braumeister vor dem St. Martinstag wöchentlich nur drei Bräu und nachher nicht mehr Bräu, als der Rat verordnen würde, durchführen dürfe (später eingefügt: nach St. Martinstag fünf Bräu). Außerdem durfte ein Braumeister nur in einen Brauhaus tätig werden und zur gleichen Zeit nur zwei Bräu (später eingefügt: vier Bräu) in Arbeit ("in vart") haben.

Die Ratsbeschlüsse 1520/27 bringen für das Braurecht eine Neuerung, die wohl aus der gleichzeitigen Bergbaukrise zu verstehen ist (vgl. S. 72 ff.). Der Brauumfang wurde für zwei Bürgergruppen unterschiedlich festgesetzt, nämlich für Bürger ohne Handwerk und für Bürger mit Handwerk, wobei diese regelmäßig nur die Hälfte jener brauen lassen durften. Den Bürgern ohne Handwerk wurden zwischen 12 und 16 Bräu genehmigt, den Handwerkern zwischen 6 und 8. Bei dieser Regelung ging man davon aus, daß die Handwerker schon eine "Nahrung" hatten. Später ließ man diese Unterscheidung, die an sich im Widerspruch zur Wirtschaftsverfassung Ambergs stand, denn grundsätzlich hatten auch die Handwerker teil an den allgemeinen Bürgerrechten, wieder fallen.

Nach der Ordnung von 1564 konnten die Bürger und Bürgerinnen (wohl nur im Witwenstande) soviel brauen, "als sie meinen vertreiben zu können und sooft sie in der Brauzeit einkommen (in die Brauhäuser) und brauen können". Ein Bräu war zur Deckung des Eigenbedarfs bestimmt, er wurde Hausbräu genannt. Wer zwei und mehr Bräu ausführen ließ, wurde den Bierschenken zugesählt. Die Bierschenken durften das Bier in ihren Häusern ausschenken, über die Straße verkaufen und aus der Stadt ausführen. Für den Hasebräu brauchte kein

Zeiglgeld (Abgabe der Bierschenken) entrichtet zu werden.

Die Ordnung des Jahres 1593 brachte für die Braumenge folgende Kontingentierung: Jeder Bürger durfte, unabhängig davon ob er ein Haus besaß oder nicht, den Hausbräu bereiten lassen. Mehr Bier durften nur diejenigen Bürger brauen lassen, die Eigentümer eines Hauses waren, wobei sich die zusätzliche Menge aus dem Hauswert bestimmte: bei einem Hauswert bis 1000 Gulden je 200 Gulden einen Bräu, bei einem Hauswert über 1000 Gulden je 300 Gulden einen Bräu. Ein Beispiel: Hauswert 1600 Gulden; 1 Hausbräu, 5 Bräu für den Hauswert bis 1000 Gulden, 2 Bräu für den Hauswert über 1000 Gulden; insgesamt also 8 Bräu.

Die Frage des Verkaufs von Braurechten wurde im Statut von 1593 noch nicht angeschnitten. Die Überlassung von Braurechten aus einem Haus an dessen Pächter war erlaubt; Hauseigner und Pächter sollten sich über die Bedingungen vergleichen.

Die Inhaber von Brauereien durften nach der Brauordnung vom Jahre 1564 für sich selbst 8, nach der Ordnung von 1593 12 Bräu durchführen.

Die Bemessung der Braurechte nach dem Hauswert führte man zur Zeit der Begründung der Ordinaristeuer, der ersten ständigen direkten Bürgersteuer an den Landesherrn, ein. Sie löste die in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts schon nahezu regelmäßig erhobene Türkensteuer ab¹. Diese Steuern wurden nach Maßgabe des Vermögens erhoben, das weitaus überwiegend in Hausbesitz bestand. Höhe der Steuer und Umfang des Braurechts verliefen infolge der gemeinsamen Bemessungsgrundlage gleichgerichtet. Die Stufung des Braurechts nach dem Hauswert wurde als Ausgleich der neuen Steuerlast begründet (vgl. aber S.199 f.).

Die Anzahl der für einen Bürger zulässigen Bräu war nach der Ordnung von 1593 niedrig angesetzt. Ein Bürger mit einem Haus im Werte von 1000 Gulden (nur wenige Häuser werden einen höheren Wert gehabt haben) konnte 6 Bräu Bier brauen lassen. Im Jahre 1520, als die Braumenge auch begrenzt war, durfte ein Bürger ohne Handwerk 16 Bräu in Auftrag geben.

1) Brenner, Steuern 47 ff. und 64 ff.

Das Braurecht von 1593 sorgte also für eine breite Streuung der Bierbrauerei unter den Bürgern Ambergs, denen der Bergbau als unmittelbare Einkommensquelle nunmehr fehlte, da er als städtischer Betrieb geführt wurde (vgl. S. 80 ff.). Die Senkung des Umfangs des Braurechts, die auf eine Nutzung durch zahlreiche Bürger schließen läßt, denn es gibt keine Anzeichen für einen Rückgang des Brauwesens insgesamt, war also wohl von der Bergbauentwicklung her bestimmt.

Auch in dieser Zeit gab es keine Brauerzunft oder Brauergilde. Für das Brauwesen war nach wie vor der Rat die kompetente Obrigkeit, da weiterhin die gesamte Bürgerschaft das Braurecht besaß.

Im 15. Jahrhundert braute man in Amberg ein starkes Sommerbier und ein sogenanntes Gebbier¹, zu dem für einen Bräu von höchstens 36 Eimer Bier 8 Meß Malz genommen werden mußten². Nur aus "bösem" Malz durfte ein weniger starkes Bier gebraut werden. Im 16. Jahrhundert und in der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts ließen die Amberger zwei Braunbiersorten herstellen: ein (starkes) Kernbier und ein (leichtes) Nachbier. 1479 begann man in Amberg auch mit dem Brauen von Bier auf Londoner Art. Dafür wurde ein Braumeister aus Hahnbach bestellt, der sich auf das "gut lyndisch Bier, wie die zu Kempnath machen", verstand³ (s. Erläuterungen 9).

Die Braugerste erwarben die brauenden Bürger Ambergs auf dem Amberger Wochenmarkt. Der Kauf unmittelbar bei einem Bauern, der im Amberger Wochenmarktbezirk ansässig war und daher alle Erzeugnisse auf dem Amberger Wochenmarkt anbieten mußte, war bei zehn Gulden Strafe verboten. Sowohl im Gesetzbuch der Stadt Amberg aus der Mitte des 15. Jahrhunderts als auch in dem von 1554 war bestimmt, daß "Bierbaumholz" (Birnbaum- und Buchenholz) nur den Mulzern verkauft werden durfte⁴. Man bezweckte damit ein großes Angebot auf dem Wochenmarkt und bei den Mulzern und eine entsprechend günstige Preisgestaltung. Der Aufkauf der Gerste bei Bauern außerhalb

1) Gebbier = Schenkbier = Winterbier (vgl. Schmeller 866).

2) Stadtarch. Abg., Bände 241, 2. Teil fol. 41 ff.

3) Stadtarch. Abg., Bände 3.

4) Stadtarch. Abg., Bände 241, 2. Teil fol. 8; Stadtgesetzbuch 1554, § 31.

des Wochenmarktbezirks war natürlich erlaubt. Das Malzen der Gerste gab der Bürger bei einer Lohnmalzerei in Auftrag, soweit er nicht selbst im Besitze eines Malzstadels war; das Schroten des Malzes geschah in einer der stadteigenen Mühlen, das Biersieden schließlich in einer Lohnbrauerei. Im 15. und 16. Jahrhundert stand jeder Lohnbrauerei ein eigener Braumeister vor. Bereits zur Mitte des 15. Jahrhunderts sind sechs Braumeister registriert¹, die vom Rat auf ihre Pflichten vereidigt wurden.

Über den Umfang der Biererzeugung in Amberg meldet M. Schwaiger: "und machen die Bierschenken in einem Jahr ... 36000 Eimer Bier, außerhalb der Hausbiere, welche die Bürger, so nicht Bierschenken sind, selbst zu ihren Haushalten machen lassen."² 36000 Eimer sind 26900 Hektoliter. Die Angaben Schwaigers werden durch das Umgeldaufkommen bestätigt. Der Gesamtbetrag des Amberger Umgeldes für Bier, Wein und Branntwein belief sich im Rechnungsjahr 1601/2 auf 6738 Gulden³. Das Umgeld für Bier allein machte regelmäßig 90 Prozent aus, hier also 6064 Gulden. Da sich der Umgeldsatz pro Eimer Bier damals auf 12 Kreuzer belief, entsprechen 6064 Gulden Umgeld 30320 Eimer Bier. Zur Bestimmung der gesamten Biererzeugung ist noch der umgeldfreie "siebte Eimer" zuzurechnen, auf den 5053 Eimer Bier entfallen. Demnach wurden 1601/2 35-36000 Eimer Bier in Amberg gebraut. Um den gesamten Bierausstoß zu erhalten, sind noch die Hausbräu der Bürger zu erfassen. Hier ist man auf Schätzungen angewiesen, die 300 Bräu oder 5900 Hektoliter ergeben (s. Erläuterungen 10). Somit errechnet sich für die zweite Hälfte des 16. Jahrhunderts folgende jährliche Biererzeugung in Amberg: Bierschenken 26900, Hausbräu 5900, gesamter Bierausstoß 32800 Hektoliter. Bei 5000 Einwohnern stellte sich die Bierproduktion pro Kopf der Bevölkerung auf 656 Liter. Bei einem durchschnittlichen Bierpreis von 4 Pfennigen je Amberger Maß Bier in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts (Preise für Kernbier zwischen 1550 und 1600: 3 bis 6, für Nachbier 2 bis 3 Pfennige) er-

1) Stadtarch. Abg., Bände 241, 3. Teil.

2) Schweiger, Chronik 51.

3) Brenner, Steuern 119.

rechnen sich 50000 Gulden als Wert des jährlichen Bierausstoßes.

Ein erheblicher Teil des in Amberg gebrauten Bieres wurde aber nicht in der Stadt verbraucht, sondern ausgeführt. In entferntere Gegenden wurde das Amberger Bier auch per Schiff auf der Vils transportiert. Eine Ergänzung der Ordnung für die Eicher- und Schrötermeister vom Jahre 1470 besagt, daß der Lohn für die Beladung der Schiffe mit Amberger Bier auf alter Höhe bleibt, daß aber für fremdes Bier ein Aufschlag von zwei Pfennigen je Eimer gefordert werden darf¹. Im 16. Jahrhundert wurde die Ausfuhr von Bier alljährlich durch den Rat mittels Höchstquoten geregelt. Normalerweise wurde zur Ausfuhr die Hälfte oder ein Drittel der Produktion der Bierschenken freigegeben. Maßgebend für die Quotenhöhe war die Sicherstellung der Versorgung der städtischen Bevölkerung mit Bier. In schlechten Getreidejahren wurde daher die Ausfuhr stark gedrosselt oder überhaupt verboten.

Mit der Entwicklung des Bieres zum bayerischen Volksgetränk im 16. Jahrhundert entstanden allerorts, auch auf dem Lande, neue Brauhäuser. Zur Aufrechterhaltung der Arbeitsteilung von Stadt und Land begegnete man dieser Neuerung schon in den ersten oberpfälzischen Landesordnungen mit Bau- und Einrichtungsbeschränkungen von Brau- und Schankstätten auf dem Lande. So bestimmte das Landgebot vom Jahre 1534, daß die Errichtung neuer Brauhäuser und Wirtschaften auf dem Lande in Orten, "so von Alters her nicht Brauhäuser noch Etafern" gewesen waren, verboten ist. Der Betrieb von Winkeltafern auf dem Lande war gänzlich untersagt². Auf dem Landtag vom Jahre 1526 wurde als Stichjahr für das Braurecht der Landsassen das Jahr 1527 festgesetzt. Nur die zu diesem Zeitpunkt bestehenden Brauhäuser und Tafern durften von

1) Stadtarch. Abg., Bände 241, 1. Teil fol. 13 ff.

2) Hauptstaatsarch. München, Opf. Lit. 86. Der Vollständigkeit halber ist anzuführen, daß in der Oberpfalz die Kindbetherinnen auf dem Lande ein Brau- und Schankrecht über drei Eimer Bier hatten, das sie an ihre Besucher, den Eimer für einen Gulden, verkaufen durften (Opf. Landesordnung 1538, 16).

von den Landsassen weitergeführt werden. Damit gab es für die Landsassen ab 1527 diesbezüglich drei verschiedene Einstufungen: a) Landsassen ohne Brau- und Schankrecht, b) Landsassen mit Braurecht nur für den Eigenbedarf (Familie, Ehehalten), c) Landsassen mit Braurecht für den Eigenbedarf und für die Taferne ihrer Hofmark oder ihres Landsassengutes.

Die Steuerherren partizipierten in ständig größerem Umfang an der Bierbrauerei durch Umgeld und Aufschlag. Nach der Umgeldordnung von 1392¹ waren Landesherr und Stadt je zur Hälfte am Ertrag des Umgeldes beteiligt. Der Anteil der Stadt sank schließlich auf den neunten Pfennig². Die Sätze für Umgeld und Aufschlag stellten sich in Amberg je Eimer Bier: Mitte 15. Jahrhundert 1 Kreuzer (ein halber Gulden je Bräu Sommerbier), Mitte des 16. Jahrhunderts 8, vor dem 30-jährigen Krieg 12 Kreuzer. Das jährliche Amberger Biersteueraufkommen entwickelte sich entsprechend: Mitte 16. Jahrhundert 3850, vor dem Krieg 6060 Gulden.

Weißbräugesellschaft

Ende des 16. Jahrhunderts wurde das Brauen von obergärigem Weißbier nach böhmischem Vorbild in der Oberpfalz eingeführt. Das neue Weißbier unterschied sich aber nicht unerheblich von seinem mittelalterlichen Vorgänger. An die Stelle der Grut war als Bierwürze der Hopfen getreten; statt des früher vielfach verwendeten Hafers wurde jetzt nur Weizen, wie in Amberg und in weiten Teilen der Oberpfalz, oder Weizen und Gerste, wie im Bayerischen, verwendet. Von daher wird es übrigens kommen, daß die Oberpfälzer das obergärige Bier Weizenbier nennen, die Ober- und Niederbayern dagegen in Unterscheidung vom untergärigen Braunbier die Bezeichnung Weißbier gebrauchen. Das Reinheitsgebot, nach dem zur Bierbereitung nur Hopfen, Malz und Wasser verwendet werden durfte, galt auch für das neue Weizenbier.

1) Stadtarch. Abg., Bände 241, 1. Teil fol 10.

2) Feßmaier, Staatsgeschichte, 2. Bd. 234. Das Bier, das die Landsassen für ihren Eigenbedarf brauten, war ständig umgeldfrei. Bierlieferungen aus den Brauhäusern der Landsassen an ihre Hofmarkstafernen waren dagegen in vollem Umfang umgeldpflichtig, wobei den Landsassen der achte Pfennig zustand (Gartner, Landsassenfreiheit 11 und 13).

Trotzdem stieß die Wiedereinführung des Weißbierbrauens auf erheblichen Widerstand. Auf mehreren oberpfälzischen Landtagen eiferten die Vertreter der Städte und Märkte gegen das Weißbier, indem sie es als gesundheitsschädlich hinstellten¹. Der Hintergrund des Widerwillens wird aber in der Befürchtung zu suchen sein, das Weißbier könnte die Ergiebigkeit des bürgerlichen Braubierprivilegs beeinträchtigen. Erst als in den Weißbräugesellschaften eine Einrichtung gefunden war, die die Bürger auch an den Erträgen der Weißbier-erzeugung teilnehmen ließ, schwanden die Widerstände.

Im Jahre 1595 entschied die landesherrliche Regierung in Heidelberg, das Weißbierbrauen sei denjenigen Städten und Märkten in der Oberpfalz zu genehmigen, die im Besitze der Bräugerechtigkeit sind. Bereits vor der Genehmigung hatte man in Cham (1585) und Neunburg (um 1590) mit dem Weißbierbrauen begonnen. Es folgten die Städte und Märkte Bruck (1595), Rötz und Waldmünchen (1598), Nittenau (1606), Nabburg und Oberviechtach (1612) und schließlich Roding und Amberg (1617)².

Am 26. Oktober 1617 ratifizierte Kurfürst Friedrich V. die Amberger "Weiße Bier- und Bräuordnung"³. Den Amberger Bürgern und bestimmten in Amberg ansässigen kurfürstlichen Beamten wurde damit erlaubt, sich in einer Gesellschaft zusammenzuschließen, deren Aufgabe das Brauen und der Vertrieb von Weißbier war. Im einzelnen wurde in der Gesellschaftsordnung bestimmt:

- (1) Die Organe der Gesellschaft sind die Bräuverwaltung, der "Ausschuß" und die Gesellschafterversammlung ("ehrbare Gesellschaft").
- (2) Die Bräuverwaltung bilden Bräuverwalter ("Bierverwalter"), Gegenschreiber und Bräumeister.
- (3) Der Bräuverwalter wird jährlich bei der Rechnungslegung vom Rat neu bestellt oder bestätigt. Der Ausschuß und die Gesellschafterversammlung können dafür je einen Kandidaten

1) Rapp, Geschichtliche Mitteilungen 27.

2) Staatsarch. Abg., Hofkammer 2245.

3) Stadtarch. Abg., Admin. Akten 418 und 748. Die Gesellschaftsordnung ist veröffentlicht in: Löwenthal, Urkundenbuch 135 ff.

benennen, die Namen sind geheim zu halten. Doch ist der Rat an diese Vorschläge nicht gebunden. Aufgabe des Bräuverwalters ist die Führung der laufenden Geschäfte, einschließlich der Kasse und einer Buchhaltung. Der Kassenbestand der Gesellschaft darf im Herbst (Zeit des Weizen- und Hopfeneinkaufs) höchstens 1000, im Frühjahr und Sommer höchstens 500 Gulden betragen. Überschreitende Beträge sind auf dem Rathaus in einem besonderen Kasten, zu dem Bräuverwalter und Ausschuß zwei unterschiedliche Schlüssel haben, zu hinterlegen. Der Bräuverwalter wird vertreten durch ein Mitglied des Ausschusses, nicht aber durch den Gegenschreiber. Er darf kein weiteres bezahltes Amt ausüben, ausgenommen das "Aufschlagamt" (Verwaltung der Bier- und Branntweinsteuer). Er hat eine Kautions in Höhe von 1500 Gulden zu stellen.

(4) Die Hauptaufgabe des Gegenschreibers besteht in der Kontrolle der Rechnungslegung des Bräuverwalters. Zu diesem Zweck hat er eine zweite Buchhaltung zu führen (Malzrechnung, Weizen- und Holzeinkauf, gebraute und verkaufte Bier- und Branntweinemengen; es handelt sich also um eine Lagerbuchhaltung oder "Stückrechnung") und den Weizen- und Holzmessungen beizuwohnen. Ausgaben und Einnahmen von Geld ist ihm nicht gestattet, ausgenommen die Führung der Branntweinkasse.

(5) Der Braumeister wird vom Ausschuß und vom Bräuverwalter angestellt. Seine Aufgaben bestehen in der technischen Leitung des Betriebes und, zusammen mit dem Bräuverwalter, im Weizeneinkauf. Er hat eine angemessene Kautions zu stellen.

(6) Der Ausschuß setzt sich zusammen aus zwei Mitgliedern des Inneren Rates und zwei Mitgliedern des Äußeren Rates der Stadt Amberg, ferner aus acht Gesellschaftern. Das "Direktorium" des Ausschusses obliegt dem älteren der beiden Mitglieder aus dem Inneren Rat. Der Ausschuß berät die Verwaltung in wichtigen Angelegenheiten, er kann ihr Direktiven erteilen.

(7) Die Aufgaben der Gesellschafterversammlung sind die Wahl des Ausschusses, die Benennung eines Kandidaten für die Stelle des Bräuverwalters, die Wahl des Gegenschreibers und die Abnahme der Rechnung.

(8) Als Gesellschafter sind zugelassen alle Bürger Ambergs,

die Eigentümer eines Hauses sind, alle kurfürstlichen Räte und Sekretäre, die in Amberg ansässig sind, und der Kurfürst selbst mit einem "Soldatengeld".

(9) Die Höchstgrenze der Einlagen bestimmt sich für die Bürger aus dem Steuerwert ihrer Häuser ("wie ein jeder solche bei seinem Eid versteuert"): je 100 Gulden Steuerwert bis höchstens 800 Gulden 12,5 Gulden Einlage. Dabei ist nur dasjenige Haus zu berücksichtigen, das der Bürger bewohnt. Die kurfürstlichen Räte haben das Recht bis zu 100 Gulden einzulegen, die Sekretäre bis 50. Die Einlage des Kurfürsten beläuft sich auf 200 Gulden.

(10) Personen, die aus Scheu vor dem mit der Gründung verbundenen Wagnis und vor den höheren Kosten der Anlaufzeit erst später einlegen, haben zusätzlich ein Einkaufsgeld in Höhe von 10 Prozent ihrer Einlage zu entrichten.

(11) Die Einzahlung der Einlage hat spätestens zum Zeitpunkt der Abnahme der Rechnung zu erfolgen, so man im kommenden Geschäftsjahr an der Gewinnverteilung ("Ausbeute") teilnehmen will.

(12) Die Kündigung der Einlage ist für Michaeli (Ende des Geschäftsjahres) unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von vier Wochen zulässig. Die Auszahlung der gekündigten Einlage erfolgt bei der Abnahme der Rechnung.

(13) Verstirbt ein Gesellschafter, so können dessen Witwe und Kinder als Erben die Einlage in der Gesellschaft belassen oder gemeinsam die Auszahlung bewirken. Auszahlungen an einzelne Miterben sind nicht statthaft.

(14) Die Aufnahme von Darlehen ("Interessgelder") ist der Gesellschaft erlaubt, das Ausleihen von Geldern ist ihr verboten.

(15) Wirtschaftliches Verhalten ist besonders geboten beim Weizeneinkauf, der soweit möglich zwischen Michaeli und Fasnacht zu den günstigsten Preisen erfolgen soll. Auch soll der Weizen außer Landes eingekauft werden. Ebenso soll der Hopfenkauf immer dann vorgenommen werden, "wann er am wohlfeilsten zu erlangen" ist. Bräuverwalter, Gegenschreiber und Bräumeister haben das übrige Personal zur Arbeitsamkeit abzuhalten und jegliche Unordnung ("Gesäuff, Verschwendung") ab-

zuschaffen. Der Bräuverwalter soll nur in unumgänglichen Fällen Geschäftsreisen unternehmen; dauern diese länger als einen Tag, so ist die Genehmigung des Rates und Ausschusses erforderlich.

(16) Neben der Ausbeute in Geld erhalten die Gesellschafter als Naturalleistung Treber, reihum nach der Vormerktafel, und Branntwein nach der Höhe ihrer Einlage. (Mit Treber werden die Rückstände der Bierwürze bezeichnet. Zur Branntweinherstellung: "Wobei zur Nachricht angeführt wird, daß der dünne Teig zum Branntweinbrennen unter das Geleger, der dicke unter das Trank kommt."¹)

(17) Die Einfuhr von Weißbier wird vorerst noch nicht verboten. Sie wird jedoch beschränkt auf den Wirt der Rats-trinkstube und auf jene Wirte, "die gewöhnliche Schilder aushängen haben".

(18) Der Weißbierpreis wird nach Maßgabe des Weizenpreises von der Regierung unter Anhörung des Rates und des Landrichters jährlich festgesetzt.

(19) Geschäftsjahr und Rechnung beginnen und schließen an Michaeli. Die Inventur ("Sturz") ist im Beisein von Abgeordneten des Rates und des Ausschusses vorzunehmen. Die Rechnung ist acht Tage vor dem Abnahmetermin durch die Gesellschafterversammlung dem Rat, der Regierung und dem Ausschuss vorzulegen.

(20) Änderungen dieser Gesellschaftsordnung bedürfen der Genehmigung des Landesherrn.

Die Bestimmungen über die Gesellschaftsorgane und ihre Funktionen decken sich weitgehend mit entsprechenden heutigen Normen: Bräuverwaltung = Vorstand, Ausschuß = Aufsichtsrat, ehrbare Gesellschaft = Hauptversammlung. Im Gegenschreiber, dessen Amt säuberlich von dem des Bräuverwalters getrennt war, hatte die Gesellschaft in Permanenz ihre rechnerische Prüfung. Die baren Mittel der Gesellschaft waren durch die Festlegung von Höchstbeträgen abgesichert, die durch eine noch höhere Kautionsdeckung waren. Verschleierungen im Sachvermögen wurde durch Inventurkontrollen vor-

1) Stadtarch. Abg., Rechnungen XVIII (1730/31).

Höhe der Anteile an der Weißbräugesellschaft

Wert des Hauses als gemeinsame Bemessungsgrundlage	Anzahl der Bräu nach dem allge- meinen Braurecht	Höhe des Anteils an der Weißbräu- gesellschaft
200 Gulden	2	25 Gulden
400 Gulden	3	50 Gulden
600 Gulden	4	75 Gulden
800 Gulden	5	100 Gulden

gebeugt. Das Gründungsrisiko ließ man sich von den Nachzüglern durch ein Einkaufsgeld honorieren. Die damalige Anspannung der Brotgetreideversorgung berücksichtigte die Auflage, den Brauweizen möglichst im Ausland, d. h. außerhalb der Oberpfalz, einzukaufen. Die klare Regelung der Einzahlungs- und Kündigungstermine der Einlagen, die eindeutigen Dispositionen für den Erbfall, die Riegel, die man unnötigen Geschäftsreisen vorschob, zeugen von den eingehenden Erfahrungen der Amberger Bürgerschaft auf dem Gebiete der Wirtschaftsgesellschaften. Die Gesellschaftsordnung bedurfte in der fast 200jährigen Geschichte der Amberger Weißbräugesellschaft keiner Änderung oder Ergänzung.

Das Brau- und Schankrecht war in Amberg bekanntlich ein allgemeines Bürgerrecht. Dieses Bürgerrecht umfaßte an sich auch das Brauen von Weißbier. Für das Brauen dieses Bieres, insbesondere für seinen überörtlichen Vertrieb, war eine moderne Betriebsform zweckmäßig; das herkömmliche Kommunbrauen war dafür nicht tauglich. Um nun den Bürgern ihren wirtschaftlichen Nutzen aus ihrem Braurecht zu erhalten, betrieb man die Errichtung einer Gesellschaft, an der sich jeder brauberechtigte Bürger (ausschließliche Hausbraurechte ausgenommen) beteiligen konnte. Die Höhe der Einlagen war ebenso gestaffelt wie der Umfang des allgemeinen Braurechtes. Für die Bürger trat an die Stelle der Ausübung des Braurechtes die Mitgliedschaft in der Gesellschaft. Der Grund für diese Fortbildung der Verfassung war hauptsächlich ein betriebswirtschaftlicher. Eine Weißbierbrauerei benötigte für ihre Spezialbiere ein großes Absatzgebiet. Die-

ses Absatzproblem konnte von nebenberuflichen Kommunbrauern nicht gelöst werden. So stellte sich auch hier die Alternative: großbetriebliches Bierbrauen durch einzelne Bürger, verbunden mit einem Bruch der Wirtschaftsverfassung, oder gesellschaftliches Bierbrauen in Fortentwicklung der Wirtschaftsverfassung. In Amberg wählte man den zweiten Weg.

Es muß noch auf den starken Einfluß der Obrigkeit auf die Gesellschaft hingewiesen werden. Nach der Gesellschaftsordnung oblag dem Rat die Ernennung des Bräuverwalters, die Entsendung von vier Mitgliedern in den Ausschuß, unter denen sich der Inhaber des Direktoriums des Ausschusses befand. Der Rat hatte ferner über die Notwendigkeit von Geschäftsreisen mit zu entscheiden und war an der Kontrolle der Inventur beteiligt. Die Regierung setzte im Benehmen mit dem Rat und dem Landrichter den Bierpreis fest. Dem Rat und der Regierung waren die Rechnungen der Gesellschaft vorzulegen. Änderungen der Gesellschaftsordnung bedurften der Genehmigung des Landesherrn. Die obrigkeitliche Mitbestimmung ist, soweit sie vom Rat ausging, begründet, betraf sie doch ein Unternehmen der gesamten Bürgerschaft; sie findet sich unter diesen Bedingungen auch in anderen Wirtschaftsbereichen. Die Einflußmöglichkeiten des Landesherrn auf die laufenden Geschäfte der Gesellschaft waren, wenn man von der ohnehin zu seinen Rechten zählenden Bierpreisbestimmung absieht, gering. Hier entstand erst später durch die ständigen Versuche der Regierung, ihr Mitspracherecht auszubauen, ein Problem.

Die wirtschaftliche Entwicklung der Weißbräugesellschaft, die bis ins 19. Jahrhundert bestand, war über einen langen Zeitraum ausgezeichnet. Zwischen 1620 und 1760 belief sich die durchschnittliche Jahresdividende auf etwa 50% der Einlage. Im Jahre 1700 zählte die Gesellschaft 420 Einleger. Einen zahlenmäßigen Überblick über Dividenden, Bierausstoß, Gesellschafter und Kapital geben die Tabellen im Anhang. (Vgl. dazu auch die Schrift des Verfassers: Geschichte der privaten Wirtschaft der Stadt Amberg im 16., 17. und 18. Jahrhundert, Nürnberger Diplomarbeit 1964.)

Gaststättengewerbe

Die Ordnung des Gaststättengewerbes Ambergs ist im Braurecht geregelt. Bürger, die danach zwei und mehr Bräu

herstellen durften, konnten das Bier in ihren Häusern ausschanken, über die Straße verkaufen oder faßweise in der Stadt oder außerhalb der Stadt veräußern. Wer nur einen Bräu, den Hausbräu, herstellte, durfte dessen eventuelle Reste über die Straße verkaufen. Bürger, die zwei und mehr Bräu herstellen ließen, wurden Bierschenken genannt. Um zum Brauen von zwei Bräu berechtigt zu sein, mußte man nach dem Braurecht des 16. Jahrhunderts ein Haus im Werte von wenigstens 200 Gulden besitzen. Da diese Werte sehr niedrig angesetzt waren, kann man sagen, daß in Amberg nahezu jedes Haus de jure ein potentiellcs Wirtshaus war.

In Ausübung dieses Schankrechts entwickelten sich in Amberg zwei Arten von Wirtschaften: Bierwirtschaften mit nur zeitweisen Ausschank (Zapfer), und Bierwirtschaften mit ständigem Ausschank (Winkelwirte). Die Winkelwirte hatten auch das Recht, Gäste zu verköstigen und zu beherbergen und, zunächst wenigstens, Wein auszuschanken. Eine Untergruppe der Winkelwirte waren die Sudl- oder Garköche, die sich auf die Verköstigung der Gäste spezialisiert hatten.

Während die Zulassung von Zapfern und Winkelwirten, abgesehen von den braurechtlichen Beschränkungen, an keine besonderen Bedingungen gebunden war, war das Recht zum Betrieb einer Schildgaststätte, auch Taferne genannt, realrechtlicher Natur, d. h. an das Eigentum eines mit einer solchen Gerechtigkeit ausgestatteten Anwesens gebunden. Dabei hielt man sich in Amberg aber nicht unbedingt an ihren Betrieb in den sogenannten Kausonälhäusern¹, sondern gestattete ihre Verlegung in andere Häuser. Auch kam es in Amberg zu keiner absoluten Schließung dieses Gewerbes, denn einige Schildgerechtigkeiten entstanden im Laufe der Zeit neu, andererseits wurden alte Gerechtigkeiten zeitweise nicht in Anspruch genommen. Tafernern hatten das Recht zum Ausschank von Getränken und zur Verköstigung und Beherbergung von Gästen. Den Schildgaststätten oblag aber insofern noch eine besondere rechtliche Verpflichtung, als sie alle darum nachsuchenden Personen als Gäste aufnehmen mußten, während sich die Wirt-

1) Kausonälhäuser wurden je nach Häusern genannt, in denen eine Realgerechtigkeit ursprünglich begründet wurde.

kelwirtschaften z. B. als Gesellenherbergen oder Handwerkertrinkstuben abschließen konnten. Die Schildgaststätten waren späte Träger des Gastrechtes¹. Die Tafern wiesen sich durch ein Schild aus, daher die Bezeichnung Schildgaststätten². Im Tätigkeitsbereich der Tafern- und Winkelwirte bestand demnach zunächst kein Unterschied, wohl aber in ihrer sozialen Stellung. In den Schildgaststätten wurde das vornehme Publikum bewirtet, die Kunden der Winkelwirte waren Bauern, Handwerksburschen, Tagelöhner, Soldaten und, speziell in Amberg, Bergleute.

Zur Abschätzung der wirtschaftlichen Bedeutung des Gaststättengewerbes Ambergs wird versucht, ein Zahlenbild zu liefern. Im 16. Jahrhundert gab es in Amberg etwa 20 Tafern. Wesentlich schwieriger ist es, über die Verbreitung der Zapfer und Winkelwirte ein einigermaßen zutreffendes Zahlenbild zu liefern. Die üblichen Quellen für Gewerbezahlungen, Herdstättenbeschreibungen und andere Steueranlagen, versagen hier, da in ihnen die Nebengewerbe meist nicht angeführt sind. Die Zapfer waren aber immer und die Winkelwirte häufig nebengewerblich tätig. Die Verzeichnisse der Kernbierproduktion der Bierschenken aus der Mitte des 16. Jahrhunderts enthalten ohne Untergliederung die Bierausführer, die Zapfer, die Winkelwirte und die Tafernwirte. So vermögen diese Zahlen zunächst nur einen, allerdings sehr eindringlichen Eindruck zu vermitteln von der äußerst starken Verbreitung des Wirtsgewerbes in Amberg im 16. Jahrhundert. Nach diesen Verzeichnissen schwankt die Zahl der Bierschenken zwischen 128 (1552/53) und 168 (1555/56)³. Schwaiger gibt für seine Zeit die Zahl der Bier- und Weinschenken in Amberg mit 200⁴ an.

- 1) Im Jahre 1631 beantragte ein Tafernwirt, man möge ihn von der Aushängung des Schildes befreien, da er eine Beschriftung am Hause angebracht habe. Der Rat genehmigte dies unter der Auflage, daß er der Verpflichtung, alle nachsuchenden Personen zu beherbergen, nachkomme.
- 2) Wahrscheinlich ist auch der Ausdruck Winkelwirt aus ihrer Kennzeichnung zu erklären; ihr Zeichen bestand aus zwei ineinander geschobenen Dreiecken oder Winkeln.
- 3) Stadtarch. Abg., Gewerbeakten 337.
- 4) Schwaiger, Chronik 51: "Der Wein- und Bierschenkhen seyndt in 200".

Bierschenken und Kernbierproduktion

Vorgang	1551/52	1552/53	1553/54	1555/56
Anzahl der Bierschenken mit einer Biererzeugung				
bis 100 Eimer	61	58	67	85
bis 200 Eimer	51	50	51	57
bis 300 Eimer	22	14	15	20
über 300 Eimer	12	6	10	6
Anzahl der Bierschenken insgesamt	146	128	143	168
Es brauten in Eimer				
der kleinste Bierschenk	34	25	24	35
der durchschnittliche Bierschenk	138	128	130	122
der größte Bierschenk	576	475	476	441
Kernbierproduktion insgesamt in Eimer	20112	16555	18638	20411

Ordnet man die Zahlen der Verzeichnisse der Kernbierproduktion der Bierschenken nach der Braumenge der einzelnen Bierschenken, so erhält man einen gewissen Aufschluß über die Anteile der haupt- und nebegewerblichen Bierschenken an den eben genannten Gesamtzahlen sowie über die unterschiedliche Betriebsgrößen in diesem Wirtschaftszweig. Es ist anzunehmen, daß die Bierschenken mit einer Sommerbiererzeugung unter 100 Eimer und ein Teil der Bierschenken mit einer Sommerbiererzeugung zwischen 100 und 200 Eimer infolge des geringen Umfangs ihres Bierbrauens den Bierausschank nur nebegewerblich und zeitweise betrieben haben, also Zapfer waren. Im 16. Jahrhundert waren also höchstens knapp die Hälfte aller Bierschenken Vollwirte. Mit 60 dürfte ihre Zahl nicht zu hoch gegriffen sein. Das ergibt nach Abzug von 20 Schildwarten 40 Winkelwirte, die häufig noch eine Garküche führten, und 70 bis 110 Zapfer.

Die Schwankungen der Zahlen der Bierschenken und der Biererzeugung im Fünfjahresabstand dürften mit dem Bergbau zusammenhängen, dessen Wüthen im Abstand von vier bis fünf Jahren stattfanden.

Auswärtige Braurechte

Ein Vergleich mit den Braurechten für Braunbier in der übrigen Oberpfalz ergibt, daß in diesem Land das Kommunbraurecht allgemein eingeführt war, allerdings in unterschiedlicher Ausgestaltung. In Amberg hatte, wie gezeigt wurde, in der Regel jeder Bürger Zugang zum Bierbrauen, wobei sich der Umfang seines Bierbrauens seit dem ausgehenden 16. Jahrhundert nach dem Wert seines Hauses bestimmte, angeblich aus steuerlichen Gründen. Auch in Kemnath war die Braumenge nach den Steuerleistungen gestuft¹, ebenso in Grafenwöhr: steuerbares Vermögen bis 100 Gulden 1/4 Bräu, bis 200 Gulden 1/2 Bräu, bis 300 Gulden 3/4 Bräu, darüber 1 Bräu². Für die Neunburger galt nach der Brauordnung vom Jahre 1592: a) feiernde Bürger mit einem Haus im Werte von 200 Gulden und mehr 3 Bräu; b) Handwerker mit gleichen Häusern 2 Bräu; c) Handwerker mit geringwertigeren Häusern 1 Bräu³. Diese Beschränkung des Braurechtes für Handwerker findet sich auch für andere Mittelstädte der Oberpfalz. Im Freiheitsbrief für Cham vom Jahre 1332 ist verfügt: jeder Bürger darf brauen und schenken, doch muß ein Handwerker, solange er diese Rechte wahrnimmt, sein Handwerk ruhen lassen⁴. Im 18. Jahrhundert brauten in Cham regelmäßig 35 Bürger⁵. In Nabburg war den Handwerkern zunächst 1 Bräu genehmigt, später wurden 5 Bräu gestattet, den übrigen Bürgern standen 10 Bräu jährlich zu⁶. Im Jahre 1536 trafen Kurfürst Ludwig und Pfalzgraf Friedrich in Rücksicht auf das Brandunglück und die ungünstige Lage der oberen Stadt zu Nabburg auf dem Berg, also abseits der Hauptstraße, folgende Regelung des Nabburger Brau- und Schankwesens: a) Met sieden, schenken und verkaufen dürfen nur die Bürger der Oberstadt; b) in der Unterstadt dürfen nur zwei Wirte in ihren Häusern und nur an Gäste (Fremde) Wein schenken; c) die Handwerker in der Oberstadt sollen nur halb soviel Bier brauen, wie die übrigen Bürger der Ober-

1) Winter, Kemnath.

2) Schenkl, Grafenwöhr 169.

3) Reiner, Neunburg 77.

4) Brunner, Handelsgeschichte Cham 40.

5) Brunner, Geschichte Cham 237.

6) Kreutzer, Nabburg 31.

stadt; d) die Bewohner der Unterstadt dürfen nur halb soviel brauen wie der Handwerker der Oberstadt, die beiden Wirte jedoch soviel wie die Nicht-Handwerker der Oberstadt; e) jeder darf nur für sich selbst brauen, nicht auf Verlag eines anderen¹. In Neumarkt galt für den Umfang des Bierbrauens nach der Ordnung von 1584: a) Bürger mit eigenem Haus, eigener Malztenne, aber ohne Handwerk jährlich bis 7 Bräu; b) dieselben Bürger, aber mit Handwerk 5 Bräu; c) die übrigen Bürger mit Malztenne und ohne Handwerk 6 Bräu; d) Dieselben Bürger mit Handwerk 4 Bräu; e) die übrigen Bürger ohne Malztenne 3 Bräu; f) alle Bäcker und Metzger aber nur 2 Bräu². In den kleineren Städten und Märkten wurde meist nicht zwischen Bürgern mit einem Handwerk und solchen ohne Handwerk unterschieden, sondern nur eine generell gültige Höchstbrau- menge festgesetzt. In Furth brauten um 1700 88 Bürger³, in Rötzt waren den Bürgern jährlich zwischen 2 und 4 Bräu er- laubt⁴, in Waldmünchen durfte jeder Bürger zunächst 2, ab 1642 3 Bräu herstellen lassen⁵. Auch in Weiden wurde gegen Ende des 30jährigen Krieges die Zahl der erlaubten Bräu für alle Bürger auf 4 erhöht⁶. (Die aufgeführten Zahlen der er- laubten Bräu dürfen nicht dazu verleiten, die verschiedenen örtlichen Braurechte quantitativ miteinander zu vergleichen, denn der Inhalt eines Bräu war von Ort zu Ort verschieden; so z.B. in Rötzt 20 Eimer, in Waldmünchen aber 60. Auch im Zeitablauf kann sich innerhalb desselben Ortes der Inhalt eines Bräu geändert haben, wenn eine neue, größere oder klein- nere Sudpfanne angeschafft wurde.) Überall brauten die ober- pfälzer Bürger in Kommunbrauereien, die sich meist im Be- sitze der Stadt, manchmal einer Sozietät befanden, während in Amberg die meisten Lohnbrauereien im Privatbesitz waren.

In der Oberpfalz hatte also in der Regel jeder Bürger Zu- gang zum Bierbrauen. In Amberg wurde zwar für einige Zeit der Brauumfang für Handwerker gemindert, normalerweise galt aber

1) Scherl, Nabburg 265.

2) Ried, Neumarkt 514 ff.

3) Pongratz, Furth 65.

4) Brunner, Rötzt 149.

5) Lommer, Waldmünchen 51 ff.

6) Schuster, Weiden 117.

für jeden Bürger, "er sei Handwerksmann, Bierbrauer oder ein anderer", der gleiche Maßstab, der später mit steuerlicher Begründung vom Wert der Häuser gebildet wurde. Diesem Beispiel folgten in der Oberpfalz zwar einige Städte, andere hingegen beschränkten die Handwerker ständig im Braurecht, weil diese ja im Gegensatz zu den feiernden Bürgern schon über eine Nahrung verfügten. Die meisten Kleinstädte setzten eine einzige allgemeine Höchstquote fest. Schließlich wurde das Braurecht auch zur Verfolgung wirtschaftspolitischer und finanzpolitischer Ziele eingesetzt, wie sich für Nabburg (Ausgleich der verkehrungünstigen Lage der Oberstadt) und Amberg (Ausgleich der neuen Steuerlast) zeigte.

Im übrigen Bayern (heutiger Umgrenzung) galt ein unterschiedliches Braurecht. Südlich der Donau war das Kommunbrauen die Ausnahme, das Einzelbrauen die Regel. In München gab es im Jahre 1372 21 handwerkliche Bierbrauer, die zunftmäßig organisiert waren¹. Daneben war den Bürgern die Herstellung ihres Haustunks erlaubt. In Landshut erhielten die Bierbrauer 1486 eine Handwerksordnung², ein sicheres Zeichen für das Einzelbrauen, weil es Zünfte nur für Gruppen, nicht aber für Kommunen geben kann. In Freising bestanden Ende des 16. Jahrhunderts 12, im 17. Jahrhundert 14 und im 18. Jahrhundert 16 Brauereien, deren Eigner ebenfalls in einer Zunft zusammengeschlossen waren³. Den Regensburgern genehmigte Kaiser Friedrich II. im Jahre 1230 das Bierbrauen für den Hausbedarf, trotz Widerspruchs der Bierbrauer⁴, auch dort also das Nebeneinander von gewerblichen Einzelbauern und hausbauenden Bürgern. In Nürnberg durften nur Besitzer von Häusern, die mit der Braugerechtigkeit versehen waren, Bierbrauen. Die Herstellung des Bieres oblag geschworenen Braumeistern, die vom Rat angestellt waren. Erst ab 1700 durften die Bierbrauer eigenes Personal halten. Im 16. Jahrhundert gab es in Nürnberg 42 Brauer, um 1700 35⁵. Auch im übrigen

1) Dirr, Münchner Brauwesen 10 f.

2) Wagner, Landshuter Brauwesen 30.

3) Gschwind, Freisinger Brauwesen 1.

4) Freytag, Regensburger Brauwesen 34.

5) Bösch, Brauwesen Nürnberg und Fürth 1 ff.

Brauereien in Bayern (1840)

Regierungs- bezirk	Aerarial- Brauereien	Privat- Brauereien	Kommun- Brauereien
Oberbayern	8	583	-
Niederbayern	5	573	13
Oberpfalz	2	163	357
Oberfranken	-	854	126
Mittelfranken	1	991	14
Unterfranken	-	1156	-

Mittelfranken war das Einzelbrauen verbreitet, im Gegensatz zur Kommunbrauerei in Teilen Ober- und Unterfrankens. Die Ergebnisse einer Statistik über die Unternehmungsformen des bayerischen Brauereigewerbes vom Jahre 1840 vermitteln noch immer einen guten Einblick in die landschaftlich unterschiedliche Ausgestaltung des Braurechts in Bayern, trotzdem zur Zeit dieser Erhebung das Einzelbrauen bereits seit mehreren Jahrzehnten überall in Bayern zugelassen war¹.

So wie in der Oberpfalz und im nord-östlichen Franken galt auch im benachbarten Böhmen das Kommunbraurecht². Für Eger bestimmte der Rat der Stadt im Jahre 1505: niemand soll malzen, brauen, schonken, er habe denn ein eigenes Haus in der Stadt³. In Karlsbad gab es im Jahre 1739 287 brauberechtigte Bürger⁴. Noch im Jahre 1938 bestanden im Sudetenland 30 "brauberechtigte Bürgerschaften"⁵.

Dieser geschlossene Kreis kommunalen Braurechtes, im wesentlichen aus dem ehemaligen Norrgau und aus Böhmen bestehend, hatte in Ostdeutschland kein Gegenstück, denn dort herrschte, wie schon für das übrige Bayern gezeigt wurde, der zünftlerisch organisierte Einzelbrauer vor. In Augsburg z.B. war den Wirten das Bierbrauen vorbehalten, die sich im Jahre 1368 zu einer Brauerzunft zusammenschlossen, deren Älteste

- 1) Stiegler, Kommunbrauwesen 43.
- 2) Gschwind, Brauwesen in Böhmen 7.
- 3) Ragl, Egerländer Brauwesen 4.
- 4) Ragl, Egerländer Brauwesen 8.
- 5) Ragl, Sudetendeutsches Braugewerbe 1.

Zunftordnung aus dem Jahre 1442 stammt. Ebenso gab es in Frankfurt eine Brauerzunft, deren Statut von 1594 überkommen ist. Ein Bierbrauer sollte höchstens vier Wirte beliefern, die ihre Lokale in der engeren Umgebung seines Brauhauses haben mußten¹.

In Niederdeutschland findet sich der zweite große Kreis kommunen Braurechts. Es gab daher dort, wenigstens solange Abschließungstendenzen nicht zur Geltung kamen, auch keine Brauerzünfte. In Ausübung und Ausgestaltung des niederdeutschen Kommunbraurechts bestanden jedoch bedeutende Unterschiede im Vergleich mit dem oberpfälzischen Kommunbraurecht. Auf ihre Darstellung kann man sich hier, wo es auf die Differenzierung des Amberger und oberpfälzischen Braurechtes vor dem Hintergrund auswärtiger Brauordnungen ankommt, beschränken. Die niederdeutschen brauberechtigten Bürger brauten ihr Bier nicht in Lohn- oder Kommunbrauhäusern, sondern in ihren eigenen Braustätten, die sich in ihren Wohnhäusern befanden. In den Binnenstädten (z. B. Einbeck, Goslar) befanden sich die Sudpfannen im Besitz der Kommunen oder von Braugewerkschaften. Später gingen sie verschiedentlich auch in das Eigentum von Kupferschmieden über, die mit ihrer Wartung beauftragt waren. Zum Brauen wurden sie in die brauberechtigten Häuser transportiert. In Hannover ersuchten die brauberechtigten Bürger im Jahre 1678, man möchte ihnen die Errichtung gemeinsamer Brauhäuser erlauben. Bei wandernden Braupfannen war der Brauumfang durch die Anzahl der zur Verfügung stehenden Braupfannen beschränkt. Diese schwerfällige Organisation kam für die Seestädte (z. B. Bremen, Hamburg, Wismar) wegen des Stoßbedarfs der Bierflotten nicht in Betracht. Hier besaß jeder brauberechtigte Bürger in seinem Haus eine komplette Braustätte mit Sudpfanne. Diese technische Besonderheit der niederdeutschen Bierbrauerei hatte auch eine rechtliche Konsequenz: Aus den mit Braustätten versehenen Bürgerhäusern entwickelte sich das niederdeutsche Kommunbraurecht allmählich zu einem Realrecht. Die Berechtigung zum Bierbrauen wurde an den Besitz von Häusern mit

1) Gschwind, Augsburger Braugewerbe 1; Schmidt, Bierbrauer zu Frankfurt 9.

Braustätten gebunden. Später kam es dann meist zum Verbot der Neuerrichtung solcher Braustätten, womit die Realgerechtigkeiten geschlossen wurden; d. h. die Brauberechtigung war auf die Eigner alter Braustätten beschränkt¹.

Das oberpfälzische Braurecht unterscheidet sich, zusammen mit dem Braurecht Nordostfrankens und Böhmens, vom süddeutschen Braurecht durch seine kommunrechtliche Gestalt. Vom Kommunrecht Norddeutschlands hebt sich das der Oberpfalz in zweifacher Hinsicht ab: einmal betriebstechnisch durch bürgereigene Braustätten in Norddeutschland und Kommunbrauereien in der Oberpfalz und dann rechtlich, mit ersterem zusammenhängend, durch die Tendenz zum geschlossenen Realrecht dort, während hier das Braurecht als allgemeines Bürgerrecht erhalten blieb. Dabei ist es wirtschaftliche gesehen ohne Belang, wenn die oberpfälzischen Braustätten als Realgerechtigkeiten angesehen wurden, denn damit war für niemanden ein Ausschluß vom Bierbrauen verbunden, da nach den Brauordnungen diese Kommun- oder Lohnbrauereien allen Bürgern offen standen. In diesem Fall ist das Realrecht nur ein Riegel für eine eventuelle Überkapazität, der man wegen der teuren Brauanlagen glaubte vorbeugen zu müssen. Bei Bedarf aber konnte ohne weiteres die Errichtung neuer Braustätten genehmigt werden, denn dieses Realrecht war nicht geschlossen (entsprechendes gilt für Mulzereien).

Auch die handwerklichen Bierbrauer in Bayern südlich der Donau konnten ihr Gewerberecht von einem personalen zu einem realen ausbauen, wodurch ihre Marktposition, die an sich schon durch die Beschränkung des gewerblichen Brauens auf Einzelbrauer begünstigt war, ganz besonders gestärkt wurde. Die braurechtlichen Zulassungsbestimmungen führten somit zu unterschiedlichen Marktpositionen: a) bei realrechtlich abgesicherten Einzelbauern zu einer monopolartigen Beherrschung des (lokalen) Marktes; b) bei Kommunbauern mit Realgerechtigkeiten zu einer oligopolistischen Aufteilung des Marktes und c) bei freiem Kommunbraurecht zu vollständiger

1) Zum niederdeutschen Brauwesen vgl. Brinkmann, Brauwesen Goslar; Bing, Hamburgs Bierbrauerei; Hoyer, Brauerei in Teichener; Techen, Brauwerk in Wismar; Feise, Brauwesen Einbeck.

Konkurrenz auf dem Markt. Für die Preisbildung waren diese Marktformen ohne Belang, da die Preise obrigkeitlich festgesetzt wurden und bei Preisverhandlungen auch die freien Kommunbrauer gemeinsam auftraten. Doch auf die Bierqualität konnten sie durchaus Einfluß haben.

Handwerk

Aus dem 15. Jahrhundert sind die Handwerksordnungen der Schneider (1446), Schuhmacher (1450), Metzger (1468) und Bader (1485) überkommen. Im Eid- und Gesetzbuch wird etwa für das Jahr 1460 auf eine Bäckerordnung verwiesen, die nicht mehr vorhanden ist: niemand dürfe Brot backen, er sei "dann in den Rechten, als den Bäckern allsoviel geschrieben sind"¹. Im Amberger Ratsbuch wird von weiteren Ordnungen berichtet, die ebenfalls nicht mehr erhalten sind: 1478 wurden die Tuchmacher- und Leinweberordnungen erlassen und 1482 wurde den Kürschnern eine Ordnung angekündigt². Es wird sich dabei um die ersten schriftlichen Handwerksbriefe Ambergs handeln, denn in den Präambeln wird im Gegensatz zu späteren Abfassungen auf keine Vorläufer verwiesen. Auch andernorts erfolgte die Kodifizierung eines umfassenden Handwerksrechts verhältnismäßig spät. Die Handwerksbriefe des Mittelalters sind kurz und unvollständig; ein Teil des Handwerksrechts lebte damals nur in mündlicher Überlieferung oder war in gemischten Niederschriften enthalten³. Auch in den ersten Stadtrechts-, Gesetz-, Rats- und Kopialbüchern Ambergs finden sich viele handwerksrechtliche Bestimmungen. Alle Handwerke, die im mittelalterlichen Handwerksrecht bereits in Erscheinung getreten sind (Bäcker, Metzger, Schuster), gehören also zu den Handwerken mit den ersten schriftlichen Ordnungen.

Im 16. Jahrhundert häufen sich dann die Handwerksordnungen, teils als Neuschöpfungen, teils als Überarbeitungen, sodaß M. Schwaiger sagen konnte: "Die Stadt ist auch voll guter Handwerksleut ... die haben fast alle beschriebene Handwerksordnungen."⁴ (Im Anhang befindet sich ein Verzeichnis der Amberger Handwerksordnungen mit den Fundstellen. Soweit die folgenden Ausführungen auf diesen Ordnungen fußen, wird die Quelle nicht eigens angegeben.)

1) Stadtarch. Abg., Bände 241.

2) Stadtarch. Abg., Bände 3.

3) Vgl. Wissel, Handwerksrecht, 1. Bd. 49 ff.

4) Schwaiger, Chronik 51.

Auf die Entstehung der Handwerksordnungen wird in den Einleitungen verwiesen. So heißt es z. B. in den beiden ältesten Briefen der Schneider und Schuhmacher: Das Handwerk habe "die hernach geschribenen artikel für pracht, aigentlich ertzelet und darauf demuttiglich gepetten ...das Handwerk damit zu begnaden." Zwei Aufgaben hatten die Handwerksordnungen zu erfüllen; dazu aus dem Schneiderbrief: Den Brief bekommen die Schneider, damit "auch meniglich hinfür mit Schneiderwerk desterpaß versehen würde" und zum "gemein nutz des benannten Handwerks". Das Handwerk beantragte also die Handwerksordnung und reichte einen Entwurf ein. Die zuständige Obrigkeit überarbeitete diesen und erließ die Handwerksordnung mit einer doppelten Zielsetzung, nämlich zur guten Versorgung der Bevölkerung mit Handwerkserzeugnissen (dem dienen die Ordnungsteile Warenbeschau, Ausbildung des Handwerks usw.) und zum gemeinen Nutzen des Handwerks (durch Beschränkungen von Betriebsgrößen, Verbot des Verlags von Handwerkern usw.). Im 16. Jahrhundert tauchen neue Gründe für den Erlass oder die Änderung von Handwerksordnungen auf: a) die Reformation, die die Beseitigung oder Änderung religiöser Vorschriften erforderte¹; b) die inflationäre Entwicklung, der man mit angebotsfördernden Maßnahmen entgegenzutreten versuchte², und c) die schlechte wirtschaftliche Lage mancher Handwerke³.

Zuständig für den Erlass der Handwerksordnungen war zunächst ausschließlich der Rat, nachdem ihm die Obrigkeit über das Handwerk in der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts übertragen worden war (vgl. S. 45 ff.). Im 16. Jahrhundert betätigte sich aber auch der Landesherr auf diesem Gebiet. Von ihm stammen folgende Ordnungen: Hutmacher (1510, 1560),

- 1) Schmiedeordnung 1555: Mehrere Teile der alten Ordnung seien "im Pabsttum gebräuchlich gewest", man wolle eine neue Ordnung, weil "Gott der Allmächtige durch sein heilsam göttlich Wort jetziger Zeit solche päbstische Gebräuch verfinstert" habe.
- 2) Vgl. dazu die Ausführungen zu den Schuhmacherordnungen von 1513 und 1555 im folgenden.
- 3) Wagnerordnung 1557: "In diesen geschwinden Läufften" wird das Holz teurer, die Arbeit aber wohlfeiler und "damit das Handwerk nit gar so überlegt, sondern sich alle statthlicher erhalten möchten", soll ein umfangreicheres Meisterstück gefordert werden.

Schuhmacher (1513, 1555, 1615), Seiler (1582), Schwarzfärber (1584), Zinngießer (1598), Müller (um 1600, 1616) und Hafner (1617). Nachdem sich die Obrigkeit ausnahmslos nicht nur das Recht des Ersterlasses der Handwerksordnung vorbehielt sondern auch das der Änderung (in den ersten Ordnungen "keine neue Einung", später "keine Mehrung, Minderung" ohne Zustimmung der Obrigkeit), besaß das Amberger Handwerk keine Autonomie.

Der Geltungsbereich der Handwerksordnungen des Rates war normalerweise beschränkt auf die Stadt und ihren Burggeding. Doch hat es auch Ausnahmen, also überörtliche Geltungsbereiche von Ratsordnungen gegeben. Solche Ordnungen sind zwar nicht überkommen, aber es bestehen spätere Hinweise auf sie und auf ihre Problematik. Nach Amberg waren eingezünftet in vom Rat geordnete Handwerke: die Beutler, Lebküchner und Sieber aus Weiden¹, die Zeugmacher aus Auerbach, Nabburg, Neumarkt, Neunburg und Nittenau², die Schmiede und Wagner aus Nabburg³. Diese auswärtigen Handwerker werden sich freiwillig und mit Zustimmung ihrer örtlichen Obrigkeit dem Amberger Handwerk, das wohl in seiner Blütezeit im 15. und 16. Jahrhundert eine entsprechende Anziehungskraft besaß, angeschlossen haben. Problematisch waren Ratsordnungen mit überörtlichem Geltungsbereich deswegen, weil der Rat auswärts keine Befugnisse hatte. So strebten denn auch die Zeugmacher von Auerbach und Neumarkt eigene Zünfte später an und begründeten dies u. a. damit, daß sie die Obmannschaft der Stadt Amberg nicht zu schützen vermöge⁴.

Der Geltungsbereich der Handwerksordnungen des Landesherrn konnte sich auf das ganze Fürstentum der Oberen Pfalz oder auf Teile desselben erstrecken. Von hier aus wird das Interesse des Handwerks verständlich, eine landesherrliche Ordnung zu erhalten. Den Schuhmachern -eines der wenigen Handwerke, die auch auf dem Lande betrieben wurden- war daran gelegen, die Zahl ihrer Landkollegen niedrig und deren Be-

1) Schuster, Weiden 135.

2) Stadtarch. Abg., Gewerbeakten 2, 100.

3) Stadtarch. Abg., Gewerbeakten 47.

4) Stadtarch. Abg., Gewerbeakten 100.

triebe klein zu halten. Der Landesherr gestand ihnen folgende Regelung zu: a) das Schuhmacherhandwerk darf nur in solchen Hofmarken und größeren Dörfern ausgeübt werden, wo dies von alters her üblich ist; b) die Landschuhmacher dürfen nur einen Stuhl besetzen (nur einen Arbeitnehmer beschäftigen). Die Müller schließlich saßen größtenteils auf dem Lande. Aus diesen Gründen nahmen die Schuhmacher (1615) und die Müller (1600, 1616) ihre Ordnung vom Landesherrn mit dem Geltungsbereich "Gezirk" Amberg, also Stadt Amberg, Landgericht Amberg und wohl auch die Pflegämter Pfaffenhofen, Hirschau, Freudenberg und Rieden.

Für die Schuhmacher hatten die Häute- und Lederpreise große Bedeutung, deren Höhe hauptsächlich vom Angebot in Amberg abhing. Dabei war für eine Stadt wie Amberg der Gezirk als Einzugsgebiet zu klein. Die Zunft versuchte daher ihren Einflußbereich auf die Oberpfalz auszudehnen. Dies geschah durch die landesherrlichen Ordnungen von 1513 und 1555 mit den Geltungsbereich Oberpfalz. Es handelt sich hierbei um Teilordnungen, die vielleicht zunächst (bis 1615) noch von Ratsordnungen ergänzt wurden. Die Ordnungen von 1513 und 1555 beinhalten eine Marktregelung für Häute, Felle und Leder, ein Verbot der Störer und beschränkende Vorschriften für die Landmeister obiger Art. Die Ordnung von 1555 enthält zusätzlich eine Beschauordnung. In der Marktordnung ist bestimmt: a) Zwischenhandel mit Häuten und Fellen ist verboten; b) Häute, Felle und Leder sind zuerst am Ursprungsort den ortsansässigen Nachfragern anzubieten; c) bei Preisdifferenzen zwischen Anbieter und Nachfrager setzt ein Schiedsgericht (Bürgermeister und Sachverständige) den Preis fest; d) will oder kann der Anbieter zu diesem Preis nicht am Ort verkaufen, dann ist ihm die Ausfuhr in die Oberpfalz, nicht aber darüber hinaus, erlaubt. Da in Amberg wohl die höchsten Preise der Oberpfalz gezahlt wurden, floß das Angebot Amberg zu und dämpfte dort die Preise. Durch das Ausfuhrverbot wurde außerdem der preistreibende Verkauf der Rohware und des Leders nach Nürnberg und Regensburg gehemmt. Der Landesherr erließ diese Ordnungen, um den Preisanstieg für Schuhwerk zu bremsen: "Und dieweil wegen den Schustern ... diese hervorgeschriebene Satzung zum

Guten fürgenommen, deshalb sie das Leder in gutem Kauf fürter haben mögen, so sollen sie auch deswegen das Schuhwerk machen und verkaufen in ziemlichen Geld, wie vor etlichen Jahren geschehen ist."

Derart sachbezogene Argumente für die Einschaltung des Landesherrn lassen sich für die übrigen Handwerk mit landesherrlichen Ordnungen nicht finden. Wahrscheinlich sind sie aus der Gesamtentwicklung der Zeit zu verstehen, also aus dem Ausbau der Landesherrschaft, hier auf Kosten der städtischen Ordnungskompetenz. Später entließ der Rat, diese Tendenz erkennend, Handwerke nicht mehr aus seiner Obrigkeit, auch wenn sie gute Gründe dafür hatten. Die Schmiede, ihrer Landkollegen wegen ein den Schuhmachern gleichgelagerter Fall, versuchten durch Jahrhunderte hindurch, infolge des Widerstands des Rates ergebnislos, zu einer Ordnung zu gelangen, die ihre Landkollegen einbezog¹. Durch diese konkurrierende Gesetzgebung von Rat und Landesherr wurde die Grundlage gelegt für den späteren Streit zwischen beiden Obrigkeiten um die "Obmannschaft" über die Handwerke.

Zunftrecht

Bereits vor der Ausstellung schriftlicher Handwerksordnungen wurden die Handwerke in Amberg Zünfte genannt. So faßte der Rat 1438 folgenden Beschluß: "Inventum, daz alle zunft hie nu hinfür kein kirtzen lenger tragen sullen, dann 28 Schuch lenk am holtz und an wachs, und daz sie auch nach einander geen sullen als dann vor alter herkommen ist."² Diejenigen Handwerke, die um 1460/70 den Status der Zunft erreicht hatten werden als Betroffene eines Ratserlasses, der das Strafrecht der Handwerke, also ein wesentliches Zunftrecht zum Gegenstand hatte, erkennbar. Dieser Ratserlaß erging im Beisein der Vertreter folgender Handwerke: Bader, Büttner (Binder), Fischer, Fleischhacker, Kürschner, Lederer, Leinweber, Nagler, Plechschmiede, Schlosser, Schmiede, Schneider, Schuster, Sporer und Tucher³.

1) Stadtarch. Abg., Gewerbeakten 47.

2) Knöpfler, Beiträge, Auszugnummer 74.

3) Stadtarch. Abg., Bände 241.

Bei der Beurteilung des Zunftrechtes ist zu berücksichtigen, daß zur damaligen Zeit die öffentliche Gewalt nicht nach ihren Bestandteilen in Rechtsetzung, Rechtsprechung und Verwaltung geteilt war, sondern stufenmäßig von der Nieder- bis zur Hochgerichtsbarkeit, wobei jeder Stufe die Rechtsprechung und Verwaltung, zum Teil auch die Rechtsetzung für ihren Bereich zugehörte. Dementsprechend konnten grundsätzlich die den Zünften übertragenen Aufgaben ebenfalls rechtsetzender, rechtsprechender und verwaltender Art sein. Art und Umfang der den Zünften zugewiesenen oder zugestandenen Aufgaben dienen als Maßstab für deren Bedeutung. Die Pole sind die völlig freie Zunft, die mit uneingeschränkter Befugnis zur Rechtsetzung, Rechtsprechung und Selbstverwaltung im Handwerksbereich ausgestattet ist, und die unfreie Zunft, bei der diese Aufgaben von der Obrigkeit wahrgenommen werden. In der Wirklichkeit finden sich diese reinen Formen selten¹. Ein solch seltener Fall war in der vom Patriziat beherrschten Stadt Nürnberg gegeben, deren Handwerke keinerlei Selbstständigkeit besaßen². In Städten, in deren Räten das Handwerk starken Einfluß ausübte, näherte sich das Zunftrecht dem der freien Zunft.

Der Rat der Stadt Amberg setzte sich aus dem Inneren Rat, den Urteilern und dem Äußeren Rat zusammen. Das Handwerk hatte nur Zugang zum Äußeren Rat, dessen Wahl, Zusammensetzung und Aufgaben M. Schwaiger beschreibt: "Nachmals wählen sie (der innere Rat) noch 24 Mann, darunter etliche aus den vornehmsten Handwerken genommen werden, die heißt man den Äußeren Rat, die werden allein gefordert nach der Ratswahl, weil man die Ämter besetzt, oder wenn man gemein Gesetz, Gebot, Fleisch-, Bier-, Fischordnung, auch ander Sachen, daran der Stadt insgesamt gelegen ist, beratschlagt und ordnet, wird solche mit ihrem Wissen und ihrer Bewilligung gehandelt."³ Die Rolle, die das Amberger Handwerk im Rat spielte war demnach nicht sehr bedeutend. Ganz entsprechend war der Freiheitsraum der Amberger Zünfte wenig weit abgesteckt. Doch scheint das Am-

1) Vgl. Neuburg, Zunftverfassung 199 ff.

2) Vgl. Sachs, Metzgergewerbe 21.

3) Schwaiger, Chronik 37.

berger Handwerk diese Verhältnisse befriedigend gefunden zu haben, denn von Kämpfen zwischen den Zünften und dem Rat ist nichts überliefert¹.

Die Organe der Zünfte waren die Mitgliederversammlung ("das ganze Handwerk"), die Ausschüsse (vorallem Prüfungs- und Beschauausschüsse) und der Vorstand, in Amberg wohl nach der Einteilung der Stadt in Stadtviertel Viermeister² genannt. Die Aufgaben der Ausschüsse wurden bei einem Teil der Zünfte von den Mitgliederversammlungen oder von den Viermeistern wahrgenommen. Im 16. Jahrhundert oblag die Wahl der Ausschüsse und Vorstände ausschließlich den Mitgliederversammlungen, im 15. Jahrhundert aber ist bei den Schuhmachern (1450) noch der Einfluß des mittelalterlichen Handwerksrechts erkennbar; ihre Viermeister wurden vom Rat bestellt, während die Schneider (1446) ihren Vorstand bereits selbst wählten. Das ist wohl der Grund dafür, daß die Schneiderordnung mit "Der Schneider frey brif" überschrieben ist, während die Schuhmacherordnung einfach "Der Schuster brif" heißt. Die Viermeister und die Ausschüsse wurden vom Rat auf ihre Pflichten vereidigt; ein Teil der Eidesformeln ist im Eid- und Gesetzbuch³ aufgezeichnet. Die Mitgliederversammlungen wurden vom Rat überwacht: "Keines der vornehmen und großen Handwerke darf auch zusammengefordert werden, es sind denn ein oder zwei des äußeren Rates, so jedem Handwerk jährlich verordnet werden, dabei, und geschehe mit des Bürgermeisters Erlaubnis"⁴.

Die Gesellen konnten verschiedentlich im Rahmen der Zunft eigene Organe entwickeln, so die Schuhmachergesellen, deren Viergesellen bereits 1453 auftreten (s. Erläuterungen 11),

- 1) Plab berichtet von Auseinandersetzungen zwischen Zünften und Rat in Amberg in den ersten Jahrzehnten des 14. Jahrhunderts, in deren Gefolge die Geschlechter Amberg verlassen hätten. Plab stützt sich dabei auf Maurer, verwechselt aber eine Anmerkung. Maurer berichtet nämlich nicht von Amberg sondern von Eßlingen. Von Amberg behauptet Maurer nur, daß die Geschlechter die Stadt verlassen hätten, wobei er sich auf Löwenthal bezieht, der aber in diesem Zusammenhang nur ganz allgemeine Erörterungen über das Verhältnis von Adel und Stadt macht, ohne von Amberger Quellen auszugehen (Maurer, Städteverfassung 623, Löwenthal Geschichte 321).
- 2) Bei kleineren Zünften häufig nur 2 Viermeister.
- 3) Stadtarch. Abg., Bände 241.
- 4) Schwaiger, Chronik 52.

die Metzgergesellen (1468), die einen der drei Zunftmeister stellten, die Schmiedegesellen (1555), denen ein Altgeselle vorstand, und die Büttnergesellen (1558), die von zwei Altgesellen vertreten wurden.

Der Zunftzwang wurde in Amberg bald nach der Mitte des 15. Jahrhunderts eingeführt. Die Ordnungen der Schneider und Schuhmacher enthalten noch nichts zur Frage der Mitgliedschaft; Voraussetzungen für das selbständige Betreiben eines Handwerks sind nur das Bürgerrecht, die Meisterprüfung und die Erlaubnis des Rates. Bei den Badern (1485) zeigt sich ein Übergang: nicht alle Meister gehörten der Zunft an, denn mit den Außenseitern sollten die zünftischen Meister "keine Gemeinschaft" haben bei Strafe eines Vierdungs Wachs an die Zunft; neue Meister aber mußten sich in die Zunft einkaufen. Die Metzger (1468) kannten den Zunftzwang nach dem ersten Artikel ihrer Ordnung bereits: der "Gebrauch des Fleischhackens und das meisterweis Arbeiten" war von der Mitgliedschaft zur Zunft abhängig (und vom Bürger- und Meisterrecht). Auch die Gesellen und Lehrlinge gehörten regelmäßig der Zunft an.

Die beiden Zünfte mit den ältesten Ordnungen besaßen zunächst noch keine Gerichtsbarkeit. In der Schneiderordnung, die sich hauptsächlich mit der Warenschau befaßt, ist verfügt: "Ungerechtes Schneiderwerk" ist dem Pfänder zu überantworten, dann soll die Sache vor den Rat gebracht und verhandelt werden. Im Schusterbrief ist für mangelhaftes Schuhwerk gleiches angeordnet. Weiter werden dort für Verstöße gegen die Handwerksordnung ziemlich hohe Geldstrafen angedroht. Die Viermeister hatten aber nur ein Klagerecht, wobei die Klage über den Pfänder an den Rat zur Entscheidung gelangte. Überdies wird in der Ordnung eigens verfügt, daß kein Meister einem anderen Meister Bußwandel oder Strafe auferlegen dürfe, daß vielmehr "alles vor den Rat" gehöre, der auch die Strafgeelder für den Stadtbau vereinnahmte. Doch auch der Schneider- und Schuhmacherzunft muß wenig später eine Gerichtsbarkeit zugesprochen worden sein, weil sie zu denjenigen Zünften gehören, denen um 1460/70 der bereits erwähnte Kaiserlaß über das Strafrecht der Handwerke zur Kenntnis ge-

bracht wurde. Danach war den Zünften das Handwerkslegen (Schließen eines Handwerksbetriebes) nur mit Genehmigung eines Bürgermeisters erlaubt, ferner durfte das Handwerk in keiner Sache strafen, die vor den Rat oder das Gericht gehörte, und schließlich war die Höchststrafe des Handwerks auf ein halbes Pfund Wachs oder zwei Viertel Wein festgesetzt, das entspricht, am Wein gemessen, einer Geldstrafe von 32 Pfennigen oder zwei Tagelöhnen eines Baufacharbeiters¹. Die Metzgerordnung (1468) enthält zur Zunftgerichtsbarkeit nur die unbestimmte Formulierung, was sich unter Meistern und Gesellen an Strafsachen ergebe, gehört vor den Rat, das Gericht oder die Zunftmeister; das Nähere regelte eben der Ratserlaß. In der Baderordnung (1485) sind die Strafen der Zunft im einzelnen angeführt; Strafarten (Wachs und Wein) und Strafhöhe (höchstens ein halbes Pfund Wachs oder zwei Viertel Wein) richten sich nach dem Ratserlaß von 1460/70.

Die Rechtsprechung der Amberger Zünfte, die in den Zuständigkeitsbereich der Mitgliederversammlungen fiel, war demnach in folgender Hinsicht begrenzt: im unterworfenen Personenkreis, in der Art und Schwere des "Verbruchs" und in der Art und Höhe der Strafe. Der Zunftgerichtsbarkeit waren alle Meister unterstellt, die im Geltungsbereich der Handwerksordnung selbständig ihr Gewerbe ausübten, ihre Gesellen und Lehrlinge. Machten sich Angehörige des Meisters schuldig (z. B. durch Kundenabwerbung), dann wurde der Meister zur Verantwortung gezogen. Meisterwitwen, die den Betrieb fortführten, waren den Meistern gleichgestellt. Gegenstand der Rechtsprechung der Zünfte waren ausschließlich leichtere Verstöße gegen das Handwerksrecht (z. B. störerweis Arbeiten, Abwerben von Gesellen) und Disziplinarfälle (z. B. ungebührliches Verhalten in den Versammlungen, Verstöße gegen Bekleidungsvorschriften). Schwarzere Verstöße gegen das Hand-

1) Ein Viertel Wein = zwei Maß Wein (Stadtarch. Abg., Stadtkammerrechnung 1587); eine Maß Wein (Franken- oder Elsässer Wein) kostete in Amberg 1460/70 zwischen 7 und 10 Pfennigen (Stadtarch. Abg., Bände 2); nach einer Tagelöhnerordnung, die um 1460 erging, bezog ein Steinmetz- oder Maurergeselle je nach der Jahreszeit zwischen 14 und 20 Pfennige, dazu erhielt er eine Morgensuppe und ein Vesperbrot (Stadtarch. Abg., Bände 241).

werksrecht unterlagen der Aburteilung durch den Rat und das Stadtgericht. Als Kriterium für die Zuständigkeit in Handwerks-sachen von Zunft, Rat oder Gericht diente das verwirkte Strafmaß.

Diese Verhältnisse erfuhren im 16. Jahrhundert keine wesentliche Änderung. Weiterhin galt als Maßstab für die Zuständigkeit von Handwerk, Rat oder Gericht das verwirkte Strafmaß, wobei als Strafe nunmehr eine Geldleistung gefordert wurde. Die Höchststrafe der Handwerke mit Ratsordnungen stellte sich im 16. Jahrhundert nach den Ordnungen wie auch nach dem Stadtgesetz von 1554¹ im allgemeinen auf zehn Kreuzer. Die Nominalstrafe lag damit nur wenig über der des 16. Jahrhunderts, wertmäßig lag sie sogar darunter, denn zehn Kreuzer entsprechen zur Mitte des 16. Jahrhunderts etwa einem Viertel Wein oder einem Taglohn eines Baufacharbeiters². Die Strafgelder bis zehn Kreuzer fielen an die Handwerksbüchse. Wurde in den Handwerksordnungen dem Handwerk ausnahmsweise eine höhere Strafe zuerkannt, dann war in der Regel der Rat am Aufkommen beteiligt. Die Zirkelschmiede (1607) konnten die Abwerbung von Gesellen mit 30 Kreuzern bestrafen, 10 kamen in die Büchse und 20 gingen an den Rat. Die Höchststrafe der Tuchmacher (1531) stellte sich auf ein Pfund Pfennige, die Strafgelder waren samt und sonders an den Stadtbau abzuführen. In den landesherrlichen Ordnungen lag der Strafsatz zum Teil erheblich höher. Nach den Ordnungen der Hutmacher (1510, 1560) konnte das Handwerk Strafen in Höhe von zwei bis zehn Gulden verhängen; der Erlös ging je zur Hälfte an den Landesherrn und an die Zunft. In der Ordnung der Müller (1600) ist keine Höchststrafe festgesetzt, strafte das Handwerk über einen Gulden, dann mußte ein Drittel der Strafe an den Landesherrn abgeführt werden. Andere Strafen als Geldstrafen durfte das Handwerk im 16. Jahrhundert nicht aussprechen. Insbesondere das Schmähen-, Auf- und Untreiben (der Meister wurde für unredlich erklärt, wocuh

1) Stadtgesetz 1554, 89.

2) Eine Maß Wein, rheinisch oder fränkisch, kostete 1559 in Amberg 18 bis 20 Pfennige, ein Viertel also 36 bis 40 Pfennige oder annähernd 10 Kreuzer (Stadtarch. Abg., Gewerbeakten 345); gemäß Ratserlaß von 1555 bezog ein Steinmetz- oder Maurergeselle als Sommerlohn 38 Pfennige (Stadtarch. Abg., Gewerbeakten 102).

die Gesellen und Lehrlinge zum Verlassen des Meisters veranlaßt werden) und das Handwerkslegen waren sowohl nach den Handwerksordnungen als auch nach dem Stadtgesetz von 1554¹ und der oberpfälzischen Landesordnung² verboten.

Ausweitungen der Gerichtsbarkeit des Handwerks wurden nicht geduldet. 1466 legten die Meister und Gesellen des Naglerhandwerks einem Meister das Handwerk; der Rat bestrafte die Meister mit Haft auf den Türmen und die Knechte mit Haft "im Loch"³. 1477 ließen die Viermeister des Schneiderhandwerks einen Schneider ins Loch legen; der Rat verurteilte sie zu einem Tag Haft auf einem Tor⁴. 1535 bestrafte das Schneiderhandwerk abermals einen Meister mit Gefängnis; der Rat ermahnte daraufhin ernsthaft das Handwerk "nicht mehr zu strafen, als ihr Brief erlaubt"⁵.

Alle vom Handwerk bestraften Personen hatten die Möglichkeit der Berufung beim Rat oder beim Stadtgericht.

Es bedarf keiner Erörterung, daß die Gerichtsbarkeit der Amberger Zünfte infolge der Beschränkung der Zuständigkeit und der Strafen wirtschaftlich ordnungsneutral war.

Die Finanzierung der Zunft geschah durch die eben besprochenen Strafgeelder, durch Gebühren (hauptsächlich beim Aufdingen, Freisprechen und Meisterwerden) und durch Beiträge (Aufleg- oder Umgeld).

Eine Gebühr beim Aufdingen (Vorstellen des Lehrlings beim Handwerk zum Zwecke der Bestätigung des Lehrvertrages) wurde nach den älteren Handwerksordnungen des 15. Jahrhunderts nur bei den Metzgern (1468) gefordert. Der neue Metzgerlehrling hatte ein halbes Pfund Pfennige an die Zunft zu geben. Bis zur Mitte des 15. Jahrhunderts findet sich dann nur noch in der Tuchmacherordnung (1531) eine Aufdinggebühr, nämlich 4 Groschen, die an die Knechte zum Vertrinken gegeben wurde. Ab der Sattlerordnung häufen sich die Aufdinggebühren; sie kamen nunmehr meist in die Lade oder Büchse und wurden nur mehr vereinzelt und dann nur zum Teil vertrunken. Die Auf-

1) Stadtgesetz 1554, 88.

2) Opf. Landesordnung 1598, 270.

3) Stadtarch. Abg., Bände 2.

4) Stadtarch. Abg., Bände 3.

5) Stadtarch. Abg., Bände 4.

dinggebühren lagen unter 1/2 Gulden bei folgenden Handwerken: Sattler 38 Pfennige, Schmiede 42, Gürtler 40, Seiler (1582) 60, Schreiner 60; bei 1/2 Gulden: Beutler, Drechsler, Rotgerber, Seiler (1573), Glaser, Schuhmacher (1615) und Müller (1600); über 1/2 Gulden: Wagner 276 Pfennige, Büttner 240 und Zirkelschmiede 480. Folgende Handwerke verlangten auch noch in der 2. Hälfte des 16. Jahrhunderts keine Aufdinggebühr: Schreiner, Hutmacher, Metzger (1565), Schwarzfärber, Zinngießer und Müller (1616). Auch Meistersöhne, die das väterliche Handwerk erlernten, hatten die Aufdinggebühren in vollem Umfang zu entrichten. Unter Vernachlässigung der unteren und oberen Grenzfälle ergibt sich für die Höhe der Aufdinggebühren in Amberg: sie lagen zwischen 1/4 und 1 Gulden mit dem häufigsten Gebührensatz von 1/2 Gulden.

Eine Gebühr für das Freisprechen (auch Ledigzahlen genannt; Vorstellung des ausgelernten Lehrlings beim Handwerk zwecks Beförderung zum Jungen oder zum Gesellen) findet sich bis zur Mitte des 16. Jahrhunderts in Amberg nicht. Die Schmiede (1555) sind die ersten, die eine solche Gebühr fordern. Das Ledigzahlen stellte sich auf weniger als 1/2 Gulden bei folgenden Handwerken: Schmiede 42 Pfennige, Drechsler 60, Rotgerber (1557) 80, Büttner 38, Seiler (1573) 40, Seiler (1582) 60; auf 1/2 Gulden: Müller (1600), Glaser, Schreiner und Schuhmacher (1615). Bei den Zirkelschmieden, einem besonders qualifizierten Handwerk, waren auch die bei dieser Gelegenheit anfallenden Kosten außergewöhnlich hoch; an die Zunftkasse gingen zwar nur 26 Pfennige, doch hatte der neue Geselle "den Meistern ein Mahl nach seinem Vermögen, jedoch ohne Überfluß" zu geben. Andererseits ist die Zahl derjenigen Handwerke, die auch noch in der 2. Hälfte des 16. Jahrhunderts keine Gebühren für das Freisprechen forderten, größer als die Zahl der Handwerke mit Aufdinggebühren: Beutler, Wagner, Schreiner, Hutmacher, Metzger (1565), Schwarzfärber, Zinngießer, Müller (1616) und Hafner. Bei zwei Handwerken wurden die Meistersöhne begünstigt; nach der Seilerordnung von 1573 waren die Meistersöhne gebührenfrei, während die Fremden 40 Pfennige zu entrichten hatten; nach der Glaserordnung ermaßigte sich die Gebühr für die Meistersöhne auf

60 Pfennige (Fremde 120). Das Ledigzahlen kostete also in Amberg (abermals unter Vernachlässigung der oberen und unteren Grenzfälle) zwischen $1/6$ und $1/2$ Gulden.

Die Geldgebühren beim Meisterwerden sind die ältesten überlieferten Gebühren des Handwerks Ambergs. Im Jahre 1420 übergab der Rat dem Handwerk der Lederer die Lohmühle zu Elbersdorf mit der Auflage, der Alhartschen Predigtstiftung Zins für freies Marktrecht und vier Gulden zu reichen. Dafür erhielt das Handwerk die Gnade, für das Meisterwerden einen Gulden zu fordern¹. 1457 erhielten die Schuhmacher im Zusammenhang mit der Stiftung von Fenstern für die neue Martinskirche vom Rat das Recht verbrieft, "als mit alter guter Gewohnheit auf ihrem Handwerk Herkommen ist", von den Fremden, die hier Meister werden wollten, einen Gulden zu fordern, den sie zukünftig den Pflögern der Kirche zur Verfügung stellen wollten². Im Jahre 1460 beschloß der Rat eine Mühle im Stadttinneren zu errichten und dieser die Lohmühle anzubauen³. Ein Jahr später übernahm der Rat Baulasten, Unterhalt und Zinsverpflichtungen (vier Gulden an einen Prediger) vom Handwerk und erhöhte die Gebühren Fremder für das Meisterrecht auf fünf Gulden, vier an den Rat und einer dem Handwerk⁴. Nach einem Eintrag im Stadtgesetzbuch von 1464 forderte die Stadt von Fremden, die Tuchmachermeister werden wollten, acht Gulden. Vorübergehend wurden dem Handwerk weitere zwei Gulden zugestanden⁵. Der Zahlungsgrund wird hier im städtischen Färberhaus zu sehen sein.

Nach den Handwerksordnungen waren weder bei den Schneidern (1446) noch bei den Schuhmachern (1450) Geldgebühren für das Meisterwerden eingeführt. Die Metzger (1468) verlangten von den Meistersöhnen 60 und von Fremden 120 Pfennige. Auch die Hutmacher bevorzugten die Meistersöhne mit 480 Pfennigen gegenüber den Fremden mit 960 Pfennigen, ebenso die Rotgerber (1557) mit 480 bzw. 720, die Metzger (1565) mit 240 bzw. 480, die Seiler (1573) mit 240 bzw. 480 und die Schuhmacher (1615) mit 480 bzw. 522. Nach der Seilerordnung

1) Stadtarch. Abg., Bände 319.

2) Stadtarch. Abg., Bände 321.

3) Stadtarch. Abg., Bände 2 und 3.

4) Stadtarch. Abg., Bände 241.

5) Stadtarch. Abg., Bände 241.

von 1582 wurden die Meistersöhne von dieser Gebühr befreit, bei den Fremden blieb es bei 480 Pfennigen. Keine Gebühr forderten die Bader (1485) und Zinngießer (1598), weil in beiden Handwerken keine Meisterprüfung verlangt wurde, ferner die Maurer und Steinmetzen, die ihre Meisterprüfung vor dem Rat ablegten. Auch bei den Sattlern (1552), Büttnern (1558) und Zirkelschmieden (1607) war das Meisterwerden gebührenfrei, wobei allerdings die Sattler und die Zirkelschmiede eine besonders aufwendige Bewirtung der Zunftgenossen durch den Jungmeister forderten. Die Meistergebühren der späteren Zeit vereinnahmte in der Regel die Zunft, nur bei den Hutmachern (1510 und 1560) gingen sie zur Hälfte an den Landesherrn und bei den Tuchmachern kassierte zwei Drittel die Stadt, die dem Handwerk das Färberhaus errichtet hatte, und ein Drittel die Zunft mit der Auflage der Verwendung für das Färberhaus. Demnach schwanken die Gebühren für das Meisterwerden bei den Meistersöhnen zwischen $\frac{1}{4}$ und 2 und bei den Fremden zwischen $\frac{1}{4}$ und 4 Gulden. Eine Ausnahmestellung nimmt das Schwarzfärberhandwerk ein, das nach seiner landesherrlichen Oranung von 1584 von den Meistersöhnen 9 und den Fremden 17 Gulden forderte.

Neben den Geldgebühren wurden von den Jungmeistern auch Sachleistungen gefordert, die hauptsächlich in Bewirtungen bestanden. Die erste Bewirtungsvorschrift findet sich bei den Tuchmacher (1531): der Jungmeister hatte das Handwerk zu einem Trunk, etwa im Werte von 60 Pfennigen, zu laden. Ein Meistermahl forderten im Werte von 2 Gulden die Beutler (1557) und die Hafner (1617); im Werte von 3 Gulden die Seiler (1582) und die Schwarzfärber (1584) für die Meistersöhne; in höherem Wert die Glaser (1607) mit 4 Gulden, die Schwarzfärber (1584) für die Fremden mit 5 Gulden und die Sattler (1552) mit 10 Gulden. Die Handwerke der Drechsler (1557), Wagner (1557), Büttner (1558), Metzger (1565), Seiler (1573), Gürtler (1582), Müller (1600), Zirkelschmiede (1607), Schuhmacher (1615) und Müller (1616) verlangten wohl ein Meistermahl und einen Trunk, bestimmten aber nicht den Wert, der sich "nach des Jungmeisters Ehren" oder "nach des Jungmeisters Vermögen" richten sollte. Auch in solchen Fällen

dürften sich die Kosten des Meistermahls in der Regel auf 2 bis 5 Gulden belaufen haben, da die hohen Forderungen der Sattler, zu denen sich noch die Zirkelschmiede mit ihrem Verlangen nach mehreren Umtrunken und Mahlzeiten gesellten, wohl als Einzelerscheinungen anzusehen sind. Folgende Handwerksordnungen enthalten keine derartigen Auflagen: Schneider (1446), Schuhmacher (1450), Metzger (1468), Hutmacher (1510), Rotgerber (1544), Maurer (1550), Steinmetzen (1550), Schmiede (1555), Rotgerber (1557), Schreiner (1560), Hutmacher (1560) und Zinngießer (1598). Die Bedeutung des Meistermahls wird aus der Tuchmacherordnung (1531) deutlich: die Meister veranstalten ein "Eepad", also eine Gesellschaft im Badhaus, die dem Jungmeister bestätigte, daß er nunmehr in den Rechten (Ee = $\mathfrak{E}$ = Recht) des Handwerks sei. Dieser Brauch zeigte sich schon im mittelalterlichen Handwerksrecht, das für die Handwerke zur Bestätigung ihrer Privilegien Umtrunke und Mahlzeiten, der damaligen Verfassung entsprechend mit ihren Herren, festsetzte¹.

Beiträge zur Zunft forderten die Metzger (1468) von ihren Gesellen in unbekannter Höhe. Auch die Bader (1485) kennen nur Beiträge der Knechte und Ehehalten, die sich im Jahr auf 13 Pfennige beliefen. Die anderen Handwerke zogen bis zur Mitte des 16. Jahrhunderts keine Beiträge ein. Nach den Ordnungen, die zwischen 1552 und 1617 ergingen, blieben weiter beitragsfrei: die Büttner (1558), Schreiner (1560), Hutmacher (1560), Zinngießer (1598) und Müller (1616). Folgende Handwerke erhoben für Meister und Gesellen gleiche Beiträge: die Sattler (1552) 48 Pfennige und die Seiler (1573 und 1582) ebenfalls 48 Pfennige. Bei den Schmieden (1555) waren die Beiträge der Meister mit 16 Pfennigen niedriger als die der Gesellen mit 26 Pfennigen; gleiches gilt für die Drechsler (1557) mit 16 bzw. 52 Pfennigen, Rotgerber (1557) mit 16 bzw. 26, Metzger (1565) mit 0 bzw. 12, Müller (1600) mit 0 bzw. 12, Schuhmacher (1615) mit 16 bzw. 52. Im Gegensatz dazu waren bei folgenden Handwerken die Beiträge der Gesellen niedriger als diejenigen der Meister: Beutler (1557) mit 0 bzw. 32, Wagner (1557) mit 0 und 20, Gürtler (1582) mit 0

1) Mahl und Umtrunk der Bäcker mit dem Stadtrichter, Umtrunk der Fleischer mit dem Zöllner (vgl. S. 50 ff.).

Handwerksgebühren

Bezeichnung	Meistersöhne			Fremde		
	von	Mittel	bis	von	Mittel	bis
Aufdinggebühr						
in Pfennigen	60	150	240	60	150	240
in Taglöhnen	1,5	3,8	6,0	1,5	3,8	6,0
Freisprechungsgebühr						
in Pfennigen	40	80	120	40	80	120
in Taglöhnen	1,0	2,0	3,0	1,0	2,0	3,0
Meisterwerden-Geldgebühr						
in Pfennigen	60	270	480	60	510	960
in Taglöhnen	1,5	6,3	12,0	1,5	12,8	24,0
Meisterw.-Sachleistung						
in Pfennigen	480	840	1200	480	840	1200
in Taglöhnen	12,0	21,0	30,0	12,0	21,0	30,0
Meisterwerden-insgesamt						
in Pfennigen	540	1110	1680	540	1350	2160
in Taglöhnen	13,5	27,3	42,0	13,5	33,8	54,0
in Wochenlöhnen	2,3	4,6	7,0	2,3	5,6	9,0

und 48, Schwarzfärber (1584) mit 24 und 48, Glaser (1607) mit 32 und 80, Schreiner (1607) mit 0 und 48, Zirkelschmiede (1607) mit 0 und 48, Hafner (1617) mit 52 und 76 Pfennigen. Bei den Meistern stellte sich der durchschnittliche Jahresbeitrag auf 40, bei den Gesellen auf 27 Pfennige. Die Beiträge der Meister gingen in die Zunftbüchse, die Beiträge der Gesellen wurden entweder in eine gemeinsame Meister- und Gesellenlade oder in eine besondere Gesellenbüchse gelegt.

Die in Amberg üblichen Handwerksgebühren sind hier zusammengestellt und zur Beurteilung ihrer Höhe in Tag- und Wochenlöhne umgerechnet (durchschnittlicher Taglohn eines Maurer- oder Steinmetzgesellen in Amberg in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts 40 Pfennige). Bei der Beantwortung der Frage, ob diese Gebühren nur leistungsdeckendes Ausmaß hatten oder ob sie aus Gründen ordnungspolitischer Manipulation (Erschwerung des Zugangs zum Handwerk) überhöht waren, ist zu berücksichtigen, daß die Gegenleistungen der Zünfte und der Stadt nicht nur in Verwaltungs- und Begutachtungsarbeiten während des Ausbildungsganges des jungen Handwerkers bestanden, sondern auch in der Bereitstellung gemeinsamer Produktionsstätten, in der Beteiligung an religiösen Stiftungen (s. Erläuterungen 3) und

in der Vermittlung einer gewissen sozialen Sicherheit. An gemeinsamen Produktionsstätten des Handwerks gab es in Amberg (s. Erläuterungen 12): die Lohmühle und die Lederwalke der Gerber und Schuster, das Färb- und Manghaus für die Tuchmacher und Färber, Schleifmühlen für Schleifer und Messerschmiede, das Schlachthaus für die Metzger, das Brothaus für die Bäcker und die Poliermühle für die Plattner und Harnischmacher. Schließlich enthalten nahezu alle Handwerksordnungen die Bestimmung, daß die Zunftgelder in Zeiten der Not für die Handwerksgenossen zu verwenden sind. Die Bäcker erwarben 1463 ein Häusel an der breiten Gassen zur Unterbringung ihrer kranken Gesellen¹. In diesen wirtschaftlichen, religiösen und sozialen Besitzstand trat also der junge Handwerker ein, der Meistersohn kraft Erbes (und mit niedrigen Gebühren), der Fremde durch Entrichtung von Gebühren. Die Bevorzugung der Meistersöhne (mit denen in der Regel jene Fremden gleichgestellt wurden, die Amberger Meistertöchter oder Meisterwitwen heirateten) bzw. die Benachteiligung der Fremden hat ihren Grund in der lokalen Finanzverfassung von Zunft und Stadt zur damaligen Zeit. Die Zusatzgebühren für Fremde waren in Amberg von verhältnismäßig geringer Höhe, was auch für die Bürgerrechtsgebühr gilt (vgl. S. 194), eine Abschließungstendenz kann daher nicht als weitere Begründung geltend gemacht werden.

Der größte Aufwand des Junghandwerkers, die Bewirtungskosten beim Meisterwerden, findet mit diesen Argumenten allerdings keine Erklärung. Trotzdem wird man mit dem Vorschieben wirtschaftlicher Gründe vorsichtig sein müssen. Einmal ist die alte Übung mit ihrem rechtlichen Hintergrund zu bedenken, dann aber auch die trink- und tafelfreudige Zeit.

Die normalen Amberger Gebührensätze des Handwerks werden nach diesen Abwägungen wohl noch als durch die Leistungen der Zünfte und der Stadt gerechtfertigt und für die Junghandwerker als unschwer aufbringbar, also als ordnungsneutral angesehen werden können (Gebühren für das Meisterwerden höchstens 7 bzw. 9 Wochenlöhne). Bei den Schwarzfärbern aber,

1) Stadtarch. Abg., Bände 2.

die mit 12 bzw. 22 Gulden (12 bzw. 22 Wochenlöhne) für das Meisterwerden völlig aus dem Amberger Gebührenrahmen fielen, wird das Bestreben, den Zugang zum Handwerk zu erschweren, sicher eine wesentliche Rolle gespielt haben. (Die Beiträge der Zunft brauchten wegen ihrer geringen Höhe nicht in diese Betrachtung einbezogen werden.)

Das Amberger Zunftrecht erfuhr also kurz nach der Mitte des 15. Jahrhunderts seine entscheidende Ausprägung, nachdem die Amberger Handwerke bereits einige Zeit als Zünfte angesprochen worden waren. Die drei ersten Handwerksordnungen (Schneider 1446, Schuster 1450, Metzger 1468) lassen die Entwicklung gut erkennen. Alle drei Handwerke haben bereits Zunftorgane und Selbstverwaltungsaufgaben. Die Schuster befinden sich aber noch auf einer früheren Stufe, die an die mittelalterliche Ämterverfassung erinnert: ihr Vorstand wird vom Rat bestellt. Schuster und Schneider besitzen noch keine Gerichtsbarkeit, sondern nur ein Klagerecht bei Rat und Gericht. Der Zunftzwang ist noch nicht eingeführt und das Recht auf Gebühren und Beiträge fehlt. Bei den Metzgern ist dann das Amberger Zunftrecht bereits voll ausgebildet; sie besitzen eine beschränkte Gerichtsbarkeit, den Zunftzwang und das Recht auf Gebühren und Beiträge. Daß auch die übrigen Handwerke, soweit sie ausreichend besetzt waren, in derselben Zeit die gleichen Rechte erhielten, zeigt der Ratsentscheid über die Gerichtsbarkeit der Handwerke von 1460/70.

Es ist kein Zufall, daß die Einführung des Zunftzwanges mit der Verleihung der Zunftgerichtsbarkeit zusammenfällt. Ebenso wie das Bürgerrecht gefordert wurde, um die Unterstellung unter das Stadtrecht herbeizuführen, mußte nunmehr die Mitgliedschaft bei der Zunft gefordert werden, um die Unterstellung unter die Zunftgerichtsbarkeit zu erreichen. Der Zunftzwang hat daher in Amberg seine Ursache im Bürgerzwang. Auch das Recht der Zunft auf Gebühren und Beiträge hat in entsprechenden Rechten der Stadt seine Vorläufer, wie sich beim Gerber- und Tuchmacherhandwerk ergab (vgl. S. 131). Zeigte sich das mittelalterliche Handwerksrecht Ambergs als abgetretenes stadtherrliches Recht (vgl. S. 54), so ist, in Fortsetzung der Delegation, das neuzeitliche Zunftrecht Ambergs aus abgetretenem städtischem Recht entstanden.

Die Prüfung des Amberger Zunftrechts hat ferner zu dem Ergebnis geführt, daß es regelmäßig keine Bestimmungen enthält, die auf eine Manipulation der Wirtschaftsordnung schließen lassen.

Zugang zum Handwerk, Betriebsgrößen

An Personen, die eine Handwerkslehre antreten wollten, wurden im 16. Jahrhundert folgende Anforderungen gestellt: Sie hatten eine "ehrliche" (eheliche) Geburt¹, die Abstammung von Eltern, die "zu Handwerken gemäß" waren, und einen einwandfreien Leumund für sich und ihre Eltern nachzuweisen². Im 15. Jahrhundert wurden diese Anforderungen nur an Meisterkandidaten gestellt, sodaß sich in dieser Zeit Personen, die diese Nachweise nicht führen konnten, wenigstens als Handwerksgejellen betätigen konnten. Nach Bestehen einer zwei- bis sechswöchigen Probezeit wurde der Lehrling vor der Mitgliederversammlung oder vor den Zunftmeistern des Handwerks aufgedingt.

Die Handwerksordnungen des 15. Jahrhunderts schweigen sich über die erforderlichen Lehrjahre aus. Im 16. Jahrhundert belief sich die Lehrzeit bei den meisten Handwerken auf drei Jahre. Mit zwei Jahren begnügten sich die Rotgerber (1544), Maurer (1550), Schmiede (1555), Wagner (1557), Büttner (1558) und Hafner (1617). Die Rotgerber erhöhten nach ihrer Ordnung von 1557 die Lehrzeit auf drei Jahre. Vier Lehrjahre forderten die Hutmacher (1510 und 1560), die Steinmetzen (1520), Gürtler (1582) und Zirkelschmiede (1607). Die Tuchmacher (1531) erhöhten für Lehrlinge, die das Lehrgeld nicht aufbringen konnten, die Lehrzeit von zwei auf drei oder vier Jahre, die Seiler (1582) von drei auf vier Jahre

- 1) Der Stadtpfarrer von Amberg hatte das vom Kaiser verliehene Recht, "diejenigen Männer und Weibspersonen, so einen Makel am ehrlichen Namen haben, solchen abzutilgen und darüber zu dispensieren". 1747 wird dafür die recht erhebliche Gebühr von 60 Mark gefordert, 30 an die Reichskammer, 30 an den Pfarrer (Stadtarch. Abg., Schreinerdepot).
- 2) Die Reichsgesetzgebung beschäftigte sich wiederholt mit der Zulassung von Lehrlingen zum Handwerk, die von Eltern mit unehrlichen Berufen abstammten; vgl. dazu Prösler, Handwerk und Reichsgesetzgebung.

(sonst ist in diesem Zeitraum vom Lehrgeld nicht die Rede). Löste ein Lehrling ohne genügende Gründe das Lehrverhältnis vorzeitig, so durfte er in diesem Handwerk die Lehre nicht mehr fortsetzen. Lagen die Gründe beim Lehrherrn, dann durfte dieser in der noch offenen Lehrzeit keinen anderen Lehrling beschäftigen. Nach Beendigung der Lehrzeit wurde der Lehrling auf Befürwortung des Lehrherrn "vor dem ganzen Handwerk freigesprochen", eine Gesellenprüfung gab es noch nicht. Die Vorschriften über die Lehrzeit galten für Meistersöhne und Fremde gleichermaßen.

In einigen Handwerken, in Amberg z. B. bei den Beutlern, Müllern, Schreibern und Schuhmachern, stiegen die freigesprochenen Lehrlinge nicht sofort zu Gesellen auf, sondern wurden zunächst zu Jungen ernannt. Der Unterschied zwischen Geselle und Junge wird bei den Schuhmachern deutlich. Der Schuhmacherjunge durfte nur im Zeitlohn arbeiten, er wurde also wohl zum Schuhflicken und zu Hilfsarbeiten bei der Neuarbeit eingesetzt; der Schuhmachergeselle hingegen arbeitete im Stücklohn¹.

Bestimmungen über die Gesellenjahre, die vor Ablegung der Meisterprüfung abzuleisten waren, finden sich ebenfalls erst in den späteren Ordnungen ab der Mitte des 16. Jahrhunderts. Die Schwarzfärber (1584) forderten von Meistersöhnen und Fremden nur ein Gesellenjahr, verlangten aber bekanntlich außergewöhnlich hohe Gebühren (vgl. S. 132). Die Gürtler (1582) sahen für die Meistersöhne keine Gesellenzeit vor, für Fremde aber zwei Jahre. Zwei Gesellenjahre für Meistersöhne und Fremde waren vorgeschrieben bei den Maurern (1550), Steinmetzen (1550), Wagnern (1557), Schreibern (1560), Müllern (1600 und 1616). Drei Gesellenjahre für Meistersöhne und Fremde forderten die Beutler (1557) und Glaser (1607). Die Schreiner (1607) verlangten von den Meistersöhnen drei Gesellenjahre, von den Fremden ebenfalls, wobei diesen aber nur dann die Prüfung abgenommen wurde, wenn seit dem letzten Prüfungstermin wenigstens zwei Jahre vergangen waren, sodaß eine Gesellenzeit von fünf Jahren erforderlich werden konnte. Entsprechend verfahren die Zirkelschmiede (1607), die für

1) Stadtarch. Abg., Gewerbeakten 111.

Meistersöhne vier, für Fremde vier bis sechs Jahre vorschrieben. Die Glaser (1607) regelten einheitlich: Meistersöhne und Fremde vier Gesellenjahre. Die längste Gesellenzeit war bei den Hutmachern (1560) und Schuhmachern (1615) mit sieben Gesellenjahren für Meistersöhne und Fremde festgesetzt. Einige Handwerke verlangten, daß die Gesellenjahre ganz oder zum Teil als Wanderjahre zugebracht wurden. Die Beutler (1557), Müller (1600 und 1616) und Glaser (1607) bestimmten, daß die gesamte Gesellenmindestzeit in der Fremde verbracht werden mußte, und zwar sowohl von den Meistersöhnen als auch von den Fremden. Die Schuhmachergesellen (1615) mußten von sieben Jahren Gesellenmindestzeit vier Jahre wandern, die Glasergesellen (1616) von vier drei (Meistersöhne und Fremde). Die Schreiner (1560), Schuhmacher (1615) und Glaser (1616) verlangten eine in Amberg abgeleistete Gesellenzeit, die Schreiner zwei Jahre, die Schuhmacher drei, die Glaser ein Jahr, einheitlich für Meistersöhne und Fremde. Die Gürtler (1582) forderten nur von den Fremden zwei Amberger Gesellenjahre. Die Amberger Gesellenjahre sind als Ausbau der unbestimmten Wartezeit der Schreiner und Zirkelschmiede zu einer fixierten Wartezeit anzusehen.

Es fällt auf, daß die Handwerke mit den längsten Mindestgehilfenzeiten, nämlich die Schuhmacher und Hutmacher mit jeweils sieben Jahren, ihre Ordnungen vom Landesherrn hatten. So verstärkt sich hier der Eindruck, der schon bei den Zunftgebühren aufkam, daß der Landesherr eher geneigt war, den Gruppeninteressen des Handwerks entgegenzukommen, vielleicht um das Handwerk dem Rat zu entfremden, vielleicht auch einfach deshalb weil die Landesherrlichen Beamten weniger mit der Materie vertraut waren.

Vergleicht man bei den Handwerken mit mehreren überkommenen Ordnungen die älteren und die jüngeren Bestimmungen über die Lehr- und Gesellenjahre, dann ergibt sich für die Rotgerber (1544 und 1577) eine Erhöhung der Lehrzeit von zwei auf drei Jahre, bei den Schreibern (1560 und 1607) eine Verlängerung der Gesellenzeit von zwei auf drei Jahre für Meistersöhne und Fremde, bei den Seilern (1573 und 1582) eine Aufstockung der Lehrzeit von drei auf bis vier Jahre Lehr-

geld) und bei den Glasern (1607 und 1616) ein zusätzliches Amberger Gesellenjahr, also eine Verlängerung der Gehilfenzeit von drei auf vier Jahre.

Trotz des unverkennbaren Trends zur Ausweitung der Lehr- und Gehilfenzeit wird man sagen können, daß Lehrzeiten zwischen zwei und vier Jahren (kein Amberger Handwerk kennt eine längere Lehrzeit) und Gehilfenzeiten zwischen zwei und fünf Jahren sachbegründet, d. h. für die handwerkliche Ausbildung erforderlich sind. Auch die gegenwärtig geltende Handwerksordnung schreibt drei bis vier Lehrjahre und drei bis fünf Gesellenjahre vor¹. Die lange Gesellenzeit der Hutmacher und Schuhmacher aber zielte sicher auf eine Erschwerung des Zugangs zum Handwerk ab.

Die Anforderungen an Ehre und Leumund des Junghandwerkers dürfen weder unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten noch nur mit den Augen der Zurückgewiesenen beurteilt werden. Es ist die religiös geprägte Standesehre des Handwerks zu berücksichtigen, die mit entsprechend harten Vorstellungen der übrigen Stände eine Einheit bildete. Hier liegt ein gesellschaftlicher Ordnungsfaktor vor, nicht aber ein wirtschaftlicher. Auch ein ökonomisches Nebenergebnis, nämlich eine Beschränkung des handwerklichen Nachwuchses, kann schwerlich unterstellt werden, da es wohl stets genügend "ehrlichen" Nachwuchs gab. Die Vorwältzung dieser Anforderungen vom Meisterkandidaten auf den Lehrling, die im 16. Jahrhundert vollzogen wurde, könnte mit der Entstehung eines eigenen Gesellenstandes zusammenhängen.

Es ist nunmehr zu prüfen, ob mit den Meisterstücken der Zugang zum Handwerk erschwert wurde, indem sie ausgeweitet und damit verteuert wurden oder aus alten Stücken bestanden, deren Unverkäuflichkeit den Kandidaten belastete, ohne dafür ausreichende sachliche Gründe zu haben. In den Amberger Handwerksordnungen ist über die Meisterstücke bestimmt:

1446 Schneider: Ein Meisterstück wird gefordert, es ist aber nicht beschrieben.

1450 Schuhmacher: Schneiden und Ziehen des Oberleders für acht Paar Schuhe, darunter Stiefel mit einem Nebenfalz, mit einem vorderem Falz, kälberne Stiefel, wie man sie für den

Markt macht, Bauernschuhe, dreigestückte Schuhe, gemeine Schuhe.

1468 Metzger: kein Meisterstück.

1485 Bader: kein Meisterstück.

1510 Hutmacher: Prälatenhut, Schnauppenhut, Bürgerhut nach Mode, ein Paar Socken, die über die Kniee hinaufreichen.

1531 Tuchmacher: kein Meisterstück.

1544 Rotgerber: kein Meisterstück.

1550 Maurer: Das Meisterstück bestand in "Frag- und Zeichenstücken" mit folgenden Themen: Erbauung von Häusern, Stadeln und Stallungen (besonders Gewölbe, Ecken, Türen, Fenster, Unterfangen alter Gemäuer).

1550 Steinmetzen: wie Maurer.

1552 Sattler: welscher Sattel, Reitsattel, Pfaffensattel, Köcher.

1555 Schmiede: aufs Waffenwerk eine breite Hacke, aufs Hufwerk ein Pferd aus dem Spital beschlagen.

1557 Beutler: zwei "gute Stücke" aus folgenden Stücken: Wolfenhandschuh, Handschuhe aus Otterpelz, aus weißen Balgen, gefingerte Frauenhandschuh, Mannswezk (Reisetasche), halber Manns- oder halber Frauenwezk, Frauenwezk, verschiedene Beutel; Ergänzung 1602: ein drittes Stück aus sechs neuen Waren, die jederzeit gewechselt werden können.

1557 Drechsler: eine Büchse oder ein Futter für drei Dutzend Teller, ein Schachspiel, ein umgehender Stuhl (Drehstuhl) mit einem gedrehten Geländer und zwei Scheiben, eine zu den Füßen, eine als Sitzfläche.

1557 Rotgerber: ein Kufen Häute, ein Kufen Felle.

1557 Wagner: ein Straßenwagen für vier Pferde, ein Straßenkarren, ein Pflug.

1558 Büttner: ein zwölfheimeriges Eichenfaß, ein vierheimeriges Eichenfaß oder einen Zuber, einen eichenen Brunneimer, eine Badewanne für zwei Personen.

1560 Schreiner: eine Truhe und ein Brettspiel; Meister-söhne nur ein Stück davon.

1560 Hutmacher: wie 1510.

1565 Metzger: ein Rind töten, ein halbes Rind aushauen, ein Schwein brühen und bereiten.

1573 Seiler: ein Kriegsseil aus Hanf, 60 Klafter lang, 50 Amberger Pfund schwer; ein gezwirntes Seil, 60 Klafter lang, 8 Amberger Pfund schwer; eine Wagenleine, 8 Klafter lang und 16 Pfund schwer; ein gezwirntes Seil, woraus ein Schweinesack zu stricken ist.

1582 Gürtler: "ein Senkel mit 28 oder 30 Schneiden und einem überworfenen Laub im Kasten; eine Gurtspangen mit elf Schneiden; ein vierfaches Nieteisen mit vier Nieten; ein messingen durchsichtigen Rinkchen und Senkel mit drei Jöden und zwei Pettschirrs in einem Trog verfaßt".

1582 Seiler: wie 1573.

1584 Schwarzfärber: drei leinerne Stücke färben, eines "gut bloh", eines grün, eines "gut bloh gemangt";, drei wollene Stücke färben, eines rot, eines "negelfarb", eines schwarz.

1598 Zinngießer: kein Meisterstück, nur Nachweis, daß man "genugsam berichtet" sei.

1600 Müller: "ein Chambrath, einen Rumpf, ein Paar Scheiben", zwei Steine aushauen und aufeinander richten; Meistersöhne ein Stück weniger.

1607 Glaser: ein Scheibenstück zu vier ganzen "ortter" Scheiben, welches halten soll 49 oder 56 ganze Scheiben, ins Winkelmaß gesetzt, die Bünde nach dem Zirkel aufgeteilt, sauber und rein abgelötet; ein verkehrtes Rautenstück mit sechs Spitzen zusammengekehrt; Meistersöhne nur ein Stück.

1607 Schreiner: wie 1560.

1607 Zirkelschmiede: ein Schneideisen mit Schrauben; ein Schraubenzirkel; einen geschraubten und zerlegten Hammer mit einem runden Schloß, einem Ausschnidmesser und einem Mitreisser; einen geschraubten und zerlegten Kloben mit dreifachem Gelenk; eine Zange mit einem runden Maul samt Eichel und Geißfuß; Meistersöhne nur zwei Stücke.

1615 Schuhmacher: Zwei Kuhhäute und zwei Kalbfelle sind zuzurichten, daraus sind die Schäfte von acht Paar Schuhen zu schneiden, darunter Krummotiefel und Bundschuhe; Landmeister nur vier Stücke nach freier Wahl; Ergänzung 1703: Offiziersstiefel aus Glanzleder, Reitstiefel aus Fuchtel, Frauenzimmerpantoffel usw.

1616 Müller: wie 1600.

1617 Hafner: einen Hafen, einen Essigkrug, ein Stock Kachel.

Eine Bevorzugung der Meistersöhne findet sich bei den Schreibern (1560 und 1607), Müllern (1600 und 1616), Glasern (1607), die ein Stück weniger anzufertigen hatten, und bei den Zirkelschmieden (1607), die von vier Stücken für Fremde nur zwei Stücke herstellen mußten.

Ein Teil der besonders umfangreich erscheinenden Meisterstücke reduziert sich bei näherem Zusehen, weil nur Entwürfe oder Teilarbeiten verlangt wurden, oder weil es sich um einen Katalog handelt, aus dem nur eine Auswahl anzufertigen war. Die Schuhmacher (1450 und 1615) hatten für acht Schuhmodelle nur das Oberleder vorzubereiten; es entfiel also das Nähen der Schäfte und die Bodenarbeit. Die Beutler (1557) verlangten aus ihrer Stückesammlung nur zwei, später (1602) drei gute Stücke. Die Schneider benannten nach einem Eintrag im Ratsprotokoll von 1546 ihr Meisterstück "furschnitt der materien"; auch deren Prüflinge besorgten also nur den Zugschnitt, wobei sie aus 20 Stücken zwei Stücke auswählen konnten¹. In diesem Handwerk war es auch gebräuchlich, wie sich aus der Schneiderordnung von Wernberg ergibt², Musterstücke in Form von Entwürfen auf einer Tafel anzufertigen, wobei in Wernberg aus einem Katalog von 15 Stücken³ 10 gute Entwürfe zu liefern waren. Auch in Amberg gab es Prüfungen ohne Materialaufwand, nämlich bei den Maurern und Steinmetzen, deren Meisterstück aus einem Zeichen- und Fragstück bestand⁴.

1) Stadtarch. Abg., Bände 5.

2) Stadtarch. Abg., Gewerbeakten 178.

3) Der Wernberger Stückerkatalog: 1) wie ein Priester vor dem Altar steht, 2) wie ein Fürst täglich gekleidet ist, 3) wie eine Fürstin und deren Frauenzimmer täglich gekleidet sind, 4) wie einer vom Adel und sein Knecht täglich gekleidet sind, 5) wie einer vom Adel mit zwei Knechten ins Feld zieht, 6) wie ein Bürger gekleidet ist, 7) eine Bürgerin, 8) eines Bürgers Sohn, 9) eine Tochter, 10) ein Zelt, 11) eine Turnierdecke, 12) ein Fuhrkittel, 13) eine Wagendecke, 14) ein bayerischer Mantel, 15) Zwickelmantel.

4) Das Zeichenstück, mit dem Hans Ortenberger im Jahre 1552 um sein Meisterrecht einkam, ist noch erhalten (Stadtarch. Abg., Admin. Akten 769). Es ist offensichtlich von der kurz vorher erbauten Regierungskanzlei inspiriert.

Manche Zünfte ließen sich die Änderung des Meisterstücks nach dem Wandel des Zeitgeschmacks angelegen sein. Die Schuhmacher haben 1615 ein gegenüber 1450 völlig verändertes Meisterstück und ändern es abermals im Jahre 1703. Das Meisterstück der Hutmacher (1510) enthält einen "Bürgerhut nach Mode", und die Beutler führten 1602 ein drittes Meisterstück ein, auszuwählen aus sechs neuen Artikeln, die jederzeit gewechselt werden können. Im Zusammenhang mit der Frage Meisterstück und Zeitgeschmack ist auch die Frage Prüfungsziel und Prüfungswert des Meisterstückes zu stellen. Prüfungsziel mußte doch offenbar sein, festzustellen ob der Kandidat Kenntnisse und Fertigkeiten besitzt, um sein Handwerk auf die Dauer unter Meisterung aller Entwicklungen ausüben zu können. Nicht abzustellen war daher bei der Prüfung, wenigstens nicht ausschließlich, auf momentane Erfordernisse, sondern auf Grundkenntnisse und Grundfertigkeiten, die die Beherrschung des jeweils Zeitgemäßen ermöglichten. Daraus ergeben sich für den Prüfungswert eines Meisterstückes die Maßstäbe, die, an Produkte des Zeitgeschmackes angelegt, durchaus nicht immer erfüllt wurden. So kommt es zu "klassischen" Meisterstücken mit ihrem dem Prüfungsziel gemäßen Prüfungswert.

Bei den Schuhmachern können die Materialkosten des Meisterstückes angegeben werden; sie benötigten zwei Kuhhäute und zwei Kalbfelle, die 1596 in Spitzenqualität insgesamt 5 Gulden 18 Kreuzer kosteten¹. Für einige andere Meisterstücke ist es möglich, die Verkaufspreise der entsprechenden Handwerkserzeugnisse zu nennen. Diese Preise umfassen auf das Meisterstück abgestellt neben den Ausgaben des Prüflings für Material auch eine Vergütung für seinen Zeitaufwand bei der Erstellung des Meisterstücks, soweit dieser durch die kalkulierten Löhne, Unkosten und Meistergewinne gedeckt wurde, Beträge die durch den Verkauf eines gelungenen Meisterstückes realisiert werden konnten. Um 1600 beliefen sich die Preise für einen Sattel je nach Ausführung auf 1 Gulden 45 Kreuzer bis 4 Gulden 30 Kreuzer. Somit werden sich die Verkaufspreise des Meisterstückes eines Sattlers (drei Sattel

1) Stadtarch. Abg., Gewerbeakten 45.

und ein Köcher) auf etwa 10 bis 12 Gulden gestellt haben. Wenn ein Beutler als Meisterstück ein Paar Handschuhe (24 bis 30 Kreuzer) und einen Ranz (30 bis 36 Kreuzer) wählte, dann belief sich der Verkaufspreis auf 1 bis 1 1/2 Gulden. Holz und Wagnerarbeit für einen Straßenwagen kosteten 6, für einen Straßenkarren 3 Gulden und für einen Pflug 24 Kreuzer, Verkaufserlös des Meisterstückes eines Wagners also 9 Gulden 24 Kreuzer. Die Büttner verlangten für ein zwölfeimeriges Eichenfaß 1 Gulden 24 Kreuzer, für ein viereimeriges Eichenfaß 40 Kreuzer (geschätzt), für einen Brunneneimer 16 Kreuzer und für eine große Badewanne 1 Gulden 25 Kreuzer, zusammen also 3 Gulden 45 Kreuzer¹. Nachdem die handwerklichen Kosten lohnintensiv sind, lagen die Ausgaben der Prüflinge erheblich unter den Verkaufspreisen der den Meisterstücken entsprechenden Handwerkserzeugnisse. Die bei den Schuhmachern anfallenden Materialkosten von 5 Gulden dürften daher nur bei wenigen Meisterstücken überschritten worden sein.

Wenn auch hier die Bestimmtheit der früheren abschließenden Aussagen nicht erreicht werden kann, weil das Zahlenmaterial zu dürftig ist, so werden die Ergebnisse (besonders umfangreich erscheinende Meisterstücke sind zum Teil auf Entwürfe, Teilarbeiten und Auswahlstücke reduziert, manche Zünfte paßten die Meisterstücke dem Zeitgeschmack an, die möglichen Berechnungen ergeben tragbare Belastungen) doch zu der Annahme berechtigen, daß in der Regel die Meisterstücke nach vornehmlich sachbedingten Gesichtspunkten (Nachweis der meisterhaften Beherrschung der Grundkenntnisse und Grundfertigkeiten) festgesetzt wurden. Selbstverständlich gab es auch hier Ausnahmen; so forderten die Wagner (1557) ein umfangreiches Meisterstück mit der Begründung: "damit das Handwerk nit gar so überlegt, sondern alle sich stattlicher erhalten möchten". In der Regel aber dürften die Meisterstücke ordnungsneutral gewesen sein.

Auch die Sperrfristen für die Wiederholung der Meisterprüfung stellten infolge ihrer Kürze kein Hindernis für die Selbständigmachung des Junghandwerkers dar; sie betrugen 1/4

1) Die Preise sind einem Preisverzeichnis des Amberger Handwerks vom Jahre 1596 entnommen (Stadtarch. Abg., Gewerbeakten 45).

Gesamtkosten des Meisterwerdens
(in Gulden oder Wochenlöhnen)

Bezeichnung	Meistersöhne			Fremde		
	von	Mittel	bis	von	Mittel	bis
Geldgebühr an Zunft	0,3	1,1	2,0	0,3	2,1	4,0
Sachleistung an Zunft	2,0	3,5	5,0	2,0	3,5	5,0
Material für Meisterstück	1,0	3,0	5,0	2,0	3,5	5,0
Bürgerrechtsgebühr an Stadt				3,0	4,0	5,0
Bruttokosten des Meisterwerdens	3,3	7,6	12,0	7,3	13,1	19,0
Erlös aus Verkauf des Meisterstückes	0,5	1,5	2,5	1,0	1,8	2,5
Nettokosten des Meisterwerdens	2,8	6,1	9,5	6,3	11,3	16,5

Jahr bei den Schuhmachern (1450), Schmieden (1555), Büttnern (1558) und Hafnern (1617), 1/2 Jahr bei den Hutmachern (1510), Beutlern (1557), Seilern (1573 und 1582), Schreibern (1607), Zirkelschmieden (1607) und Schuhmachern (1615).

Von den ersten Handwerksordnungen an wird der Erwerb des Bürgerrechts als Voraussetzung für die Eröffnung eines Handwerksbetriebes vom fremden Jungmeister gefordert. Die Bürgerrechtsgebühr war weder im ausgehenden Mittelalter (vgl. S. 55) noch in dieser Periode (vgl. S. 194) besonders hoch. Sie wird für fremde Handwerker in der Regel nicht über fünf Gulden betragen haben. Das Bürgerrecht konnte auch erheiratet oder durch siebenjährigen ununterbrochenen Dienst in Amberg erworben werden; die Zahlung in Raten war möglich. Kaufte sich der fremde Handwerker mit der Zunftgebühr beim Meisterwerden in den wirtschaftlichen, religiösen und sozialen Besitzstand der Zunft ein, so erwarb er mit der Bürgerrechtsgebühr Anteil an den städtischen Einrichtungen, Rechten und Leistungen. Es bedarf keiner Erläuterungen, daß die Bürgerrechtsgebühr durch die Gegenleistungen der Stadt gedeckt war, und daß der Stadt und der Zunft infolge der lokalen Finanzverfassung solche Forderungen gegenüber Fremden zustanden.

Damit ergeben sich als mittlere Gesamtkosten des Meisterwerdens in Amberg 6,1 (Meistersöhne) bzw. 11,3 (Fremde) Gulden, das entspricht 6,1 bzw. 11,3 Wochenlöhnen (1 Wochenlohn = 1 Gulden). Damit standen zwar die Junghandwerker, die in Amberg Meister werden wollten, vor erheblichen Aufwendungen, doch waren Gebühren und Kosten des Meisterwerdens nicht zu einem abweisenden System ausgebaut; Überhöhungen blieben vereinzelt.

Tuchmacher (1531) und Metzger (1565), die sich in Amberg selbständig machen wollten, mußten ein Vermögen von 40 bzw. 50 Gulden nachweisen. Bei beiden Handwerken ist der Grund dafür in der Rohstoffbeschaffung zu sehen. Die Amberger Tuchmacher standen in starker Konkurrenz mit kapitalkräftigen ausländischen Wollaufkäufern (vorallem aus Nürnberg); davon zeugen die zahlreichen Verordnungen über den Wollkauf in der Oberpfalz¹ und die Gründung einer Wollhandelsgesellschaft in Amberg (vgl. S. 89). Bei den Metzgern wollte man die Vieheinkäufe sicherstellen, eine Maßnahme die im Zusammenhang mit der Marktpolitik des Rates zu sehen ist (vgl. S. 177 ff.).

Für zwei Handwerke läßt sich die Entwicklung von Realgerechtigkeiten nachweisen, nämlich für Bäcker und Hafner. Im Jahre 1588 kaufte ein Bürger ein Haus in der Oberen Georgenstraße, wobei ihm der Rat in Aussicht stellte, daß er dort einen Backofen aufstellen und das Bäckerhandwerk ausüben dürfe, weil mit diesem Haus von alters her ein Feuerrecht verbunden sei². Die Zunft bestritt dieses Recht. Auch die Hafner mußten nach ihrer Handwerksordnung (1617) ein Haus mit Feuerrecht besitzen. Diese Realgerechtigkeiten sind also feuerpolizeilich begründet, nicht aber wirtschaftlich. Ein Haus mit einem Feuerrecht erfüllte eben alle Voraussetzungen, um darin ohne Brandgefahr ein größeres Feuer (für einen Backofen, Töpfer-Ofen) unterhalten zu können. Der Hinweis auf das Alter des Feuerrechts und das Verhalten der Bäckerzunft zeigen aber, daß das Handwerk versuchte, dieses Realrecht, das bei ausschließlicher Geltung feuerpolizeilicher Gesichts-

1) Vgl. Opf. Landesordnung 1598; Mandat über den Wollkauf vom Jahre 1545 (Stadtarch. Abg., Gewerbeakten 29).

2) Stadtarch. Abg., Gewerbeakten 192-197.

punkte beliebig oft durch entsprechende bauliche Vorkehrungen begründet hätte werden können, auf eine bestimmte Häuserzahl zu beschränken. Das ist den Bäckern aber nicht gelungen, wie ihre Betriebszahlen zeigen: im Jahre 1460 20 Betriebe, 1559 27, 1629 34. Die Realgerechtigkeiten der Bäcker und der Hafner waren also offene Realgerechtigkeiten, deren Schließung das Handwerk nicht durchsetzen konnte. Sonst fand sich im Handwerksbereich kein Hinweis auf die Ausbildung von Haus-Realgerechtigkeiten, wenngleich man sie auch für andere Handwerke mit feuergefährlichem Betrieb (Schmiede¹) vermuten möchte. Auch war in keinem Handwerk Ambergs zu dieser Zeit der Numerus Clausus eingeführt und keine Zunft war geschlossen.

Anderen Ursprungs sind die handwerklichen Realgerechtigkeiten auf dem Lande um Amberg. Sie entstammen der Arbeitsteilung zwischen Stadt und Land, die zu einem Numerus Clausus für die Landhandwerke führte. Bei der Erarbeitung der oberpfälzischen Landesordnung im dritten Jahrzehnt des 16. Jahrhunderts kamen Adel und Städte überein, daß ein Handwerk nur in denjenigen Hofmarken und größeren Dörfern ausgeübt werden dürfe, wo dies altes Herkommen sei, wobei nur jene Handwerke betrieben werden durften, die schon bisher üblich waren, und zwar jeweils nur mit einer Arbeitsstätte². Es ist leicht zu verstehen, daß sich unter solchen Beschränkungen dann im Dorf das "Schusterhäusl" und die "Schmiedstatt" entwickelten, an deren Besitz schließlich das Recht zur Ausübung des betreffenden Handwerks gebunden wurde, wobei aber der Handwerker auch die übrigen Anforderungen für die selbständige Ausübung des Handwerks erfüllen mußte.

Die Lehrlingszahlen wurden in einem Teil des Handwerks beschränkt durch Höchstzahlen und befristete Beschäftigungsverbote. In folgenden Handwerken durfte je Betrieb nur ein Lehrling beschäftigt werden: Schuhmacher (1450), Hutmacher (1510),

1) Kulischer berichtet nach Beck (Geschichte des Eisens) von den Nürnberger "Eheschmieden", weil sie meist durch die Ehe erworben wurden" (Kulischer, Wirtschaftsgeschichte, 1. Bd. 206). Die Bezeichnung wird aber wohl auf Eschmieden zurückgehen, also auf Schmiedstätten als Realgerechtigkeiten (vgl. Etaferne).

2) Hauptstaatsarch. München, Opf. Lit. 86; dazu Gartner, Landsassenfreiheit 14, 62, 64, 100.

Beutler (1557), Drechsler (1557), Rotgerber (1557), Wagner (1557), Büttner (1558), Gürtler (1582), Schwarzfärber (1584), Zinngießer (1598), Glaser (1607), Schreiner (1607), Schuhmacher (1615) und Hafner (1617). Befristete Beschäftigungsverbote für Lehrlinge finden sich erst in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts: Beutler 3 Jahre (1557), Drechsler 3 (1557), Rotgerber 2 (1557), Büttner 1 (1558), Schwarzfärber 1 (1584), Glaser 1 (1607) und Hafner 1 (1617). Das Lehrstellenangebot insgesamt dürfte damit nicht unter die Lehrstellennachfrage herabgesetzt worden sein. Bei 400 Handwerksbetrieben, 1 Lehrling je Betrieb, 3jähriger Lehrzeit errechnet sich ein jährliches potentiellcs Lehrstellenangebot von 133 Lehrlingen, das durch die Beschäftigungsverbote vielleicht auf 100 herabgesetzt wurde. Amberg hatte in dieser Zeit 5000 Einwohner, es interessieren hier aber nur diejenigen männlichen Geschlechts, also 2500. Geht man davon aus, daß ein Jahrgang solcher Jugendlichen mit 2,5% an der Gesamtbevölkerung beteiligt war, dann ergeben sich 63 Jugendliche. Das Handwerk Ambergs konnte also, von seiner rechtlichen Ausbildungskapazität aus gesehen, neben den Jugendlichen Ambergs (die ja gar nicht alle ins Handwerk wollten) noch eine beträchtliche Anzahl Jugendlicher aus dem Umland aufnehmen. Diese Regelungen beeinträchtigten also nicht das Lehrstellenangebot insgesamt, sie zielten vielmehr auf eine Verteilung der Lehrlinge auf möglichst viele Betriebe ab, dienten also der Nivellierung der Betriebsgrößen im Handwerk.

In folgenden Handwerken wurde die Betriebsgröße durch Gehilfenhöchstzahlen begrenzt: Schuhmacher 2 Gehilfen (1450), Beutler 2 (1557), Schreiner 2 (Nachtrag von 1570 in der Ordnung von 1560), Gürtler 3 (1582, bei Beschäftigung eines Lehrlings nur 2 Gehilfen), Schreiner 2 (1607), Schuhmacher 2 (1615, bei Beschäftigung eines Lehrlings nur 1 Gehilfe), Hafner 2 (1617). Die rechtlich gesetzte Betriebsgrößengrenze belief sich also in der Regel auf 4 Beschäftigte (1 Meister, 2 Gesellen, 1 Lehrling). Das bedeutet bei 400 Handwerksbetrieben 1600 potentielle Beschäftigte. Es bedarf keiner weiteren Berechnungen, daß diese Rechtsgrenze weit genug für Amberg gezogen war, um das handwerkliche Angebot insgesamt

nicht zu manipulieren, wobei freilich einzelne für die Nachfrage ungünstige Auswirkungen (z. B. Angebotsbegrenzung besonders leistungsfähiger Betriebe) denkbar sind. Der Rat scheint sich aber in solchen Fällen nicht gescheut zu haben, Ausnahmen zuzulassen. Dies zeigt die Genehmigung des Rates für einen besonders fähigen Schreinermeister, drei Gesellen zu halten, was natürlich zu heftigem Widerspruch der Zunft führte, der aber erfolglos blieb¹.

Auch auf eine Nivellierung der Betriebsgröße zielte die Bestimmung ab, daß neu ankommende Gesellen zunächst den Alleinmeistern zuzuweisen sind. So wird bei den Beutlern (1557), Drechslern (1557), Schreibern (1607) und Zirkelschmieden (1607) verfügt, daß die Gesellen dem Meister zugewiesen werden, der am längsten ohne Geselle war. Die Seiler (1573 und 1582) lassen zunächst dem Gesellen die Wahl, ist er unentschieden, dann gilt die eben dargestellte Regelung. Bei den Hafnern (1617) mußte der Geselle zu dem Meister, der sich am längsten darum beworben hatte. In nahezu allen Handwerksordnungen ist das Verbot enthalten, Gesellen abzuwerben. In der gleichen Weise, nämlich nivellierend, wirkte das generelle Verbot der Kundenwerbung. In einigen Handwerksordnungen wird dieses Ziel auch noch durch die Beschränkung des Angebots verfolgt. Bei den Hutmachern (1510) war bestimmt, daß keiner auf dem Markt mehr als zwei Reiser oder Stangen mit Ware behängen und keiner mehr als zwei Märkte an einem Tag besuchen dürfe. Jeder Sattler (1552) durfte auf dem Markt nur einen Stand belegen. In der Ordnungen der Drechsler (1557), Seiler (1573 und 1582) und Schuhmacher (1615) war das Feilhalten von Waren in Wirtshäusern und auf dem Land (ausgenommen Märkte) verboten. Das Angebot eines Hafners (1617) auf einem Jahrmarkt war beschränkt auf ein Fuder Hafnerware. Das "störender arbeiten" (Ausführung der Arbeit beim Kunden) war verboten bei den Seilern (1573 und 1582) und Schuhmachern (1615), also bei Handwerken die wegen der Transportfähigkeit ihrer Werkzeuge und Hilfsstoffe an sich ohne Schwierigkeiten beim Kunden hätten arbeiten können. Dabei waren bei den Seilern der Adel und die Hammerherren ausgenommen, bei den Schuhmachern

1) Stadtarch. Abg., Bände 5.

höhere kurfürstliche Beamte, Prälaten, Adel, Hammermeister und dazu auch die Bürger, letztere jedoch nur für den Lederzuzchnitt.

Auch gegen den Handel und Verlag von Handwerkerzeugnissen richteten sich verschiedene Vorschriften. In den Schuhmacherordnungen (1450, 1615) war bestimmt, daß kein Meister Schuhe von einem anderen Meister kaufen dürfe. Die Rotgerber (1557) durften für niemand Leder zum Verkauf wücken. Den Wagnern (1557) war untersagt, ein Rad an einen Schmied zu liefern, es sei denn verkauft oder vom Schmied bestellt. Die Schmiede andererseits beantragten, in ihre Handwerksordnung (1555) die Bestimmung aufzunehmen, daß es den Schleifern untersagt sei, auf der Schleifmühle Waffenwerk zu verkaufen. So begegnet man in Amberg in den Verbotsvorschriften allen damals üblichen Arten des Verlags des Handwerks: dem eigentlichen Handel (bei den Rotgerbern), dem Verlag kleinerer Meister durch kapitalkräftige Kollegen (bei den Schuhmachern) und dem Verlag durch jene Handwerke, die in der Endstufe der Produktion tätig und damit dem Konsumenten am nächsten waren (bei den Wagnern, Schmieden, Schleifern). Es gab aber auch in Amberg Handwerke, die über den Handel absetzten, nämlich die Hutmacher (1510) und die Beutler (1557), in deren Handwerksordnungen das Abwerben der Kaufleute verboten wurde. Und schließlich wurde noch das Handwerk der Blechzinner von der Zinnblechhandelsgesellschaft verlegt (vgl. S. 88). Doch der Verlag des Handwerks war in Amberg die Ausnahme, die Regel war sein Verbot. Für die meisten Amberger Handwerke bestand keine Verlagsaufgabe, weil sie keine überregionale Bedeutung hatten. Es ging daher bei den Amberger Verlagsregelungen in der Hauptsache darum, den Handwerker als Verleger von Handwerkern auszuschalten, so daß auch diese Vorschriften der Begrenzung der Betriebsgröße des Handwerks dienten bzw. ihre Umgehung hinderten.

Man kann im Hinblick auf die Gewerbefreiheit die Anforderungen, die für den Zugang zum Handwerk gestellt wurden, gliedern in solche, die sich auf die Person beziehen (personale Anforderungen), und in solche, die eine Sache zum Gegenstand haben (reale Anforderungen). Beide Forderungsbe-

reiche lassen sich weiter gliedern unter dem Gesichtspunkt, ob sie von der Person erfüllbar bzw. erwerbbar sind oder nicht. Bei den erwerbbaeren bzw. erfüllbaren Anforderungen ist schließlich darauf zu achten, ob sie sachbezogen gestaltet oder ordnungspolitisch manipuliert sind (nicht sachbezogene Erschwerung des Marktzuganges), eine Unterscheidung, die sich für die nicht erwerbbaeren bzw. nicht erfüllbaren Anforderungen erübrigt, da diese sowieso ordnungspolitische Manipulationen sind, soweit sie wirtschaftliche Bestimmungsgründe haben. Somit ergibt sich für die Anforderungen folgendes Schema:

A) Personale Anforderungen:

- 1) erwerbbarer Art (z. B. berufliche Fähigkeiten),
 - a) sachbegründet (z. B. drei Lehrjahre),
 - b) manipuliert (z. B. sieben Gehilfenjahre);
- 2) nicht erwerbbarer Art (z. B. ehrliche Geburt).

B) Reale Anforderungen:

- 1) erfüllbarer Art (z. B. Geldforderungen),
 - a) sachbegründet (z. B. feuerpolizeilich bedingte offene Realgerechtigkeiten),
 - b) manipuliert (z. B. Gebühren ohne Leistungsbezug);
- 2) nicht erfüllbarer Art (z. B. Numerus Clausus).

Für die Gewerbebefreiheit sind sachbegründete und erwerbbaere personale Anforderungen unschädlich, eben weil ihr sachdienlicher Erwerb jedermann möglich ist. Das Gros der personalen Anforderungen des Amberger Handwerksrechts ist hier einzuordnen (Lehrzeit zwischen zwei und vier Jahren, Gesellenzeit bis fünf Jahre usw.). Manipulierte personale Anforderungen sind in Amberg selten (sieben Gesellenjahre für Hutmacher und Schuhmacher).

Personale Anforderungen nicht erwerbbarer Art können, da diesbezüglich nur die ehrliche Geburt verlangt wurde, hier vernachlässigt werden, weil dafür nichtwirtschaftliche sondern moralische Kategorien maßgebend waren.

Schwierig ist die Beurteilung der sachbegründeten und erfüllbaren realen Anforderungen. "Erfüllbar" ist ein weiter

Begriff; erfüllbar von der Person ist die ganz geringe Geldgebühr, aber auch der Erwerb eines Hauses. Hier ist daher die Sachbegründung umso eingehender zu prüfen, je höher die geforderte Leistung war. Die einschneidendste Auflage war der Erwerb oder die Errichtung eines Hauses mit Feuergerechtigkeit durch die Bäcker und Hafner. Man muß dabei aber die Brandgefahr in den Städten zur damaligen Zeit berücksichtigen. Tatsächlich ist im 18. Jahrhundert ein Straßenzug Ambergs von einer Hafnerwerkstatt aus abgebrannt. Hier treten verschiedene Rechte in Konkurrenz: das Recht auf öffentliche Sicherheit und Schutz des Eigentums einerseits und die Gewerbefreiheit andererseits. Es bedarf keiner Begründung, daß die Gewerbefreiheit als das mindere Rechtsgut zurückzustehen hat. Auch die Vermögensnachweise der Tuchmacher und Metzger in Höhe von 40 bzw. 50 Gulden wird man als sachbegründet ansehen können, denn bei einsichtiger Beurteilung der wirtschaftlichen Verhältnisse würde ein Jungmeister auch ohne eine solche Vorschrift derartige Kapitalien angespart haben, weil sie als Betriebsmittel notwendig waren. Wenigstens bei den Metzgern erforderte es das öffentliche Interesse (Versorgung der Stadt mit Fleisch), sich nicht auf die Einsicht des Junghandwerkers zu verlassen. Bei der Beurteilung der Gebühren und anderen Sachleistungen dürfen keinesfalls heutige Zustände unterstellt werden; es sind vielmehr die lokalen Finanzverfassungen von Zunft und Stadt und die Gegenleistungen von Zunft und Stadt zu berücksichtigen. So gesehen sind die Handwerksgebühren Ambergs in der Regel als sachbegründet einzustufen. Vereinzelt finden sich aber auch überhöhte, also manipulierte Anforderungen (Gebühren des Meisterwerdens bei den Schwarzfärbern).

Reale Anforderungen nicht erfüllbarer Art (Numerus Clausus, geschlossene Realgerechtigkeiten) können hier außer Betracht bleiben, weil sie sich in diesem Zeitabschnitt für Amberg noch nicht zeigen.

Abschließend kann man sagen, daß das Amberger Handwerksrecht dieser Periode grundsätzlich nicht gegen die Gewerbefreiheit verstieß, daß es aber Ausnahmen gab. Die offenen Realgerechtigkeiten der Bäcker und Hafner beeinträchtigten

zwar die Gewerbefreiheit, sie sind aber das Ergebnis wichtigerer Rechtsgüter. Soweit sich Manipulationen zeigten, sind sie der Ausdruck von Gruppeninteressen, von denen die Ordnungspolitik Amberg zwar im großen und ganzen, aber eben doch nicht restlos frei gehalten werden konnte. Die festgestellte Anhebung der Anforderungen an die Jungmeister und die zunehmende Beschränkung des Umfangs der Handwerksbetriebe (Herabsetzung der Zahl der Gehilfen und Lehrlinge) im Verlaufe des 16. Jahrhunderts dürfte von der Krise des Bergbaus (vgl. S. 74 ff.) mit verursacht worden sein.

Auch im Handwerk waren der Gewerbefreiheit Grenzen gesetzt und zwar durch Gehilfen- und Lehrlingshöchstzahlen, Gesellenzuweisungen an Alleinmeister, Verbot der Kundenwerbung und des Verlags von Handwerkserzeugnissen. So ordnet sich auch das Handwerksrecht in die Wirtschaftsverfassung der Stadt Amberg ein, indem es vom Grundsatz der Gewerbefreiheit in Grenzen bestimmt ist.

Wirtschaftliche Bedeutung des Handwerks (Besonders: Einfluß von Bergbau und Eisenwirtschaft)

Es ist eine eigenartige Erscheinung, daß sich in Amberg, dem Zentrum der oberpfälzischen Eisenwirtschaft, keine umfangreiche Eisen- und Bleche verarbeitende Handwerksgruppe von überregionaler Bedeutung entwickelte. Bis ins 16. Jahrhundert hinein kann allein für die Schlosser eine solche Stellung angenommen werden, weil sie in Amberg ungewöhnlich stark vertreten waren, wie ein Vergleich mit München zeigt¹. Die Zahl der selbständigen Schlosser belief sich in Amberg auf 8 (1359), 10 (1460) und 12 (1548). In München zählte man für das Jahr 1500 bei 10800 Einwohnern 4 Schlosser, sodaß auf einen Schlosser 2700 Einwohner kamen. In Amberg kann man für die gleiche Zeit bei 4500 Einwohner 11 Schlosser ansetzen, das ergibt 409 Einwohner je Betrieb. Der Betriebsdichte nach befanden sich also in Amberg siebenmal soviel Schlosser wie in München. Verhältnismäßig stark vertreten war in Am-

1) Haenert, Preispolitik 184 f.

berg auch das Büchsenmacherhandwerk mit 6 Betrieben im Jahre 1548. Dies kann aber nicht der Eisenwirtschaft zugute gehalten werden, weil für dieses ungewöhnlich arbeitsintensive Handwerk der Rohstoff für die Standortwahl keine entscheidende Bedeutung haben konnte. Hier ist eher an den berühmten Büchsenmeister und Geschützgießer, den Amberger Martin Merz zu denken, der dieses Handwerk zur Blüte geführt haben konnte. Nicht ausgeschlossen soll werden, daß der eine oder andere Eisen verarbeitende Amberger Handwerker aus eigener Initiative den Handel in Nürnberg oder Regensburg belieferte, wie dies für einen Nagelschmied für das Jahr 1400 nachgewiesen ist, der den Runtingern zu Regensburg 560 Nägel gegen 66 Helbling verkaufte¹.

In den 30er Jahren des 16. Jahrhundert erfuhren die Blechzinner, indem sie von der Zinnblechhandelsgesellschaft verlegt wurden (vgl. S. 88), eine bedeutende Förderung. Die Zahl der Betriebe wuchs zwar nur von 3 auf 4 (1460 bzw. 1548), aber aus Kleinbetrieben wurden Großbetriebe nach damaligen Maßstäben. "Welcher Zinnpfannen jetzt vier allda sind, hat jede ihren Zinnblechmeister, und jeder vier oder fünf Gesellen, sind mehranteils Bürger und beweibt, welche Weiber auch fast ihre stete Arbeit mit dem Reiben und Abwischen der Bleche haben."² Das ergibt rund 40 Beschäftigte in diesem Handwerk. Bald darauf versuchte man das Handwerk der Messerschmiede mit Hilfe eines kaiserlichen Privilegs auszubauen. Kaiser Karl V. verlieh 1544 den Amberger und Neumarkter Messerschmieden ein Wappenschild zur Kennzeichnung ihrer Waren, erlaubte den Verkauf ihrer Erzeugnisse "allenthalben im Reich", gestattete neben den Meistern, "so in dem Gesetz gelernt, noch zehn Handwerker, so außer des Gesetzes gelernt", zuzulassen, und sicherte den selbständigen Handwerkern "außer des Gesetzes", ihren Gesellen und Lehrlingen die Gleichstellung mit den Meistern "in dem Gesetz" zu³. "Gesetz" meint die Handwerksordnung. Der Kaiser wurde hier aus zwei Gründen, einem vermeintlich förderlichen und einem notwendigen, bemüht: man erhoffte sich vom

1) Bastian, Runtingerbuch, 2. Bd. 346.

2) Schwaiger, Chronik 48 f.

3) Löwenthal, Urkundenbuch 64 ff.

kaiserlichen Warenzeichen einen unbehelligten Absatz im Reich, und man benötigte den Kaiser für die Gleichstellung der Handwerker "außer des Gesetzes", deren Zulassung zur raschen Belebung des Handwerks für erforderlich gehalten wurde; hier kam vermutlich ein kaiserliches Reservatrecht zum Zug, nämlich das Recht auf Legitimierung. Doch führte diese Privilegierung nicht zum gewünschten Ergebnis. Die Zahl der Messerschmiede nahm nur von 3 (1460) auf 4 (1548, 1550) zu; von einer Vergrößerung der Betriebe und einem Verfall des Handwerks ist nichts bekannt.

Hinter der Förderung der Blechzinner und Messerschmiede stand nicht der Rat sondern der Landesherr, nämlich Herzog Friedrich II. Der Vorgang gehört dem Entwicklungsplan Friedrichs an, der Amberg als eine "Gewerbs- und Handelsstadt" zum Ziele hatte (vgl. S. 86 ff.). Der Rat verhielt sich in diesem Zusammenhang zurückhaltend, zum Teil sogar ablehnend, weil er eine Störung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Nürnberg fürchtete. Zwischen der Oberpfalz und Nürnberg hatte sich eine Arbeitsteilung ausgebildet: Die Oberpfalz lieferte die Roh- und Halbfertigerzeugnisse ihrer Eisen- und Blechhämmer, und Nürnberg übernahm die Verarbeitung und den Handel. Diese Arbeitsteilung war für die Oberpfalz zweckmäßig, wenn nicht sogar notwendig, weil das Holzaufkommen der Oberpfalz gerade noch ausreichte, um die Holzkohle für die Hämmer bereitzustellen und den Bedarf an Grubenholz zu decken, wozu ja noch der gewöhnliche Holzbedarf (Bauholz, Heizungsholz, Handwerkerholz) kam. Die Ausbildung eines umfangreichen Eisen und Bleche verarbeitenden Handwerks mit dem Ziele überregionalen Absatzes hätte einen erheblichen zusätzlichen Holzbedarf zur Folge gehabt, der die Preise angehoben und Hammerwerke und Bergbau belastet hätte. Aus den gleichen Gründen hielt man die Blechhämmer in Grenzen. Der Rat beschränkte in den Hammerordnungen ihren Rohstoff, den Deichel (besonders gut gefrischtes Eisen, zwiegeschmolzenes Eisen), auf seinen Anfall als Kuppelprodukt beim Schmieden des Eisens und verbot die eigene Erzeugung durch nochmaliges Einschmelzen des gewöhnlichen Eisens¹.

1) Reß, Oberpfälzische Eisenindustrie 50.

Die oberpfälzische Eisenwirtschaft hat demnach in Amberg aus begründeter Zurückhaltung nur ein eisenverarbeitendes, die Schlosser, und ein blechverarbeitendes Handwerk, die Blechzinner, als Veredelungsgewerbe bedeutenderen Umfangs hervorgebracht.

Doch Bergbau und Eisenwirtschaft haben in anderer Hinsicht stark befruchtend auf das Amberger Handwerk eingewirkt. Zahlreiche Handwerke waren mit Zulieferungen und Dienstleistungen für Bergbau, Eisenwirtschaft und deren Transportwesen tätig.

Die Handwerke, die solchermaßen für den Bergbau beschäftigt waren, zeigen sich in den Bergrechnungen. Die Bergbaugesellschaft der Kastner und Plech¹ stellte den "gemeinen Nutzen" von zwei Wörken (1536, 1542) dar und führte dabei auch die Zahlungen an die Handwerke auf. Danach erhielten die Schmiede 732, Schlosser und Sporer 95, Seiler 796, Sattler 125, Lederer 330, Balgmacher 91 und Drechsler 22 Gulden; ergibt insgesamt 2191 Gulden. In den Abrechnungen des städtischen Bergbaus² für die Zeit 1591/97 sind folgende Ausgaben an die Handwerke enthalten: Lederer (190 Kalbfelle, 50 Roßhäute, 300 Ochsenhäute) 1246, Büttner (Wasserrässer, Bergfässer) 199, Balgmacher 204, Seiler (reiner Arbeitslohn, da der Hanf von der Stadt gestellt wurde) 646, Schmiede (Korbklammern, Nägel, Lohn an Schmiedknechte) 1873, Schlosser 320, Sporer 198 (auch den eisenverarbeitenden Handwerken wurde das Material gestellt), Sattler 316, Riemer 250, Hafner 30, Glaser 17, Drechsler (Spindel, Schmalzbüchsen) 34, Wagner 103, Schreiner 38 und Bader (für kranke Bergleute) 98 Gulden; zusammen 5590 Gulden. In beiden Abrechnungen stecken in gemischten Konten noch viele kleinere Zahlungen an Handwerker. So lieferte ein Glockengießer mehrere Glocken zum An- und Ausläuten der Arbeitszeit, ein Maler fertigte drei Sonnenuhren und ein Uhrmacher verkaufte eine mechanische Uhr. Aus der Bergkasse wurden für das Steueramt acht Siebenerbecher, davon vier vergoldet, für 136 Gulden von einem Goldschmied (1581) gekauft³. Die Seiler, deren Zulieferungen zum Bergbau

1) Stadtarch. Abg., Bände 406.

2) Stadtarch. Abg., Rechnungen XIV, 10 a.

3) Stadtarch. Abg., Rechnungen XIV, 2.

Transportbedarf des Bergbaus
und der Eisenwirtschaft in der Oberpfalz

Jahr	Transportvolumen in Zentner	Fuhrwerke bei ganzjährigem Einsatz
1387	1 325 200	775
1475	2 719 000	1560
1545	2 300 360	1490
1581	2 251 600	1450
1609	2 326 560	1500

eben nachgewiesen wurde, dürften ihr Meisterstück, das aus einem Hanfseil, 60 Klafter lang und 50 Pfund schwer, einem gewirnten Seil, ebenso lang und 8 Pfund schwer, bestand, auf ihre Zulieferungen zum Bergbau abgestellt haben, der bis zu einer Tiefe von 50 Klaftern betrieben wurde.

Die Amberger Balgmacher, die sich eben als Lieferanten der Hufschmiede für die Berpferde zeigten, hatten ihre hauptsächlichen Abnehmer in den Hammerwerken. Die von Wasserkraft betriebenen Blasbälge der oberpfälzischen Hammerwerke, die beim Schmelzen des Erzes und Schmieden des Eisens eingesetzt wurden, zählten zu den technischen Eigenheiten dieses Wirtschaftszweiges. Nach dem Eid- und Gesetzbuch (um 1460)¹ mußten die Balgmacher beschwören: 1) niemanden in ihrem Handwerk zu unterweisen ohne Erlaubnis des Rates, 2) auf Verlangen des Rates einer Person das Handwerk getreulich und nicht verbergend zu lernen, 3) Bälge, Balgbretter und Balgleder nur an solche Hammermeister und Hutkapfer zu verkaufen, die des Rates Erlaubnis zum Erwerb besitzen (Voraussetzung dafür: Bezug des Erzes in Amberg oder Sulzbach; Versicherung, keine Balgware weiter zu verkaufen). Als Gegenleistung erklärte sich der Rat bereit, bei der Eintreibung der Außenstände den Balgmachern behilflich zu sein. Jeder Balgmacher erhielt bei der Eidesleistung von der Stadt 30 Gulden, ein nicht unerheblicher Betrag, der auf die Bedeutung des zu hütenden Geheimnisses hinweist.

F.M. Reß² errechnete den enormen Transportbedarf für Erze,

1) Stadtarch. Abg., Bände 241.

2) Reß, Oberpfälzische Eisenindustrie 96.

Betriebsdichte der Transportgewerbe

Handwerk	Amberg		München		Faktor der Betriebsdichte
	Zahl der Betriebe	Einw. je Betrieb	Zahl der Betriebe	Einw. je Betrieb	
Sattler	5	900	6	1800	2,0
Schmiede	16	281	20	540	1,9
Sporer	5	900	6	1800	2,0
Wagner	11	409	10	1080	2,6

Holzkohle, Bergholz, Eisen und Bleche in der Oberpfalz. Da ein erheblicher Teil dieser Transporte Amberg zum Ausgangspunkt, Durchfahrtsort oder Ziel hatte, müssen die Lieferungen und Dienstleistungen des Amberger Handwerks für das Transportgewerbe einen erheblichen Umfang gehabt haben. Ein Vergleich der Besetzung der einschlägigen Handwerke in Amberg und in München um 1500 ergibt, daß sich die Betriebsdichte der für das Transportgewerbe arbeitenden Handwerke in Amberg auf das 1,9 bis 2,6fache gegenüber München belief, wobei in Betracht zu ziehen ist, daß diese Handwerke wegen des Salzhandels auch in München überdurchschnittlich besetzt gewesen sein mußten. Der Vergleich der handwerklichen Betriebszahlen von Amberg und München weist noch auf ein weiteres Handwerk hin, das in Amberg besonders stark vertreten war: die Büttner. Die Zahl ihrer Betriebe betrug in Amberg 1359 10, 1460 15, 1548 30, während es in München um 1500 nur 11 Büttner gab. Die Zahl der Amberger Büttner hat sich also zwischen 1460 und 1548 verdoppelt, eine Vermehrung, die sonst nicht erreicht wurde. Bei den Büttnern denkt man zuerst an den Faßbedarf der Bierbrauer, und tatsächlich hat die Bierbrauerei im fraglichen Zeitraum einen ungewöhnlichen Aufschwung genommen. Auch ist bereits bekannt, daß die Büttner für den Bergbau arbeiteten. Nun ist aber noch anzuführen, daß die 1534 gegründete Zinnblechhandels-gesellschaft ihre Waren "in Faßlein eingeschlagen"¹ versandte. Der Bedarf der Zinnblechhandels-gesellschaft wird die außergewöhnliche Vermehrung der Büttner erklären, die zur gewöhnlichen, vom Bergbau und Bierbrauen verursacht, hinzukam.

1) Schwaiger, Chronik 49.

Nun soll versucht werden mit einer Statistik der Betriebszahlen des Handwerks, die von der Mitte des 14. Jahrhunderts bis zum Ausgang des 18. Jahrhunderts reicht, den Einfluß von Bergbau, Eisenwirtschaft und Folgegewerben auf das Handwerk darzustellen. Der Untersuchungszeitraum muß hier auf das 17. und 18. Jahrhundert, die sonst hier nicht untersucht werden, ausgedehnt werden, da diese praktisch bergbaulosen Jahrhunderte zum Vergleich benötigt werden. Zuvor einige Anmerkungen zu dieser Statistik: Vier der sechs verwendeten Reihen, nämlich diejenigen von 1359, 1460, 1548 und 1650, sind der Schenkelschen Chronik entnommen, die 1817 veröffentlicht wurde. Die Reihe von 1548 konnte mit den zeitgenössischen Angaben M. Schwaigers verprobt werden, wobei sich keine nennenswerten Abweichungen ergaben. Die Reihe von 1650 wurde mit den Handwerkerzahlen der Steueranlage von 1629 verglichen; die Abweichungen gehen nicht über das Maß hinaus, das Zeitabstand und Zeitverlauf erklären. Für die Reihen von 1359 und 1460 müssen Schenkl Unterlagen zur Verfügung gestanden haben, die heute nicht mehr greifbar sind. Die Reihe von 1762 wurde einer Herdstättenbeschreibung entnommen. Löwenthal lieferte die Reihe von 1800; er führt die Zahl der Handwerker im Zusammenhang mit der Obmannschaft über die Zünfte an, wobei einige kleinere Handwerke fehlen, weil es für sie keine Zünfte gab. Diese Handwerke wurden nach ihrer Besetzung in zeitlich benachbarten Reihen (1791, 1805) zugeschätzt. Die Betriebszahlen einer Handwerksbranche, nämlich Bau und Ausbau, sind problematisch. Dort sind unter Maurer und Zimmerer nur die Stadtbau- und Stadtzimmerermeister aufgeführt, also diejenigen Meister, denen neben der Leitung ihrer Betriebe auch die öffentliche Funktion der Bauaufsicht oblag. Daneben gab es aber auch noch Maurer und Zimmerer, die selbständig dieses Gewerbe ausübten, indem sie insbesondere auf dem Reparaturssektor und bei Kleinbauten tätig wurden. Diese brauchten nicht Meister zu sein, sind daher in den Archivalien auch nicht als selbstständige Handwerker zu erkennen. Aus diesen Gründen fehlt Bau und Ausbau in der Darstellung der Handwerksbranchen. Bei den Handwerksgruppen und beim Handwerk insgesamt wurden sie nicht ausgeschieden, weil ihre geringe Besetzung (8-15 Betriebe)

Betriebszahlen ausgewählter Handwerke

Handwerksbranche/Handwerk	1359	1460	1548	1650	1762	1800
<u>Metall</u>						
Blechzinner		3	4	2		
Schmiede	10	14	18	12	6	7
Schlosser	8	10	12	5	4	6
Sporer	5	6	4	2		
Metall insgesamt	23	33	38	21	10	13
<u>Holz</u>						
Büttner	10	15	30	17	11	6
Wagner	10	12	9	6	3	4
Holz insgesamt	20	27	39	23	14	10
<u>Bekleidung, Textilien, Leder</u>						
Rotgerber	9	10	13	6	6	6
Sattler	4	6	4	5	4	4
Bekleidung usw. insgesamt	13	16	17	11	10	10
<u>Sonstige Handwerke</u>						
Balgmacher	2	2	3	1		

den Trend nicht stört. (Die Statistik aller einzelnen Handwerke wird im Anhang gebracht.)

Daß Amberg über eine schon im 14. Jahrhundert einsetzende, gut brauchbare Handwerksstatistik verfügt, dürfte auf M. Schwaiger zurückzuführen sein, der in seiner Chronik damit den Anfang machte und zum Vorbild aller späteren Chronisten wurde.

Zunächst soll die zahlenmäßige Entwicklung derjenigen Handwerke verfolgt werden, deren Verflechtung mit dem Bergbau und der Eisenwirtschaft bereits bekannt ist. Im Jahre 1650 haben sich gegenüber 1548 auf etwa ein Drittel reduziert die Schlosser und Balgmacher, auf etwa die Hälfte die Blechzinner, Büttner und Rotgerber, auf zwei Drittel die Schmiede und Wagner; die Sattler nehmen 1650 und 1762 eine Sonderstellung ein: sie konnten ihren Bestand halten. Die für 1650 festgestellte Verminderung der Handwerksbetriebe entspricht annähernd der Verminderung der Bevölkerung Ambergs im gleichen Zeitraum von

5000 auf 3000¹. Die Schrumpfung des Bergbaus und der Eisenwirtschaft hatte sich 1650 offenbar noch nicht voll ausgewirkt, wahrscheinlich weil man noch immer an die Möglichkeit einer nachhaltigen Belebung glaubte. Doch wenig später, als man das Darniederliegen von Bergbau und Eisenwirtschaft als endgültig ansehen mußte, muß eine große Abwanderung eingesetzt haben, die einerseits durch den hohen Anteil noch nicht ortsgebundener Neubürger an der Bevölkerung Ambergs² erleichtert und andererseits durch den allgemeinen **kriegsbedingten** Mangel an tüchtigen Gewerbetreibenden gefördert wurde. Deswegen wird man auch die Betriebszahlen des Handwerks von 1762, die anschließend besprochen werden, schon für kurze Zeit nach 1650 als geltend anzusehen haben.

Die Handwerke der Blechzinner und Balgmacher sind nun ganz eingegangen. Auf ein Drittel der Betriebszahlen der Vorkriegszeit sind geschrumpft die Schmiede, Schlosser, Büttner und Wagner; nur die Rotgerber konnten den Betriebsbestand von 1650 halten. Lediglich die Büttner und Sattler sind im 14. und 18. Jahrhundert von gleicher Zahl, alle anderen hier behandelten Handwerke sind nach dem Krieg schwächer besetzt als im 14. Jahrhundert.

Im weiteren wird die Entwicklung der Betriebszahlen nach Handwerksbranchen verfolgt. Es versteht sich nunmehr von selbst, daß die Branchen Metall und Holz vor dem Krieg den stärksten Zugang (1548: 157 bzw. 178%, Basisjahr stets 1359) und nach dem Krieg den stärksten Abgang (1762: 57 bzw. 75%) hatten. Die Branche Bekleidung, Textilien, Leder, deren Vorkriegszuwachs am geringsten war (1548: 124%), ist die dritte Branche, die nach dem Krieg unter den Stand von 1359 zurückfiel (83%). Den beiden übrigen Branchen blieb ein solcher Tiefstand erspart; die sonstigen Handwerke sanken nach ihrem Höchststand von 154 (1548) auf 114 (1762, 1800) ab, in der Branche Nahrungsmittel stieg die Zahl der Betriebe nach 1650 sogar auf 170 (1762) bzw. 165% (1800) an, nachdem sie zwischen 1548 und 1650 nur um zwei Punkte (von 144 auf 142%) zurückgegangen war.

Um die Auswirkungen von Blüte und Verfall des Bergbaus und der Eisenwirtschaft auf das Handwerk zusammenfassend zu zei-

1) Dollacker, Geschichte.

2) Dollacker, Geschichte.

Betriebszahlen des Handwerks nach Gruppen und Branchen

Handwerksgruppen/ Handwerksbranchen	1359	1460		1548		1650		1762		1800	
	ZdB	ZdB	I	ZdB	I	ZdB	I	ZdB	I	ZdB	I
<u>Metall, Holz</u>											
Metall	53	71	134	83	157	54	102	30	57	40	75
Holz	32	42	131	57	178	36	113	24	75	21	66
Gruppe insgesamt	85	113	133	140	165	90	106	54	64	61	72
<u>Andere Handwerke</u>											
Bau, Ausbau	8	9	113	9	113	11	138	11	138	15	188
Bekleidung, Textilien, Leder	114	141	124	143	125	124	109	95	83	121	106
Nahrungsmittel	37	44	119	53	143	52	141	63	170	61	165
Sonstige Handwerke	35	47	134	54	154	46	131	40	114	40	114
Gruppe insgesamt	194	241	124	259	134	233	120	209	108	237	122
<u>Handwerk insgesamt</u>	279	354	127	399	143	323	115	263	94	298	106

ZdB= Zahl der Betriebe; I= Index der Betriebszahlen, 1359= 100%.

gen, wurden die Handwerke in zwei Gruppen eingeteilt, Metall und Holz - Andere Handwerke, und mit den Betriebszahlen des gesamten Handwerks verglichen. Die Handwerksgruppe Metall und Holz erreichte nach steilem Anstieg 1548 ihren Höchststand mit 165% und fiel dann jäh auf 106 (1650) und 64 (1762) ab. Die Anderen Handwerke erreichten nach mäßiger Zunahme 1548 ihren Höchststand mit 134%, nahmen dann aber nur auf 120 (1650) und 108 (1762) ab. Der Index der gesamten Handwerke liegt natürlich in der Mitte. Auch er bringt den Niedergang des Handwerks zum Ausdruck, indem er ausweist, daß noch im Jahre 1762 das Handwerk schwächer besetzt war (94%) als im Jahre 1359. Die Zahl der gesamten Handwerksbetriebe stellte sich auf 279 (1359), 354 (1460), 399 (1548), 323 (1650), 263 (1762) und 298 (1800).

Ein Vergleich der Betriebszahlen des Handwerks im 16. und 18. Jahrhundert läßt die Auswirkungen von Blüte und Verfall des Bergbaus und der Eisenwirtschaft quantitativ ermitteln. Bei 5000 Einwohnern zählt man für 1548 399 Handwerksbetriebe, das entspräche für 1762 bei 4500 Einwohnern¹ 359 Handwerksbetrieben; tatsächlich gab es nur 263. Es fehlen also rund 100 Betriebe, woraus

1) Destouches meldet für kurz nach 1803 4785 Einwohner Ambergs (Destouches, Statistische Beschreibung, Tabelle nach S. 70).

sich ergibt, daß früher etwa jeder vierte Handwerksbetrieb von Bergbau und Eisenwirtschaft getragen wurde. Der Einfluß von Bergbau und Eisenwirtschaft war aber noch wesentlich stärker, als es die Betriebszahlen ausweisen, weil die Zahl der Beschäftigten im 16. Jahrhundert größer war als im 18. Jahrhundert; man denke nur an die 40 Beschäftigten der vier Blechzinner-Betriebe. Mangels Unterlagen sind dazu keine Berechnungen möglich.

Die Kastner und Plech verweisen bei der Darlegung des gemeinen Nutzens ihres Bergwerks auf ihre Zahlungen an Bergmeister und Bergknechte (10640) und Erzbauern (14303), auf ihre Einkäufe von Pferden, Futter und Bergholz (8846, zusammen 33789 Gulden) und erläutern den Fluß der Gulden: "Die kommen mehrenteils dem Landvolk zu gut erstlich, nachmals von ihnen wieder unter die Bürgerschaft, als Wirten, Krä-mern, Tuchern, Schneidern, Schustern, Wagnern, Schmieden, Büttnern, Badern."¹ Die Ergebnisse der Untersuchung des Handwerks können daher auch auf die übrigen Wirtschaftszweige (Brau- und Gaststättenwesen, Handel) übertragen werden.

1) Stadtarch. Abg., Bände 406.

Marktverfassung

Für diesen Zeitraum reichen die Quellen aus, um die Marktverfassung der Stadt Amberg zu untersuchen, also den Regeln für das Zusammentreffen von Angebot und Nachfrage nachzugehen. Dies geschieht in drei Abschnitten: Sicherung des Leistungswettbewerbs, Preisrecht und Preispolitik.

Sicherung des Leistungswettbewerbs

Rechtes Maß und Gewicht waren die Grundvoraussetzung für ein reelles Angebot. Das Amberger Eichrecht ist im Eid- und Gesetzbuch (um 1460) gesammelt. Das Längenmaß (Elle) mußte aus Eisen bestehen, der Stadt Maß und Länge haben und mit dem Zeichen der Stadt als Beweis seiner Prüfung versehen sein. Für die Gewichte war als Material Messing, Kupfer und Eisen zugelassen, auch sie mußten das Zeichen der Stadt tragen. Silber- und Goldgewichte bedurften des Zeichens der Stadt Regensburg. Der Pfänder hatte das Ladamt, das bei besonders wichtigen Waren für Zahl, Maß und Gewicht zuständig war. So oblag dem Pfänder als Ladbeamten das Messen von "mitler goltsch" und "Leynbat" und die Aufsicht beim Laden von Eisen. Das Messen des Erzes kontrollierte der vereidigte Erzmesser. Im Jahre 1555 bestellte der Rat eine Kommission aus Ratsmitglie'deren und geschworenen Eichern, die alle Amberger **Hohlmaße** (Getreide-, Mehl-, Hopfen-, Erz-, Salz-, Kohlenmaße), Längenmaße und Gewichte untersuchte und einen Bericht darüber erstellte¹. 1597 verfügte der Landesherr die Einschaltung des Landrichters in die Maß- und Gewichtskontrollen². Erst 1759/64 wurde das bayerische Maß- und Gewichtssystem in Amberg und in der Oberpfalz eingeführt³.

Qualität und Menge der Waren wurden durch die Beschau geprüft. Besonders wichtig war die Beschau der Güter des täglichen Bedarfs. Es sollen daher als Beispiele für die Warenbeschau in Amberg die Beschauordnungen für Brot, Fleisch, Fische, Tuche, Leinen, Schneiderwaren, Leder und Schuhe kurz

1) Löwenthal, Urkundenbuch 86 ff.

2) Löwenthal, Urkundenbuch 119 f.

3) Stadtarch. Abg., Admin. Akten 173.

besprochen werden.

Die Bäcker verkauften in ihren Läden und auf den Brotbänken. Nach dem Eid- und Gesetzbuch wurde die Brotbeschau täglich vor Verkaufsbeginn in den Läden für das ganze Brot durchgeführt. Hierbei wurden Gewicht und Qualität geprüft. Brot mit zu geringem Gewicht wurde angeschnitten und dann zu $\frac{2}{3}$ an die Armen ins Spital und zu $\frac{1}{3}$ an den Pfänder gegeben. Die Brotbeschau wurde von vereidigten Brothütern durchgeführt. Spätere Vorschriften besagen, daß Brot nur mit Sauerteig gebacken werden durfte, nicht aber mit Hefe, die als der Gesundheit nicht förderlich angesehen wurde. Hefebrot wurde mit 10 Gulden bestraft und ging an die Schulen und Lazzarette (!)¹. Da sich die Bäcker wiederholt über die Gewichtsprobe beschwerten: "uns trifft immer der Schaden, zu wenig Gewicht dann Strafe, zu hohes Gewicht dann Verlust", wurde 1557 verfügt: "Es sollen allemal 5 Pfennigsemmel, 5 Wecken und 2 Leib Brot bei der Schau zusammen gewogen werden; sodann dieselben das Gewicht erlangen, soll der Bäcker unsträflich sein"².

Die Beschauordnung für Fleisch wurde Metzgerzüge genannt. Das erinnert an das Nürnberger Rugamt, welches aber eine allgemeine Aufsichtsbehörde und Gerichtsstanz für das ganze Nürnberger Handwerk war³. Der hauptsächliche Inhalt der Metzgerzüge nach dem Eid- und Gesetzbuch: 1) Viehbeschau im Schlachthaus oder schon vorher; 2) Verkauf von unreinem Fleisch, Strafe 60 den. und 1 Jahr Handwerk ledig; 3) wissentliches Zutreiben von reudigen Schafen, 60 den. und 1 Jahr Handwerk ledig; 4) Verkauf von Fleisch, das am Donnerstag übrig bleibt, am Samstag, ist zwischen Ostern und Michaeli (Sommer) verboten; 5) Verkauf von gewässerten Lamm- oder Kitzbäuchen, 12 den.; 6) Ausschnitt vom zum Fleisch gehörigen Speck, 24 den.; 7) alles ist nach der Wage zu verkaufen, Zähne dürfen nicht mitgewogen werden, 36 den.; 8) Würste sind wohl zu hacken und gut zu machen, wie es altes Herkommen ist, Rinderdarme dürfen nicht verwendet werden, 12 den.; 9) die

1) Stadtarch. Abg., Gewerbeakten 192.

2) Stadtarch. Abg., Gewerbeakten 192, 207.

3) Sachs, Metzgergewerbe 23 f.

Rügen sind allmonatlich dem Pfänder mitzuteilen. Die Metzger-
rüge wurde von zwei vereidigten Metzgern "und anderen", wohl
Ratsmitgliedern "gepflegt". Vom Jahre 1580 ist eine Neufas-
sung der Metzgerzüge überkommen: 1) Ausschnitt von feisten
Fleisch nach der Beschau, 5 Gulden; 2) Schlachten von schad-
haftem Vieh ohne Beschau, 3 Gulden; 3) Schlachten ohne Be-
schau, je Rind 60, Kalb 15, Schaf 10, Lamm 5 Kreuzer; 4) Ver-
kauf "nach der Hand" (ohne zu wiegen), je Pfund 2 Pfennige;
5) Abschröttlein (Knochensplitter) in der Wage, 3 Pfennige;
6) falsches Gewicht, nach Schwere des Verbruchs. Die Durch-
führung der Metzgerzüge oblag nun zwei Ratsmitgliedern und
zwei Fleischbeschauern im Beisein des Pfänders¹.

Die Beschau der Fische war auf tote Fische beschränkt,
weil nur deren Fleisch verdorben sein konnte. Sie umfaßte
neben einheimischen Süßwasserfischen auch Heringe und andere
gesalzene Fische, die nach Amberg vom Haidensee (Nordsee?²)
und Purzensee (Ostsee?³) kamen. Schlechte Ware mußte verbrannt
werden, nicht allzu schlechte Ware durfte nicht "im Lande des
gnädigen Herrn" verkauft, konnte also wieder ausgeführt wer-
den.

Bereits der Rohstoff der Tuchmacher, die Wolle, unterlag
nach dem Eid- und Gesetzbuch der Beschau, die eine Nebenauf-
gabe des darauf vereidigten Gewandstreichers (Tätigkeit:
Tuche "gleiche streichen") war. Die Erzeugnisse der Tuch-
macher oder Wollweber waren nach Gängen und Fäden genormt
(z.B. Kerntuch 40 Gänge und 16 Fäden, gemeines Tuch 36 Gänge
und 16 Fäden, Loden 25 Gänge und 20 Fäden). Für das Kerntuch
durfte keine grobe Wolle verwendet werden. Alle Tuche wurden
vor dem Färben beschaut. Verstöße gegen die Norm- und Quali-
tätsvorschriften wurden mit einem Pfund Pfennigen bestraft;
das Strafgeld ging an den Stadtbau. Tuche, die bei der Be-
schau bestehen konnten, wurden gezeichnet (Kerntuch 2, ge-
meines Tuch 1 Zeichen), schlechten Tuchen wurden die "Ohren"
abgeschnitten. Das Zeichnen der Tuche oblag dem Zeichen-
meister. Auch die Arbeit der Leinweber wurde beschaut, jedoch
nicht gezeichnet. Von auswärts angelieferte Tuche wurden

1) Stadtarch. Abg., Admin. Akten 2021.

2) Haidensee: von der Heide, die der Nordsee vorgelagert ist?

3) Purzensee: Prussensee?

ebenfalls beschaut. Ungezeichnete Tuche aus Orten, die zeichneten, durften in Amberg überhaupt nicht gehandelt werden. Der Verkauf von Teucker war nur bei folgender Herkunft gestattet: lampertisch (lombardisch), pernisch (Bern, Schweiz), lindisch (London, England) und cyprisch (Zypern), bei Strafe von 20 Gulden an den Stadtbau.

In der Handwerksordnung der Schneider (1446) ist verfügt, daß die Viermeister alle Hosen und Joppen, die "auf den Verkauf" gemacht werden, beschauen mußten (also nicht bestellte Ware). "Ungerechtes Schneiderwerk von Bürgern und Fremden" übergaben die Viermeister dem Pfänder, der die Sache vor den Rat zur Verhandlung brachte.

Die Beschaukommission für Leder und Schuhe war mit Gerbern und Schuhmachern besetzt. Alles Leder, die Schuhe, soweit sie auf dem Markt verkauft werden sollten, unterlagen der Beschau bei einer Strafe von 24 den. je Haut, 12 je Fell und 4 je Paar Schuhe. Falsches Leder wurde verbrannt, "nicht gar so böses" durfte nicht in der Oberpfalz verkauft, konnte also ausgeführt werden (Regelung wie bei den Salzfischen). Das Streichen von Leder und der Verkauf gehefteter Felle und Häute war bei einer Strafe von 12 bzw. 14 und 48 den. verboten. Mit einer Strafe von 12 den. wurde geboten, alles Leder vor dem Färben zu "smerben" (schmieren). Die Schuhe wurden wöchentlich auf dem Leisten beschaut. Besonders wurde darauf geachtet, daß Sohlenleder mit Unschlitt und Oberleder mit Schmer behandelt wurden bei einer Strafe von 60 bzw. 12 Pfennigen. Die Lederer wurden angewiesen zu gerben, "als vor Jarn und von altem Herkommen ist". Die Strafgelder gingen zur Hälfte an die Stadt und zu je einem Viertel an die geschworenen Meister und den Pfänder. Von den vier Beschau-meistern mußten wenigstens drei (zwei Schuster und ein Lederer) an der Beschau teilnehmen. Ein Beschauemeister brauchte sich bei eigenen mangelhaften Erzeugnissen nicht selbst anzuzeigen, "das soll ihm auch an seinem Eid nicht schaden". Seine Waren sollten die übrigen Beschauemeister prüfen und erforderlichenfalls anzeigen. Bei der Beschau durfte der betroffene Handwerksmeister nicht anwesend sein. Die Handwerksordnungen der Schuhmacher (1450, 1615) enthalten detaillierte

Beschauordnungen für Schuhe, und für das Gerberhandwerk ist aus dem Jahre 1524¹ eine Beschauordnung überkommen.

Die Beschaukommissionen für die Grundnahrungsmittel wurden also von Ratsmitgliedern und Beamten (Brothüter, Fleischbeschauer) gebildet. Sonst erfüllte diese Aufgaben das Handwerk in Selbstverwaltung durch seine geschworenen Beschaumeister, denen der Pfänder zur Seite stand.

Das Gewicht der Geldbußen, die nach dem Eid- und Gesetzbuch verhängt wurden, läßt sich mit Hilfe von Lohnsätzen, die die gleiche Quelle enthält, abschätzen. Um 1460 stellte sich der Taglohn eines Gesellen des Bauhandwerks auf 17 bis 20 Pfennige (dazu eine Morgensuppe). Die niedrigste Einzelstrafe der Metzgerzüge belief sich auf 12, die höchste auf 60 den.; bei den Lederern schwankte die Geldstrafe zwischen 12 und 48, bei den Schuhmachern zwischen 4 und 60 Pfennigen. Das entspricht bei den Metzgern 0,67 bis 3,33, bei den Gerbern 0,67 bis 2,67 und bei den Schuhmachern 0,22 bis 3,33 Taglöhnen. Stellt man dazu noch die Wertminderung bzw. den Verlust der Ware in Rechnung, dann kann man die Strafen der Warenbeschau als empfindlich und damit wirksam bezeichnen. (Das den Metzger angedrohte Handwerkslegen für ein Jahr ist hier nicht berücksichtigt, weil es nicht für Ordnungswidrigkeiten angedroht wurde sondern für Straftaten, die eine Gefahr für die Gesundheit von Menschen und Tieren heraufbeschworen.) Die Praktizierung der strengen Beschauordnungen beweisen die zahlreichen Buchungen von Beschaustrafen in den Stadtkammerrechnungen.

Aus dem Eid- und Gesetzbuch und aus den anderen einschlägigen Quellen ergibt sich, daß die Warenbeschau in Amberg sich auf sämtliche Waren erstreckte, die dort für den Verkauf hergestellt oder gehandelt wurden. Es wurden sowohl Erzeugnisse des Handwerks als auch Handelswaren und landwirtschaftliche Produkte geprüft, unabhängig davon, ob sie in Amberg hergestellt, von Amberger Verbrauchern erstanden oder weitergehandelt wurden. Nur bestellte Handwerksprodukte waren von der Beschau ausgenommen, wie sich bei den Schneidern und Schuhmachern zeigte. Die Marktware unterlag ausnahmslos der Beschau.

1) Stadtarch. Abg., Admin. Akten 336.

Den Metzgern waren als ausschließliche Verkaufsstätten die Fleischbänke zugewiesen, die sich zunächst auf der Krambrücke (früher Fleischbrücke) befanden, in deren Nachbarschaft (beim Badhaus an der Fleischbruck) sich das alte Schlachthaus befand, das 1478 verkauft wurde. Später waren die Fleischbänke in der Fleischbankgasse aufgebaut, die zum neuen Schlachthaus führte¹. Die fremden Metzger verkauften auf den Fleischbänken auf der Wart bei der Spitalkirche; sie durften nach dem Eid- und Gesetzbuch am Eritag (Dienstag) und Samstag feilhalten. Die Bäcker konnten Brot und Mehl in ihren Läden und auf den Brotbänken "unter dem Rathaus" anbieten. Ein Bäcker, der zwar zuhause verkaufte, seine Bank aber nicht belegte, wurde mit 12 den. Strafe belegt. Die Angebote der übrigen Handwerke wurden bei allen Marktveranstaltungen nach Warenarten zusammengefaßt. Auf diese Weise erleichterte man die Marktaufsicht und ermöglichte die Kontrolle, ob nur beschaute Ware verkauft wurde. Außerdem stellte man für den Verbraucher ein übersichtliches Angebot bereit.

Die Warenbeschau und die Sorge für rechtes Maß und Gewicht waren demnach eine generelle Vorzensur aller Marktwaren im Gegensatz zur antragsgebundenen Nachzensur nach heutigem Recht (**Mängelrüge**). Die Beschau diente der Sicherstellung des Leistungswettbewerbs, indem sie den Anbieter hinderte, sich "z. B. mit den Mitteln der Täuschung, des Betrugs, der Diskriminierung ... dem **Leistungszwang** des Marktes zu entziehen, um Erwerbschancen mit möglichst geringen eigenen Leistungen zu verwirklichen."² Die räumliche Konzentration gleicher Marktangebote stützte den Leistungswettbewerb zusätzlich durch die Vermittlung der Markttransparenz für den Verbraucher.

Preisbildung

Die Preise für die wichtigsten **Nahrungsmittel**, also für Meinl, Brot, Fleisch und Fische, wurden in Amberg durch die

1) Stadtarch. Abg., Bände 3, fol. 212.

2) Hensel, Marktordnung 165.

Obrigkeit festgesetzt. Im Eid- und Gesatzbuch (um 1460) sind folgende Preise genannt: 2 Semmel 1 den., 2 lange Röcklein 1 den., das andere Brot 2 den., bei einer Strafe von 36 Pfennigen; 1 Pfund Schweinefleisch 2 Pfennige, Stier- und Bockfleisch je Pfund 1 Heller billiger als Kuhfleisch, bei einer Strafe von 4 den. Fischesätze wurden erst etwas später eingeführt. Alle Preissätze wurden zunächst allein vom Inneren und Äußeren Rat beschlossen¹. 1597 verfügte der Landesherr die Zuziehung des Landrichters².

Für das 16. Jahrhundert stehen genügend Unterlagen zur Verfügung, um die Mehl- und Brotpreisbestimmung zu untersuchen. Die Sätze für Mehl und Brot wurden nach Maßgabe der Getreidepreise, die sich grundsätzlich frei auf dem Markt bildeten, aufgestellt. Den Marktpreis des Getreides ließ der Rat durch seine Marktknechte feststellen. Zur Ermittlung des Weizenmehlsatzes wurden dem Preis für ein Viertel Weizen eine "Provision" für den Müller in Höhe von 7 1/2 Kreuzern zugeschlagen. Dieser Betrag wurde auf Metzen feines Weizenmehl und 2 Metzen Boll (Weizenmehl schlechterer Qualität³) verteilt. Beispiel: Weizenpreis 2 Gulden und 52 1/2 Kreuzer, Provision 7 1/2 Kreuzer, zu verteilender Gesamtbetrag 3 Gulden; Preis für 1 Metzen feines Mehl 32 Kreuzer, bei 4 Metzen 128 Kreuzer, Preis für 1 Metzen Boll 26 Kreuzer, bei 2 Metzen 52 Kreuzer, ergibt zusammen 3 Gulden. Für Roggenmehl wurde nur der Preis für 1 Viertel festgesetzt. Er bestimmte sich aus dem Preis für 1 Viertel Roggen zuzüglich 7 1/2 Kreuzer Provision. Die Taxierung des Brotes erfolgte bei festen Preisen durch Änderung des Brotgewichtes. Dafür dürften pädagogische Gründe maßgebend gewesen sein: stets sollten die Bürger vor Augen haben (im wörtlichen Sinn), wie es um die Brotversorgung stand. Die Mehlpriessätze und die Brotgewichte wurden in der Regel an acht Terminen im Jahr neu festgesetzt, nämlich an Lichtmeß, Mittfasten, Wallburgis, Sonnenwenden, Laurentius, Michaeli, Martini und Weihnachten.

Der Stadtrat verwendete für die Brotgewichtsermittlung einen tabellarischen Brottarif. "Auch ist anno 1557 den Brot-

1) Vgl. Ratsbücher.

2) Löwenthal, Urkundenbuch 119.

3) Schmeller 386.

schauern eine abgerechnete Brotordnung, den Läufen des Getreidekaufes und dem Gewicht nach zu schauen, furgeschrieben worden."¹ Neben diesem Brottarif finden sich noch solche von 1560 und 1598². Diese drei Brottarife sind in ihrem äußeren und inneren Aufbau völlig gleich, die Gewichte erfuhren geringfügige Änderungen. Wegen des Anstiegs der Getreidepreise in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts mußten die Tarife um einige Getreidepreisklassen und um teurere Brotklassen (Pfennigsemmel statt Hellersemmel) ergänzt werden.

Die Brottarife haben folgende Gliederung: Wert des Getreides, Gewicht einer Semmel zu 1 Pfennig, Gewicht 5 solcher Semmeln, Gewicht eines Weckens zu 2 Pfennigen, Gewicht 5 solcher Wecken, Gewicht eines Leibes zu 6 Pfennigen, Gewicht zweier solcher Leibe. In der Spalte Wert des Getreides sind Geldwerte im Abstand von jeweils 3 Kreuzern, 3 Pfennigen eingetragen, zuerst (1557) von 22 1/2 bis 90 Kreuzer, später (1598) von 45 bis 180 Kreuzer. Den Geldwerten sind in den folgenden Spalten die Brotgewichte der verschiedenen Brotsorten zugeordnet. Die Gewichte von mehreren Broten (5 Semmeln, 5 Wecken, 2 Leibe) wurden angeführt, weil diese Anzahl bei der Brotbeschau zusammen gewogen wurde, um kleinere Gewichtsschwankungen einzelner Brote auszugleichen. Die anzuwendende Klasse der Spalte "Wert des Getreides" bestimmte sich aus den jeweiligen Weizen- und Roggenpreissatzen, die mit den Weizen- und Roggenmehlanteilen der jeweiligen Brotart gewichtet wurden. Für die Semmeln durfte nur Weizenmehl, für die Wecken 4/5 Weizen- und 1/5 Roggenmehl und für die Leibe 1/3 Weizen und 2/3 Roggenmehl verwendet werden. Ein Beispiel für die Anwendung der Brottabellen: Weizenpreis einschließlich Provision 90 Kreuzer, Roggenpreis einschließlich Provision 60 Kreuzer; Wert des Getreides für Semmeln 90 Kreuzer, demnach Gewicht einer 1-Pfennig-Semmel 3 Lot; Wert des Getreides für Wecken 4/5 von 90 und 1/5 von 75 Kreuzern, ergibt 87 Kreuzer, demnach Gewicht eines 2-Pfennig-Weckens 9,25 Lot; Wert des Getreides für Leibe 1/3 von 90 Kreuzern und 2/3 von 75 Kreuzern, ergibt 80 Kreuzer, demnach Gewicht eines

1) Schwaiger, Chronik 43.

2) Stadtarch. Abg., Gewerbeakten 192, Admin. Akten 737.

Amberger Brottarif
(erlassen 1598, renoviert 1687, gültig bis 1762)

Wert eines Viertels Getreide in Kreuzern	Gewicht der 1 Pfennig Semmel in Lot	Gewicht des 2 Pfennig Wecken in Lot	Gewicht des 6 Pfennig Leibes in Lot
45	6	18	76
48,75	5	16,50	72
52,50	5	15,50	65
56,25	4,75	14	60
60	4,50	13,50	57
63,75	4,25	12,50	53
67,50	4	12	50
71,25	3,75	11,25	48
75	3,50	10,75	45
78,75	3,25	10,25	43
82,50	3,25	9,75	41
86,25	3	9,25	39
90	3	9	38
93,75	2,75	8,75	36
97,50	2,75	8,25	35
101,25	2,50	8	33
105	2,50	7,50	32
108,75	2,25	7,25	31
112,50	2,25	7	30
116,25	2,25	6,75	29
120	2,25	6,75	28
123,75	2	6,50	27
127,50	2	6,25	26
131,25	2	6	26
135	2	6	25
138,75	1,75	5,75	24
142,50	1,75	5,50	23
146,25	1,75	5,50	22
150	1,75	5,25	22
153,75	1,75	5,25	21
157,50	1,50	5	20
161,25	1,50	5	20
165	1,50	4,75	19
168,75	1,50	4,75	19
172,50	1,50	4,50	18
176,25	1,50	4,50	18
180	1,50	4,50	17

6-Pfennig-Leibes 43 Lot.

Wie kam man nun zu den einzelnen Brotgewichten im Brottarif? Zunächst ließ der Rat Mahl- und Backproben durchführen. Dabei ergab sich, daß z. B. aus dem Mehl eines Viertels Weizen 70 Pfund Semmelbrot gebacken werden konnte. Weiter wurde davon ausgegangen, offenbar in Anlehnung an die zum Teil noch

immer übliche Naturalentlohnung des Bäckers, daß ein Teil des Backergebnisses die Getreidekosten, der Rest die übrigen Kosten des Bäckers zu decken habe. In den Erläuterungen zu den Brottabellen von 1557 und 1560 heißt es: "Dieser Abrechnung nach gibt der Bäcker der Gemeinde aus einem Viertel Weizen 33 Pfund und 24 Lot Semmelbrot, so verbleiben ihm als Gewinn 36 Pfund und 8 Lot Semmelbrot und dazu die Kleie." Die Ergebnisse der rechnerischen Auswertung des Brottarifes enthält die Zusammenstellung: Brotgewichte und Brotstückzahlen.

Brotgewichte und Brotstückzahlen

Text	Wert eines Viertels Getreide in Pfennigen			
	180	360	540	720
<u>Semmelbrot</u>				
Gewicht eines 1-Pfennig-Semmel nach dem Brottarif	6	3	2	1,5
Zahl der 1-Pfennig-Semmeln, die den Wert 1 Viertels Getreide vergüten	180	360	540	720
Demnach Gewicht des Brotes für die Gemeinde aus 1 Viertel Getreide	1080	1080	1080	1080
<u>Weckenbrot</u>				
Gewicht eines 2-Pfennig-Wecken nach dem Brottarif	18	9	6	4,5
Zahl der 2-Pfennig-Wecken, die den Wert 1 Viertels Getreide vergüten	90	180	270	360
Demnach Gewicht des Brotes für die Gemeinde aus 1 Viertel Getreide	1620	1620	1620	1620
<u>Leibbrot</u>				
Gewicht eines 6-Pfennig-Leibes nach dem Brottarif	76	38	25	17
Zahl der 6-Pfennig-Leibe, die den Wert 1 Viertels Getreide vergüten	30	60	90	120
Demnach Gewicht des Brotes für die Gemeinde aus 1 Viertel Getreide	2280	2280	2250	2040

Demnach war für den Bäcker der Preis für ein Viertel Getreide, unabhängig vom Stand des Getreidepreises, immer gedeckt durch den Verkauf von 1080 Lot Semmelbrot, 1620 Lot Weckenbrot und 2040 bis 2280 Lot Leibbrot. Nur beim Leibbrot ist eine Abweichung von der Regel des gleichen Gesamtbrotgewichtes, auf die noch eingegangen wird, festzustellen. Somit stehen als Ausgangswerte für die Ermittlung des Gewichtes des einzelnen Brotes je nach der Höhe der Getreidepreise fest: Wert des Getreides mit Provision (a), Gesamtgewicht der gegen den Getreidepreis zu liefernden Brotmenge (b) und Brotpreise der einzelnen Brotarten (c). Dann gilt für die Errechnung des Gewichtes des einzelnen Brotes (x)¹:

$$x = \frac{b \cdot c}{a}$$

Es sollen nun noch zwei Fragen untersucht werden: waren die Brottarife sozial gestaltet? und wie wirkten sich die Brottarife auf die Ertragslage des Bäckerhandwerks aus?

Eine flüchtige Betrachtung könnte zu der Ansicht führen, die Brottarife seien sozial gestuft, weil die Brotgewichte mit der Zunahme der Getreidepreise immer langsamer sinken. Doch dies hat seine Ursache in der Verminderung der Bemessungsgrundlagen für die Gewichtssenkungen. Ist das Brotgewicht bei Verdoppelung der Getreidepreise zu halbieren, dann beträgt die Gewichtsminderung bei einem Ausgangswert von 6 Lot 3 Lot, von 5 Lot aber nur mehr 2 1/2 Lot usw. Daß hier keine sozialen Erwägungen wirksam wurden, zeigt auch eine Umrechnung der Gewichtsminderungen in Preissteigerungen, de-

1) Dazu einige Rechenbeispiele:

Gewicht einer 1-Pfennig-Semmel bei einem Getreidepreis von 135 Kreuzer = 540 Pfennigen:

$$x = \frac{1080 \cdot 1}{540} = 2 \text{ Lot};$$

Gewicht eines 2-Pfennig-Weckens bei einem Getreidepreis von 90 Kreuzer = 360 Pfennigen:

$$x = \frac{1620 \cdot 2}{360} = 9 \text{ Lot}$$

Gewicht eines 6-Pfennig-Leibes bei einem Getreidepreis von 45 Kreuzer = 180 Pfennigen:

$$x = \frac{2280 \cdot 6}{180} = 76 \text{ Lot.}$$

Umrechnung

Getreide- preise in Pfennigen	Preise in Pfennigen für		
	6 Lot Sammel- brot	9 Lot Wecken- brot	12,67 Lot Leibbrot
180	1	1	1
360	2	2	2
540	3	3	3,04
720	4	4	4,47

ren graphische Darstellung eine steigende Gerade ergibt. Für die Ermittlung der Brotgewichte galt also in Amberg die Regel: verdoppelt sich der Getreidepreis, so halbiert sich das Brotgewicht. Für den Bäcker folgte aus dieser Preisanhebung bzw. Gewichts-minderung voll nach Maßgabe der Getreidepreise, daß pro Broteinheit derjenige Betrag, der für die Deckung seiner Kosten und zur Erzielung eines Gewinnes reserviert war, in der gleichen Weise anstieg. Der Bäcker erzielte bei der Herstellung der gleichen Stückzahl von Broten, unabhängig vom geltenden Gewichtstarif, stets den gleichen Umsatz. Da eine gewisse Anpassung der Kosten an eine gewichtsmäßig verminderte Ausbringung angenommen werden kann (Senkung der Kosten des Heizmaterials, geringere Löhne usw.), ist zunächst zu vermuten, daß der Bäcker bei hohen Getreidepreisen mehr verdiente als bei niedrigen. Diese Vermutung wird noch gestärkt durch die geringe Nachfrageelastizität bei Brot, die bei Preiserhöhungen zu steigenden Umsätzen führt.

Es bleibt noch zu prüfen, ob den einzelnen Brotsorten die zugehörigen Kosten voll angelastet wurden, oder ob eine Mischkalkulation angewendet wurde, die das bisherige Ergebnis korrigieren könnte. Dazu werden zunächst die Brotgewichte festgestellt, die gegen einen Pfennig vom Bäcker zu liefern waren. Der Bäcker lieferte gemessen am Semmelbrot stets die 1,5fache Gewichtsmenge Weckenbrot und die 1,9 bis 2,1fache Gewichtsmenge Leibbrot. Dieser Gewichtsvergleich läßt annehmen, daß der Bäcker wahrscheinlich beim Leibbrot nur knapp seine Selbstkosten einbrachte, vielleicht sogar Verluste hinnehmen

mußte, während er beim Semmelbrot gut verdient haben dürfte. Darin wird man bestärkt durch eine Erläuterung, die den Brottarifen von 1557 und 1560 vorausgeht: Der Bäcker gibt der Gemeinde aus einem Viertel Getreide 33 Pfund 24 Lot Semmelbrot, 50 Pfund 18 Lot Weckenbrot und 60 Pfund Leibbrot; so bleiben ihm als Gewinn nebst der Kleie 36 Pfund 8 Lot Semmelbrot, 19 Pfund 14 Lot Weckenbrot und 10 Pfund Leibbrot. Auf die knappe Kalkulation beim Leibbrot weist ferner die zu Gunsten der Bäcker bei dieser Brotart vollzogene Abkehr von der Regel des gleichen Gesamtbrotgewichts hin ("richtiges" Gesamtgewicht 2280 Lot, bei hohen Getreidepreisen herabgesetzt auf 2230, dann 2040 Lot), da die regelwidrigen niedrigen Brotgewichte wohl nur über den Nachweis eines erheblichen Verlustgeschäftes zustande kam. Über die hohe Gewichtsauflage beim Leibbrot hat also der Brottarif doch noch eine gewisse sozial Gestaltung erfahren. Sie gewinnt dadurch an Bedeutung, daß bei Preiserhöhungen bzw. Gewichtsminderungen die Verbraucher auf die billigeren bzw. gewichtigeren Brotsorten ausweichen.

Bei niedrigen Getreidepreisen bewirkte also der Brottarif kleine Umsätze mit hohen Kosten; aber über die Verlagerung der Nachfrage auf die feineren und günstiger kalkulierten Brotsorten vollzog sich ein Ausgleich. Andererseits konnten die höheren Gewinne, die der Brottarif bei hohen Getreidepreisen an sich ermöglichte, nicht realisiert werden. Die soziale Mischkalkulation ging unter normalen Bedingungen nicht zu Lasten des Bäckerhandwerks. Die Last des sozial kalkulierten Leibbrotes trug der Verbraucher des Semmelbrotes. Problematisch wurde der Brottarif für das Handwerk aber bei ständig steigenden Getreidepreisen, denen die Löhne nicht zu folgen vermochten, sodaß die Nachfrage sich auf die Dauer stärker dem sozial kalkulierten Brot zuwenden mußte. In solchen Fällen bedurfte es dann einer Ausnahmeregelung zu Gunsten der Bäcker, die sich ja auch für das Leibbrot gefunden hat.

Die Preise für Schlachtvieh bildeten sich, wie die Getreidepreise, grundsätzlich frei auf dem Markt. Das Verfahren, das bei der Umrechnung der Schlachtviehpreise in Fleischpreise angewendet wurde, konnte nicht festgestellt werden. So bleibt nur die statistische Analyse der Fleischpreisentwicklung, um

Fleischpreise 1569/1615 (1 Amberger Pfund)

Fleischart	1559 Kreuzer	1615	
		Kreuzer	1559 =100%
geringes fettarmes Schweinefleisch	2,00	3,00	150
Schweinespeck	4,00	6,00	150
Bratwürste	3,00	4,50	150
bestes fettes Schweinefleisch	2,25	4,00	178
bestes Kuhfleisch	1,50	3,00	200
bestes bodenfettes Ochsenfleisch	1,75	4,00	229
Lamm-, Hammel-, Schmalfleisch	1,25	3,00	240
bestes Kalbfleisch	1,38	4,00	291
Kitz-, Saugerfleisch	1,38	4,00	291

nach besonderen Bestimmungsgründen für die Festsetzung der Fleischpreise zu suchen. Dafür stehen aus der 2. Hälfte des 16. Jahrhunderts ausreichend besetzte Amberger Preisreihen zur Verfügung.

Das einfache Schweinefleisch, der Schweinespeck und die Bratwürste, von den Verbrauchern bevorzugt, daher anfangs (1559) teuer, stiegen im Preis am wenigsten, nämlich um 50% (1615). Lamm-, Hammel- und Schmalfleisch (+140%), Kalbfleisch (+191%) und Kitz- und Saugerfleisch (+200%), von den Verbrauchern weniger nachgefragt, daher zunächst billig, zogen im Preis am meisten an und wurden schließlich teurer als einfaches Schweinefleisch. Eine mittlere Position nehmen bestes fettes Schweinefleisch (+78%), bestes Kuhfleisch (+100%) und bestes bodenfettes Ochsenfleisch (+129%) ein. Für diese Entwicklung sind zwei Ursachen zu sehen: Nachfrageverschiebung und soziale Mischkalkulation. Der Verbraucher wandte sich infolge der Teuerung vermehrt den billigen Fleischsorten zu, die dadurch stärker im Preis steigen mußten als die teuren. Spätestens aber mit der Überholung der Preise der ursprünglich teuren Fleischsorten durch die Preise der ursprünglich billigen Fleischsorten ist die soziale Mischkalkulation anzusetzen. Das Schweinefleisch übernahm die Rolle des Leibbrotes, das Rindfleisch die des Weckenbrotes und das Kalbfleisch die des Semmelbrotes. Die Fleischpreisstatistik läßt auch erken-

Fischpreise 1520/1616 (1 Amberger Pfund)

Fischart	1520/24 Kreuzer	1544/46		1616		
		Kreuzer	1520/24 =100%	Kreuzer	1520/24 =100%	1544/46 =100%
Hechten	4,88	6,00	123	10,00	205	167
Barben	3,88	5,75	148	10,00	258	174
Karpfen	2,19	2,38	109	5,00	228	210
Brachsen	2,44	3,38	138	4,25	174	126
Schleien	2,00	2,00	100	3,50	175	175

nen, daß die soziale Mischkalkulation bei Fleisch nicht immer üblich war, sondern nur in Zeiten erheblicher und anhaltender Teuerung. Noch die Fleischpreise von 1559 sind offensichtlich Preissätze, die in korrekter Ableitung von den Marktpreisen für Schlachtvieh entstanden. Die soziale Mischkalkulation für Fleisch wurde erst ab dem letzten Viertel des 16. Jahrhunderts angewandt.

Über die Fichsätze ("sollen angehen, so man die kalte Kirchweih ausläutet und bleiben bis Ostern", danach freie Preise¹⁾ steht 1482 im Ratsbuch²⁾: 1 Zentner Hechten kostet 7, 1 Zentner Karpfen 3 1/2 Gulden, macht für das Pfund Hechten 17 und für das Pfund Karpfen 8 1/2 den. Nach den Stadtkammerrechnungen stand 1485 1 Gulden auf 1 Pfund 12 Pfennige, also auf 252 Pfennige³⁾. Die Fichsätze für den Einzelhandel wurden durch einfache Division der auf dem Markt sich bildenden Großhandelspreise ermittelt: Hechten 1 Zentner 1764 (252.7), 1 Pfund 17,64 Pfennige; Karpfen 1 Zentner 882 (252.3,5), 1 Pfund 8,82 Pfennige. Der Fischer hat also für die Verteilung der Fische an die Verbraucher keine Vergütung erhalten; er mußte sein Einkommen aus Fischzucht, Fischfang und Großhandel beziehen. Auch für die Fichsätze sind ausreichend besetzte Preisreihen überkommen, sodaß eine statistische Untersuchung möglich ist.

Im Zeitraum 1520/46 weicht die Entwicklung der Preise zweier Fischarten von der Norm (+23/48%) ab, nämlich für Karpfen

- 1) Stadtarch. Abg., Admin. Akten 83.
- 2) Stadtarch. Abg., Bände 3.
- 3) Stadtarch. Abg., Rechnungen I.

(+9%) und für Schleien (unverändert). Als Grund ist an die in der Oberpfalz weit verbreitete Teichwirtschaft¹ zu denken, die für Amberg ein ungewöhnlich großes Angebot in diesen Fischarten bereit stellte. Bei den weniger beliebten Schleien fällt auf, daß ihre Preise bis zum Ende des 16. Jahrhunderts unverändert blieben², so daß die Möglichkeit eines obrigkeitlichen Eingriffes in die Preisgestaltung zu Gunsten der ärmeren Bevölkerung nicht von der Hand zu weisen ist (Fastenspeise!). Im Zeitraum 1544/1616 verstärkte sich der normale Preisanstieg auf 67 bis 75%. Davon weichen ab die Preise für Karpfen (+110%) und Brachsen (+26%). Der verstärkte allgemeine Preisanstieg führte nun offenbar zu einer Verlagerung der Nachfrage auf die billigeren Karpfen, die sich dadurch überdurchschnittlich verteuerten. Der geringe Preisanstieg der Brachsen, die 1520 noch teurer als Karpfen waren, nun aber billiger wurden, kann nicht erklärt werden. Läßt man die Sonderentwicklung der Preise für Brachsen außer Betracht, dann ergibt sich für den Preisanstieg der einzelnen Fischarten im Zeitraum 1544/1616 ein Schwankungsbereich von 43 Punkten, dem bei Fleisch für den kürzeren Zeitraum 1559/1615 ein solcher von 150 Punkten gegenüber steht. Auch aus dem geringen Schwankungsbereich des Preisanstiegs der verschiedenen Fischarten ergibt sich, daß die soziale Mischkalkulation hier keine Anwendung fand (vielleicht die Schleien für einen gewissen Zeitraum ausgenommen). Die Fischepreise wurden also in der Regel auch in den "geschwind teuren Zeiten" den Marktpreisen des Fischgroßhandels nachgebildet.

Auch fremde Fischer durften in Amberg feilhalten und zwar bei den Fischbrunnen auf dem Markt und auf der Wart. Ihre Preise mußten bei Hechten um 4 und bei Karpfen um 2 Pfennige je Pfund unter denen der Amberger Fischer liegen³. Eine gleichartige Regelung gab es für auswärtige Müller; sie mußten das Viertel Mehl um 4 Kreuzer billiger verkaufen als die Stadtmüller, der Metzen feines Weizenmehl stellte sich dann um 2, der Metzen Boll um 1 Kreuzer billiger⁴. Für die Land-

1) Leingärtner, Wüstungen 87 ff.

2) 1592 kostete 1 Pfund Schleie noch immer 2 Kreuzer.

3) Stadtarch. Abg., Admin. Akten 83.

4) Stadtarch. Abg., Gewerbeakten 192.

metzger standen eigene Fleischbänke (Auf der Wart) zur Verfügung. Vermutlich mußten auch sie zu niedrigeren Preisen verkaufen. Die niedrigeren Sätze für fremde Anbieter wirkten sich je nach dem Verhältnis der Amberger Sätze zu den Marktpreisen unterschiedlich aus. Verfügte der Rat einen Satz, der unter dem Marktpreis lag, dann verringerte sich das einheimische Angebot, ein auswärtiges stellte sich kaum ein. Kam ein Satz zustande, der dem Marktpreis entsprach, dann befriedigte im wesentlichen das einheimische Angebot die Nachfrage. Wurde der Satz über den Marktpreis getrieben, dann wurde der Preisabschlag für das auswärtige Angebot entschärft, das auswärtige Angebot also angezogen. Für die einheimischen Anbieter beseitigte diese Regelung das Interesse an überhöhten Sätzen, andererseits konnte der Rat am geringen Amberger Angebot und am Fehlen des auswärtigen Angebots erkennen, das seine Sätze zu niedrig waren. So veranlaßte diese Regelung die Preisparteien (Obrigkeit und einheimische Wirtschaft) zur Bildung marktpreisgleicher Sätze.

Die Bierpreise unterlagen ständig der obrigkeitlichen Preisregulierung. Zunächst war dafür ausschließlich der Rat zuständig. In der Weißbräuordnung von 1617 wurde verfügt: Es "sollen Bürgermeister und Rat schuldig sein, sich mit Zutun des Landrichteramts, gleich wie es beim roten Bier geschieht, jährlich über einen gewissen Satz vergleichen, dann solches insgesamt an unsere Regierung gelangen lassen und von daraus Bescheid und Erklärung gewärtig sein"¹. Der Rat ermittelte seinen Vorschlag aufgrund einer Kalkulation der brauenden Bürger. Zur Bierpreisentwicklung in Amberg: Zwischen 1432 und 1456 kostete die Maß Bier 1 Pfennig, gleichgültig ob es sich um das stärkere Sommerbier oder das schwächere Winterbier handelte. 1461 bis 1472 stellten sich die Preise für Sommerbier auf 2 Pfennige und für Winterbier auf 1 Pfennig. Ab 1472 ging man zur Herstellung anderer Sorten über: Starkbier, mittleres Bier (später Kernbier genannt) und Nachbier. Diese Biere kosteten in Pfennigen pro Maß 1472-1533: 3/2/1; 1534-41: 4/2/1; dann gab es nur noch Kern- und Nachbier, 1542-52: 3/2; 1553: 4/3; 1559: 4/2; 1570-89: 5/2; 1590/99:

1) Löwenthal, Urkundenbuch 146.

wechselnd 5/2 und 6/3; 1610-20: wechselnd 6/3 und 7/3. Durch die Einführung des Nachbiers gelang es demnach, fast bis zur Mitte des 16. Jahrhunderts ein 1-Pfennig-Bier anzubieten. Das Kernbier zog im Preis zwischen 1542 (3 Pfennige, 100%) und 1620 (7 Pfennige, 233%) um 133% an, während das Nachbier bei immer größerem Abstand vom Kernbierpreis nur von 2 auf 3 Pfennige, also um 50% stieg. Für die minderbemittelte Bevölkerung stand also stets ein verhältnismäßig preisgünstiges, wenn auch weniger gehaltvolles Bier zur Verfügung. Man darf besonders für diese Zeit das Bier nicht allein als Genußmittel ansehen, sondern man muß auch beachten, "daß damals nicht nur Tee und Kaffee ... fehlten, sondern daß das Wasser schlechthin ungenießbar war, namentlich in den Städten, da es bei den unmöglichen hygienischen Verhältnissen der damaligen Zeit völlig verseucht war und eine Fülle von Ansteckungsmöglichkeiten in sich barg, die man kannte und zu meiden suchte"¹. Die Bierpreisentwicklung und der Biersortenwechsel lassen sich also folgendermaßen erklären: Das Starkbier als Genußmittel blieb in vollem Umfang der Marktpreisentwicklung ausgesetzt, die vor allem infolge steigender Getreidepreise und zunehmender steuerlicher Belastung stark nach oben tendierte (Umgeld je Eimer Braunbier um 1450: 1, 1550: 8, vor dem 30jährigen Krieg: 12, nach dem Krieg 24 Kreuzer; ergibt je Maß: 0,06; 0,5; 0,7; 1,4 Pfennige); vielleicht wurde das Starkbier sogar zu Gunsten des Nachbiers zusätzlich belastet, sicher trug es allein die Steuerlast². Das Nachbier als notwendiges Getränk wurde eingeführt, als das Normalbier nicht mehr für jedermann in ausreichender Menge erschwinglich war; seine Preisentwicklung wurde gebremst, vielleicht auf Kosten der Qualität, vielleicht aber auch zu Lasten des Starkbieres; es war steuerbegünstigt.

In Amberg wurden im allgemeinen nur diejenigen Löhne obrigkeitlich taxiert, die der Bürger als Privatmann (für seinen Haushalt und dessen Nebenbetriebe, etwa eine kleine Landwirtschaft oder Gärten; als Bauherr), nicht aber als Gewerbetreibender zahlte. Dabei handelte es sich nach dem Be-

1) Lütge, Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 234.

2) Stadtarch. Abg., Bände 241; Brenner, Steuern 111 ff.

Löhne 1460/1598
(Taglohn im Sommer ohne Kost)

Arbeiter	1460	1522		1555			1598		
	Pfen-nige	Pfen-nige	1460 =100%	Pfen-nige	1460 =100%	1522 =100%	Pfen-nige	1460 =100%	1522 =100%
Meister	20	32	160	42	210	131	50	250	156
Geselle	18	28	156	38	211	136	42	233	150
Helfer	12	18	150	26	217	144	28	233	156

schäftigungsverhältnis in der Regel um Tagelöhne. Schon im ersten Ratsbuch finden sich Lohnsätze für Bauarbeiter und Tagwerker¹. Das Eid- und Gesatzbuch enthält eine ausführliche Lohntaxe² und aus dem 16. Jahrhundert sind mehrere Lohnordnungen überkommen³.

Die Löhne stiegen zwischen 1460 und 1522 (62 Jahre) um 50-60%, zwischen 1522 und 1555 (33) um 31-44% und zwischen 1555 und 1598 (43) um 50-56%. Der Lohnanstieg betrug im Jahresdurchschnitt 1460/1522 0,89%, 1522/1555 1,12% und 1555/1598 1,26%. Insgesamt hat sich das Lohngefüge der Meister, Gesellen und Helfer im wesentlichen erhalten. Ein Vergleich der Amberger Löhne von 1598 mit den Nürnberger Löhnen von 1597 ergibt, daß die Nürnberger Löhne ganz beträchtlich über den Amberger Löhnen lagen: Meister 84 (+68%), Gesellen 60 (+43%), Helfer 46 Pfennige (+64%)⁴. Bei den Meistern sind die hohen Nürnberger Löhne verständlich, weil sie qualifizierter waren als ihre Amberger Kollegen.

Die Entwicklung der Löhne bedarf noch eines Vergleiches mit der Entwicklung der Lebenshaltungskosten. Daß im 16. Jahrhundert die Löhne langsamer stiegen als die Preise für Fleisch und Fische, ergibt sich ohne weiteres aus den vorhergehenden Darstellungen. Ebenso verhielt es sich bei den Getreidepreisen, die nach einem langen Preisverfall im 15. Jahrhundert ab 1500 ständig kräftig anstiegen. Man spricht von einer "Preis-

1) Knöpfler, Beiträge, Auszugnr. 138.

2) Stadtarch. Abg., Bände 241.

3) Hauptstaatsarch. München, Opf. Lit. 86; Stadtarch. Abg., Bände 5, Gewerbeakten 102.

4) Staatsarch. Abg., Bestand 36, Landrechtspolizei 262.

revolution"¹ zu Gunsten der Landwirtschaft.

Vom Grundsatz, nur die Preise der Grundnahrungsmittel, des Bieres und die privaten Löhne der Bürger obrigkeitlich zu regeln, finden sich einige Ausnahmen.

Auch die Preise der Schmiede und (zunächst) der Schlosser wurden vom Rat festgesetzt. 1479 verfügte dieser, die Schmiede und Schlosser müssen alle zum alten Satz weiterarbeiten². 1548 reichten die Schmiede ein Gesuch um Preiserhöhung beim Rat ein, das sie mit dem Preisanstieg ihrer Roh- und Hilfsstoffe (Eisen und Holzkohle) und der noch stärkeren Teuerung "aller Notdurft", die es schwer mache, Frau und Kinder zu ernähren, begründeten³. Der Zusammenhang der Schmiede und Schlosser mit dem Bergbau und der Eisenwirtschaft wurde bereits dargestellt (vgl. S. 154 ff.). Wahrscheinlich liegt darin der Grund für den obrigkeitlichen Eingriff in die Preisbildung dieser Handwerke.

Im Eid- und Gesetzbuch (um 1460) sind Mindestlöhne für die Gerber angeführt: je Fell 4,5 und je Haut 20 Pfennige. Lederern, die sich mit weniger zufrieden gaben, war als Strafe angedroht je Fell 7 und je Haut 24 Pfennige⁴. Offenbar befanden sich damals die Gerber in der schwächeren Marktposition. Die Ordnungen der Schuhmacher (1513, 1555, 1615) enthalten dazu folgende Regelung: 1) Die Gerber haben das Leder zuerst den Amberger Schuhmachern anzubieten. 2) Bei Preisdifferenzen zwischen Gerbern und Schuhmachern setzt ein Schiedsgericht (Bürgermeister und Sachverständige) den Preis fest. 3) Wollen oder können die Gerber zu diesem Preis nicht in Amberg verkaufen, dann ist ihnen die Ausfuhr in die Oberpfalz, nicht aber darüber hinaus, erlaubt. Nun waren die Gerber die stärkere Marktpartei. Zwischen Gerbern und Schuhmachern, die sich kollektiv gegenüber standen, bestand die Marktform des zweiseitigen Monopols, deren Problematik (sie zeigt sich hier in der wechselnden "Ausbeuterposition"⁵) die Einschaltung der Obrigkeit veranlaßte.

1) Vgl. W. Abel, Geschichte der Landwirtschaft 168 ff.

2) Stadtarch. Abg., Bände 3.

3) Stadtarch. Abg., Gewerbeakten 61.

4) Stadtarch. Abg., Bände 241.

5) Vgl. Stackelberg, Grundlagen 197 ff.

Die soziale Mischkalkulation, die für die wichtigsten Nahrungsmittel und das einfache Bier festgestellt werden konnte, war für kurzfristige Preisschwankungen ohne lang anhaltenden, nach oben gerichteten Preistrend eingerichtet. Die Preisrevolution zu Gunsten der Landwirtschaft erforderte zusätzliche Maßnahmen, die, soweit sie die Beeinflussung landwirtschaftlicher Preise zum Ziele hatten, im folgenden Abschnitt zu besprechen sind, weil man die Agrarpreise von der Stadt aus mangels Kompetenz nicht preisrechtlich sondern nur preispolitisch beeinflussen konnte. Der Teuerung im gewerblichen Bereich aber glaubte man mit einer allgemeinen Preissatzung begegnen zu können.

Die erste allgemeine Preissatzung erging im Jahre 1596¹. In ihr wurden die Preise folgender Handwerke geregelt (in Klammern die runde Zahl der Preispositionen): Beutler (10), Büttner (10), Huter (10), Kürschner (50), Rierner (30), Rotgerber (25), Sattler (15), Schmiede (40), Schneider (50), Schuhmacher (70), Wagner (25) und Weißgerber (25). Die oberpfälzische Landesordnung von 1598 enthält eine Anweisung für alle lokalen Obrigkeiten, alljährlich "nach Gelegenheit der Teuerung oder der Wohlfeile" und zur Verhinderung "unbilligen Übernehmens" für die Handwerksleute Ordnungen zu setzen².

Im Jahre 1621 brach dann infolge Münzverschlechterung die Inflation aus. Nach den Salzamtsrechnungen³ stellte sich der Wert eines "ganzen gerechten Reichsthalers" im April 1621 auf 3 Gulden und im Februar/März 1623 auf 10 Gulden. Am 14.6. 1623 wurde das Geldwesen durch eine Münzdevaluation wieder geordnet. Die bayerischen Münzen wurden auf ein Viertel, die Amberger auf ein Zehntel ihres Nominalwertes abgewertet. Ein Amberger Sechspatzner, nominal 24 Kreuzer, also 96 Pfennige, wurde auf 10 Pfennige herabgesetzt⁴.

Im Jahre 1625 forderte die Regierung den Rat auf, die gewerblichen Preise niedriger zu taxieren, damit auch der Bauersmann günstig einkaufen könne, "weil die Zeiten sich geändert und damals vorgewesene Teuerung sich etlichermaßen

1) Stadtarch. Abg., Gewerbeakten 45.

2) Opf. Landesordnung 1598, 268.

3) Stadtarch. Abg., Rechnungen XIII; Admin. Akten 96.

4) Stadtarch. Abg., Admin. Akten 96.

gemildert, sonderlich das Getreide, wie auch andere Viktualien in wohlfeilem Wert zu bekommen sind"¹. In der fraglichen Zeit galten nach den Amberger Weißbräurechnungen folgende Weizenpreise: 1620/21 1,75 Gulden für 1 Viertel; 1621/22 2,55; 1622/23 3,33; 1624/25 2,83; jedoch 1625/26 3,38. Zwischen 1627 und 1633 kam es dann zu einer längeren Preisberuhigung: 1627/28 2,19; 1628/29 2,23; 1629/30 2,10; 1630/31 1,60; 1631/32 2,00; 1632/33 2,26 Gulden². In diese Periode wird man die zweite (undatierte) allgemeine Preissatzung zu verlegen haben, die gedruckte "Satz- oder Taxordnung" für die Oberpfalz³. Für Bayern ergingen entsprechende Mandate am 8. 10. und 10.11.1631⁴.

Der Satz- und Taxordnung ist eine Begründung vorausgeschickt: "Demnach ... das liebe Getreide schon etliche Jahre ... wohl geraten, daß es nicht allein sehr geringgültig, sondern auch dahin kommen, daß dasselbe gar schlechtlich geachtet und gekauft werden will, entgegen aber alle anderen Handwerksleut, Tagelöhner, Ehehalten und allerlei Feilschaften (da man sich doch in denselben billig nach aestimation des Getreides, als welches das notwendigst und unentbehrlichst Unterhaltmittel des menschlichen Lebens ist, vornehmlich regulieren sollte) noch in einem sehr hohen Wert und Belohnung verblieben, und also ... einer dem anderen gevorteilt ... Als ist man Zuverkommung dessen ... bewogen worden, eine ausführliche Taxordnung aller und jeder Feilschaften, Handwerker, Tagelöhner und Ehehalten zu verfassen" Durch die Taxordnung sollten also die höheren gewerblichen Preise und Löhne den niedrigen landwirtschaftlichen Preisen angeglichen werden. Hier zeichnet sich bereits die nächste Preisrevolution ab, nunmehr zu Gunsten der städtischen Gewerbe und der Löhne, die sich im letzten Jahrzehnt des 30jährigen Krieges festigt und nach Kriegsende endgültig durchsetzt.

In der Taxordnung sind für folgende Bereiche die Preise bzw. die Löhne festgesetzt: Heimbecken, Geflügel, Wirt und

1) Stadtarch. Abg., Admin. Akten 881.

2) Stadtarch. Abg., Rechnungen XVIII.

3) Stadtarch. Abg., Bibliothek 120; Staatsarch. Abg., Landrechtspolizei 280.

4) Riezler, Geschichte Bayerns, 6. Bd. 183.

Hochzeitmahlzeiten, Heu und Stroh, Holz und Kohlen, Wolle, Flachs und Federn, Honig, Met, Wachs Öl, Unschlitt, Licht und Seife, Milch, Schmalz und Käse, Leder und Felle, Rotgerber, Weißgerber, Kürschner, Schuster, Beutler, Sattler, Riemer, Eisenkramer, Schmied, Schlosser, Sporer, Wagner, Drechsler, Schreiner, Büttner, Seiler, Leinenweber, Zeugmacher, Huter, Färber, Walker, Tuchscherer, Schneider, Hafner, Glaser, Schleifer, Kupferschmiede, Zinngießer, Bader, Maurer und Zimmerer, Dachdecker, gemeine Tagelöhner, Fuhr- und Ackerlohn, Dunglohn, Ehehaltenlohn. Für 30 in der Taxordnung erfaßte Handwerker wurden über 700 Preispositionen festgesetzt.

Zu einer allgemeinen Preisregelung kam es also in Amberg nur in Ausnahmefällen, nämlich zum (noch nicht erkannten) Ausgang der Preisrevolution zu Gunsten der Landwirtschaft und zum Beginn der Preisrevolution zu Gunsten der städtischen Gewerbe. Ob die erste allgemeine Preissatzung durchgesetzt werden konnte, ist höchst fraglich; daß die zweite ohne Erfolg war, gibt die Landesordnung von 1657 zu erkennen, nach der wieder die freie Preisbildung galt, ausgenommen Waren und Dienstleistungen mit obligatorischer Preisfestsetzung (Grundnahrungsmittel, Bier, private Löhne der Bürger).

Preispolitik

Für das Angebot von Nahrungsmitteln galt folgende Regel: Nahrungsmittel aus Amberg und aus seinem Wochenmarktbezirk mußten in Amberg angeboten werden; die Ausfuhr war verboten. Nahrungsmittel, die von weiter her eingeführt wurden, durften auch wieder ausgeführt werden. Auch diese Regel ist als Angebotsförderung anzusehen, denn ein Ausfuhrverbot hätte das Angebot verringert, weil die einführenden Bauern und Kaufleute den Amberger Preisen unterworfen worden wären. Der Amberger Wochenmarktbezirk hatte keinen bedeutenden Umfang; er war kleiner als der ehemalige Landgerichtsbezirk, der wieder kleiner war als der heutige Landkreis^{1).}

1) Vgl. Eid- und Gesetzbuch (Stadtarch. Abg., Bände 241); ferner die Wochenmarktordnungen von 1568, 1586, 1606 (Stadtarch. Abg., Admin. Akten 501; Scherl, Nabburg 267 ff.)

Beim Getreide schaltete sich die Stadt Amberg direkt in das Angebot ein, indem sie eine Getreidevorratspolitik betrieb. Nach dem Eid- und Gesetzbuch (um 1460) wurde in den städtischen Mühlen als Mahllohn neben Geld auch ein Teil des Mahlgutes gefordert. Dieses Getreide (Maut der Mühle) verwahrte der Oberknecht, der nicht wie die anderen Knechte und Mäge vom Müller sondern von der Stadt entlohnt wurde¹. "Was der Stadt an Weizengetreide von beiden Stadtmühlen zufällt, schüttet man auf die Traidkästen, so auf dem Rathaus, Salzstädel, Baustadel, Türmen und Basteien sind ... wenn auch reiche Treidjahre sind, läßt ein Rat etlich hundert oder tausend Viertel Korn dazu kaufen, und auf fürfallende Not aufbehalten. Will dann etwa das Getreide aufschlagen, so gibt der Rat der Gemeinde, auch zu Zeiten dem Landvolk etliche 100 und 1000 Viertel Getreide um ringeren Wert, dann es gilt, zu kaufen, damit das Getreide nicht angefahren und in Höherung gebracht wird, welches dann der ganzen Bürgerschaft und dem ganzen Land oftmals zu Nutz gereicht."² Im Jahre 1481 verkaufte der Rat vom Stadtkasten an die Armen der Stadt 400 Viertel (pro Person 2 Viertel), das Viertel um 2 1/2 Groschen³. 1485 beschloß der Rat, abermals an die Armen Getreide zu verkaufen, das Viertel Korn zu 10 Groschen, höchstens aber 1100 Viertel; die Armen mußten beedien, daß sie das Getreide nur zum Eigenverbrauch verwenden⁴. Der Rat stellte bei Teuerung auch billigeres Brot bereit. Im Jahre 1541 ließ er 2200 Viertel Korn verbacken, das ergab 48000 Leib Brot⁵. Weiterhin sorgte der Rat für das Getreide- und Mehlangebot durch eine Auflage für die Bäcker: jeder Bäcker, der Brot verkaufte, mußte auch Getreide und Mehl anbieten (je 32 Viertel Korn und Weizen, zur Hälfte in Getreide und zur Hälfte in Mehl), bei 15 Pfennigen Strafe je fehlendem Viertel und ruhen des Brotbackens bis zur Erfüllung der Auflage⁶.

1) Stadtarch. Abg., Bände 241.

2) Schwaiger, Chronik 49 f.

3) Stadtarch. Abg., Bände 3.

4) Stadtarch. Abg., Bände 3.

5) Schwaiger, Chronik 50.

6) Stadtarch. Abg., Bände 241.

Die Fleischerzeugung erfolgte damals zum Teil in der Stadt selbst; dort wurde in großem Umfang Vieh aufgezogen (Schweine) und gemästet (Ochsen). Dies wurde durch den Anfall der entsprechenden Futtermittel ermöglicht, Kleie für Schweine und Treber und Trank (Rückstände des Bierbrauens) für Ochsen. Die Bäcker verfügten über die meiste Kleie, daher wurde ihnen die Schweinemast zugewiesen und der Verkauf von Schweinefleisch und schweinernen Würsten. Nach dem Eid- und Gesetzbuch durften die Bäcker im Sommer Schweine ziehen, soviel sie wollten, im Winter (Zeit der Hausschlachtungen) jedoch nur 8 je Bäcker, was bei 20 Bäckern im Jahre 1460 immer noch 160 Schweine ausmachte. Solange die Bäcker Schweinefleisch verkauften, war dies den Metzgern verboten¹. Auch die beiden Stadtmüller durften je 8 Schweine und Ochsen in unbeschränkter Zahl aufziehen bzw. mästen². Später erhielten die Bäcker die Auflage, zweimal in der Woche zu schlachten und Fleisch und Würste auf einer besonderen Bank zu einem günstigen Satz zu verkaufen. Das Schlachten ging unter den Bäckern um (Brühlose)³. Schon immer werden diejenigen Bürger, die Bier in größeren Mengen brauen ließen, Ochsen gemästet haben. Im 16. Jahrhundert wurde aus der freiwilligen Ochsenmast eine Auflage für die brauenden Bürger. Entsprechend der Fleischverknappung bzw. Teuerung wurde diese Auflage immer mehr ausgebaut: 1531 mußte je 6 Bräu 1 Rind gemästet werden⁴, 1552 je 4⁵ und 1593 je 3⁶. Die Strafe belief sich je nicht gemästeten Ochsen auf 3 bis 5 Gulden. Die Ausfuhr von Treber und Trank aus der Stadt war verboten. Die brauenden Bürger mußten die Ochsen um Weihnachten in eigene oder gemietete Ställe einstellen und nach Ostern "der gemein Stadt zum besten" an die Amberger Metzger verkaufen. Sie konnten die Ochsen auch schlachten lassen und das Fleisch auf einer besonderen Bank an die Bevölkerung verkaufen. Schwaiger beziffert die Bierproduktion der Bierschenken auf 36000 Eimer, das sind, nachdem auf einen Bräu rund 27

1) Stadtarch. Abg., Bände 241.

2) Stadtarch. Abg., Bände 241.

3) Stadtarch. Abg., Gewerbeakten 12.

4) Stadtarch. Abg., Bände 4.

5) Stadtarch. Abg., Admin. Akten 910.

6) Stadtarch. Abg., Admin. Akten 602.

Eimer treffen, etwa 1400 Bräu. Zur Zeit Schwaigers mußte je 3 Bräu 1 Ochse gemästet werden, sodaß sich die Mast von 470 Ochsen errechnet, für Amberg mit seinen 5000 Einwohnern ein zweifellos bedeutender Beitrag zur Fleischversorgung, auch wenn die errechnete Zahl tatsächlich erheblich unterschritten worden sein sollte. Nach dem Eid- und Gesetzbuch waren für die Metzger Schlachtquoten eingeführt, eine Mindestquote (zwischen Pfingsten und Jakobi je Metzger und je Woche 1 Rind), die die Versorgung der Bevölkerung sicherstellen sollte, und eine Höchstquote (je Metzger und je Woche 2 Rinder), die der Regulierung der Betriebsgröße im Metzgerhandwerk diente¹.

Zusammen mit dem Fleisch fielen die gewerblich genutzten Fette an, nämlich Unschlitt (vom Ochsen) und Schmer (vom Schwein). Aus Unschlitt wurde Talg geschmolzen, aus dem die "Lichter" entstanden. Schmer verwendeten die Schuhmacher und Seiler zum Einfetten von Leder und Seilen. Diese Fette wurden aber auch beim Bergbau benötigt (Beleuchtung der Gruben, Pflege von Seilen und Lederzeug usw.). Beim Würken 1594/95 benötigte man 485 Amberger Zentner Unschlitt (280), Schweineschmalz (200) und Schmer (5), das sind rund 600 heutige Zentner². Auch die Zinnblecher brauchten große Mengen Unschlitt zum Abreiben der Bleche. Schmer war in zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts in Amberg ständig so teuer wie Schweineschmalz, mit dem es, wenn auch verbotener Weise, substituiert werden konnte, und Schweineschmalz hatte den 2 bis 3fachen Preis von bestem Schweinefleisch³. Auch Unschlitt kostete im Vergleich zu bestem Ochsenfleisch mehr als das Doppelte⁴. Diese Fette konnten als Kuppelprodukte nur begrenzt angeboten werden, und es gab offenbar kein Gut, mit dem sie befriedigend substituiert hätten werden können (ausgenommen Schmer mit Schmalz, die deshalb gleich teuer waren). Diese Verhältnisse erklären die vielen und mit hohen Strafen belegten Ausfuhrverbote für solche Fette.

1) Stadtarch. Abg., Bände 241.

2) Vgl. die Zusammengefaßte Rechnung der Bergkammer 1591/97 (S. 83). Den dort angegebenen Fettmengen sind noch 60,5 Amberger Zentner Unschlitt (Bestandsverbrauch) zuzurechnen.

3) Stadtarch. Abg., Admin. Akten 81, 814, 2087.

4) Stadtarch. Abg., Admin. Akten 442, 444, 445, 615, 729, 814.

Auf die umfangreiche oberpfälzische Teichwirtschaft und die daraus sich ergebende gute Fischversorgung Ambergs wurde bereits hingewiesen. Trotzdem enthält das Eid- und Gesetzbuch ein Ausfuhrverbot für Fische aus der Vils und aus den Gewässern der Amberger Fischer innerhalb einer Meile um Amberg herum¹, das jedoch der Bürgermeister intern ("das liest man nit öffentlich") aufheben konnte, wenn die örtliche Fischversorgung befriedigte. Auch die Bierausfuhr wurde, wie bereits angeführt, je nach der Versorgungslage in der Stadt vom Rat festgelegt.

Der Handel und das Handwerk Ambergs, normalerweise nur der lokalen Konkurrenz ausgesetzt, wurden durch die Jahrmärkte mit auswärtigen Wettbewerbern konfrontiert. Das Recht auf die Veranstaltung von Jahrmärkten stand Amberg wohl schon nach dem Marktrecht zu, weil es im Stadtrecht, im Gegensatz zum Nabburger Stadtrecht, nicht mehr aufgeführt ist. Die erste urkundliche Nachricht stammt von 1351², und von 1364 ist eine ausführliche Jahrmarktordnung überkommen. In Amberg fanden zwei, zeitweise drei Jahrmärkte statt. Der Amberger Jahrmarkt konnte sich nicht zur Messe entwickeln, seine hauptsächliche Funktion bestand in der Zuführung auswärtiger Waren.

Der Rat versuchte die Teuerung im 16. Jahrhundert nicht nur durch Förderung des Angebots sondern auch durch Verminderung der Nachfrage einzudämmen. Selbstverständlich war hier sein Einfluß sehr begrenzt. Am ehesten konnte man noch die Nachfrage nach Nahrungsmitteln kontrollieren, wenn sie sich in der Öffentlichkeit, nämlich in Gaststätten vollzog. Im Stadtgesetz von 1554 ist in diesem Zusammenhang angeordnet: Bei Ladschaften dürfen höchstens vier Essen oder "Richt" geboten werden, bei Hochzeiten ein bis zwei Mahlzeiten mit drei bis vier Essen, bei Kindstauften Suppe und Fisch oder Braten. An Hochzeiten dürfen höchstens 36, an Kindstauften 9 Personen teilnehmen. Als Begründung wird angegeben: "Dieweilen auch der unziemliche Überfluß und Unkosten, so in den besonderen Ladschaften (die außer Hochzeiten gehalten) gebraucht und aufgewendet wird, zu Teuerung und Steigerung der menschlichen Speis und Waren,

1) Stadtarch. Abg., Bände 241.

2) Stadtarch. Abg., Nachtrag in den Urkundenregesten.

nicht die geringste Ursach, zudem solcher Überfluß und Unrat zuförderst Gott dem Allmächtigen sonderlich mißfellig und strefflich ist, so ordnet demnach ein ehrbarer Rat."¹ Eine strikte Befolgung dieser Anordnungen wird man bezweifeln müssen.

Die Preispolitik des Rates hatte zum Schwerpunkt die Förderung des Angebots von Getreide und Fleisch. Sie hatte sicher Erfolge bei kurzfristigen Preisschwankungen und unverändertem Preistrend, während sie gegen eine langfristig nach oben gerichtete Preisentwicklung natürlich nicht ankommen konnte, sie aber vielleicht zu mildern, sicher aber ihre Extreme einzudämmen vermochte.

1) Stadtgesetz 1554, §§ 36. 38. 40. 43.

Wirtschaftsordnung,
Gesellschaft und Herrschaft

Zunächst sind die wichtigsten Gestaltungsweisen und Gestaltungsformen, die sich in der Wirtschaftsverfassung Ambergs fanden, zusammenzustellen, um daraus eventuelle einheitliche Prinzipien (Gestaltideen) zu erkennen, aus denen sich Wirtschaftssysteme ableiten. Die Gesamtheit der Wirtschaftssysteme stellt dann die Wirtschaftsordnung der Stadt Amberg dar¹.

A) Im Bergbau:

- 1) allgemeines, im Umfange begrenztes Bürgerrecht;
- 2) die allen Bürgern offene Gemeinschaft und Gesellschaft mit begrenzten Anteilen;
- 3) städtischer Bergbau.

B) Handel:

- 1) allgemeines, unbegrenztes Bürgerrecht;
- 2) die allen Bürgern offenen Monopolgesellschaften mit begrenzten Anteilen;
- 3) städtischer Salzhandel.

C) Im Brauwesen und Gaststättengewerbe:

- 1) allgemeines Bürgerrecht, zunächst unbegrenzt, später nach dem Hauswert begrenzt;
- 2) die allen hausbesitzenden Bürgern offene Weißbräugesellschaft mit nach dem Hauswert begrenzten Anteilen.

D) Im Handwerk:

- 1) sachbegründete personale Anforderungen für die Selbständigkeit;
- 2) sachbegründete und erfüllbare reale Anforderungen für die Selbständigkeit;
- 3) Begrenzung der Betriebsgrößen, mit dem gleichen Ziel Begrenzung des Nachwuchses und Verbot des Verlags.

E) Auf dem Markt:

- 1) grundsätzlich freie Preisbildung bei Sicherung des

1) Vgl. Ritschl, Wirtschaftsordnung 189 ff.

Leistungswettbewerbs;

- 2) soziale Mischkalkulation der Preissätze für die Grundnahrungsmittel;
- 3) Förderung des Angebots von Grundnahrungsmitteln durch die Stadt.

Der Erlangung des Bürgerrechts als der generellen Voraussetzung für die Ausübung eines Gewerbes standen auch in dieser Periode keine größeren Schwierigkeiten entgegen. Nach dem Stadtgesetz von 1554 erhielt man das Bürgerrecht auf folgende Weise: a) auf erblichem Weg bei Bürgersöhnen und Bürgertöchtern, b) durch Heirat von Bürgerwitwen und Bürgertöchtern und weiblichen Personen, die sich das Bürgerrecht erdient hatten, c) durch siebenjährigen ununterbrochenen Dienst als Handwerksgeselle, Knecht oder Magd, d) durch Kauf (auch auf Raten) und e) durch Schenkung. Der Kaufpreis wurde vom Rat von Fall zu Fall festgelegt. Im Jahr 1529 beschloß der Rat, daß Bauern, die vom Lande in die Stadt ziehen und sich eine Behausung kaufen, vorher das Bürgerrecht erwerben müssen für "5, 6, 9, 10 bis 15 oder 20 Gulden, damit auch Bürger zu Herbergen kommen"¹, ein wohl mit der kurz vorher ausgelaufenen Wüstungsbewegung des Spätmittelalters noch in Zusammenhang stehender Vorgang². Daraus kann geschlossen werden, daß für willkommene Neubürger die Bürgerrechtsgebühr in der Regel unter 5 Gulden lag, der unteren Grenze der Sondersätze für die Bauern, die nach einer langen Periode der Landflucht den städtischen Haus- und Grundstücksmarkt zu erschöpfen drohten. 1585 zahlten zwei Gäste für das Amberger Bürgerrecht je 3 Gulden³. Es sei noch einmal daran erinnert, daß die Bürgerrechtsgebühr aus der lokalen Finanzverfassung begründet ist.

Das allgemeine Recht der Bürger auf Gewerbeausübung (Bergbau, Handel, Brauwesen und Gaststättengewerbe) und, durch neue technische und organisatorisch kaufmännische Erfordernisse daraus entstehend, das allgemeine Recht der Bürger auf Mitgliedschaft in den entsprechenden Gesellschaften

1) Stadtarch. Abg., Bände 4.

2) Vgl. Leingärtner, Wüstungen.

3) Schuegraf, Glossen 107.

ten (Gemeinschaft und Gesellschaft des Bergbaus, Zinnblechhandelsgesellschaft, Weißbräugesellschaft) haben insofern eine einheitliche Prägung, als sie die Gewerbefreiheit bzw. den freien Zugang zu den Gesellschaften beinhalten. Der Vollzug dieser Rechte sollte durch die Begrenzung des Umfangs der Gewerbeausübung (ausgenommen Handel) bzw. der Höhe der Gesellschaftsanteile sicher gestellt werden. So wurde jedem Bürger die reale Chance eingeräumt, sich in den allgemeinen Gewerben der Stadt zu betätigen. Offenbar steht bei diesen Regelungen das Einkommen (in den Quellen die "Nahrung") der Bürger im Vordergrund. Dieser Teil des Amberger Ordnungsrechts ist also primär an der Distribution, an der Verteilung des Sozialprodukts orientiert, die über die Einreihung der Bürger in die Produktion vollzogen wurde.

Im Handwerk, in dem der Bürger in der Erzeugung tätig war (im Bergbau und Brauwesen wirkte er nur kaufmännisch, die Erzeugung überließ er angestellten Fachleuten), er also über entsprechende Fähigkeiten verfügen mußte, wurden auch entsprechende Anforderungen gestellt. Diese waren aber durchwegs sachlich begründet und ohne besondere Schwierigkeiten erfüllbar, sie beeinträchtigten also in der Regel die Gewerbefreiheit nicht. Auch im Handwerk war der Umfang der Gewerbeausübung begrenzt, um möglichst vielen Bürgern darin ihre Nahrung finden zu lassen. Das Amberger Handwerksrecht war also in seinem Ordnungsinhalt (Gewerbefreiheit und Begrenzung des Umfangs der Ausübung) nach Amberger Art ausgeformt.

Die Marktverfassung war vom Grundsatz der freien Preisbildung bestimmt, dessen Realisierung im Sinne des Verbrauchers durch einen strengen Leistungswettbewerb gesichert wurde, der die Produzenten zu einem korrekten Angebot zwang. Zu Gunsten der minderbemittelten Verbraucher wirkte die soziale Mischkalkulation der **gesetzten Preise für die Grundnahrungsmittel**, die für die Produzenten durch eine höhere Belastung der besserbemittelten Verbraucher neutralisiert wurde. Ebenso war die Angebotsförderung im Bereiche der Grundnahrungsmittel durch die Stadt vom Verbraucherinteresse bestimmt. Unschwer läßt sich auch daraus der Nahrungsgedanke, nunmehr im unmittelbaren Sinn, ablesen: Man sorgte für eine

korrekte Verteilung der Güter auf dem Markt und förderte die Grundnahrung der Minderbemittelten.

Das Prinzip, das diese Ausformung des Ordnungsrechts bewirkte, kann nach der Sprache der Quellen mit Nahrungsprinzip (Nahrung = Einkommen) benannt werden, jedoch nicht ohne weiteres als Nahrungsprinzip im Sinne W. Sombarts. Sombart stellte das Nahrungsprinzip (Bedarfsdeckungsprinzip) dem Erwerbsprinzip (Gewinnstreben) gegenüber, wobei er die Wirtschaftsgesinnung des vorkapitalistischen Menschen als vom Nahrungsprinzip bestimmt ansah¹. G. Weippert hat nachgewiesen, daß Sombart mit seiner Abstellung auf die Wirtschaftsgesinnung des einzelnen Menschen eine unzulässige Einschränkung macht: "Freilich gibt es auch Wirtschaftsgesinnung als subjektiven Geist. Aber einem bestimmten Wirtschaftssystem, einem bestimmten Wirtschaftsstil zugehörig ist dieser subjektive Geist, diese Wirtschaftsgesinnung eines bestimmten Wirtschaftssubjekts nur, wenn er sich in Übereinstimmung mit dem objektiven Geist befindet. Hier leuchtet auf, daß innerhalb bestimmter Epochen, aber auch innerhalb bestimmter Wirtschaftssysteme und Wirtschaftsstile die subjektive Wirtschaftsgesinnung eine andere sein kann als die jeweils herrschende, eine andere als die jeweils ein Wirtschaftssystem, einen Wirtschaftsstil bestimmende."² Auf Amberg übertragen: Von hauptsächlichem Interesse ist die Wirtschaftsgesinnung des Rats (des Landesherrn, der Zünfte), nicht aber diejenige des einzelnen Bürgers. Die Wirtschaftsgesinnung der Ordnungsträger nimmt in der Wirtschaftsverfassung Gestalt an, nicht aber unbedingt die Wirtschaftsgesinnung der einzelnen Bürger. Die Wirtschaftsgesinnung des einzelnen Bürgers konnte ohne weiteres vom Erwerbsstreben bestimmt sein, dieses Erwerbsstreben mußte sich aber innerhalb der objektiv gesetzten Grenzen halten. Wenn hier also vom Nahrungsprinzip gesprochen wird, dann ist damit eine politische Ordnungsidee, nicht aber eine individuelle Gesinnung gemeint. Dabei soll Nahrungsprinzip hier eine Gestaltidee bedeuten, die primär und unmittelbar auf die Verteilung, auf das Einkommen abstellt, die nicht

1) Vgl. Sombart, Kapitalismus, 1. Bd.

2) Weippert, Sombarts Gestaltidee 83.

die Produktion für sich sieht, sondern in ihrer Funktion als Einkommensvermittlerin. Wäre die Ordnungspolitik Ambergs primär produktionsorientiert gewesen, dann hätte der Rat z. B. die Berggesellschaft der Kastner und Plech wenigstens unbehelligt wirken lassen müssen, dann wäre **es wahrscheinlich** sogar seine Aufgabe gewesen, zur Gründung einer weiteren solchen großbetrieblichen Gesellschaft einzelner Bürger zu ermuntern. Er hätte sich dafür des Arguments der mittelbaren Einkommensförderung (über eine größere Produktion) bedienen können, das die Kastner und Plech immer wieder vortrugen, um ihren "gemeinen Nutzen" nachzuweisen. Der Stadt ging es aber um den unmittelbaren gemeinen Nutzen, der nach dem allgemeinen Ordnungskonzept dann erreicht wurde, wenn möglichst viele Bürger, selbständig oder als Mitglieder allgemeiner Gesellschaften, im Bergbau ihre Nahrung fanden.

Die Stadt Amberg stellte also ihren Bürgern als Einkommensquellen den Bergbau, den Handel, das Brauen und Schenken von Bier und die Handwerke zur Verfügung. Sie begrenzte den Umfang der Gewerbeausübung (Handel ausgenommen) oder der Gesellschaftsbeteiligung, um möglichst vielen Bürgern daraus Nahrung zu geben. Die Grenzen der Nahrung (des Einkommens) waren aber weit gezogen, einmal innerhalb der einzelnen Gewerbe (z. B. im Handwerk vom Alleinmeister bis zum Betrieb mit vier Beschäftigten) und dann durch die Möglichkeit der Betätigung der Bürger in mehreren Gewerben, theoretisch in allen. Dem Erwerbsstreben der Bürger blieb also ein weiterer Rahmen. Sie konnten durchaus zu Wohlstand kommen. u. U. zu Reichtum; bis zum Wohlstand mit Förderung der Stadt, im weiteren auf sich allein gestellt. Die Auffassung des Rates über die Grenze zwischen Wohlstand und Reichtum ist in quantitativer Form überkommen: Für die Gemeinschaft des Eisenbergwerks (1455-1465) waren 500 Gulden als Höchststeinlage festgesetzt. Einzelne Bürger, besonders Eheleute, die in Gütertrennung lebten, bemühten sich um höhere Einlagen. Der Rat stellte dazu fest: "Man und weib, die mit getailter Hanndt wollen sitzen ... yeden mit dem einlegen in sonders zutzulassen, ist aus bewegenden Ursachen abgestellt. Und vermittels götlicher gnaden sein wenig unter uns, si hetten

sollich zwifachtig leggelt ... Es (das Verbot der doppelten Einlage) wirt aber von gemaines nutzes wegen und im peßten, damit der perg nit allein under den vermöglichen stegk, erlassen"¹. Im Brauwesen (Braunbier 1593, Weißbräugesellschaft 1617) findet sich die zweite Grenzziehung. Bürger mit einem Hauswert bis 1000 Gulden durften je 200 Gulden Hauswert einen Bräu brauen lassen, über 1000 Gulden aber nur mehr je 300 Gulden. Bei der Weißbräugesellschaft kamen Hauswerte über 800 Gulden überhaupt nicht zum Zuge. Bürger mit einem Hauswert über 800 bzw. über 1000 Gulden waren also mit den übersteigenden Beträgen nicht mehr oder nur mehr beschränkt förderungswürdig durch die Stadt. Sie hatten die Schwelle vom Wohlstand zum Reichtum überschritten.

Nicht in dieses Bild von einer vom Nahrungsprinzip gestalteten Wirtschaftsverfassung scheinen zu passen der städtische Salzhandel und der städtische Bergbau. Die Stadt entzog ja damit ihren Bürgern Nahrungsquellen. Die besonderen Gründe dafür wurden zwar bereits dargestellt, es soll aber noch einmal daran erinnert werden, daß der Rat sich mit der Absicht trug, den städtischen Salzhandel an die Bürger zurückzugeben, ihn also zu reprivatilisieren (vgl. S. 86 ff.). Dieser Plan wird der Annahme wehren, daß die Wirtschaftsverfassung Ambergs eine selbsttätige Wirkungskraft enthalten habe, die vom allgemeinen bürgerlichen Gewerberecht über den gesellschaftlichen zum städtischen Betrieb geführt hätte. Der städtische Betrieb hat beim Salzhandel wahrscheinlich fiskalische Gründe, nämlich die Finanzierung der Wasserstraße Vils/Naab, eine für eine Stadt sehr ungewöhnliche Aufgabe, die außerordentliche Lösungen verständlich macht. Beim Bergbau diente der städtische Betrieb der Abwehr des privaten Großbetriebes und der Förderung des oberpfälzischen Leitgewerbes; er war überdies vom besonderen Risiko des Bergbaus mitbestimmt.

Die Gefahr der Zerstörung der Ordnungsstruktur Ambergs durch Großbetriebe ist auf den Sektoren des Bergbaus und des Brauwesens überhaupt nicht groß genug einzuschätzen. Im Bergbau hätte eine weitere Gesellschaft in der Größenordnung

1) Staatsarch. Abg., Bestand Amberg-Stadt 31.

der Gesellschaft der Kastner und Plech genügt, um den Bergbau aller übrigen Bürger bzw. der allgemeinen bürgerlichen Gesellschaften auszuschalten. Ein halbes Dutzend Bürger wäre somit in der Lage gewesen, das allgemeine Bürgerrecht auf Bergbau faktisch zu beseitigen. Im Brauwesen hätte die gleiche Zahl von Bürgern genügt, wie sich an der Zahl der Lohnbrauereien, von denen es sechs bis acht gab, leicht ablesen läßt. So wäre bei Zulassung von Großbetrieben nur ein Dutzend Bürger an die Stelle von gut hundert Bürger getreten, die sich aus Bergbau und Brauwesen ganz oder teilweise nährten.

Ein weiteres störendes Moment im Hinblick auf die Einheitlichkeit der Wirtschaftsverfassung Ambergs ist in der Einschränkung des zunächst unbegrenzten Bürgerrechts auf Bierbrauen und Bierschenken zu sehen, weil dabei statt einer allgemeinen Höchstgrenze der Hauswert als Maßstab der Begrenzung gewählt wurde. Mit dieser Regelung wurde mit dem sonst durchwegs geltenden Gleichheitsgrundsatz gebrochen. Die Maßnahme wird in den Quellen mit den neuen steuerlichen Belastungen begründet, die hauptsächlich den Hauswert als Bemessungsgrundlage hatten. Nun war freilich die regelmäßige Leistung von Steuern für die Bürger Ambergs höchst **einschneidend**, zunächst weil neu, dann weil ständig steigend. Noch zur Zeit Schwaigers (Mitte 16. Jahrhundert) erhob die Stadt nur in vierjährigem Abstand Steuern. Bürgermeister Schwaiger bekannte sich zu sehr vernünftigen steuerpolitischen Grundsätzen: Die Stadt erhebt "nicht ohne erheischende Noth" Steuern, "dann von den Burgern Schätz samlen, halt ich nicht nützlich, sondern besser, man lass sye mit ihrer Barschafft handeln und reichern, darff man in Fall der Noth etwas, mag mans bey statthafften Burgern allzeit findten, aber bey den ausgesaugten, und die Nichts haben, ist auch Nichts zu erlangen, so trägt das gesamelt Gelt in den Gewölben auch Nichts, sondern macht Uebermuth und Hoffahrt."¹ Der Landesherr erhielt erst mit der Türkensteuer, die in **Amberg** erstmals 1527 eingehoben wurde, die Möglichkeit, die Bürger unmittelbar und direkt² zu besteuern. In der Folgezeit baute er sein

1) Schwaiger, Chronik 43 f.

2) Indirekte Besteuerung durch Umgeld wenigstens schon seit 1392 (Stadtarch. Abg., Bände 241).

Steuerwesen beträchtlich aus, und zwar sowohl durch Heraufsetzung der Tarife (z. B. Türkensteuer, Steuersatz je 100 Gulden Vermögen 1566 25, 1600 40 Kreuzer) als durch Einführung neuer Steuern (Fürstensteuer ab 1579, Ordinaristeuer ab 1615)¹. Die neu eingeführte, dann rasch steigende steuerliche Belastung der Bürger reicht aber schon kaum zur Begründung für die am Hauswert orientierte Rationierung der Brauereiproduktion (1593) aus, zur Bestimmung der Anteile der Weißbräugesellschaft (1617) aber ist sie völlig ungenügend. Die Dividenden der Weißbräugesellschaft betrugen eineinhalb Jahrhunderte hindurch ein Mehrfaches der Steuerlast (vgl. S. 108). Die Bürger von Cham (dort galt ein ähnliches Braurecht wie in Amberg) führten das steuerliche Argument für die Abstufung des Braurechts nach dem Hauswert völlig ad absurdum. Nach dem Stadtbrand von 1589 baute ein Teil der Bürgerschaft seine Häuser besonders kostspielig auf und stürzte sich dabei in hohe Schulden, um über einen hohen Hauswert ein umfangreiches Braurecht zu erhalten². Es ist daher nach den echten Gründen dieser Begrenzung des Braurechtes nach dem Hauswert zu suchen. Zweifellos ist der eigentliche Grund in dem Streben zu sehen, den status quo der wirtschaftlichen Positionen der Bürger zu stützen. Bürger mit großem und wertvollem Hausbesitz konnten über ihre umfangreichen Braurechte hohe Einkünfte erzielen, sich entsprechend nähren und ihr Vermögen erhalten. Für weniger vermögende Bürger war es infolge geringerer Braurechte schwieriger als früher bei unbegrenztem Braurecht, ihre Lage aufzubessern. So wirkte das Braurecht als Stabilisierungsfaktor für die wirtschaftliche Struktur der Bürgerschaft.

Durch das neue Braurecht wurde erstmals entscheidend und für die Dauer mit dem Gleichheitsgrundsatz gebrochen, der sonst die Wirtschaftsverfassung Ambergs beherrschte. Jedoch geschah dies nicht mit der letzten möglichen Konsequenz, die darin bestanden hätte, das Braurecht auf eine geschlossene Zahl von Häusern oder gar auf die Brauereien zu reduzieren, also eine begrenzte Zahl von Bürgern mit dem Braurecht zu

1) Vgl. Brenner, Steuern.

2) Brunner, Handelsgeschichte Cham 41 ff.

privilegieren, wie dies vielfach in anderen Städten geschah. In Amberg hatte immerhin jeder Bürger, auch derjenige der kein Haus besaß, das Hausbraurecht für Braunbier; das gewerbliche Braurecht für Braunbier und das Recht auf Mitgliedschaft in der Weißbräugesellschaft resultierte aus jedem Haus Ambergs. Das Amberger Braurecht war weiterhin ein Kommunbraurecht. Der Gleichheitsgrundsatz wurde zwar verletzt, aber doch nicht vom Privilegierungsgrundsatz abgelöst. So kann man auch das neue Braurecht als noch systemgerecht bezeichnen. Es gehört aber zu denjenigen Ausformungen der Wirtschaftsverfassung, die (wie z. B. die Berggesellschaft der Kastner und Flech, das Streben der Bäcker nach geschlossenen Realgerechtigkeiten) systemgefährdend hätten wirken können, wenn die wirtschaftliche Ordnungsstruktur Ambergs insgesamt von geringerer Geschlossenheit gewesen wäre.

Soweit wäre also die Wirtschaftsverfassung der Stadt Amberg aus einem Prinzip, dem Nahrungsprinzip (primäre Einkommens- und Verbraucherorientierung), bestimmt, das auf dem Sektor Gewerbeverfassung in der Gewerbefreiheit (daraus abgeleitet: im freien Zugang zu den entsprechenden Gesellschaften), in der Begrenzung der Gewerbeausübung (daraus abgeleitet: Begrenzung der Anteile an den Gesellschaften) und dem Gleichheitsgrundsatz, und auf dem Sektor Marktverfassung in dem Leistungswettbewerb, der sozialen Mischkalkulation der gesetzten Preise und der Angebotsförderung der Grundnahrungsmittel seine Gestaltungsweisen gefunden hat. Die städtischen Betriebe entsprangen keinem Streben nach Sozialisierung, sie sind nicht prinzipiell zu erklären, sondern als praktische Lösungen besonderer Aufgaben. Im Braurecht war der Gleichheitsgrundsatz zwar gestört, aber doch nicht völlig beseitigt. Das eine Wirtschaftssystem Ambergs ("Wirtschaftssysteme sind Gestaltungsweisen aus einheitlichen Strukturprinzipien"¹), das von der Gestaltidee des Nahrungsprinzips bestimmt wurde, wäre somit aufgezeigt.

Nun ist noch der Handel der Bürger Ambergs zu besprechen, der die Eigenart aufweist, daß es für ihn keine direkten Be-

1) Ritschl, Wirtschaftsordnung 192.

grenzungsvorschriften gab. Dabei sind zuerst zwei Händlergruppen zu unterscheiden: die Krämer (Pfragner) und anderen Kleinhändler einerseits und die eigentlichen Händler und Kaufleute andererseits.

Für die Kleinhändler war eine ausdrückliche Grenzziehung für den Umfang ihrer Gewerbeausübung natürlich überflüssig, weil sie ohnehin in der Eigenart ihres Gewerbes liegt. Hier genügte die Verwirklichung des Ordnungsgrundsatzes der Gewerbebefreiheit, die in diesem Zusammenhang auch soziale Aspekte hat: Bürgern und Bürgerwitwen ohne Handwerk und ohne Mittel für eine Betätigung in den anderen Hauptgewerben (Bergbau, Handel, Brauwesen) stand wenigstens der Kleinhandel unbeschränkt offen. Im Kleinhandel galt also das vom Nahrungsprinzip bestimmte Wirtschaftssystem.

Die bisherigen Ergebnisse lassen es sinnvollerscheinen, den Handel danach zu betrachten, ob durch ihn die Nahrung Ambergs unmittelbar betroffen wurde oder nicht, ob also mit Amberger Produkten gehandelt wurde oder nicht und ob die Amberger Verbraucher von diesem Handel berührt wurden oder nicht.

1) Der Amberger Kaufmann kauft und verkauft seine Waren auswärts (Eisen). Der Rat (Landesherr) besaß keine Ordnungskompetenz, weil die Geschäfte außerhalb seines Herrschaftsbereiches abgewickelt wurden, und keine Ordnungsaufgabe, weil die Nahrung Ambergs nicht unmittelbar betroffen war. Der Handelsmann traf zwar auch auswärts auf Satzungen über Zölle, Geleit, Angebotszwang, Ein- und Ausfuhrverbote usw., bestimmt von auswärtigen fiskalischen und wirtschaftlichen Interessen. Das waren zwar Erschwerungen für den Handel, die der Rat (Landesherr) zu mildern versuchen konnte, aber es waren keine Eingrenzungen des Handels im Sinne des Nahrungsprinzips. In diesem Handelsbereich addierte sich daher mangels obrigkeitlicher Kompetenz und obrigkeitlichen Interesses die subjektive Wirtschaftsgesinnung der Kaufleute, das Erwerbsstreben, zum objektiven Prinzip. Neben das vom Nahrungsprinzip beherrschte Wirtschaftssystem des Produktionsbereiches tritt das vom Erwerbsstreben beherrschte Wirtschaftssystem des Handelsbereiches, das in der unbegrenzten Gewerbebefreiheit seine Gestaltungsweise fand. Diese Art von Geschäften bot den Amberger

Kaufleuten, vom geltenden Wirtschaftssystem her gesehen, die Chance des Reichtums, die aber wegen der übermächtigen Konkurrenz der Kaufleute Regensburgs und Nürnbergs nicht wahrgenommen werden konnte.

2) Der Amberger Kaufmann kauft die Ware auswärts und verkauft sie in Amberg und auswärts (Salz, Wein im 15. Jahrhundert) oder 3) verkauft sie nur in Amberg (Luxuswaren, Wein im 16. Jahrhundert). Der Rat besaß für den Einkauf keine und für den Verkauf nur insoweit eine Ordnungskompetenz und Ordnungsaufgabe, als die Waren in Amberg verkauft wurden. Die Amberger Käufer wurden durch den vom Rat geordneten und kontrollierten Leistungswettbewerb (Maß- und Gewichtskontrollen, Warenbeschau, Vermehrung des auswärtigen Angebots durch Marktveranstaltungen) geschützt. Im übrigen galt das vom Erwerbsstreben bestimmte Wirtschaftssystem des Handelsbereichs. Auch der städtische Salzhandel wurde nach erwerbswirtschaftlichen Grundsätzen geführt (vgl. S. 93 f.).

4) Amberg ist Produktionsort der Handelsware, der Verkauf findet auswärts statt (Erz, Zinnblech). Die Nahrung Ambergs ist betroffen. Die bereits behandelten Produktionsbeschränkungen (Bergbau) begrenzen auch den Handel. Überdies konnte der Erzmarkt, weil er sich hauptsächlich auf die Oberpfalz erstreckte, von den Bergbaustädten Amberg und Sulzbach und von den Landesherrn in Zusammenarbeit mit den Hammerwerksbesitzern geordnet werden; Ordnungskompetenz und Ordnungsaufgabe waren gegeben. Dieses Ordnungsrecht, das in den oberpfälzischen Hammereinungen enthalten ist, kann aber in dieser Untersuchung, die nur Amberg zum Gegenstand hat, nicht behandelt werden. Der Fernhandel mit Zinnblechen, der von der Amberger Zinnblechhandelsgesellschaft betrieben wurde, beruhte auf dem Amberger Produktionsmonopol für Zinnbleche, das der Landesherr durchsetzte. Die Nahrung der Bürger war durch das Recht auf Mitgliedschaft in der Gesellschaft berücksichtigt. Die Beziehungen zu den auswärtigen Käufern wurden vom Erwerbsstreben bestimmt, das hier durch die Bildung eines Monopols eine besondere Ausprägung erhielt (vgl. S. 88 f.).

5) Amberg ist Produktionsort der Handelsware, der Verkauf findet in Amberg und auswärts statt (Bier, Leder). Auch hier ist die Nahrung Ambergs betroffen, und die Produktionsbeschränkungen begrenzen den Handel. Die Nachfrage der Haushalte und Gewerbe Ambergs erhält auswärtige Konkurrenz. Der Rat erließ daher zum Schutze der städtischen Nachfrage Exportquoten für Bier (vgl. S. 101), und der Landesherr setzte eine oberpfälzische Marktordnung für Hüte und Leder (vgl. S. 184), um eine preisgünstige Schuherzeugung in Amberg und in der Oberpfalz zu fördern. Für die verbleibenden Handelsgeschäfte dieser Art (freigegebener auswärtiger Verkauf) galt das vom Erwerbsstreben bestimmte Wirtschaftssystem des Handelsbereiches.

6) Amberg ist Produktions- und Verbrauchsort der Ware (Handwerkserzeugnisse). In diesem Fall war es die Regel, daß die Verteilung der Ware durch den Produzenten vorgenommen wurde. Es galt also das vom Nahrungsprinzip bestimmte Wirtschaftssystem des Produktionsbereiches.

Im Handelsbereich (Kleinhandel ausgenommen) zeigt sich also das zweite Wirtschaftssystem Ambergs, das vom Erwerbsprinzip beherrscht wurde. Soweit von den Handelsgeschäften die Nahrung Ambergs (Einkommen, Verbrauch) betroffen war, wirkte das vom Nahrungsprinzip beherrschte Wirtschaftssystem des Produktionsbereiches ein.

Die Wirtschaftsordnung Ambergs ("Die ökonomische Lehre von der Wirtschaftsordnung zeigt diese Ordnungen in ihrem Aufbau aus Wirtschaftssystemen"¹⁾) in vorindustrieller Zeit wurde also von zwei Wirtschaftssystemen bestimmt, vom am Nahrungsprinzip orientierten Wirtschaftssystem des Produktionsbereiches und vom am Erwerbsprinzip orientierten Wirtschaftssystem des Handelsbereiches. Diese Wirtschaftsordnung hat also einen dualen Charakter, wobei freilich zu berücksichtigen ist, daß dem vom Nahrungsprinzip bestimmten Wirtschaftssystem die größere Bedeutung zukommt, weil in Amberg die Produktion den Handel übertraf. Das vom Nahrungsprinzip gestaltete Wirtschaftssystem war von den Ordnungsträgern gesetzt, es war ein "nach rationalen Prin-

1) Ritschl, Wirtschaftsordnung 192.

zipien geführtes Zweckgebilde"¹; das vom Erwerbsprinzip gestaltete Wirtschaftssystem aber war in diesem Sinne satzungsfrei, es war von der "Heterogonie individueller Zwecksetzungen der Gliedwirtschaften"² geprägt. Im vom Nahrungsprinzip geformten Wirtschaftsbereich hatten die Ordnungsträger ein Ordnungsinteresse und die Ordnungskompetenz; im vom Erwerbsprinzip geformten Wirtschaftsbereich adiierte sich die subjektive Wirtschaftsgesinnung zum objektiven Prinzip. Die Wirtschaftsgesinnung der Ordnungsträger (Rat, Zünfte, Landesherr) war am Nahrungsprinzip, diejenige der wirtschaftenden Subjekte weithin am Erwerbsprinzip ausgerichtet. Die aus dem Nahrungsprinzip resultierenden Eingriffe in die Wirtschaft waren in der Regel allgemeiner, nicht aber punktueller Art (gleiche Beschränkungen für alle); bis zur bestimmten Grenze war auch im Produktionsbereich subjektives Erwerbsstreben zugelassen. Die Bürger Ambergs waren in ihrem Wirtschaften frei bis zu der vom Rat (Landesherrn, gezogenen Grenze, die aber nur in der Stadt Portung (im Lande des Herrn) gelten konnte, während darüber hinaus der Wettbewerb allein, der allerdings infolge der Nähe der Handelsstädte Nürnberg und Regensburg sicher von genügender Stärke war, Beschränkung auferlegte.

Wenn man nach den Veränderungen der Wirtschaftsverfassung und Wirtschaftsordnung im späten Mittelalter und in der frühen Neuzeit fragt, dann ist für den Produktionsbereich vorallem auf den gleichbleibenden Ordnungszern, auf die allgemeine wirtschaftliche Freiheit in Grenzen, hinzuweisen, wobei die Begrenzung der Freiheit im Ablauf der Zeit ausgebaut wurde. Auf diesem Ordnungskern basierend verläuft die Entwicklung vom Einzelbetrieb des Bürgers oder von der kleinen bürgerlichen Gesellschaft zu den allen Bürgern offenen Großgesellschaften, ein Vorgang der technisch oder wirtschaftlich bedingt war. Das scheint die wichtigste Entwicklungslinie zu sein, teils wegen ihrer Eigenart, teils wegen der Bedeutung der Wirtschaftszweige, in denen sie sich vollzog. Das Wirtschaftssystem des Handelsreiches erfuhr keine

1) Ritschl, Wirtschaftsordnung 192.

2) Ritschl, Wirtschaftsordnung 192.

Veränderung; das Handelsvolumen der Bürger Ambergs war aber in der Neuzeit, vor allem im 16. Jahrhundert, zumindest relativ (zur sonstigen Entwicklung der Stadt, der Wirtschaft überhaupt) stark rückläufig.

Für die Bürger (Handwerker ausgenommen) brachte diese Entwicklung, das darf das erfolgreiche Streben nach Wahrung des Ordnungskernes nicht übersehen lassen, wesentliche Veränderungen. Die Bürger entwickelten sich in diesen Bereichen der Wirtschaft von Unternehmern zu Rentnern; von Berggewerken zu Gewinnanteilern und Zinsrentnern von Berggemeinschaft und Berggesellschaft, von Eisen- und Blechhändlern und Bierbrauern zu Monopolrentnern von Zinnblechhandelsgesellschaft und Weißbräugesellschaft. Soweit sie in der Verwaltung der neuen Gesellschaften mitarbeiteten, wandelten sie sich von Selbständigen zu Angestellten. Die Verrentung eines Teiles der Bürgerschaft Ambergs ist aber Folgeerscheinung, nicht Ursache der Entwicklung von Wirtschaftsverfassung und Wirtschaftsordnung. Zuerst war der Ordnungskern da, dann kam das technische oder wirtschaftliche Problem, das unter Wahrung des Ordnungskernes zu lösen war; so entstanden die Gesellschaften und als Nebenergebnis die Renten der Bürger.

Die Bürgerschaft Ambergs gliederte sich auch in der Neuzeit hauptsächlich in zwei große Gruppen: Die eine Gruppe umfaßte diejenigen Bürger, die sich aus den bürgerrechtlichen Gewerben, aus Bergbau, Handel und Brauwesen, nährten, sei es durch dispositive Arbeit oder durch den Bezug von Renten (hier kaufmännische Bürgerschaft genannt), die also nicht manuell arbeiteten (deswegen in den Quellen manchmal "feiernde Bürger" genannt); die andere Gruppe rekrutierte sich aus den selbständigen Handwerkern. Man kann noch zwei weitere Gruppen sehen: die kleinen Händler und Wirte (Pfragner, Winkelwirte) und die Stadtbauern einerseits und die wirtschaftlich unselbständigen Bürger (Tagelöhner, Ehehalten, ein Teil der Handwerksgehlen) andererseits. Die erste Gruppe kann in diesem Zusammenhang als den Handwerkern verwandt angesehen werden; die zweite Gruppe darf vernachlässigt werden, weil sie in Amberg infolge vieler Beschäftigungsmöglichkeiten und offener Gesellschaft weder ein wirtschaftli-

ches noch ein soziales Problem darstellte. Die Untersuchung von Gesellschaft und Herrschaft in der Stadt Amberg kann sich daher auf die beiden Hauptstände der Bürgerschaft, die Kaufleute und die Handwerker, beschränken.

Die beiden Bürgergruppen waren gegeneinander nicht abgeschlossen. Söhne von Handwerkern konnten bei einigem Vermögen ohne weiteres in die kaufmännische Bürgergruppe überwechseln, um ohne Handarbeit von den bürgerrechtlichen Gewerben zu leben. Auch der umgekehrte Weg wurde, wenn auch wahrscheinlich seltener, beschritten. Vermögen und Einkommen der Handwerker lagen im Durchschnitt wohl unter Vermögen und Einkommen der Kaufleute, doch wird der Abstand nicht besonders erheblich gewesen sein, und nicht wenige Handwerker werden die Durchschnitte des anderen Standes erreicht haben, ebenso wie ein Teil der Kaufleute nur die Durchschnitte der Handwerker erreicht haben wird. Vereinzelt befanden sich die Handwerker nach Vermögen und Einkommen sogar in der Spitzengruppe der Bürgerschaft; man vergleiche nur die Gerberhäuser in der Lederergasse und das Walleterhaus (Ledererhaus am Wall, am inneren Befestigungsring?) mit den Bürgerhäusern am Marktplatz. Die beiden großen Bürgergruppen Ambergs waren also weder fest gesellschaftlich isoliert noch wirtschaftlich stark differenziert.

Innerhalb der kaufmännischen Bürgerschaft gab es keine herausragende wirtschaftliche Spitzengruppe, wenigstens nicht in der Neuzeit. Die wirtschaftlichen Voraussetzungen des Patriziats waren daher in Amberg nicht erfüllt, von einzelnen Familien (Kastner, Plech, Baumgartner) vielleicht abgesehen; doch das waren zu wenige, um sich als Patriziat durchzusetzen.

Nun ist die politische Stellung der beiden Hauptstände im innerstädtischen Herrschaftssystem zu untersuchen. Die Ratsverfassung des 16. Jahrhunderts hat Schwaiger¹ überliefert.

Die bürgerliche Selbstverwaltung der Stadt Amberg oblag folgenden Organen:

1) Bürgermeister (4 Bürgermeister und 1 Stellvertreter);

1) Schwaiger, Chronik 35 ff.

- 2) Innerer Rat (5 Bürgermeister und 6 Innere Räte);
- 3) Urteiler (8);
- 4) Äußerer Rat (24);
- 5) Wahlmänner (100).

Die Aufgaben dieser Organe waren:

- 1) Bürgermeister: "und regiert der erst ein Quartall, der ander das nächst, und also fort an; aber der fünffte hat keine Regierung";
- 2) Innerer Rat: "geheimste und sonder fürnehme Sachen";
- 3) Urteiler: "die gehen täglich in gemeinen Sachen zu Rath, helfen auch die Gericht besizen";
- 4) Äußerer Rat: "die werden allein gefordert, nach der Rath Wahl, weil man die Amt besezt, oder wann man gemein Gesaz, Gebott, Fleisch, Brod, Bier und Fischordnung, auch ander Sachen, daran der Statt ins Gemein gelegen ist, berathschlaget und ordnet, wird solchs mit ihrem Vorwissen und Bewilligung gehandelt"; Vortrag der Gravamina (vgl. 5);
- 5) Wahlmänner: "alten Gebrauch nach ... dass sye von der Statt Mängel mögen reden und dieselben verzeichnen lassen" (Vortrag der Gravamina gegenüber dem alten Rat anlässlich der Wahl des neuen Rats).

Das passive Wahl- bzw. Berufungsrecht für diese Organe besaßen:

- 1) Bürgermeister: kaufmännische Bürgerschaft;
- 2) Innerer Rat: kaufmännische Bürgerschaft;
- 3) Urteiler: kaufmännische Bürgerschaft;
- 4) Äußerer Rat: kaufmännische Bürgerschaft und handwerkliche Bürgerschaft;
- 5) Wahlmänner: "fürnehmste Bürger" aus der kaufmännischen und handwerklichen Bürgerschaft.

Das aktive (gleiche) Wahlrecht bzw. Berufungsrecht für diese Organe besaßen:

- 1) Bürgermeister: der bisherige Innere Rat, die bisherigen Urteiler, der bisherige Äußere Rat und die Wahlmänner;
- 2) Innerer Rat: die neuen Bürgermeister;
- 3) Urteiler: der neue Innere Rat;

4) Äußerer Rat: der neue Innere Rat;

5) Wahlmänner: der alte Innere Rat.

Die Ratsverfassung der Stadt Amberg beinhaltet keine patrizischen Elemente. Die Organe Bürgermeister und Innerer Rat wären die Domänen des Patriziats gewesen, deren Besetzung um diese Zeit (Mitte 16. Jahrhundert) nach der allgemeinen Entwicklung schon bestimmten Patrizierfamilien vorbehalten gewesen sein müßte. Davon ist nirgends die Rede, ganz im Gegenteil gerade die Wahl der Bürgermeister kommt demokratischen Gepflogenheiten am nächsten, weil bei ihr 100 Wahlmänner aus der gesamten Bürgerschaft mitwirkten.

Die Zweiteilung der Bürgerschaft durchzieht die ganze Ratsverfassung. Das Handwerk besaß nur das passive Berufsrecht in den Äußeren Rat und zu den Wahlmännern, alle übrigen Organe besetzte die kaufmännische Bürgerschaft. Dabei ist aber daran zu erinnern, daß der Rat in dieser Zeit nicht nur städtische Obrigkeit war sondern auch Berggewerkenvereinigung, Handelskammer und Brauergilde, daß er sich also zu einem guten Teil mit kaufmännischen Fragen beschäftigte, für die es keine eigenen Institutionen gab, während die Zünfte die Angelegenheiten des Handwerks zum Teil in Selbstverwaltung erledigten. Mit den Zünften wurde die Zurückstellung des Handwerks in den städtischen Organen kompensiert, offenbar in zufriedenstellenden Umfang, weil es, worauf bereits hingewiesen wurde, in Amberg nicht zu Zunftkämpfen kam, wozu aber auch die offene Gesellschaft Ambergs beigetragen haben wird.

Wenn die Ratsverfassung auch keine patrizischen Züge aufweist, so enthält sie doch Regelungen, die auf eine gewisse Dauerbesetzung der Ämter aus einem Personenkreis, die sich auch tatsächlich zeigt, abzielen. In solcher Weise wirkte das aktive Wahlrecht der alten Amtsträger für die neuen Amtsträger. Bei der Bürgermeisterwahl hatten die alten Amtsträger 43 Stimmen (30%) und Einfluß auf die 100 Stimmen (70%) der Wahlmänner, weil sie diese bestellten. Diese Regelung ist auch rechtsgeschichtlich begründet. Das einzige stadtherrlich eingesetzte Organ war der Innere Rat ("die burger schuln auch unter in nemen zehen man oder achte"¹). Die übrigen Organe

1) Freiheitsbrief Herzog Rudolfs von 1294 (Löwenthal, Urkundenbuch 3).

wurden der Bürgerschaft offenbar vom Inneren Rat zugestanden (vgl. S. 58), der sich deswegen auch einen Einfluß auf ihre Besetzung vorbehalten konnte. Gesellschaftlich-herrschaftlich stellt diese Regelung sich als Stabilisierungsfaktor dar, der aber wohl weniger als patrizischer Ansatz zu werten ist, sondern als Wunsch nach personaler Kontinuität, nach Erfahrung und "gutem Regiment".

Die durch Beschränkung des Einzelnen allen Bürgern zur Einkommenserzielung offen gehaltene Wirtschaft Ambergs (Nahrungsprinzip) entspricht der offenen ständischen Gesellschaft Ambergs und der durch demokratische Elemente entschärften und durch Selbstverwaltung ergänzten Herrschaft des ganzen Kaufmannstandes Ambergs, wobei in Wirtschaft (mit dem späten Braurecht) und Gesellschaft und Herrschaft (mit dem aktiven Wahlrecht der alten für die neuen Amtsträger) Stabilisierungsfaktoren eingebaut waren, die den status quo förderten, aber nicht zementierten. Die Stimmigkeit der innerstädtischen Ordnungen von Wirtschaft, Gesellschaft und Herrschaft ist deutlich.¹

-
- 1) Die Chronik Michael Schwaigers, der der Kronzeuge dieses Abschnittes war, wurde im Jahre 1564 gedruckt bei Lorentz Schwenkh zu Wittenberg. Den Druck veranlaßte Casparus Peucerus, Professor der Universität Wittenberg, der sich darüber mit Magister Sebastianus Froeschel, einem Amberger, damals Archidiakonus der Kirchen zu Wittenberg, beriet. Peuzer schrieb in seiner Einleitung zu dem hier interessierenden Teil der Schrift: "So ist die Beschreibung der Polizeiordnung, darin das Stadtre Regiment mit allen Ständen verfasst ist, ein schön herrlich Exempel, welches nicht allein rühmlich ist der Stadt für sich selbst, sondern wird vielen Städten jetzt und nachmals Ursach geben, solche Ordnung auch zu ihrer Verbesserung mehr nachzutrachten und zu folgen ..." Der Modellcharakter, der von den Wittenbergern der Ordnung Ambergs zugedacht war, konnte freilich nicht wirksam werden, weil die Pfalzgrafen mit einigen (in diesem Zusammenhang uninteressanten) Textstellen des Buchleins nicht einverstanden waren und sein Einstampfen veranlaßten. Doch auch ohne dieses Mißgeschick hätte die Chronik kaum eine breite Wirkung erzielt. Dazu waren die sozialen Vorstellungen der Reformation zu fragmentarisch. Es bleibt aber immerhin festzuhalten, daß die Absicht, die Ordnung Ambergs als Vorbild zu verbreiten, zu diesen Fragmenten gehört.

A n h a n g

Erläuterungen

1. Marktrecht (zu S. 6): Im Stadtrecht von 1294 heißt es: "Sprichit man auch ieman an umme gulte oder umme dehain dinch, daz marchtreht haizit, daz sol man niendert enden denne under dem gerihte. Man schol auch niendirt furbaz dingen auz dem gerihte umme dehainr slahte sache, die zu dem marchtrehte gehornt." (Rubenbauer, Stadtverfassung, Urkundenanhang 3). Diese Bestimmung wurde unverändert in das Stadtrecht von 1310 übernommen (Rubenbauer, Stadtverfassung, Urkundenanhang 6). Das älteste Stadtgesetz enthält folgende einschlägige Bestimmungen: "Item chlagt ein man umb marchtreht, sein sei vil oder wenich, laugent dann diser, den man hat an gesprochen, so mag der da chlagt sein marchtreht behaben mit sein aines hant oder er mag disen lassen laugen und der müs in sein weisen selp drit." (Thoma, Stadtrechtsbuch 43) An anderer Stelle: "Item wer zins in der stat oder in dem purkding hat, ez sei mart reht oder nach zinsz, es sein kloster oder ander, daz über 1 lb. hll. oder über 60 dn. ist, und niht brif dar umb hat, der sol noch brif dar umb nemen und sol im der auch den brif geben, der im den zins geben sol, hie zwischen lichtmezz tag, der wirt anno 81, und wer den brif nimpt, der sol daz lon do von geben." (Thoma, Stadtrechtsbuch 51) Und an dritter Stelle: "man sol auch den nach zins niht mit der zwiespild geben, als man daz martreht tut" (Thoma, Stadtrechtsbuch 51).

2. Marktrecht (zu S. 8): Empfänger der Marktrechtsabgaben in Amberg: das Stift St. Jakob zu Bamberg, dem Bischof Otto 1109 die Amberger Georgskirche "cum dote, decimatione et omnibus ejusdem ecclesie censum solventibus" übertrug (Blößner, Georgskirche 264); das Kloster Prüfening bei Regensburg, die Heiligen von St. Martin in Amberg, kirchliche Stiftungen in Amberg, wie die Engelmesse und die Alhartsche Predigtpründe; daneben aber auch Amberger Bürger. Andernorts wurden die Marktabgaben häufig vom Markt- bzw. Stadtherrn eingezogen, so in Sulzbach (Mon. Boica 36; 643), in

Neumarkt (Mon. Boica 36; 343, 640) und von den bayerischen Herzögen (Schultheiß, Münchner Gewerbeverfassung 25 ff.).

3. Bruderschaften (zu S. 54): Die erste Nachricht von einer Bruderschaft des Handwerks ist von 1453 überliefert: Der Rat schlichtet einen Streit zwischen den Viermeistern und Viergesellen der Schuster ihres Bruderschaftsbriefes wegen (Stadtarch. Abg., Bände 2). 1457 verpflichtet sich das Handwerk der Schuster, auf **alle Zeit den Pflegern von St. Martin** die Geldgebühr für das Meisterwerden, die Fremde zu leisten haben (**ein Gulden**), zu überweisen mit der Auflage, daß die Pfleger die Gläser (Fenster), "so die Schuster zu St. Martin ob dem Umgang und unten am Anfang" machen haben lassen, auf Kosten der Schuster erhalten (Stadtarch. Abg., Bände 321). 1460 stiftet das Handwerk der Bäcker zusammen mit Konrad Bertoltzhauser und dessen Tochter eine Ewigmesse mit einem jährlichen Zins von 35 Gulden, der von der Stadtkammer erworben wurde. Für die Ewigmesse erbauten sie in der Martinskirche einen neuen Altar (Hauptstaatsarch. München, Amberger Gerichtsurkunden 579). 1470 entschied der Rat, daß die Weißbecken schuldig sind, das Quatembergeld und die Beiträge zur Bruderschaft des Bäckerhandwerks zu zahlen (Stadtarch. Abg., Bände 3). Die Zunft und Bruderschaft der Bader erwarb 1489 einen Gulden Ewiggeld von zwei Weihern und einem Wiesflecklein zu Thann (Hauptstaatsarch. München, Amberger Gerichtsurkunden 745). Die Meister und Gesellen des Kürschnerhandwerks gründeten 1495 eine Bruderschaft: "auch ist uns gegeben worden der Altar der Märtyrerin St. Afra, denselben zu beleuchten". Meister und Gesellen entrichteten Beiträge, um Kerzen anzuschaffen, Messen zu bezahlen und kranke Gesellen zu unterstützen (Stadtarch. Abg., Gewerbeakten 335). In der Martinskirche befinden sich die Zeichen folgender Handwerke: Schuhmacher, Tuchmacher, Schneider, Fischer und Maler (Kunstdenkmäler-Amberg 68 ff.). Vermutlich haben diese Handwerke, wie es ja bei den Schuhmachern bezeugt ist, zum Bau und zum Unterhalt der Martinskirche beigetragen und Bruderschaften gebildet. - Die Schuster erhielten ihre Handwerksordnung 1450, die Bader 1485; die ersten Nachrichten von ihren Bru-

derschaften datieren von 1453 bzw. 1489. Da auch alle übrigen Mitteilungen über Bruderschaften aus der Zeit der Zunftbildung stammen, werden Zünfte und Bruderschaften in Amberg gleichzeitig entstanden sein. Die Aufgaben der Bruderschaften lagen vorallem im religiösen Bereich. Im 16. Jahrhundert, spätestens zur Zeit der Reformation in Amberg, lösten sich die handwerklichen Bruderschaften auf.

4. Reiche Bürger (zu S. 57):

Alhart; 1335: Reicher A. kauft mit dem Reichen Gebhart das "Gesaezze, datz Winpuch" (Mon. Boica 24; 76 f.); 1379: Anna, die Alhartin, Frau des Reichen A. (Stadtarch. Abg., Bande 318); 1382: A. der Reich selig (Stadtarch. Abg., Bande 318).

Eberhart; 1343: der Reich E., Vertragszeuge (Mon. Moica 24; 92).

Frey; 1330: Hans, den man nennt den reichen F., besitzt 1/5 Erzgrube (Stadtarch. Abg., Bände 318); 1391: Reichfreyin (Stadtarch. Abg., Bände 319).

Fridlein; 1352: der Reich Gebhart ist des Reichen F. sun säligen (Mon. Boica 24; 100); 1382: der Reich F. (Stdarch. Abg., Bände 318).

Friedrich; 1342: des Reichen F. sun, Erbrecht am Hof des Klosters Ens Dorf in Wingershof (Mon. Boica 24, 89).

Gebel (Gobel); 1330 der Reich G. ist zinspflichtig zur Georgskirche (Blößner, Georgskirche 265 ff.); 1339: der Reich G. gehört zu den Urteilern des Stadtgerichts (Mon. Boica 24; 84); 1343: der Reich G. ist Vertragszeuge (Mon. Boica 24; 92).

Gebhart; 1335: Reicher G. ist Vertragszeuge (Mon. Boica 24; 73); 1335: Reicher G. kauft mit dem Reichen Alhart das "Gesaezze, datz Winpuch" (Mon. Boica 24; 73); 1352: der Reich G. ist Vertragszeuge und wird als des Reichen Fridlein sun säligen bezeichnet (Mon. Boica 24; 100); G. der Reiche handelt mit Eisen (Stadtarch. Abg., Bande 318); 1396/99: G. der Reiche hat ein Holz als Leuchtenberger Lehen.

Geblein; 1342: Reicher G. (Sohn des Reichen Gebel?) Erbrecht am Hof des Klosters Ens Dorf zu Wingershof (Mon. Boica 24; 89).

Hans; 1377: H. der Reiche ist Urteiler beim Stadtgericht und Ausrichter einer Meßstiftung (Thoma, Stadtrechtsbuch 60).

Hofstetter; 1335: der Reich Ulrich Pertold H. ist Vertragszeuge (Mon. Boica 24; 76 f.).

Kunrad; 1391: der Reyeh K. (Stadtarch. Abg., Bände 286); 1392: Reicher K. (Stadtarch. Abg., Bände 286).

Philipp; 1381: Ph. Reich wird als Bürger Ambergs in einer Urkunde des Klosters Ens Dorf genannt (Mon. Boica 24; 295; 1385: Ph. der Reiche handelt mit Eisen (Stadtarch. Abg., Bände 318); 1391/94: Ph. der Reiche besitzt eine Erzgrube (Stadtarch. Abg., Bände 286); 1407: Ph. der Reiche ist Bürger zu Amberg (Mon. Boica 24; 167).

Ulrich; 1342: der Reich U. wird genannt in den Urkunden des Klosters Ens Dorf (Mon. Boica 24; 292).

Wolfhart; 1330: Rich W. ist zinspflichtig zur Georgskirche (Blößner, Georgskirche 265 ff.); 1361: der W. hat ein Marktrecht auf einem Kram (Stadtarch. Abg., Urkunden 100); 1367: der Reich W. ist Urteiler beim Stadtgericht (Thoma, Stadtrechtsbuch 60); 1396: W. der Reich hat ein Leuchtenberger Lehen.

5. Bergbau (zu S. 79): Die gesamten Kosten und der Gewinn (Überschubrechnung), also der Umsatz der Flechschens Gesellschaft, stellten sich 1536/46 auf 60789 Gulden (Stadtarch. Abg., Bände 406). Davon sind die Kosten für Transport des Erzes zu den Häm mern in Höhe von 24003 Gulden abzuziehen, da sie den Kunden gesondert in Rechnung gestellt wurden, sodaß für den Erzumsatz 36786 Gulden verbleiben. 1 Pfund Fuder Erz kostete 1540 100 Gulden (F. M. Reß, Oberpfälzische Eisenindustrie 181). Hier werden 95 Gulden angesetzt, da die Stadt häufig über Preisunterbietungen der Flechschens Gesellschaft klagte. So ergibt sich ein Erzabsatz von 387 Pfund Fuder in 10 Jahren und von 38,7 Pfund Fuder in einem Jahr. Reß (Oberpfälzische Eisenindustrie 62 f.) geht vom Mutterz an den Landesherrn aus und errechnet bei einem Preis von 80 Gulden 333 Pfund Fuder. Damit konnte aber der Erzumsatz der Gesellschaft nicht erreicht werden. Vielleicht hatte die Gesellschaft noch nicht die ganze Erzmaut bezahlt.

6. Bergbau (zu S. 82): Ermittlung der an Bergarbeiter und Hilfskräfte bezahlten Lohnsumme (vgl. S. 83):

Löhne und Gehälter	39215 Gulden
Gehälter	3416 Gulden
Löhne	35799 Gulden
Löhne für Bergschmiede (in Ausgaben für Handwerker enthalten)	939 Gulden
Löhne für Erzabfuhr (1/2 der entsprechenden Gesamtausgaben)	773 Gulden
Lohnsumme	37511 Gulden

Ermittlung der gezahlten Wochenlöhne (Stadtarch. Abg.,
Rechnungen XIV, 10 a):

Bergmeister	3,000 Gulden
Wasserknecht	1,525 Gulden
Stallmeister	1,525 Gulden
Marstaller	1,500 Gulden
Ankriener	1,300 Gulden
Feuerschürer	1,292 Gulden
Zimmerer	1,100 Gulden
Stürzer	1,000 Gulden
Fuhrknechte	0,875 Gulden
Deichselknechte	0,750 Gulden
Tagelöhner	0,700 Gulden
Ortbuben	0,688 Gulden

Da die Mehrheit der Beschäftigten der unteren Lohnhälfte angehörte (die Tagelöhner waren die eigentlichen Bergleute) wird ein durchschnittlicher Wochenlohn von 1 und ein Jahreslohn von 52 Gulden angenommen. Das ergibt (37511 : 52) 721 Jahreslöhne. Dazu kommen 30 Angestellte. Die Gesamtzahl der Beschäftigten stellte sich also auf 751 oder 700 bis 800 Personen. Reß gibt 1025 Beschäftigte für 57 Arbeitswochen an (Reß Oberpfälzische Eisenindustrie 80). Das entspräche einem Wochenlohn von 0,642 Gulden, der unter dem Niedrigstlohn der Ortuben liegt.

7. Bergpferde (zu S. 82): Die Bergpferde, worunter wohl nur jene Pferde zu verstehen sind, die in Leipzig und Budtstadt gekauft wurden, waren im Amberger Bergbau erstmals im

Einsatz und erregten beträchtliches Aufsehen, wie die Schenkung von sechs Bergpferden, die man mit Schmuckdecken versehen ließ, an den Pfalzgrafen in Heidelberg zeigt (Stadtarch. Abg., Rechnungen XIV, 10a). Die Bergpferde wurden nicht in Sachsen selbst gezüchtet, sondern nach dort von Osten her eingeführt (Mitteilung des Heimatmuseums Buttschadt vom 25.7.1967). Es ist also wohl an polnische Pferde zu denken. Es wird sich dabei um kleine und zähe Pferde gehandelt haben, die als Antrieb für das Erz- und Wasserheben verwendet wurden, während man die in der Umgebung eingekauften Pferde zum Erzkarren zu den Sammelplätzen eingesetzt haben dürfte.

8. Erzstatistik (zu S. 84): Abweichungen gegenüber F. M. Reß: Bei der Auswertung der Erzzehentrechnung von 1408 (Reß, Oberpfälzische Eisenindustrie 59) zählt Reß das "alte", einem früheren Würken entstammende Zehenterz, das nur als Rechnungsvortrag zu verstehen ist, für das neue Würken mit. Das Würken von 1408 brachte also nicht 26 sondern 17 Pfund Fuder Zehenterz. Für das 16. Jahrhundert (Reß, Oberpfälzische Eisenindustrie 60) gibt Reß die "Erzverkaufszahlen der 'gemein Gesellschaft des Bergbaus zu Amberg'" an und macht dann, um zur gesamten Förderung zu kommen, einen Zuschlag für die Plechische Gesellschaft. Bei den ersten Zahlen handelt es sich aber nicht nur um den Erzabsatz der gemeinen Gesellschaft, die ja gar nicht für den ganzen Zeitraum bestand, sondern bereits um den gesamten Erzabsatz vom Amberger Erzberg, wie aus der ältesten Stadtkammerrechnung eindeutig hervorgeht. Der Zuschlag, den Reß für die Plechische Gesellschaft vornimmt, ist also nicht berechtigt. - Die Schwankungen der Erzförderung zeigen sich auch bei M. Schwaiger. Dieser begründet die Errichtung der Zinnblechhandelsgesellschaft (1534), weil "des Eysen Bergwercks einig klein seyndt" (Schwaiger, Chronik 48). Er berichtet weiter von 150 bis 200 Bergleuten (Schwaiger, Chronik 45), was zur Zeit der Abfassung der Chronik (um 1560) mit der Erzförderung im Einklang steht, wenn man bedenkt, daß beim großen Würken 1594/95 etwa 700 bis 800 Bergleute eingesetzt wurden. - Quellen der Statistik: 1408/12 Reß, Oberpfälzische Eisenindu-

strie 59; 1469/1555 Stadtarch. Abg., Rechnungen I, 1; 1580/90 Stadtarch. Abg., Rechnungen XIV, 2-10.

9. Bierbezeichnungen (zu S. 99):

Bayerisches Bier - braunes, untergäriges Gerstenbier, bei dem das Kernbier um den Nachguß verlängert ("angeschwänzt") wurde; in Amberg wird es ab der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts gebraut.

Braunbier - andere Bezeichnung für untergäriges Bier (nach der Farbe); Gegenbegriff Weißbier.

Gebbiair - mittelalterliche Bezeichnung für Winter- oder Schenkbier.

Gott-Vater-Bier - von Bruder Barnabas im Amberger Paulaner-kloster, später im Münchner Paulaner-kloster gebrautes Starkbier für die Fastenzeit.

Kernbier - starkes, braunes Gerstenbier für den Sommer, das in Amberg im 16. Jahrhundert und in der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts gebraut wurde.

Kofent - besonders schwaches Bier, das aus den Braurückständen des bayerischen Bieres gewonnen wurde.

Lagerbier - andere Bezeichnung für Sommerbier.

Lyndisch Bier - Bier nach Londoner Art (lyndisch Tuch, **englisches Tuch**).

Märzenbier - am Ende der winterlichen Brauzeit im März gebrautes, besonders starkes Lagerbier, das zum Ende der sommerlichen Schankzeit ausgeschenkt wurde; nur in Bayern, nicht in der Oberpfalz.

Nachbier - schwaches Bier, das aus den Rückständen des Kernbiers gewonnen wurde.

Obergäriges Bier - gärt bei höherer Temperatur, es entwickelt sich mehr Kohlensäure; hauptsächliche Brauweise des Mittelalters; heutige obergärige Biere: Weiß- und Weizenbier; Gegenbegriff untergäriges Bier.

Rotbier - andere Bezeichnung für Braunbier; in Amberg wenig gebräuchlich.

Salvator - spätere Bezeichnung für Gott-Vater-Bier.

Schenkbier - andere Bezeichnung für Winterbier.

Sommerbier - braunes, untergäriges Gerstenbier, das im Winter für den Ausschank im Sommer gebraut wurde; wegen der

längeren Lagerung auch Lagerbier genannt; der Haltbarkeit wegen mußte es mit größerem Malz- und Hopfeneinsatz bereitet werden; es war deshalb etwas teurer; Gegenbegriff Winterbier.

Untergäriges Bier - gärt bei niedriger Temperatur, es entwickelt sich weniger Kohlensäure; hauptsächlich Brauweise der Neuzeit, insbesondere der Oberpfalz und Bayerns; heutige untergärige Biere: im wesentlichen alle Biere außer Weiß- und Weizenbiere; Gegenbegriff obergäriges Bier.

Weißbier - andere Bezeichnung für obergäriges Bier (nach der Farbe); Bezeichnung des obergärigen Bieres in Bayern, das aus Gersten- oder gemischtem Gersten- und Weizenmalz hergestellt wurde; in Amberg braute die Jesuiten- bzw. Malteserbrauerei im 18. Jahrhundert weißes Gerstenbier; Gegenbegriff **Braunbier**.

Weizenbier - Unterart des Weißbieres; obergäriges Bier aus Weizenmalz; Bezeichnung des obergärigen Bieres der Oberpfalz, in der Weißbier aus Weizenmalz gebraut wurde; Produkt der Amberger Weißbräugesellschaft.

Winterbier - braunes, untergäriges Gerstenbier, das nach kurzer Lagerung im Winter während der Brauzeit zum Ausschank kam; daher Schenkbier, früher Gebbier genannt; konnte mit geringerem Malz- und Hopfeneinsatz bereitet werden; es war deshalb etwas billiger; Gegenbegriff Sommerbier.

10. Hausbräu (zu S. 100): Zur Mitte des 16. Jahrhunderts gab es in Amberg 400 Handwerksmeister. Hinzu kommen als Bürger die Kaufleute und Krämer, die Vollwirte, die Stadtbauern und einige städtische Beamte. Man wird nicht weit fehl gehen, wenn man für Amberg bei 5000 Einwohner die Zahl der Bürger mit 500 bis 600 annimmt. Davon sind die Bierschenken abzusetzen, da deren Hausbräu in den Produktionszahlen bereits enthalten sind. Nach den Brauverzeichnissen der Jahre 1551/56 gab es in Amberg zwischen 130 und 170 Bierschenken (Stadtarch. Abg., Gewerbeakten 337). Schwaiger beziffert die Zahl der Bier- und Weinschenken auf 200 (Schwaiger, Chronik 51). Für diese Berechnung soll eine mittlere Zahl von 150 Bierschenken angenommen werden, so daß 350 bis 450 potentielle Hausbrauer verbleiben. Die auf die **Bedürfnisse der Hausbrau-**

er abgestellte Bestimmung, wonach jede Brauerei wöchentlich wenigstens zwei Hausbräu zu bereiten hatte, vermittelt einen weiteren Anhaltspunkt für den Umfang des Hausbrauens. Bei acht Braustätten und einer Brauzeit von fünf Monaten ergeben sich rund 350 Hausbräu. Es wird daher unterstellt, daß 300 Bürger ihr Hausbraurecht wahrgenommen haben; 300 Bräu sind 5900 Hektoliter.

11. Schustergesellen (zu S. 125): Im Eid- und Gesatzbuch (um 1460/70) sind auch "Der vier Schustergesellen Gelübde" verzeichnet (Stadtarch. Abg., Bände 241). Sie mußten dem Bürgermeister mit handgebenden Treuen an Eidesstatt geloben, daß sie die Ordnung nach ihrem Bruderschaftsbrief und nach den Weisungen der geschworenen Viermeister pflegen werden. Wahrscheinlich wurde dieses Treuegelöbnis von einem "Uff-stand" (Arbeitsniederlegung) der Gesellen im Jahre 1453 verursacht. Ein Jungmeister verweigerte der Zunft einen halben Gulden Meistergeld. Die Meister entschieden, er könne ihretwegen arbeiten, sie würden ihn aber nicht bei Krankheit und anderer Not fördern. Die Gesellen stellten sich auf die Seite des Jungmeisters. Der Rat entschied den Streit: Der Jungmeister hat den halben Gulden zu geben und die Gesellen haben die Arbeit wieder aufzunehmen (Stadtarch. Abg., Bände 3). - Die Schustergesellen waren die einzige Amberger Gesellenschaft, die eine eigene Gesellenordnung erhielt (Stadtarch. Abg., Depot des Schuhmacherhandwerks). Die überkommene Ordnung stammt vom Jahre 1594, sie geht nach der Präambel auf eine ältere zurück. Die Schuhknechte hatten zwei Alt-knechte zum Vorstand, eine besondere Lade auf ihrer Herberge, eigene Beiträge und ein umfangreiches Recht auf Bestrafung disziplinärer Verstöße der Gesellen und Jungen bei einer Höchststrafe von zehn Kreuzern. Beiträge und Strafgelder waren für in Not geratene Gesellen und Jungen zu verwenden. An die Herbergseltern wurden besondere Beiträge geleistet, damit keine kranken Schuhknechte von der Herberge verstoßen, sondern mit gebührender Wartung versehen würden. So ein kranker Schuhknecht des Wachens bedurfte, ging dieser Dienst nach dem Alter der Gesellen (zuerst die Altgesellen) um. Die Aufsicht über die Schuhknechte führten die Vier-

meister, die einen von zwei Schlüsseln zur Lade der Knechte besaßen und einen Vertreter zu ihren Versammlungen entsandten.

12. Gemeinsame Produktionsstätten des Handwerks (zu S. 135): Die Lohmühle wird, nach dem Ortsnamen zu schließen, ursprünglich in Gärbershof (frühere Schreibweise: Gerbershof) gewesen sein. Im 14. Jahrhundert, sicher vor 1334, gab es ein "Löhmühl" zu Elbersdorf, die an die Georgskirche zinsten (Blößner, Georgskirche 266). Im Jahre 1420 übergab der Rat dem Handwerk der Lederer zu Amberg die Lohmühle zu Elbersdorf mit der Auflage, daß sie der Alhartschen Predigtstiftung Zins für freies Marktrecht und vier Gulden reichen. Dafür erhielt das Handwerk die Gnade für das Meisterwerden einen Gulden zu fordern (Stadtarch. Abg., Bände 319). 1460 beschloß der Rat in der Stadt eine neue Mühle zu errichten, der die Lohmühle anzubauen sei (Stadtarch. Abg., Bände 2 und 3). Für die Lederwalke zinsten die Gerber 1468 an die Stadt (Stadtarch. Abg., Rechnungen I). - 1403 befand sich die Walkmühle der Tuchmacher in Elbersdorf (Stadtarch. Abg., Bände 319). 1469 klagten die Tuchmacher über den schlechten Zustand der Walkmühle; der Rat tut daraufhin einen "merklichen Bau" und erhöht die Gebühren (Stadtarch. Abg., Bände 3). Nach der ältesten Stadtkammerrechnung zinsten die Tuchmacher für ein Manghaus, später für ein Färb- und Manghaus (Stadtarch. Abg., Rechnungen I). - Auch die Schleifmühle war im Eigentum der Stadt. 1479 wird eine eigene Schleifmühle der Messerschmiede ausgewiesen, die sich neben der anderen Schleifmühle befand (Stadtarch. Abg., Rechnungen I). - Im Jahre 1478 wird das alte Schlachthaus um 60 Gulden verkauft (Stadtarch. Abg., Bände 3). - In der ältesten Stadtkammerrechnung wird für 1475 ein Brothaus erwähnt (Stadtarch. Abg., Rechnungen I). - 1479 konnte die Stadt "um einen bequemen Zins" ein Polierrad erhalten, sie errichtete eine Poliermühle und bestellte einen Plattner, "damit es an Harnischen nicht mangelt in der Gemein" (Stadtarch. Abg., Bände 3). 1481 läßt sich in Amberg ein Panzermacher nieder, die Stadt gibt ihm ein Darlehen von 20 Gulden (Stadtarch. Abg., Bände 3).

Erzabsatz in Amberg 1469/1594

Zeitraum	Pfund ¹ Fuder	Zeitraum	Pfund Fuder	Zeitraum	Pfund Fuder
1469/76 ²	253	1514/15	29	1537/38	53
1476 ³	27	1515/16	39	1538/39	85
1476/77	32	1516/17	37	1539/40	81
1477/79 ⁴	73	1516/17 ⁵	34	1540/41	86
1491 ⁶	36	1517/18	34	1541/42	40
1491/92	71	1518/19	34	1542/43	71
1492/93	87	1519/20	39	1543/44	82
1493/94	85	1520/21	45	1544/45	76
1494/95	59	1521/22	37	1545/46	87
1495/96	57	1522/23	34	1546/47	47
1496/97	81	1523/24	37	1547/48	75
1497/98	75	1524/25	52	1548/49	96
1498/99	51	1525/26	54	1549/50	84
1499/00	64	1526/27	65	1550/51	93
1500/01	60	1527/28	79	1551/52	71
1505/06	25	1528/29	67	1579	150
1506/07	34	1529/30	86	1581	140
1507/08	36	1530/31	78	1582	125
1508/09	32	1531/32	63	1583	128
1509/10	34	1532/33	65	1584	113
1510/11	35	1533/35 ⁷	108	1585	128
1511/12	32	1535/36	65	1586	140
1512/13	31	1536/37	92	1587	108
1513/14	35			1594	137

1) 1 Pfund Fuder = 240 Fuder = 134,4 Tonnen (Reß, Oberpfälzische Eisenindustrie 39); 2) 7 Jahre; 3) von St. Erhard bis St. Emmeram; 4) 2 Jahre; 5) dieses Jahr ist zweimal angeführt, Grund unbekannt; 6) 1/2 Jahr; 7) 2 Jahre. - Quellen: Stadtarch. Abg., Rechnungen I, 1 (1469 bis 1552); Stadtarch. Abg., Rechnungen XIV, 1-9 (1579 bis 1594).

Amberger Handwerksordnungen

Bäcker, 1689 vom Rat, Geltungsbereich Amberg, erste Fassung 1500, erneuert 1562, überarbeitet 1628; Abschrift (Stadtarch. Abg., Gewerbeakten 196).

Bader, 1485 vom Rat, Geltungsbereich Amberg; Abschrift (**Stadtarch. Abg., Bände 323**).

Beutler, 1557 vom Rat, Geltungsbereich Amberg; Original (Stadtarch. Abg., Gewerbeakten 387).

Büttner, 1558 Entwurf des Handwerks mit größeren Korrekturen des Rates, vorgesehener **Geltungsbereich Amberg; (Stadtarch. Abg., Gewerbeakten 52)**.

Drechsler, 1557 Entwurf des Handwerks mit kleineren Korrekturen des Rates, vorgesehener Geltungsbereich Amberg; (Stadtarch. Abg., Gewerbeakten 51).

Glaser, 1607 Entwurf des Handwerks mit geringfügigen Korrekturen des Rates, vorgesehener Geltungsbereich Amberg; (Stadtarch. Abg., Gewerbeakten 69 a).

Glaser, 1607 vom Rat nach dem Entwurf des Handwerks, Geltungsbereich Amberg; Original (Staatsarch. Abg., staatseigene Urkunden 2010; Abschrift im Stadtarch. Abg., Gewerbeakten 102).

Gürtler, 1582 vom Rat, Geltungsbereich Amberg; Abschrift (Stadtarch. Abg., Gewerbeakten 2).

Hafner, 1617 vom Landesherrn, Geltungsbereich Oberpfalz; Abschrift (Hauptstaatsarch. München, Opf. Lit. 350).

Hutmacher, 1510 vom Landesherrn, Geltungsbereich Oberpfalz; Abschrift (Hauptstaatsarch. München, Opf. Lit. 346).

Hutmacher, 1560 vom Landesherrn, Geltungsbereich Oberpfalz; Abschrift (Hauptstaatsarch. München, Opf. Lit. 346).

Metzger (Fleischhacker), 1468 vom Rat, Geltungsbereich Amberg; Abschrift (Stadtarch. Abg., Bände 322).

Metzger, 1565 vom Rat, Geltungsbereich Amberg, vorherige "schriftliche Handwerksordnung" von 1500; Original (Staatsarch. Abg., staatseigene Urkunden 2011).

Müller, 1600 vom Landesherrn, Geltungsbereich Gezirk Amberg; Original (Staatsarch. Abg., staatseigene Urkunden 88).

Müller, 1616 vom Landesherrn, Geltungsbereich Oberpfalz; Abschrift (Hauptstaatsarch. München, Opf. Lit. 350).

Rotgerber, 1544 Entwurf des Handwerks mit geringfügigen Korrekturen des Rates, Geltungsbereich Amberg; (Stadtarch. Abg., Gewerbeakten 102).

Rotgerber, 1557 vom Rat, Geltungsbereich Amberg; Abschrift (Stadtarch. Abg., Gewerbeakten 102).

Sattler, 1552 vom Rat, Geltungsbereich Amberg; Original (Stadtarch. Abg., Bände 520).

Schmiede, 1555 Entwurf des Handwerks vom Rat bearbeitet, Geltungsbereich nach Entwurf Oberpfalz, nach Ratsentscheid Amberg; (Stadtarch. Abg., Gewerbeakten 62).

Schneider, 1446 vom Rat, Geltungsbereich Amberg; Abschrift (Stadtarch. Abg., Bände 321).

Schreiner, 1560 vom Rat, Geltungsbereich Amberg, geht auf eine ältere Ordnung zurück; Original (Stadtarch. Abg., Urkunden 2111 1/2).

Schreiner, 1607 vom Rat korrigierter und verabschiedeter Entwurf des Handwerks, Geltungsbereich Amberg, frühere Fassungen 1546 und 1560; (Stadtarch. Abg., Gewerbeakten 42 und 69).

Schuhmacher, 1450 vom Rat, Geltungsbereich Amberg; Abschrift (Stadtarch. Amberg, Bände 321).

Schuhmacher, 1513 vom Landesherrn (nur Häute-, Leder-, Schuhmarkt und Störer betreffend), Geltungsbereich Oberpfalz; erneuert 1530 (dabei Bewilligung eines Wappens); Abschrift (Hauptstaatsarch. München, Opf. Lit. 346).

Schuhmacher, 1555 vom Landesherrn, Geltungsbereich Oberpfalz; Erweiterung der Ordnung von 1513 um eine Beschauordnung; Abschrift (Hauptstaatsarch. München, Opf. Lit. 193).

Schuhmacher, 1615 vom Landesherrn, Geltungsbereich Gezirk Amberg; Original (Stadtarch. Abg., Zunftdepot).

Schwarzfärber, 1584 vom Landesherrn, Geltungsbereich Oberpfalz; Abschrift (Hauptstaatsarch. München, Opf. Lit. 346).

Seiler, 1573 Entwurf des Handwerks, vorgesehener Geltungsbereich Amberg; (Stadtarch. Abg., Gewerbeakten 53).

Seiler, 1582 vom Landesherrn, Geltungsbereich Oberpfalz; Abschrift (Hauptstaatsarch. München, Opf. Lit. 346).

Steinmetzen und Maurer, um 1550 vom Rat, Geltungsbereich Amberg; Abschrift (Stadtarch. Abg., Gewerbeakten 102).

Tuchmacher, 1531 vom Rat, Geltungsbereich Amberg, erste Ordnung 1479; Abschrift (Stadtarch. Abg., Gewerbeakten 70).

Tuchmacher, 1538 vom Rat (nur Trennung des Handwerks in zwei Spezialhandwerke betreffend), Geltungsbereich Amberg; Abschrift (Stadtarch. Abg., Bände 5).

Wagner, 1557 Entwurf des Handwerks, vorgesehener Geltungsbereich Amberg; (Stadtarch. Abg., Gewerbeakten 37).

Zinngießer (Kandlgießer), 1598 vom Landesherrn, Geltungsbereich Oberpfalz (Opf. Landesordnung).

Zirkelschmiede, 1607 vom Rat, Geltungsbereich Amberg; Abschrift (Stadtarch. Abg., Gewerbeakten 32).

Entwicklung der Betriebszahlen des Handwerks Ambergs

Handwerksbranche/Handwerk	1359	1460	1548	1650	1762	1800
<u>Bau, Ausbau</u>						
Dachdecker			2	2	2	2
Kaminkehrer	2	2	2	3	3	3
Maler (mit Anstreicher, Fasser)	2	3	1	2	1	4
Maurer (Stadtbaumeister)	2	2	2	2	2	2
Pflasterer					1	2
Zimmerer	2	2	2	2	2	2
Branche insgesamt	8	9	9	11	11	15
<u>Metall</u>						
Blechzinner		3	4	2		
Büchsenmacher			6	4	1	1
Federmacher	3	2	1			
Feilenhauer				1		
Glockengießer			1	1	1	1
Goldschmiede			2	2	2	2
Gürtler	2	2	3	2	2	2
Hechelmacher	2	2	1			
Kupferschmiede (mit Glöttschl.)	4	5	6	5	2	4
Löffelschmiede	1	2	1	1		
Messerschmiede	2	3	4	2		
Naberschmiede	2	2	1	1		1
Nadler		2	3	2	1	1
Nagelschmiede		1	1	2	2	2
Panzermacher	4	3	1	1		
Plattner	1	2	1	1		
Ringmacher	3	4	4			
Schmiede	10	14	18	12	6	7
Schleifer	1	1	1	1	1	1
Schlosser	8	10	12	5	4	6
Schwertfeger			1	1		1
Spengler	2	3	2	2	3	3
Sporer	5	6	4	2		

Handwerksbranche/Handwerk	1499	1460	1548	1650	1762	1800
Uhrmacher (Groß- und Klein-)			2	2	2	5
Waffenschmiede					1	1
Zinngießer	2	2	2	2	2	2
Zirkelschmiede	1	2	1			
Branche insgesamt	53	71	83	54	30	40
<u>Holz</u>						
Büttner	10	15	30	17	11	6
Drechsler	2	4	4	2	2	2
Holzbildhauer			1	1	1	1
Schreiner	10	11	13	10	7	8
Wagner	10	12	9	6	3	4
Branche insgesamt	32	42	57	36	24	21
<u>Bekleidung, Textilien, Leder</u>						
Beutler (Säckler, Taschner)	8	10	8	6	2	3
Bortenmacher (Posamentierer)				1	1	1
Filzmacher			1	1		
Hutmacher		2	4	4	2	4
Kirschner	5	6	6	4	2	4
Nestler	4	3	2	1		
Riemer	2	3	2	2	2	2
Rötgerber	9	10	13	6	6	6
Sattler	4	6	4	5	4	4
Schneider	20	22	36	34	25	30
Schuhmacher	16	18	20	22	26	33
Strumpfstriker	2	4	3	4	2	4
Tuchmacher (mit Zeugmacher)	14	18	17	12	10	14
Tuchscherer	2	6	4	3	1	1
Walker			1	1		1
Weber (Leinweber)	20	22	15	12	9	12
Weißgerber (Weißwürken)	8	11	7	6	3	2
Branche insgesamt	114	141	143	124	95	121
<u>Nahrungsmittel</u>						
Bäcker	18	20	27	25	31	34
Fischer	2	3	3	3	5	4

Handwerksbranche/Handwerk	1359	1460	1548	1650	1762	1800
Lebzelter (mit Zuckerbäcker)	3	5	6	4	5	4
Metzger	14	16	17	20	22	19
Branche insgesamt	37	44	53	52	63	61
<u>Sonstige Handwerke</u>						
Bader	3	3	4	3	3	2
Barbier (mit Perückenmacher)	3	4	3	2	4	3
Beinringler	3	4	1	1		1
Blasbalgmacher	2	2	3	1		
Bogner	2	2	1			
Buchbinder		1	2	2	2	3
Buchdrucker			1	1	1	1
Bürstenbinder			1	1	1	1
Farber	4	6	4	2	3	3
Gärtner			4	5	5	5
Geigenmacher						1
Glaser	2	3	6	4	4	3
Hafner	6	8	8	7	3	3
Kammacher	1	2	2	3	3	3
Knopfmacher				1	2	1
Mangmeister		1	1	1		
Orgelmacher			1	1	1	1
Patermacher			1	1		
Seifensieder			1	2	3	4
Seiler	6	8	8	6	3	3
Siebmacher	3	3	2	2	2	2
Branche insgesamt	35	47	54	46	40	40

Quellen: 1359, 1460, 1548, 1650 Schenkl, Chronik 303 ff.;
1762 Herdstättenbeschreibung, Stadtarch. Abg., Bände 453;
1800 Löwenthal, Geschichte 370; weitere Betriebszahlenreihen
des Handwerks bei Stahl, Geschichte der privaten Wirtschaft
der Stadt Amberg im 16., 17. und 18. Jahrhundert 70 ff. (für
1559, 1629, 1744, 1785, 1791, 1805, 1816).

Fleischpreise 1556/1615
(1 Amberger Pfund in Kreuzer)

Zeit	Fleisch- oder Wurstart								
	1	2	3	4	5	6	7	8	9
1556/58					1,33	1,75	1,50		
1559/61	2,25	2,00	4,00	3,00	1,38	1,75	1,50	(1,50)	(1,25)
1562/64									
1565/67	2,25	2,00	4,00	3,00	1,50	2,25	1,75	1,75	
1568/70					1,50	2,25	1,88	1,88	1,50
1571/72	2,50	2,00	4,50	3,00	1,50	2,25	2,00	2,13	1,63
1574/76	2,75	2,50	4,75	3,25	1,50	2,25	2,00	2,25	1,75
1577/79	2,25	1,75	4,50		1,75	2,00	1,75	2,25	1,75
1580/82	2,50		5,00		1,75	2,25	2,00	2,25	1,75
1583/85									
1586/88					2,00	2,50	2,00	2,50	1,75
1589/91									
1592/94	2,50		5,00						
1595/97									
1598/00					2,13	3,13	1,75	2,38	2,00
1601/02	3,25	2,50	6,00	3,25	2,50	3,00	2,50	4,00	2,50
1603/05	4,00	3,50	6,63	4,50	3,13	4,00	3,50	4,25	2,75
1606/08	3,50	3,00	5,58	4,50	3,25	3,33	2,83	3,83	2,50
1609/11	2,50	3,00	6,00	4,50	3,17	4,00	3,00	4,00	2,67
1612/14	4,00		6,00	4,50	3,50	4,00	3,00	4,00	3,00
1615	4,00	3,00	6,00	4,50	4,00	4,00	3,00	4,50	3,00

Fleisch- und Wurstarten: 1) bestes, fettes Schweinefleisch; 2) geringes, fettarmes Schweinefleisch; 3) Schweinespeck; 4) Bratwürste; 5) bestes Kalbfleisch; 6) bestes, bodenfettes Ochsenfleisch; 7) bestes Kuhfleisch; 8) Kitz-, Saugerfleisch; 9) Lamm-, Hammel-, Schmalfleisch. - Quellen: Stadtarch. Abg., Admin. Akten 81, 444, 455, 501, 615, 729, 814, 2083, 2088, 2090, 2091. - Preise in Klammern sind geschätzt.

Fischpreise 1520/1616
(1 Amberger Pfund in Kreuzer)

Zeit	Hechten	Barben	Karpfen	Brachsen	Schleien
1520/24	4,88	3,00	2,19	2,44	2,00
1530/34	5,00	4,38	2,25	3,00	2,00
1535/39	5,75	4,50	2,50	3,00	2,17
1544/46	6,00	5,75	2,38	3,38	2,00
1564	7,00	7,00	3,25	3,75	2,00
1574	7,50	7,50	3,25	3,75	2,00
1580	8,00	8,00	3,13	3,75	2,00
1586/89	8,00	8,00	3,33	3,50	2,00
1592	8,00	8,00	3,75	3,50	2,00
1616	10,00	10,00	5,00	4,25	3,50

Anmerkungen: Soweit Zeitspannen angegeben sind, blieben die Preise in den betreffenden Zeiträumen gleich. Bei Fischen mit mehreren Gewichtsklassen (z. B. Karpfen unter und Karpfen über einem Pfund) sind die Durchschnittspreise angeführt. - Quellen: Stadtarch. Abg., Bände 4 und 5, Admin. Akten 83, 800, 2033, 2092; Hauptstaatsarch. München, Amberger Gerichts-urkunden 52.

Weißbräugesellschaft: Dividende und Bierausstoß

Zeitraum	Jahres- Dividende i. Prozent	Jahres- Bierausstoß in Faß	Zeitraum	Jahres- Dividende i. Prozent	Jahres- Bierausstoß in Faß
1620/30	29	1215	1710/20	56	2847
1630/40	72	2522	1720/30	47	2267
1640/50	89	3209	1730/40	20	1727
1650/60	41	1924	1740/50	18	1924
1660/70	32	1530	1750/60	24	1828
1670/80	39	2232	1760/70	14	1312
1680/90	61	2192	1770/80	4	646
1690/00	57	2206	1780/90	9	-
1700/10	74	2540	1790/00	10	-

1 Faß = ca. 275 Liter; 1780/1800 ganz geringer Bierausstoß und Lohnbrauerei.

Weißbräugesellschaft: Gesellschafter und Kapital

Braujahr	Zahl der Einleger		Zahl der Einleger insgesamt	Eingelegtes Kapital in Gulden	
	bis 50 Gulden	über 50 Gulden		insgesamt	pro Einl.
1619/20	69	54	123	8350	68
1629/30	42	43	85	6025	71
1639/40	50	62	112	8500	76
1649/50	149	45	194	9900	51
1659/60	172	43	215	9688	45
1669/70	191	34	225	9000	40
1679/80	239	29	268	8800	33
1689/90	315	29	344	9100	26
1699/00	385	35	420	10900	26
1709/10	362	39	401	11900	29
1719/20	358	39	397	12000	30
1729/30	357	41	398	12413	31
1739/40	216	44	260	8950	34
1749/50	150	43	193	7550	39
1759/60	124	37	161	6400	39
1769/70	114	33	147	6013	41
1779/80	89	34	123	5575	45

Quellen- und Literaturverzeichnis

Ungedruckte Quellen

Stadtarchiv Amberg (Stadtarch. Abg.)

Administrativ- und Rechtsgegenstände (Admin. Akten) 2, 47,
81, 83, 96, 100, 173, 336, 412, 418, 442, 444, 455,
501, 602, 615, 729, 737, 748, 769, 800, 814, 881, 910,
2021, 2083, 2088, 2090, 2091, 2092.

Bände 2, 3, 4, 5, 240, 241, 286, 318, 319, 320, 321, 322,
323, 354 1/2, 406, 453, 520.

Rechnungen I, XIII, XIV, XVIII.

Urkunden 39, 73, 92, 98, 100, 129, 300, 2111 1/2.

Zunft- und Gewerbesachen (Gewerbeakten) 2, 12, 29, 32, 37,
42, 45, 51, 52, 53, 61, 62, 69, 69 a, 70, 102, 111,
178, 192, 193, 194, 195, 196, 197, 207, 335, 337, 355,
387.

Staatsarchiv Amberg (Staatsarch. Abg.)

Amberg-Stadt 31, 35.

Hofkammer 2245.

Landrechtspolizei 262, 280.

Staatseigene Urkunden 88, 2010, 2011.

Hauptstaatsarchiv München (Hauptstaatsarch. München)

Amberger Gerichtsurkunden 52, 579, 745.

Oberpfalz, Literalien (Opf. Lit.) 86, 193, 346, 350.

Staatsverwaltung 1072.

Gedruckte Quellen

Der Churfürstlichen Stat Amberg Gesatzbuch, 1554 (Stadtgesetz
1554).

Löwenthal, Felix von: Urkundenbuch zur Geschichte von dem
Ursprung der Stadt Amberg, München 1801 (Urkundenbuch).

Monumenta Boica (Mon. Boica) 24, 29, 36.

Oberpfälzische Landesordnung, 1598 (Opf. Landesordnung 1598).

Literatur

Abel, Wilhelm: Geschichte der deutschen Landwirtschaft vom
frühen Mittelalter bis zum 19. Jahrhundert, Stuttgart 1962

(Geschichte der Landwirtschaft).

Arndt, Ad.: Zur Geschichte und Theorie des Bergwerks und der Bergbaufreiheit, Ein Beitrag zur Wirtschaftsgeschichte, Freiburg 1916 (Bergregal).

Aventinus (Turmair, Johannes): Bayerische Chronik, München 1883 u. 1886 (Bayerische Chronik).

Bastian, Franz: Das Runtingerbuch 1383 - 1407 und verwandtes Material zum Regensburger-Südostdeutschen Handel und Münzwesen, Regensburg 1935, 1943 u. 1944 (Runtingerbuch).

Beck, Ludwig: Geschichte des Eisens, Braunschweig 1884 (Geschichte des Eisens).

Bing, Wolf: Hamburgs Bierbrauerei vom 14. bis zum 18. Jahrhundert; in: Zeitschrift des Vereins für Hamburgische Geschichte, 14. Bd., 2. Heft, Hamburg 1909 (Hamburgs Bierbrauerei).

Bittner, L.: Das Eisenwesen in Innerberg-Eisenerz, Wien 1901 (Innerberg-Eisenerz).

Blößner, Georg: Geschichte der Georgskirche (Malteserkirche) in Amberg; in: Verhandlungen des Historischen Vereins für Oberpfalz und Regensburg (VHVO), 50. Bd., Regensburg 1898 (Georgskirche).

Bösch, Hans: Aus der Geschichte des Brauwesens der Städte Nürnberg, Fürth und Umgebung, Nürnberg 1896 (Brauwesen Nürnberg und Fürth).

Bosl, Karl: Das kurpfälzische Territorium "Obere Pfalz"; in: Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte, 26. Bd., München 1963 (Oberpfalz).

--, Die Sozialstruktur der mittelalterlichen Residenz- und Fernhandelsstadt Regensburg; in: Bayerische Akademie der Wissenschaften, Philosophisch-Historische Klasse, Abhandlungen, Neue Folge, Heft 63 (Regensburg).

Brenner, Karl: Die Steuern der Stadt Amberg in rechtlicher und wirtschaftlicher Hinsicht vom späten Mittelalter bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts, Erlanger Dissertation 1953, Maschinenschrift (Steuern).

Brinckmeier: Glossarium diplomaticum, Gotha 1855 u. 1856 (Glossarium).

Brinkmann, Hans: Das Brauwesen der kaiserlichen Reichsstadt Goslar; in: Beiträge zur Geschichte der Stadt Goslar, Heft 3, Goslar 1925 (Brauwesen Goslar).

- Brunner, Johann: Geschichte der Stadt Cham, Cham 1919 (Geschichte Cham).
- , Handelsgeschichte der Stadt Cham; in: Bibliothek für Volks- und Heimatkunde, Sonderheft zu den Deutschen Gauen, Nr. 72, Kaufbeuren um 1908 (Handelsgeschichte Cham).
- , Geschichte der oberpfälzischen Stadt Rötzt, Kallmünz 1929 (Rötzt).
- Destouches, Josef von: Statistische Beschreibung der Oberpfalz und ihrer Hauptstadt Amberg, Sulzbach 1809 (Statistische Beschreibung).
- Dirr, P.: Aus der Geschichte des Münchner Brauwesens und Münchner Bieres; in: Jahrbuch der Gesellschaft für die Geschichte und Bibliographie des Brauwesens, Berlin 1930 (Münchner Brauwesen).
- Dollacker, Anton: Vor- und Frühgeschichte von Amberg, in: Amberger Büchl, 1. Heft, Amberg 1928 (Vor- und Frühgeschichte).
- Dollacker, Josef: Das Ende der kurpfälzischen Herrschaft in der oberen Pfalz 1618 - 1621, Amberg 1918 (Ende der kurpfälzischen Herrschaft).
- , Geschichte der Stadt Amberg von der Urzeit bis 1864, Amberg 1935, Handschrift (Geschichte).
- Eucken, Walter: Grundsätze der Wirtschaftspolitik, Bern und Tübingen 1952 (Wirtschaftspolitik).
- Feise, Wilhelm: Das Brauwesen der Stadt Eimbeck; in: Veröffentlichungen der Gesellschaft für Geschichte und Bibliographie des Brauwesens, Berlin 1928 (Brauwesen Eimbeck).
- Feßmaier, Johann Georg: Versuch einer pragmatischen Staatsgeschichte der Oberpfalz seitdem sie Oberpfalz heisset, München 1799, Landshut 1803 (Staatsgeschichte).
- Flohn, Hermann: Witterung und Klima; in: Forschungen zur Deutschen Landeskunde, 78. Band, Stuttgart 1954 (Klima).
- Freytag, Rudolf: Bürgerliche und klösterliche Brauereien in Regensburg; in: Jahrbuch der Gesellschaft für die Geschichte und Bibliographie des Brauwesens, Berlin 1930 (Regensburger Brauwesen).

- Gartner, Michael: Die Landsassenfreyheit in der obern Pfalz, Geschichtlich und rechtlich dargestellt mit einem Anhang von 65 größtenteils noch ungedruckten Urkunden, Landshut 1807 (Landsassenfreyheit).
- Gschwind, J.: Aus der Geschichte des Augsburger Braugewerbes; in: Der bayerische Bierbrauer, 22. Jahrgang, Nr. 22, Landshut 1939 (Augsburger Braugewerbe).
- , Freising, die älteste Bierstadt der Welt; in: Der bayerische Bierbrauer, 20. Jahrgang, Nr. 25, Landshut 1937 (Freisinger Brauwesen).
- Gschwind, O.: Aus der Geschichte des Brauwesens in Böhmen; in: Der bayerische Bierbrauer, 22. Jahrgang, Nr. 15, Landshut 1939 (Brauwesen in Böhmen).
- Haenert, Franziska: Preispolitik im Handwerk vom 16. bis 18. Jahrhundert unter besonderer Berücksichtigung der Münchner Verhältnisse, Münchner Dissertation 1956 (Preispolitik).
- Heimpel, Hermann: Das Gewerbe der Stadt Regensburg im Mittelalter; in: Beihefte zur Vierteljahresschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Heft IX, Stuttgart 1926 (Regensburg).
- Heiß, Philipp: Die Bierbrauerei mit besonderer Berücksichtigung der Dickmaischbrauerei, Augsburg 1860 (Bierbrauerei).
- Hensel, K. Paul: Marktordnung; in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, 7. Bd., Stuttgart, Tübingen und Göttingen 1961 (Marktordnung).
- Hessel, Friedrich: Die Zinnblechhandelsgesellschaft in Amberg und ihre Stellung in der Gesamtentwicklung der Weißblechindustrie; in: VHV, 66. Bd., Regensburg 1916 (Zinnblechhandelsgesellschaft).
- Hoyer, Karl: Das Bremer Brauereigewerbe; in: Hansische Geschichtsblätter, 19. Bd., München und Leipzig 1913 (Bremer Brauereigewerbe).
- Janner, F.: Geschichte der Bischöfe von Regensburg, 1883/86 (Bischöfe von Regensburg).
- Jehle, Alfons: Das Bier in Bayern, München um 1948 (Bier in Bayern).
- Johannsen, Otto: Geschichte des Eisens, Düsseldorf 1925 (Geschichte des Eisens).
- Keutgen, F.: Ämter und Zünfte, Zur Entstehung des Zunftwesens,

- Jena 1903 (Ämter und Zünfte).
- Knauer, Alis: Ortsgeschichte Kallmünz, Kallmünz 1961 (Kallmünz).
- Knöpfler, F.J.: Beiträge zur Kultur-, Rechts- und Kunstgeschichte aus den Ratsbüchern der Stadt Amberg; in: VHVO, 74. Bd., Regensburg 1924 (Beiträge).
- Kreutzer, J.: Nabburg, Geschichtlicher Versuch, Nabburg 1885 (Nabburg).
- Krüger, Herbert: Oberdeutsche Meilenscheiben des 16. und 17. Jahrhunderts als straßengeschichtliche Quellen; in: Jahrbuch für fränkische Landesforschung, 24. Bd. (Meilenscheiben).
- Kulischer, Josef: Allgemeine Wirtschaftsgeschichte des Mittelalters und der Neuzeit, München und Wien 1965 (Wirtschaftsgeschichte).
- Kunstdenkmäler des Königreiches Bayern, Amberg (16. Bd.) und Sulzbach (19. Bd.).
- Leingärtner, Georg: Historischer Atlas, Landrichteramt Amberg, Maschinenschrift (Hist. Atlas).
- , Die Wüstungsbewegungen im Landgericht Amberg vom ausgehenden Mittelalter bis zur Neuorganisation des Landgerichts im Jahre 1803; in: Münchner historische Studien, Abteilung bayerische Geschichte, 3. Bd., Kallmünz 1956 (Wüstungen).
- Lentze, Hans: Nürnbergs Gewerbeverfassung im Mittelalter; in: Jahrbuch für fränkische Landesforschung, 24. Bd., Neustadt (Aisch) 1964 (Nürnbergs Gewerbeverfassung).
- Lommer, Franz Xaver: Geschichte der oberpfälzischen Grenzstadt Waldmünchen; in: Programm des K. Gymnasiums Amberg für das Studienjahr 1914/15, 4. Heft, Amberg 1915 (Waldmünchen).
- Lowenthal, Felix von: Geschichte von dem Ursprung der Stadt Amberg, München 1801 (Geschichte).
- Lütge, Friedrich: Deutsche Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Berlin, Heidelberg und New York 1966 (Sozial- und Wirtschaftsgeschichte).
- Maurer, Georg Ludwig von: Geschichte der Städteverfassung in Deutschland, 2. Bd., Erlangen 1870 (Städteverfassung).

- Mayer, Theodor: Zwei Passauer Mautbücher aus den Jahren 1400 - 01 und 1401 - 02; in: Verhandlungen des historischen Vereins für Niederbayern, 44. Bd., Landshut 1908, 45 Bd., Landshut 1909 (Passauer Mautbücher).
- Miller, Johannes: Der Umfang und die Hauptrouten des Nürnberger Handelsgebietes im Mittelalter; in: Vierteljahresschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, 6. Bd. (Haupttrouten).
- Neuburg, Clamor: Zunftgerichtsbarkeit und Zunftverfassung in der Zeit vom 13. bis 16. Jahrhundert, Jena 1880 (Zunftverfassung).
- Nübling, Eugen: Ulms Handel und Gewerbe im Mittelalter, 5 Hefte, Ulm 1892/1900 (Ulms Handel).
- Plab, Hans: Vom Amberger Zunftrecht, Ein rechtsgeschichtlicher Querschnitt durch das Handwerk der ehemaligen Hauptstadt der oberen Pfalz, Erlanger Dissertation 1950 (Amberger Zunftrecht).
- Planitz, Hans: Die deutsche Stadt im Mittelalter, Von der Römerzeit bis zu den Zunftkämpfen, Graz und Köln 1954 (Stadtgeschichte).
- Poll, Ildefons: Seit wann wird in Bayern untergärig gebraut? in: Gesellschaft für die Geschichte und Bibliographie des Brauwesens, Berlin 1928 (Untergäriges Brauen).
- Pongratz, Josef: Furth im Wald, 1959 (Furth).
- Prösler, Hans: Das gesamtdeutsche Handwerk im Spiegel der Reichsgesetzgebung von 1530 bis 1806; in: Nürnberger Abhandlungen zu den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, 5. Heft, Berlin 1954 (Handwerk und Reichsgesetzgebung).
- Ragl, Fr. X.: Das sudetendeutsche Braugewerbe; in: Der bayerische Bierbrauer, 21. Jahrgang, Nr. 45, Landshut 1938 (Sudetendeutsches Braugewerbe).
- Rapp, Gg.: Geschichtliche Mitteilungen über die Stadt Amberg und ihre Nachbarstädte mit besonderer Rücksichtnahme auf deren Handel und Erwerbsquellen, Amberg 1881 (Geschichtliche Mitteilungen).
- Reiner: Oberpfälzisches Brauwesen im 16. Jahrhundert unter besonderer Berücksichtigung der Stadt Neunburg v. W.; in: Die Oberpfalz, 8. Jahrgang, Kallmünz 1914.

- Reß, Franz Michael: Geschichte und wirtschaftliche Bedeutung der oberpfälzischen Eisenindustrie von den Anfängen bis zur Zeit des 30jährigen Krieges; in VHVO, 91. Bd., Regensburg 1950 (Oberpfälzische Eisenindustrie).
- Ried, Karl: Neumarkt in der Oberpfalz, Neumarkt 1960 (Neumarkt).
- Riezler, Sigmund: Geschichte Baierns, 1878/1914 (Geschichte Bayerns).
- Ritschl, Hans: Gemeinwirtschaft; in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, 4. Bd., Stuttgart, Tübingen und Göttingen 1965 (Gemeinwirtschaft).
- , Wirtschaftsordnung; in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, 12. Bd., Stuttgart, Tübingen und Göttingen 1965 (Wirtschaftsordnung).
- Rubenbauer, Rudolf: Die Verfassung der Stadt Amberg 1294 - 1808, Erlanger Dissertation 1956; Maschinenschrift (Stadtverfassung).
- Sachs, Carl L.: Metzgergewerbe und Fleischversorgung der Reichsstadt Nürnberg bis zum Ende des 30jährigen Krieges, Nürnberg 1922. (Metzgergewerbe)
- Silberschmidt, Wilhelm: Regelung des pfälzischen Bergwesens; in: Wirtschafts- und Verwaltungsstudien mit besonderer Berücksichtigung Bayerns, 44. Bd., Leipzig 1913 (Pfälzischer Bergbau).
- Sombart, Werner: Der moderne Kapitalismus, München 1924 (Kapitalismus).
- Schenkl, Hermann: Geschichte der Stadt Grafenwöhr, Grafenwöhr 1961 (Grafenwöhr).
- Schenkl, Joh. Baptist: Neue Chronik der Stadt Amberg, Amberg 1817 (Chronik).
- Scherl, August: Verfassung und Verwaltung der Stadt Nabburg bis zum Ausgang des 16. Jahrhunderts; in: VHVO, 96. Bd., Regensburg 1955 (Nabburg).
- Schmidt, Benno: Von der Zunft der Bierbrauer zu Frankfurt am Main; in: Der bayerische Bierbrauer, 25. Jahrgang, Nr. 49, München 1942.
- Schuegraf, Jos. Rud.: Glossen über ein Zinsbuch der Stadt Amberg vom Jahre 1585; in: VHVO, 13. Bd., Regensburg 1849 (Glossen).

- Schultheiß, Werner: Die Münchner Gewerbeverfassung im Mittelalter; in: Kultur und Geschichte, Freie Schriftenfolge des Stadtarchivs München, München 1936 (Münchner Gewerbeverfassung).
- Schuster, Adolf: Verfassungsgeschichte der Stadt Weiden im Mittelalter und in den ersten Jahrhunderten der Neuzeit; in: VHO, 92. Bd., Regensburg 1951 (Weiden).
- Schwaiger, Michael: Chronica oder kurze Beschreibung der churfürstl. Stadt Amberg in der obern Pfalz, Wittenberg 1564 (Chronik).
- Stackelberg, Heinrich von: Grundlagen der theoretischen Volkswirtschaftslehre, Bern 1948 (Grundlagen).
- Staudinger, Wolfram: Die Kramerinnung von Regensburg, Münchner Dissertation; Maschinenschrift (Kramerinnung).
- Stiegler, Carl: Das Kommunbrauen in Bayern, München 1930 (Kommunbrauwesen).
- Strieder, Jakob: Studien zur Geschichte kapitalistischer Organisationsformen, München und Leipzig 1914 (Organisationsformen).
- Sturm, Heribert: Zur ältesten Geschichte Ambergs; in: Oberpfälzer Heimat, 4. Bd., Weiden 1959 (Älteste Geschichte).
- , Die Handelsprivilegien Ambergs im Mittelalter; in: Oberpfälzer Heimat; 5. Bd., Weiden 1960 (Handelsprivilegien).
- Techen, Friedrich: Das Brauwerk in Wismar; in: Hansische Geschichtsblätter, Jahrgang 1915, München und Leipzig 1915 (Brauwerk in Wismar).
- Thoma, Hans: Das älteste Amberger Stadtrechtsbuch, Erlanger Dissertation 1920; Maschinenschrift (Stadtrechtsbuch).
- Wagner, Fran X.: Landshut, die Stadt der Bräuer; in: Der bayerische Bierbrauer, 21. Jahrgang, Nr. 25, Landshut 1937 (Landshuter Brauwesen).
- Weippert, Georg: Werner Sombarts Gestaltidee des Wirtschaftsystems, Göttingen 1953 (Sombarts Gestaltidee).
- Wiltmaister, Johann Kaspar von: Churpfälzische Chronik, Sulzbach 1783 (Chronik).
- Winter: Die Kommunbrauberechtigungen in Kemnath; in: Kemnather Zeitung vom 8.6.1939 (Kemnath).
- Wissel, Rudolf: Des alten Handwerks Recht und Gewohnheit,

Berlin 1929 (Handwerksrecht).

Mitzelsberger, Hans: Die Geschichte des Klosters Ensdorf von der Gründung bis zur Auflösung in der Reformation 1121 - 1525; in: VEVO, 95. Bd., Regensburg 1954 (Ensdorf).

Eorn, Wolfgang: Zünfte; in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, 12. Bd., Stuttgart, Tübingen und Göttingen 1965 (Zünfte).

Lycha, Adolf: Das Recht des Ältesten deutschen Bergbaus bis ins 13. Jahrhundert, Eine Studie aus der deutschen Rechts- und Wirtschaftsgeschichte, Berlin 1899 (Deutscher Bergbau).

--, Das böhmische Bergrecht des Mittelalters auf Grundlage des Bergrechts von Iglau, Berlin 1900 (Böhmisches Bergrecht).

Lebenslauf des Verfassers

Ich bin am 18. September 1927 in Amberg als Sohn des Schuhmachermeisters Blasius Stahl und seiner Ehefrau Maria, geb. Fröhler, geboren. Nach dem Abitur am hum. Gymnasium Amberg, dem ein etwa einjähriger Dienst als Arbeitsmann und Soldat vorausging, studierte ich zunächst in Erlangen, dann in München Volkswirtschaft. Ab 1951 war ich in der Handwerksorganisation tätig. 1962 nahm ich das Studium der Volkswirtschaft an der Universität Erlangen-Nürnberg wieder auf und schloß es 1964 mit der Diplomprüfung für Volkswirte ab. Seither bin ich als Lehrer an den Städtischen Handelslehranstalten Oldenburg angestellt.

Mein besonderes Interesse gilt der Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, in die ich von Herrn Professor Lütge (erster Studienabschnitt in München) und Professor Freiherr von Pölnitz (zweiter Studienabschnitt in Nürnberg) eingeführt wurde.



Offsetdruck-Fotodruck

J. Hegl, 8520 Erlangen Hauptstr. 109, (Nähe Martin-Luther-Platz) Tel. 22990
